Die Augsburger allianz von 1686

Richard Fester



Die

Augsburger Allianz

von 1686.

Von

Richard Fester.



Intelligent e memorabili
exemplo posteri, quantum
armatus inermi praestet.

F. Wagner, Historia Leopoldi Magni.

M. Rieger'sche
Universitäts- Buchhandlung
Gustav Himmer K. B. Hoflieferant.
München 1893.

Vorwort.

Es ist gewissermaßen eine alte Schuld, die ich mit dieser Arbeit einlösen möchte, insofern ich in meiner Erstlingsschrift über „die armirten Stände und die Reichskriegsverfassung“ über die Augsburger Allianz nicht mehr zu sagen wußte, als daß die Geschichte derselben noch völlig im Dunkeln liege. Seitdem hat nun Hans von Zwiedineck-Südenhorst das nächstliegende Wiener Material zum erstenmale durchforscht, aber durch seinen Aufsatz zugleich, wie Schulte in dem einleitenden Kapitel seines Buches über „Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden“ mit Recht hervorhob, den Beweis geliefert, daß nähere Aufschlüsse nicht in Wien, sondern in den Kreisakten zu suchen seien. Daß jedoch auch hierbei nicht stehen zu bleiben sei, stellte sich sehr bald heraus, nachdem ich an die Arbeit gegangen war. Es ergab sich Frage aus Frage, und so sind weit umfangreichere archivalische Studien, als ich anfangs dachte, in den auf S. 186—187 fg. näher angegebenen Archiven erforderlich geworden.

Ich kann es daher den Leitern und Beamten dieser Archive nicht genug danken, daß sie es mir durch Versendung der Akten ermöglicht haben, meine Studien an meinem früheren Aufenthaltsorte Karlsruhe sowie hier in München in aller Muße anzustellen. Eine auf so breiter archivalischer Grundlage ruhende Monographie mäßigen

Umfanges hätte ich neben meinen anderweitigen historischen Arbeiten gar nicht ausführen können, wenn sie ausgedehnte Reisen verlangt hätte. Auf Manches habe ich nun allerdings verzichten müssen; denn aus Marburg erhielt ich nur Hanauische Kreisakten, da die Kreisakten Hessen-Kassels wie die vermuthlich für die späteren Jahre Waldecks und die Unionspolitik Landgraf Karls sehr ausgiebige Korrespondenz des Landgrafen noch ungeordnet und daher nicht verschickbar sind. Auch die in Wien liegenden Berichte der kaiserlichen Gesandten in Paris, Stockholm und Madrid hätten mich gewiß in vielen Fällen in Stand gesetzt, ein ausgeführtes Bild zu geben, wo ich jetzt nur die Umrisse zu zeichnen vermochte. Aber auch die erdrückende Stoffmenge legte gewisse Beschränkungen auf. In Bamberg befinden sich für die Jahre 1682 bis 1689 allein 101 Bände Bamberger und Bayreuther Kreisakten, und ich hielt mich daher neben der Reichscorrespondenz Bambergs lieber an die weniger umfangreichen Würzburger Kreisakten, die mir zugleich in die Politik des mächtigsten Kreisstandes einen Einblick verschafften.

Auch will ich nicht unerwähnt lassen, daß manche Anfrage kein Resultat ergeben hat. So haben sich im Hohenlohischen Archiv zu Öhringen keine Correspondenzen des Grafen Ludwig Gustav von Hohenlohe-Schillingsfürst finden lassen, und in Berlin mit einer im Texte genannten Ausnahme wie in Wien und Bern ist über die Beziehungen des großen Kurfürsten und Kaiser Leopolds zu der Schweiz in den Jahren 1685—87 nichts, in Innsbruck nur ganz weniges erhalten. Auch diesen Archiven sei hier noch für mehrfache Auskunftsertheilung ganz besonders gedankt.

Der Anhang bringt eine naturgemäß beschränkte Anzahl von Aktenstücken zum Abdruck. Bei der Auswahl

ließ ich mich hauptsächlich von dem Gesichtspunkte leiten, jeden der in meiner Erzählung eine bedeutendere Rolle spielenden Stände möglichst einmal in einer für ihn besonders charakteristischen Weise selbst zum Worte kommen zu lassen. Im Anhang wie in den Anmerkungen bin ich eine Anregung Pribrams im letzten Bande der Urkunden und Aktenstücke aufnehmend in Behandlung der Orthographie noch etwas radikaler als jene Publikation verfahren, indem ich alle unserer heutigen Orthographie nicht mehr entsprechenden Verdopplungen und Dehnungen wegließ und mich auch bei Hauptwörtern durchweg der kleinen Anfangsbuchstaben bediente, weil die Eigennamen bei der durchgängigen Anwendung großer Anfangsbuchstaben nicht sogleich ins Auge fallen. Das sprachliche Bild wird dadurch nicht verändert und die Lesbarkeit, die nach meiner vielleicht nicht auf der Höhe der Zeit stehenden Ansicht doch die Hauptsache ist, ganz beträchtlich erhöht.

Über die Resultate meiner Arbeit mich hier, etwa den über Vorreden nicht hinauskommenden Durchschnittsrecensenten zu Liebe, auszusprechen, fühle ich kein Bedürfniß. Hoffentlich bestätigt sich die erst neuerdings wieder durch Schultes Buch erwiesene Wichtigkeit der oberdeutschen Kreisakten für ein noch brach liegendes Gebiet; die politische und wirthschaftliche Geschichte Südwestdeutschlands seit dem westfälischen Frieden. Wenn der Erforscher der deutschen Geschichte des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts aus Furcht sich auf unerfreulichen Pfaden zu verirren, in den Zeiten des Bundestags die Mainlinie nicht zu überschreiten wagte, so hat die ohnedies kaum wissenschaftlich zu rechtfertigende Unterscheidung zwischen „erfreulich“ nnd „unerfreulich“ heute keinen Sinn mehr. Der Franke, der Schwabe, der Hesse — sie alle haben Anspruch darauf, ihre Vergangenheit seit 1648, wie es

jetzt in Baden für die Zeiten Karl Friedrichs geschieht, endlich aus erster Hand kennen zu lernen, und wer sich mit deutscher Reichsgeschichte ernstlich befassen will, darf nicht verlangen, mit deutschem Reichselend verschont zu bleiben.

Es sind jetzt zehn Jahre her, daß Erdmannsdörffer in der constituierenden Versammlung der badischen historischen Kommission die Herausgabe einer Geschichte der schwäbischen Kreistage im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert angeregt hat, in der Hoffnung dadurch auch in andern Kreisen analoge Forschungen hervorzurufen, leider vergeblich. Über kurz oder lang wird man jedoch darauf zurückkommen müssen. Die Lösung der Aufgabe für einen ausgedehnteren Zeitraum übersteigt die Kräfte eines Einzelnen, fällt aber ganz in den Rahmen der Arbeiten unsrer verschiedenen historischen Kommissionen, für Franken der bairischen, für Schwaben der seit kurzem ins Leben gerufenen württembergischen noch mehr wie der badischen und für eine Geschichte der oberrheinischen Union der preußischen Archivverwaltung. Wenn man da oder dort einen Anfang machte, würde ich dies als schönsten Lohn meiner Arbeit betrachten.

München 31. August 1893.

Richard Fester.

Inhalt.

Erstes Kapitel.

Die Laxenburger Alliirten nach dem Waffenstillstande von 1684.

In den Memoiren der Herzogin Sophie von Hannover gehört zu den anziehendsten Partien die Schilderung einer längeren Unterhaltung, welche sie mit Ludwig XIV. hatte, als sie kurz nach Abschluß des Friedens von Nymwegen zu Besuch ihrer Nichte, der Herzogin von Orléans, an den Hof des Sonnenkönigs gekommen war. Der Monarch hatte seinem Wohlgefallen an dem munteren Wesen der geistreichen Fürstin keinen stärkeren Ausdruck zu verleihen gewußt, als daß er sie mit liebenswürdiger Ironie an seine durch Sophiens Gemahl und Schwager erlittene Niederlage an der Conzer Brücke erinnerte. Als aber die Fürstin der gefährlichen Wendung des Gespräches geschickt ausweichend meinte, das seien vergangene Zeiten, da sie selbst mitangesehen habe, wie der König den Frieden mit Spanien beschwor, antwortete Ludwig, jeder Friede werde mit der Klausel geschlossen, daß er nicht länger, als es mit dem Wohle des Staates vereinbar sei, dauern dürfe, und auf den Einwurf Sophiens, hoffentlich sei dieser Frieden von langer Dauer, vergaß sich der galante König einen Augenblick und erklärte hocherhobenen Hauptes, er glaube wohl, daß ihn die deutschen Fürsten nicht mehr bekriegen würden[1]).

Es ist nicht die Art des französischen Nationalcharakters, auf der Bahn der Erfolge sich freiwillig Einhalt zu thun, und geistige und materielle Blüthe haben sich bei unsern westlichen Nachbarn

[1]) Publik. aus den preußischen Staatsarchiven 4, 121.

fast immer mit expansiver Gewalt kundgegeben. Die mit den Friedensschlüssen von 1679 erreichte Machthöhe wurde daher keineswegs als ein Maximum, sondern nur als eine Stufe angesehen. Aber die ebenso kühne als gewaltthätige Politik Frankreichs in dem folgenden Jahrzehnt wird doch nur dann ganz verständlich, wenn man sich jener verächtlichen Worte des Führers eines eroberungslustigen Volkes erinnert.

In der That schienen die nächsten Jahre Ludwigs hochmüthiger Zuversicht nur zu sehr Recht zu geben. Die Reunionskammern eröffneten mitten im Frieden ungehindert ihre aller Rechtsbegriffe spottende Thätigkeit. Straßburg und Casale ergaben sich ohne Schwertstreich. Luxemburg wurde erobert, ohne daß ein Entsatz der tapfer vertheidigten Festung versucht worden wäre, und nachdem sich die Generalstaaten und Spanien gefügt hatten, mußte auch Deutschland am 15. August 1684 in einem von Ludwig diktierten Waffenstillstande auf zwanzig Jahre alle bis zum 1. August 1681 gemachten Reunionen einschließlich Straßburgs und der Kehler Schanze an Frankreich abtreten.

Kaiser und Reich waren aufs neue gedemüthigt, und doch hatte Frankreich über seine so gering geschätzten Gegner nur einen halben Erfolg errungen, wenn man in Erwägung zog, daß sich Ludwig diesmal nach einem bloßen Federkriege mit einem Waffenstillstande begnügen mußte, während er sonst nach blutigen Kämpfen die Entscheidung, ob ein Frieden mehr sei als eine Waffenruhe, für sich allein in Anspruch zu nehmen pflegte. Aber nicht, wie man wohl vorgab, aus Sorge für das Wohl der Christenheit, um dem Kaiser die energische Fortführung des Türkenkriegs zu ermöglichen, ging der allerchristlichste König vorerst über jenen halben Erfolg nicht hinaus, sondern weil er zur Überzeugung gelangt war, daß er die Reichsstände doch nicht so rasch zur unwiderruflichen Abtretung der Reunionen zwingen würde, als er es in seiner Ungeduld, die angefangene Kirchenreform in Frankreich zu Ende zu führen, wünschen mußte. Denn mochte es ihm auch gelungen sein, durch sein Bündniß mit Kurbrandenburg die Reichspolitik lahm zu legen [1]), so reichten die dem Kaiser zur Verfügung stehenden Streitkräfte immer noch aus, einen defensiv geführten Krieg in die Länge zu ziehen,

---

1) Vgl. u. a. das im Anhang Nr. I mitgetheilte Schreiben des Herzogs von Sachsen-Eisenach.

und die zwei zur Einschüchterung der Reichsstände gegen Kurtrier und ins Elsaß geschickten französischen Armeecorps würden bei weiterem Vormarsch auf nachhaltigen Widerstand gestoßen sein, da der bei Marburg stehende Landgraf von Hessen-Cassel seine Haustruppen durch Mobilmachung der oberrheinischen Union bis auf 10000 Mann gebracht hatte[1]), und die in einem Lager bei Wertheim zusammengezogenen fränkischen Kreistruppen an der gesammten kurbairischen Armee und sieben kaiserlichen Regimentern einen Rückhalt fanden.

Kaiser Leopold hatte sich schon viel früher, als gemeinhin angenommen wird[2]), bevor noch die Nachricht des holländischen Separatfriedens zu ihm gedrungen war, entschlossen, den Waffenstillstand, wenn er nur universal sei, gleichviel unter welchen Bedingungen und auf wie lange, anzunehmen, weil er fürchtete, daß Frankreich nach Pacification der spanischen Niederlande seine ganze Macht zur Unterwerfung Oberitaliens gebrauchen werde[3]). Aber er kannte seinen Gegner und wußte, daß sich selbst ein so wenig verlockendes Ziel, wie es der universale Waffenstillstand war, mit Sicherheit nur erreichen lasse, wenn man die Waffen nicht vor der Zeit aus der Hand lege. Es war daher für ihn von unschätzbarem Werthe, daß er sich nächst Kurbaiern auf die Laxenburger Allianz stützen konnte, und wenn auch jenes Bündniß wegen seiner Beschränkung auf den fränkischen Kreis, die oberrheinische Union und die ernestinischen Häuser den hochgespannten Erwartungen seines Stifters Waldeck und der Wiener Kriegspartei nicht entsprochen hatte, so zeigte es sich doch jener rein defensiven Aufgabe gewachsen und ließ deshalb dem Kaiser auch nach Abschluß des Stillstandes seine Fortdauer höchst wünschenswerth erscheinen.

Nun war aber schon in den bangen Wochen vor dem 15. August zu Tage getreten, daß die Festigkeit der Allianz durch den Tod eines ihrer thätigsten Mitglieder, des Bischofs Peter Philipp von Würzburg und Bamberg, merklich gelitten hatte. Die Mobilmachung der Allianztruppen war, obwohl nicht mehr als eine nähere Zu-

1) Hohenlohe an Bamberg. Frankfurt 5/15 (präsent. 16.) Juli 1684. (Or. Bamberg. Reichscorr. 30, 33). Danach waren bereits nach Koblenz zwei Regimenter detachiert.

2) O. Klopp, Fall des Hauses Stuart 2, 437 datiert die Entschließung des Kaisers vom 15. Juli.

3) Vgl. das Schreiben an Kurbaiern vom 28. Juni. Anhang Nr. III.

sammenziehung gegen Westen verlangt wurde, nirgends auf so viele Bedenken und Schwierigkeiten gestoßen wie bei den Oberhirten der wiederum getrennten fränkischen Bisthümer, Konrad Wilhelm von Wernau und Marquard Sebastian Schenk von Staufenberg[1]). Das Lager der fränkischen Infanterie bei Wertheim wurde gegen ihren Willen bezogen, aber die Kavallerie blieb wesentlich auf ihr Betreiben wegen angeblichen Futtermangels in ihren Quartieren stehen[2]), und als nach Abschluß des Stillstandes die oberdeutschen Streitkräfte zur Unterstützung des Kaisers größtentheils nach Ungarn abzogen, wußten sie es so einzurichten, daß die Kreismiliz an ihrem Sammelplatze zu Fürth solange säumte, bis sich der Abmarsch wegen der späten Jahreszeit von selbst verbot.

Kein Zweifel, man war gründlich allianzmüde, und als im September 1684 Konrad Wilhelm starb, und ihm Johann Gottfried von Guttenberg auf dem Würzburger Bischofstuhle folgte, fand nicht nur kein Systemwechsel statt, sondern man beschloß sogar, spätestens nach Ablauf der Laxenburger Allianz im Herbste 1685 abzurüsten[3]).

Dem Wiener Hofe waren diese Symptome des Zerfalles der Allianz nicht ganz entgangen. Der Kaiser wandte sich daher schon am 25. Oktober 1684[4]) an den fränkischen Kreis, warnte vor Niederlegung der Waffen, forderte zur Fortsetzung der Laxenburger Allianz auf und begehrte eine kräftige Türkenhülfe. Energischer lautete die Sprache, die Graf Hohenlohe als kaiserlicher Gesandter auf dem am 24. Januar 1685 eröffneten Kreistage in Nürnberg führte. Er drohte beiden Hochstiftern und den Kreisen, daß der Kaiser sie wieder zu Quartierlasten heranziehen werde, sobald sie den

---

1) Vgl. das Schreiben Bambergs an den Bischof von Wien, Anhang Nr. II, und die Correspondenz der Bischöfe im 27. Bande der Bamberger Reichscorresp. Kreisarch.

2) Bamberg an Würzburg. 5. Juli 1684: Der kaiserliche Gesandte Graf Hohenlohe scheine mit ihnen nicht zufrieden zu sein. „So wenig es uns aber anfichtet, so wenig glauben wir auch, daß sich E. Ld. derentwegen ein graues Haar wachsen lassen werden. Was wir beederseits gethan, getrauen wir zu verantworten, und were es mit der stände libertet viel zu weit gegangen, wenn man sich eines jeden opinion unterwerfen und von anderen regiren lassen müste.“ (Conc. Bamberg. Reichscorr. 27, 50.)

3) Bamberg an Würzburg. 28. Dez. 1684. (Conc. Bamberg. Reichscorr. 27, 128).

4) K. Leopold an Bamberg-Bayreuth. Wien 25. Okt. 1684. (Druck. Kreisakten 73, 15. Würzburg.

Bündnissen entsagten, und wies darauf hin, daß Kurbrandenburg den Kaiser bereits um Anweisung weiterer Quartierbezirke in seiner Nachbarschaft ersucht habe. Doch verlangte er für den ungarischen Feldzug nicht die ganze Kreismiliz, sondern insgesammt 8000 bis 10000 Mann von Franken, den oberrheinischen Verbündeten und den ernestinischen Häusern. Den Rest sollten die Alliirten zurückhalten, um ihn bei unverhofftem Friedensbruche von Seiten Ludwigs XIV. nach Philippsburg und Koblenz zu werfen, und um gegen irreguläre Durchmärsche nicht ganz schutzlos zu sein [1]).

Die Verworrenheit der mannigfachen sich kreuzenden kleinstaatlichen Interessen läßt sich schon auf jenem vorbereitenden Kreistage beobachten. Der Gedanke, wir brauchen ein stehendes Heer, um weiteren Übergriffen Frankreichs einen festen Damm zu setzen, hatte sich bei diesen Kreisständen noch keineswegs Bahn gebrochen, und wo er aufdämmerte, sträubte man sich aufs heftigste dagegen. Der Trieb der Vergrößerung hat das Aufkommen stehender Heere mächtiger gefördert als der Trieb der Selbsterhaltung, und nur von diesem kann bei den Kleinstaaten Deutschlands in jener Zeit die Rede sein. Ein drittes, die Soldatenspielerei, findet sich damals nur ganz vereinzelt wie bei dem geistesschwachen Sohne Karl Ludwigs von der Pfalz. Der Trieb der Selbsterhaltung lehrte aber die meisten den nächsten Feind ihrer Souveränetät nicht in Frankreich, sondern in den waffenmächtigen deutschen Nachbarstaaten erkennen, und hatte es Waldeck wesentlich erleichtert, in der Laxenburger Allianz soviele Reichsstände unter einen Hut zu bringen. Er hielt die Allianz daher auch jetzt noch zusammen, da Frankreich für den Augenblick beruhigt schien, wenn auch nicht alle soweit gehen mochten wie Markgraf Johann Friedrich von Brandenburg-Ansbach, der allen Ernstes versicherte, von Frankreich drohe keine Gefahr mehr [2]). Wie bei dem Entsatze Wiens kehrte auch jetzt wieder die gegen Frankreich geschlossene Allianz ihre Front gegen die Osmanen.

Unbedingte Hingabe an das Haus Habsburg oder gar Erkenntniß der hohen Kulturaufgabe, die Oesterreich an der unteren Donau zu lösen hatte, lag dieser Schwenkung nicht zu Grunde, am

1) Die geh. Hof- und Kriegsräthe Joh. Phil. Fuchs von Dornheimb und Dr. Tobias Reibolt an Bischof Joh. Gottfried von Würzburg. Nürnberg 30. Januar 1685. (Conc. Kreisakten 73, 113. Würzburg.)

2) Sitzung vom 13/23. Jan. 1645. (Kreisprotokolle. 73, 204. Würzburg.) Aehnlich äußerte sich am 25. Jan. auch Eichstätt.

ehesten vielleicht noch bei den geistlichen Fürsten. Das Entscheidende war vielmehr, daß die damaligen Wirthschaftspolitiker die Unterhaltung eines stehenden Heeres im eignen Lande als eine unerträgliche Last und Plage ansahen, die man thunlichst auf andere Schultern abwälzen müsse. Der Ausweg der norddeutschen Militärstaaten, ihre Truppen eigenmächtig bei ihren schwächeren Nachbarn einzuquartieren, blieb den südwestdeutschen Kreisen natürlich verschlossen, und so bot der Türkenkrieg den Kreisständen die erwünschte Gelegenheit, ihre Soldateska los zu werden und sich zugleich doch der Quartierprivilegien der Alliirten zu versichern. Würzburg hätte sogar am liebsten dem Kaiser sämmtliche Kreisvölker überlassen, da der im Lande bleibende Rest gegen einen französischen Einfall doch nicht erklecklich sei [1]), hielt aber vorsichtig mit seinem Wunsche zurück, als es bei seinen Mitständen keine Neigung zu so radikalen Beschlüssen bemerkte. Der allgemeine Wunsch nach Abrüstung gab sich vorerst nur dadurch zu erkennen, daß man von den 130 Römermonaten des Kreisbudgets 60 Römermonate abstreichen wollte, aber obwohl der Kaiser nach Hohenlohes Versicherung damit einverstanden war, begriff man doch sehr bald, daß völlige Beibehaltung der Kreismiliz und gleichzeitige Herabsetzung des Budgets auf die Hälfte unvereinbar seien, insofern allein die Truppenverpflegung ohne die Kosten der Generalität und Regimentsstäbe sich auf mehr als 90 Römermonate stellte [2]). Es blieb daher zunächst alles beim alten. Dem Kaiser wurden 3000 Mann Infanterie und ein Dragonerregiment überlassen. Über die Abrüstungsfrage wollte man sich erst nach Beendigung des Feldzuges gegen die Osmanen je nach Ausfall der Reichstagsverhandlungen über die Frage der Reichssicherheit entscheiden und schlug vor, daß sämmtliche correspondierenden Kreise in Anknüpfung an die Reichstagsbeschlüsse von 1681 die Aufstellung eines Reichsheeres von 60000 Mann in Regensburg beantragen sollten [3]).

Für Beibehaltung und sogar Verlängerung der Laxenburger Allianz hatte sich nur der mit Schmalkalden dem fränkischen Kreise

1) Conferenz der Würzb. Geheimeräthe 19. Jan. 1685. (Kreisakten 73, 67, Würzburg.)

2) Fuchs v. Dornheimb u. Reibolt an Würzburg. Nürnberg 9. Februar 1685. (Conc. Kreisakten 73, 185, Würzburg.)

3) Receß vom 4/14. Februar 1685 bei K. F. Moser, Des Fränk. Crayses Abschide 1, 579 ff.

angehörende Landgraf Karl von Hessen-Kassel rückhaltlos ausgesprochen. Der Grund ist ersichtlich. Seit 1655 war um das Directorium des oberrheinischen Kreises zwischen dem Bischofe von Worms und Pfalz-Simmern ein Streit entbrannt, der in dem Devolutionskriege 1674 Hessen-Kassel und Darmstadt, die nassauischen Häuser, Hanau-Münzenberg, Solms, Isenburg, Waldeck und die Städte Frankfurt, Friedberg und Wetzlar veranlaßt hatte, zum Zwecke gemeinsamer Aufstellung ihrer Kreiscontingente eine oberrheinische Allianz zu schließen [1]). Dieses Bruchstück des ehemaligen oberrheinischen Kreises war unter Hessen-Kassels Führung 1679 mit jener Union wetterauischer, westerwäldischer und eifelischer Häuser in Verbindung getreten, mit der Georg Friedrich von Waldeck den Grundstein zur Laxenburger Allianz legte, und Landgraf Karl hatte, wenn er in dieser künstlichen Neubildung innerhalb der alten Reichsformen seine führende Stellung behaupten wollte, das größte Interesse an dem Fortbestehen des Werkes des ihm persönlich befreundeten Fürsten von Waldeck, weil bei dem voraussichtlich bald eintretenden Übergang der Kurpfalz an eine katholische Linie durch Beilegung des Directorialstreites der Grund zur Trennung der Kreisstände leicht wegfallen konnte.

Von Waldeck wirksam unterstützt begegnete der Landgraf keinem Widerstand, als er Beibehaltung der Bündnisse mit dem Kaiser, Kurbaiern und Franken vorschlug [2]). Nur Friedberg und Wetzlar verweigerten wegen ihrer Armuth jeden Beitrag. Frankfurt, das bald nach dem Stillstand (9. Sept. 1684) die Union gekündigt hatte, verstand sich wenigstens für den nächsten ungarischen Feldzug zur Stellung von 200 Mann. Abstriche wurden auch hier versucht, aber auch hier blieb das Kreisbudget mit seinen 60 Römermonaten vorläufig unangetastet, während an den 70 Römermonaten der Unionsverfassung möglichst gespart werden sollte [3]).

Über Verhandlungen mit den Ernestinern im Frühjahre 1685 habe ich nichts gefunden [4]). Doch wird auch hier Hohenlohes An-

1) Kopp, Abhandlung von der Association derer vorderen Reichs-Crayße 93 fg. — Fester, Die armirten Stände S. 40 ff.

2) Hohenlohe an Fulda, Hessen-Kassel, Darmstadt und Waldeck. Frankfurt 17/27. Februar 1685. (Kreisakten. Marburg.) Das Folgende nach den Kreisakten in Marburg und Frankfurt.

3) Receß. Marburg 30. März / 9. April 1685. (Or. Marburg.)

4) In Gotha und Meiningen. Möglich, daß in Weimar Akten erhalten sind.

bringen auf keine Schwierigkeiten gestoßen sein, sodaß die Laxenburger Aliirten außer Kurbaiern dem Kaiser 1685 die verlangten 8000 Mann stellten.

Den Oberrhein ganz von Truppen zu entblößen, war jedoch nicht die Absicht des Kaisers, der mit Sorge der bevorstehenden Erledigung der Kurpfalz entgegensah. Schon Mitte Februar beauftragte er den Reichshofrathspräsidenten, Graf Wolfgang von Öttingen, und den Kommandanten von Philippsburg, Graf Max Lorenz von Starhemberg mit der Vorbereitung für die Besitzergreifung der kurpfälzischen Lande durch seinen Schwiegervater, Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg, und ersuchte die Nachbarstände der Pfalz im tiefsten Geheimniß, auf Requisition der kaiserlichen Kommissäre dem neuen Kurfürsten unverweilt zu Hilfe zu kommen [1]).

Noch hatten die oberrheinischen und fränkischen Kreisvölker den Marsch nach Ungarn nicht angetreten, weil man den Durchmarsch kurkölnischer Truppen verhindern oder möglichst einschränken wollte, als am 26. Mai 1685 Kurfürst Karl starb, und Philipp Wilhelm unter wenig günstigen Auspicien die Regierung antrat. Im Vertrauen auf französischen Schutz meldete Pfalzgraf Georg von Veldenz in Heidelberg seine Ansprüche an, während Frankreich bei Straßburg, Landau, an der Saar und auf dem Hundsrück größere Kavalleriemassen in sogenannten fliegenden Lagern zusammenzog. Starhemberg schickte daher seinen Vetter Graf Liebgott von Kufstein nach Bamberg und verlangte, daß die fränkischen Hülfstruppen bis auf weiteren kaiserlichen Befehl gegen Philippsburg heranrückten [2]). Aber Kufstein fand bei dem Bischofe kein geneigtes Ohr. Daß Frankreich nicht zu trauen sei, gab Marquard Sebastian zwar ohne weiteres zu, allein er meinte, nach der Exekutionsordnung hätten der oberrheinische, der kurrheinische und der schwäbische Kreis dem Hause Neuburg solange Hilfe zu leisten, bis sich das ganze Reich der Sache mit größerem Nachdruck annehmen werde. Zum Widerstande gegen einen französischen Einfall sei der fränkische Kreis viel zu schwach und werde durch voreilige Truppenbewegungen möglicherweise Frankreich nur den gewünschten Anlaß zum Bruche geben.

1) K. Leopold an Bamberg. Wien 18. Februar 1685. — Creditif für Öttingen. Wien 10. März. praesent. Bamberg 7. Mai. (Orr. Reichscorr. 27, 143 u. 149. Bamberg.)

2) M. L. Starhemberg an Bamberg. Heidelberg 31. Mai 1685. (Or. Bamberg.)

Es scheint wirklich, daß der geistliche Herr sich über die Widersprüche seiner Ausrede nicht ganz klar geworden ist. Denn nicht genug, daß er in einem Athem jede verfrühte Hülfsleistung als gefährlich darstellte und dennoch anderen Kreisen zumuthete, behielt er auch für den Fall, daß das Reich dem Hause Neuburg beistehen müßte, die Reduktion der Kreismiliz im Auge und fragte an demselben Tage, an dem er dem Kaiser und dessen Ministern die ablehnende Antwort auf Starhembergs Ansinnen mittheilte, bei seinem Wiener Agenten, Reichshofrath Meystetter, an, ob der Kaiser nicht bei Reduktion der fränkischen Völker die überschüssige Mannschaft Würzburgs und Bambergs, wie es mit Lüneburg und Hessen-Kassel geschehen sei, gegen „einiges emolumentum" in seine Dienste nehmen, d. h. abkaufen wolle [1]).

In Wien mochte man fürchten, daß die fränkische Hülfeleistung wie im vergangenen Jahre ganz unterbleibe, und da die Besitzergreifung der Pfalz durch Philipp Wilhelm ruhig verlaufen war, bat der Kaiser um Beschleunigung des Abmarsches der Kreistruppen. Nur das Thüngische Infanterieregiment und das Truchsessische Kürassierregiment, die Würzburg und Bamberg nach Abrede mit Öttingen stellten, sollten von beiden Hochstiftern zur Disposition Starhembergs in Bereitschaft gehalten werden. Aufbietung des Reiches und der Kreise hielt auch der Kaiser für bedenklich und zog es vor, durch seine Gesandten namentlich an den kurfürstlichen Höfen für Unterstützung Philipp Wilhelms im Nothfalle Stimmung zu machen [2]).

Auch gegen die neue Forderung des Kaisers, die Starhemberg am 16. Juni wiederholte, verhielten sich beide Hochstifter ablehnend, und obwohl es sich dabei nur um ihre eigenen Truppen und zwei Kompagnien der fränkischen Ritterschaft handelte, erklärten sie, Starhemberg solle sich an den ganzen Kreis wenden, ohne den sie keine Völker an die Westgrenze Frankens legen könnten. Dies unterblieb dann, weil sich herausstellte, daß die Zusammenziehung französischer Kavalleriedetachements nicht zu Mobilmachungszwecken geschehen war [3]).

1) Bamberg und Würzburg an Öttingen und Stratman, an den Kaiser, an Thüngen in Wien und an Starhemberg. Bamberg an Meystetter 2. Juni 1685. (Conc. Reichscorr. 27, 177, 180 u. 179. Bamberg.)

2) K. Leopold an Würzburg und Bamberg. Wien 7. Juni 1685. Meystetter an Bamberg. Wien 8. Juni 1685. (Orr. 27, 184 fg. a. a. O.)

3) Starhemberg an Bamberg. Heidelberg 16. Juni (ps. 22). Bamberg

Ob Waldeck, als er auf der Reise nach Wien mit beiden Bischöfen in Bamberg zusammentraf, von diesen für die Festigkeit seines Werkes so bezeichnenden Vorgängen in Kenntniß gesetzt wurde, steht dahin. Wir haben keinen Grund, an seiner Darstellung zu zweifeln, daß sich die Bischöfe um so eifriger für Fortsetzung der Allianz aussprachen, als nach ihrer Versicherung Bayreuth und Ansbach von Kurbrandenburg unterstützt unaufhörlich dagegen arbeiteten [1]). Jedenfalls war der Fürst, als er zum letzten Male das Kommando über die oberrheinischen und fränkischen Kreisvölker übernahm, der festen Überzeugung, daß nicht nur Hessen-Kassel, sondern auch die geistlichen Fürsten des fränkischen Kreises fest entschlossen zur Fortsetzung der Allianz seien. Aber während Landgraf Karl durch den Kriegsrath der Laxenburger Verbündeten, Baron Görtz, die Bemühungen Waldecks unterstützte, einigten sich Würzburg und Bamberg über eine fundamentale Umgestaltung des Allianzwesens.

Sie glaubten der Zustimmung der meisten Kreisstände versichert zu sein, wenn sie von einer Erneuerung der Laxenburger Allianz ganz absehend nur die Bündnisse mit dem oberrheinischen Kreise und Kurbaiern fortsetzen wollten, mit Verabschiedung aller Generale und Kriegsräthe, was in erster Linie Waldeck und Görtz traf. Vielleicht ließ sich auch Schwaben gewinnen, was um so wünschenswerther schien, als die Gefahr, wieder wie im Devolutionskriege Quartierstand zu werden, durch die beabsichtigte Reduktion sehr groß wurde, wenn es nicht gelang, durch Anschluß an andere Kreise die Abrüstung gleichsam zu verschleiern [2]). Je weniger also die Bischöfe an Beibehaltung der bisherigen Militärverfassung dachten, um so mehr sahen sie sich durch ihre Politik genöthigt, sich in die Brust zu werfen, als ob der Kreis durch endgültige Regelung seiner Kriegsverfassung dem ganzen Reiche mit gutem Beispiel voranginge.

In Wien gieng man diesen reichspatriotischen Phrasen nicht weiter auf den Grund, obwohl die von Reichshofrath Meystetter Anfang September eingeleiteten Verhandlungen wegen Überlassung

---

u. Würzburg an Starhemberg. 28. Juni 1685. (Or. u. Conc. Reichscorr. 27, 188 u. 190. Bamberg.)

1) J. G. v. Rauchbar, Leben des Fürsten G. F. v. Waldeck 2, 348.

2) Joh. Gottfried von Würzburg an Bamberg. Rimpar 1. Sept. 1685. Bamberg an Würzburg 1. Sept. (Or. u. Conc. Reichscorr. 29, 8 fg. Bamberg.)

der beiden stiftischen Regimenter an die kaiserliche Armee über die wahre Meinung der Bischöfe keinen Zweifel lassen konnte. Der Hofkanzler Stratman meinte zwar, wenn man die Allianz in Trümmer gehen lasse, so beraube man sich des vornehmsten Mittels, auch die andern Stände zum Widerstande gegen Frankreich mit sich fortzureißen, der Kaiser könne daher wohl veranlaßt werden, mit der Pforte Frieden zu schließen, um nicht zwei Feinde auf dem Halse zu haben. Aber zwei Wochen später erklärte sich der Kaiser persönlich zufrieden, wenn der Kreis seinen Antheil an einem Reichsheere von 60000 Mann stelle[1]).

Anders urtheilte Waldeck, als er nach Beendigung des ungarischen Feldzuges in Wien eintraf und hier bald von dem auf Meystetters Rath vor dem fränkischen Kreise sorgfältig geheim gehaltenen Regimenterhandel erfuhr. „Nun hat die Allianz ein Loch“, klagte er Thüngen[2]) und wenige Tage darauf schrieb er an Herzog Johann Georg von Sachsen-Eisenach, durch den er auf die Ernestiner einzuwirken suchte: „ich arbeite als ein esclave, unsere Sicherheit und jura zu mainteniren, andere aber hindern, was ich baue“ [3]).

Am 25. Oktober gelangten die Verhandlungen zu einem vorläufigen Abschluß. Der Kaiser übernahm beide Regimenter und erbot sich, statt der geforderten 48000 Thlr. 30000 rhein. Gulden auf die ersten Römermonatsbewilligungen anzuweisen. Dagegen versprachen beide Hochstifter, den Kreis zur Aufbringung von 4000 Mann zu vermögen und dazu ihr Contingent mit etwa 1500 Mann beizutragen. Das Kommando über die Kreisvölker im nächsten Feldzuge sollte Thüngen erhalten, der in kaiserliche Dienste übergetreten war[4]). Bamberg äußerte zwar sein Befremden über die Herabsetzung der Anweisung auf 30000 fl., beruhigte sich aber gegen gewisse Vortheile in den kärnthischen Besitzungen des Hochstifts und gegen Bestätigung der im Sommer in Regensburg durchgesetzten Ermäßigung

---

1) Meystetter an Bamberg. Wien 16. Sept. (ps. 22) u. 4. Okt. (ps. 9) 1685. (Orr. Reichscorr. 29, 19 u. 45. Bamberg.)

2) Bamberg an Thüngen. 10. Okt. u. Thüngen an Bamberg. Wien 11/21. Okt. (ps. 28.) 1685. (Conc. u. Or. a. a. O. 29, 48 u. 64.)

3) 18/28. Okt. 1685. s. Anhang Nr. IV.

4) K. Leopold an Bamberg u. Würzburg. Wien 25. Okt. (ps. 12. Nov.) 1685. Beilage obenstehende Bedingungen, unterzeichnet von dem kais. Sekretär Johann Probst. (Or. Reichscorr. 29, 1 Bamberg.)

seines Matrikelansatzes [1]), die es bei den bevorstehenden Kreisverhandlungen über das neue Verfassungswerk zu benutzen gedachte [2]).

Das von den Hochstiftern gegebene Versprechen guter Dienste beim Kreise deutet darauf hin, daß Meystetter wahrscheinlich, wie früher die Bischöfe Waldeck gegenüber, die schwankende Haltung des Kreises als eine Folge der Einflüsterungen der brandenburgischen Häuser mit lebhaften Farben geschildert hatte. Bestenfalls war von den militärmüden und eingeschüchterten Kreisständen eine Fortsetzung der Kreisallianzen und Beibehaltung einer bedeutend verminderten Miliz zu erlangen, und das Interesse des Kaisers erheischte dringend, daß nach Nürnberg zur Unterstützung der Bischöfe ein Diplomat geschickt werde, der es verstand, eine Ständeversammlung mit weit auseinandergehenden Kirchthurmsinteressen zusammenzuhalten und zu leiten. Man hatte anfänglich an den Reichshofrathspräsidenten v. Öttingen oder an den kaiserlichen Gesandten in Heidelberg, Johann Friedrich von Seilern, gedacht. Schließlich überließ man diese wichtige Aufgabe doch wieder dem ständigen Gesandten beim fränkischen und oberrheinischen Kreise, Graf Ludwig Gustaf von Hohenlohe.

Unglücklicher hätte die auch von den Bischöfen nicht sehr beifällig aufgenommene Wahl [3]) nicht ausfallen können. Hohenlohe gehörte zu jener gefährlichen Klasse von Diplomaten, die sich so gern sprechen hören, daß sie darüber die schwere Kunst des Hörens ganz verlernt haben. Keine Zeit ist so reich an verwegenen Projektenschmieden, wie das ausgehende siebzehnte Jahrhundert, aber wenn andere geräuschlos hinter den Kulissen des Welttheaters arbeiteten, fühlte sich Hohenlohe nur dann ganz in seinem Element, wenn der Lärm seiner Schmiede alle Welt herbeilockte. Die Wiener Ver-

1) Reichsgutachten vom 26. Mai / 5. Juni 1685 bei Pachner v. Eggenstorff, Samml. der Reichsschlüsse 2, 556.

2) Bamberg an Meystetter. 4. Nov. 1685. (Conc. Reichscorr. 29. 4. Bamberg.)

3) Joh. Gottfried von Würzburg an Bamberg. Würzburg 30. Sept. 1685. Erwartet in dieser Woche Hohenlohe, „der dan mit vielen wässerigen anschlägen ratione subsidiorum zweifelsfrey angestochen kommen wird." — Am 25. Aug. 1686 schreibt ders. an seine Kreisgesandten: „weiln bekannt, daß der graf von Hohenlohe zu zeiten gar zu weitläuffig, und mehr von dem werk, als er vernommen discurire" 2c. (Kreisakten 17, 779. Würzburg.) Schon kurz nach seinem Regierungsantritte urtheilte er über Hohenlohe, daß er „dasjenige, was er gern zu werk gerichtet sehe, alschon für eine geschehene sach halte." An Bamberg. Würzburg 23. Dez. 1684. (Or. Bamberg. Reichscorr. 27. 128.)

handlungen mit Würzburg und Bamberg waren ihm nicht unbekannt geblieben, er kannte die Abneigung des Kaisers gegen einen neuen Krieg mit Frankreich, wußte, daß es der sehnlichste Wunsch des Kaisers war, im folgenden Jahre die 1864 abgebrochene Belagerung Ofens wieder aufzunehmen und zu siegreichem Ende zu führen, daß also alles, was Frankreich zum Vorwande eines Bruches dienen konnte, ängstlich vermieden werden mußte. Trotzdem hielt er sich jetzt für berufen, das Werk Waldecks umzugestalten und den Widerstand gegen Frankreich im Reiche auf eine ganz unverfängliche Weise neu zu organisieren. Indem er aber alle inhaltsleeren Versicherungen, mit denen er in Würzburg und Bamberg und bald darauf auf dem Kreistage abgespeist wurde, für baare Münze nahm und sich zum Sprachrohr derselben machte, gelang es ihm doch wieder, von unvorhergesehenen Ereignissen begünstigt, den Kaiser und viele Reichsstände zunächst über die wahre Stimmung der Kreisstände völlig zu täuschen und den Kreis selbst in eine Politik hineinzuziehen, die, wie man zu spät bemerkte, zwanzig deutsche Kleinstaaten und Reichsstädte auf kurze Zeit wider Willen zum Mittelpunkte der europäischen Dinge gemacht hat.

Am 3. Dezember 1685 wurde auf dem Nürnberger Rathhause der Kreistag eröffnet, der vornehmlich über die Umgestaltung des Allianzwesens berathen sollte [1]). Die Geschichte eines Kreistages ist in der Regel erzählt, wenn man seine Beschlüsse mittheilt [2]). Denn in nüchternem, jedes dramatischen Interesses entbehrenden Formen bewegte sich die Geschäftsordnung. Grundlage der Berathungen waren die von dem Kreisausschreibeamt regelmäßig dem Einladungsschreiben an die Stände beigefügten Proponenda. In streng geregelter Reihenfolge nach den vier Bänken der geistlichen und weltlichen Fürsten, Grafen und Städte, und innerhalb der Bänke nach der Höhe der Matrikularbeiträge, stimmten die Stände über jeden einzelnen Punkt, zuletzt das Direktorium, das dann sofort das Ergebniß der Abstimmung feststellte. Initiativanträge eines Standes auf dem Kreistage selbst waren ausgeschlossen, und wer ein beson-

---

1) Ausschreiben Bambergs u. Bayreuths 26. Okt. / 5. Nov. 1685. (Cr. Kreisakten 75, 1 ff. Würzburg.) Die Darstellung des Kreistages ruht in der Hauptsache auf den Würzburger Kreisakten.

2) Berücksichtigt ist hier nur die fränkische Geschäftsordnung. Über die Abweichungen von der oben geschilderten Norm vgl. J. J. Moser, von der Crays-Verfassung. S. 302 ff. und passim.

deres Anliegen hatte, mußte sehen, wie er ihm Aufnahme in die Proponenda verschaffte. So lief in den meisten Fällen alles auf eine bloße Vergleichung der Instruktionen der Gesandten hinaus, und nur die Verwaltungsangelegenheiten, vor Allem das Abrechnungswesen, eröffneten den Gesandten, unter denen die Beamten und Juristen überwogen, ein Feld selbständigerer Thätigkeit. Kein Wunder, wenn auf solche Weise zumeist mit einer für die damaligen deutschen Verhältnisse erstaunlichen Schnelligkeit gearbeitet wurde, und ein Kreistag selten die Dauer von drei Wochen überschritt.

Auch diesmal schien dem Kreistage ein rascher, einfacher Verlauf bevorzustehen. Denn in der Hauptfrage der Reduktion waren alle Stände einig bis auf den Landgrafen von Hessen-Kassel, der außer dem Vertreter seiner schmalkaldischen Stimme seinen besten Diplomaten, Baron Görtz, schickte und noch einmal der Überlegung seiner Mitstände anheimgab, daß der Zweck der Allianz bei Reduktion weder nach außen noch im Innern erreicht werde [1]). Da jedoch sämmtliche anderen Kreisstände nur einen Zweck — Schutz gegen Winterquartiere und Durchmärsche der stehenden Heere mächtigerer Reichsstände — im Auge hatten und gegen die von Westen drohenden Gefahren geflissentlich die Augen verschlossen, so erschien ihnen Erneuerung der alten ebenso unverfänglichen, wie unwirksamen Kreisallianzen unter kaiserlichen Auspicien dazu völlig ausreichend. Ein festes Programm hatten sich nur die wenigsten gemacht. Bamberg nannte in seiner Instruktion Kurbaiern, den schwäbischen und oberrheinischen Kreis [2]), Würzburg gedachte nur der beiden Kreise [3]), und Bayreuth unterließ es ausdrücklich, seine Gesandten wegen auswärtiger Kronen zu instruieren, weil diese wegen der Reduktion ohnedies schwerlich an Erneuerung der Allianz denken würden [4]). Auch

---

1) Landgraf Karl an Bamberg. Burck 27. Nov. / 7. Dez. dictat. Nürnberg 17. Dez. u. Waldeck an Bamberg. Arolsen 28. Nov. / 8. Dez. dictat. Nürnberg 19. Dez. 1685 (Kop. Kreisakten 75, 467 u. 483. Würzburg.)

2) Instruktion vom 22. Nov. / 2. Dez. 1685. (Bamberg.) Gesandte waren Friedrich Edmund von Sickingen, Herr von Hohenburg, Landstuhl und Ebnet, Kapitular von Bamberg und Würzburg, Geheimerath und Obereinnahmepräsident, der Vicekanzler und Hofrichter Joh. Reuß und der geheime Hof- und Kriegsrath Joh. Paul Stang.

3) Instruktion für den Domkapitular und Propst zu Comberg, Georg Heinrich von Stadion, und den Geheimerath Michael Karl Wigandt. Würzburg 30. Nov. 1685. (Kreisakten 75, 11 ff. Würzburg.)

4) Instruktion für Karl Franz Pückler, Freiherr von Groditz, Geheimerath

Hohenlohe ging in einem Memorial, das er gleich nach Eröffnung der Sitzungen einreichte, auf den Gedanken der Reduktion ein, sprach aber die Hoffnung aus, daß der Kreis die Allianz mit dem Kaiser und einigen „mitunirten“ bis zu Feststellung einer allgemeinen Reichsbewaffnung beibehalte. Die Laxenburger Allianz war auf Anrathen der Bischöfe mit keinem Worte genannt[1]).

Indessen fanden schon manche, daß die bei einem Reichsheere von 60000 Mann auf den Kreis entfallenden 4321 Mann eine zu schwere Last sein. Namentlich der allen Militärlasten gründlich abgeneigte Markgraf von Ansbach ließ erklären, daß Bewaffnung des Kreises im Verhältnisse eines Reichssimplum von 40000 Mann vollkommen genüge, dem Kreise aber für den Fall, daß aus der Reichsbewaffnung nichts werden sollte, völlige Abrüstung jederzeit freistehen müsse, damit er nicht etwa unmerklich zur Unterhaltung eines stehenden Heeres verpflichtet und im Vergleiche zu andern Kreisen benachtheiligt würde. Bei einigen gräflichen Häusern, wie Hohenlohe-Waldenburg und Castel, vor allem bei der unter Nürnbergs Führung stehenden städtischen Bank fand er eifrige Zustimmung. Nürnberg meinte sogar im Hinblick auf den Waffenstillstand und die letzten Erfolge in Ungarn, daß eine Kreismiliz auf dem Fuße eines Reichsheeres von 30000 Mann ausreiche. Nur der Deutschorden, dessen Ordensmeister seit kurzem der drittälteste Sohn des neuen Kurfürsten von der Pfalz, Ludwig Anton, war, verwarf jede Reduktion, mußte jedoch zugleich bekennen, daß er selbst nicht mehr als die Hälfte seines Contingentes stellen könne, weil ihm nach dem Stillstande seine ganze Ballei Lothringen, zwei Commenden der Ballei Elsaß und die eignen Kammercommenden des Deutschmeisters in Kron-Weißenburg von den Lazaritern entzogen und „vermeintlich reuniert“ worden seien. Den meisten Beifall erntete ein Vorschlag Bayreuths, nur die Infanterie nach dem Fuße von 60000 Mann, die Kavallerie dagegen nach dem Fuße von 40000 Mann zu repartieren, was 2881 Mann Infanterie und 960 Mann Kavallerie ergeben hätte.

Man sollte nun denken, daß die Vertheilung des Contingentes auf die einzelnen Stände nach Verhältniß der Matrikularbeiträge

---

und Hauptmann zu Neustadt an der Aisch, und Joh. Konrad von Scheres, genannt Zirit, geheimer Hofrath und Hofgerichtsassessor. Bayreuth 18/28. Nov. 1685. (Conc. Bayreuther Kreisakten 113. Bamberg.)

1) 3. Dez. 1685. (Bamberger Kreisakten. Bamberg.)

eines jeden sich unschwer hätte ausrechnen lassen. So leicht pflegte man es sich jedoch im heiligen römischen Reiche deutscher Nation nicht zu machen. Von der alten Wormser Matrikel von 1521 war längst keiner der ursprünglichen Ansätze mehr vorhanden. Da unterschied man zwischen alter und neuer Matrikel, zwischen „moderati,“ „ultramoderati“ und „moderandi“, und als das Ausschreibeamt sich in eine Nebenstube verfügte und einen Stand nach dem andern vorlud, weil sich die Angelegenheit nicht zur Behandlung im Plenum eigne, war das gewiß auch manchen Graukopf unter den Kreisgesandten überraschende Ergebniß der Zusammenstellung, daß alle Stände auf ein Drittel ihres Matrikularbeitrages herabgesetzt waren [1]). Und da nun natürlich keiner sich den Ausfall in den Beiträgen anderer aufbürden lassen wollte, so stellte sich das künftige Kreisheer statt der dem Kaiser vorgespiegelten 4321 Mann auf allerhöchstens 3000 Mann [2]).

Als die Berathungen am 13. Dezember glücklich so weit gediehen waren, weilten bereits seit vier Tagen die Regensburger Gesandten von Kurbaiern und Schweden, Dr. Johann Rudolf Wämpl und Friedrich Georg von Snoilsky in den Mauern der alten Reichsstadt.

Es war nicht das erste Mal, daß der Schwede Snoilsky in Nürnberg ein Anliegen vorbrachte. Erst im vergangenen Mai war er hier unter den Ständen plötzlich aufgetaucht, als sich diese noch einmal vor Abschickung der Kreisvölker zur Berathung militärischer Einzelheiten versammelten [3]), und hatte im Namen König Karls XI. auf Grund des Garantievertrages um Bundeshülfe gegen Dänemark, Brandenburg und Lüneburg ersucht, falls diese Schwedens deutsche Provinzen angreifen sollten. Wie es von einem mitteldeutschen Kreise, dessen ansehnlichste weltliche Fürsten überdies zur brandenburgischen Klientel gehörten, nicht anders zu erwarten war, lautete die Antwort ebenso höflich wie nichtssagend [4]).

---

1) In dem betreffenden Conclusum vom 4/14. Dez. wurde erinnert, daß die ultra moderati fürohin in causa collectarum etwas parcius votiren mögten, weyl sonsten denen minder moderatis der größere last per indirectum zugeweltzet wurde.“ (Würzburg.)

2) Wämpl an Kurbaiern. Regensburg 10. Jan. 1686. (Or. München.)

3) Receß vom 14/24. Mai 1685 bei F. C. Moser. Abschide des Fränckischen Crayses 1, 585 ff.

4) Die Würzburg. Kreisgesandten an Johann Gottfried. Nürnberg

Mit dem Haager Garantievertrag hatte es allerdings eine eigenthümliche Bewandtniß. Als nach Abschluß der Laxenburger Allianz der fränkische Kreis eine Zeit lang mit dem Kaiser durch dick und dünn gieng, hatte zwar der kaiserliche Gesandte im Haag, Ritter Kramprich, im Namen der Kreises am 28. Dezember 1682 eine Beitrittsurkunde auf fünf Jahre unterschrieben, aber die Ratification durch Kreisschluß war niemals erfolgt. Irgend welche Zweifel über die Stellung der Kreisstände zum Garantievertrag konnten aber in Stockholm seit der Snoilsky im Mai ertheilten Antwort kaum mehr bestehen und man mochte, als die fränkischen Proponenda bekannt wurden, fürchten, daß auch außerhalb der Grenzen Frankens die vollkommene Nichtigkeit der Haager Beitrittserklärung bemerkt werde. Snoilsky eröffnete daher schon im November dem kurbairischen Gesandten Wämpl, daß Karl XI. allen französischen Drohungen und Versprechungen zum Trotz an der Allianz mit dem Kaiser und Kurfürst Max Emanuel unverbrüchlich festhalte und ihm Besuch des fränkischen Kreistages befohlen habe, damit er im Verein mit dem kaiserlichen Gesandten den Kreis zur Fortsetzung der Allianzen bewege[1]). Kurfürst Max Emanuel ließ hierauf Snoilsky seiner Genugthuung über die patriotische Erklärung Schwedens versichern und schickte Wämpl nach Nürnberg, damit an seinem guten Willen zur Beibehaltung der Allianz nicht gezweifelt werde, aber die Allianz, die man in München im Sinne hatte, war nicht der Haager Garantievertrag, sondern Baierns Bündnisse mit Schwaben und Franken[2]).

In Nürnberg hatten namentlich die Bambergischen Gesandten mit Ungeduld Wämpls Ankunft erwartet. An dem Fortbestand des Bündnisses mit einem mächtigen Kurfürsten war um so mehr gelegen, je gründlicher die Reduktion getrieben wurde, und der Bambergische Rath Paul Stang schämte sich nicht, in denselben Tagen, an denen er sich in der Nebenstube des Rathhaussaales mit den Kreisgesandten wegen ihrer Matrikelermäßigungen herumzankte, an

---

17. Mai u. Joh. Gottfried an seine Gesandten. Bamberg 17. Mai (praesent. Nürnberg 19. Mai) 1685. (Conc. u. Or. Kreisakten 74, 301 u. 317. Würzburg.)

1) Wämpl an Kurbaiern. Regensburg 19. Nov. 1685. (Ausz. München.)

2) Max Emanuel an Wämpl. München 23. u. 27. Nov. 1685. (Orr. München.) — Ders. an Bamberg-Bayreuth. 27. Nov. u. Wämpls Memorial an den Kreis, dict. Nürnberg 10. Dez. 1685 (Kop. Kreisakten 75, 399 u. 403. Würzburg.)

Wämpl zu schreiben, die Annahme der 4321 Mann sei so gut wie sicher, und die Vertheilung habe bereits stattgefunden[1]).

Als ein ungebetener, unerwarteter Gast erschien dagegen allen der Schwede. Wie hatte man sich schon behaglich gefühlt bei dem Gedanken, daß die Laxenburger Allianz nur ein langer, schwerer Traum gewesen sei. Der Name des gefürchteten westlichen Nachbars war in den Verhandlungen wie auf allgemeine Verabredung bis jetzt nicht ein einzigesmal genannt worden. Die Dazwischenkunft Snoilskys änderte die Situation mit einem Schlage. Hohenlohe jubelte. Er hatte wohl die Tage her gelangweilt den Berathungen zugesehen und wiederholt auf eine Entschließung des Kreises, die er in Wien vorlegen könne, gedrungen. Jetzt hielt er den Augenblick für gekommen, wo er das Steuer des Kreisschiffleins ergreifen müsse. Statt sich zu fragen, was Schweden für ein Interesse an einem Bündnisse mit einem mitteldeutschen Kreise habe, vor Allem, was es diesem im Nothfalle nützen könne, sah er sich bereits im Geiste als Schöpfer einer europäischen Coalition gegen Ludwig XIV. und übersah dabei nur das eine, daß er dem klugen Schweden lediglich als brauchbares Werkzeug diente. Auch der kurbairische Gesandte wurde von dem Taumel, der Hohenlohe ergriffen hatte, mitgerissen und vergaß, daß in seiner Instruktion von Schwedens Aufnahme in ein neues Bündniß kein Wort gestanden hatte. So konnte Snoilsky, der wie im Mai ohne Beglaubigungsschreiben erschienen war, den Gesandten des Kaisers und Max Emanuels getrost die Führung seiner Sache überlassen, ohne mit seiner Person hervorzutreten.

Die Aufgabe war so recht nach dem Herzen Hohenlohes. Hier konnte er sein politisches Licht leuchten lassen vor den Rechtsconsulenten der Grafen und Städtlein des Kreises, deren Gesichtskreis nicht über die Grenzpfähle ihrer engeren Heimath hinausging, und die jedem andern auf die Dauer unerträgliche Wiederholung der nämlichen Gründe hatte bei ihm nur den Erfolg, daß er selbst schließlich alles, was ihm seine Beredtsamkeit eingab, glaubte[2]). Die Laxenburger Allianz mußte freilich — das sah er auch jetzt noch ein — aus dem Spiele gelassen werden. An ihre Stelle trat der

---

1) Stang an Wämpl. Nürnberg 6. Dez. 1685 (Or. München.)

2) Monita pro inclusion regis Sueciae ad foedus Francorum. Beilage zu dem Berichte Wämpls an Kurbaiern. Nürnberg 17. Dez. 1685. (Or. München.)

Haager Garantievertrag. Wie es mit diesem stand, wurde wohl auf Snoilskys Rath völlig ignoriert und ausdrücklich betont, daß der Kreis noch bis 1687 gebunden sei, und nur der das Allianzwesen berührende Artikel der Proponenda Snoilsky nach Nürnberg geführt habe. Eine Garantie der Friedensschlüsse sei jetzt nöthiger wie 1682, und wenn Frankreich sich in Drohungen und Versprechungen erschöpfe, um den Garantievertrag aus der Welt zu schaffen, so beweise das nur, daß diese Allianz Ludwigs XIV. Plänen hinderlich sei. Die Grenzscheidungsfrage mahne zu einmüthigem Handeln, wenn man nicht Frankreich alle reunierten Lande mit voller Souveränetät abtreten wolle. Denn jetzt schon trete Frankreich den Stillstand mit Füßen. Franken könne, ob es in der Allianz verharre oder nicht, unmöglich neutral bleiben, sobald in die Kurpfalz ein Einbruch erfolge. Daraus ergebe sich naturgemäß die Interessengemeinschaft des Kreises mit Karl XI., dem als Garant des westfälischen Friedens, regierendem Herzog von Zweibrücken und als nächstem Agnat der pfälzischen Kurlinie an einer friedlichen Lösung der Grenzscheidung und der pfälzischen Succession wie keinem anderen gelegen sei. König Karl verfüge über ein Landheer von 60000 Mann und eine Flotte von 36 Kriegsschiffen mit 12000 Mann an Bord, und einem Transporte schwedischer Völker nach Deutschland, der bisher nur wegen der Erschöpfung Bremen-Verdens und Pommerns unterblieben sei, stehe nichts mehr im Wege. Schweden könne seinen Alliirten kräftigsten Beistand versprechen, da seine Beziehungen zu allen Mächten die besten seien. Mit Polen und Moskau lebe es in Frieden, mit dem Hause Lüneburg in gutem Einvernehmen, mit den Generalstaaten seien die alte Bünde erneuert[1]), mit Kurbrandenburg eine freundliche Verständigung angebahnt und selbst mit Frankreich habe es zur Zeit „nichts zu desmelieren“. Wenn der Garantievertrag in Kräften bleibe, hoffe Karl XI. auf den Beitritt Englands, Kursachsens und des ganzen Hauses Lüneburg. Wie wenig man aber mit der Exekutionsordnung allein ausreiche, beweise das Beispiel Holstein Gottorps.

Die Kreisstände befanden sich diesen Eröffnungen gegenüber in sichtlicher Verlegenheit. Die brandenburgischen Häuser waren über die Annäherung Kurfürst Friedrich Wilhelms an Schweden[2]) damals

1) In Wirklichkeit waren erst Verhandlungen im Gange. Vgl. unten S. 34.

2) Pufendorf, De rebus gestis Friderici Wilhelmi S. 1539. Lib. XIX.

schwerlich näher unterrichtet und wußten offenbar nicht recht, was sie von der ganzen Sache halten sollten. Bayreuth überraschte zwar seine Mitstände mit der Erklärung, daß ihm in Folge des Umschwunges der kurbrandenburgischen Politik die Hände nicht mehr gebunden seien und es sich daher in der Frage der Bündnisse mit auswärtigen Mächten gleichgültig verhalte, aber es rieth zugleich aufs dringendste, den nicht ratificierten Garantievertrag auf sich beruhen zu lassen. Die meisten, voran wieder Ansbach, beschränkten sich auf Warnungen vor jeder weitläufigen Allianz und vermieden es, auf Hohenlohes Denkschrift näher einzugehen. Nur Nürnberg, das vor einigen Tagen noch in der Reduktion bis an die Grenze des Möglichen gehen wollte, beantragte nunmehr bezeichnenderweise Schwedens Aufnahme, da es Reichsstand sei und über eine große Armee verfüge.

In der That lautete der Beschluß der Kreisstände wie eine Ablehnung auf Hohenlohes Antrag. Denn es war darin nur von Erneuerung der Defensivallianzen mit dem Kaiser, Kurbaiern, dem bairischen, schwäbischen und oberrheinischen Kreise, den westerwäldischen Ständen und den Ernestinern die Rede. So leicht ließ sich indessen Hohenlohe nicht abweisen, sondern verlangte, daß entweder Schweden namentlich angeführt oder nur ganz allgemein der früheren Alliirten gedacht werde. Nach langem Sträuben der Stände wurde dann auf Vorschlag der geistlichen Bank in den sechsten Paragraphen des Abschiedes eine Klausel eingerückt, die außer den obengenannten den an allen Reichs- und Kreislasten theilnehmenden ehemals verbündeten Mächten und Ständen den Beitritt offen hielt, womit man sich alle anderen Mächte und in erster Linie Spanien und die Generalstaaten fernzuhalten dachte. Das meiste hatten die Gesandten der weltlichen Fürsten einzuwenden gehabt. Sie fanden das Verlangen einer nachträglichen Aenderung eines Kreisschlusses ebenso ungewöhnlich, wie das ganze Auftreten Snoilskys. Aber auch sie hatten ihre reducierte Kreismiliz und die Kreisallianzen mit so hochtönenden Worten als den Anfang einer Reichskriegsverfassung gepriesen, daß sie in das Netz ihrer eigenen Phraseologie verstrickt sich die Klausel gefallen lassen mußten [1].

---

§ 20. — Schon im Mai war von Falaiseaus Sendung nach Stockholm die Rede. Vgl. Urkk. u. Aktenstücke 14, 1163 ff.

1) 15. Sitzung am 8/18. Dez. 1685. (Kreisprotokolle. 75, 223 ff. Würzburg.) – Moser, Abschiede 1, 595. — Wämpl an Kurbaiern. Regensburg

Hohenlohe hatte erreicht, was er nur wünschen konnte. Was kümmerte es ihn, wenn der Kreis jetzt mit der Reduktion Ernst machte, das in Schlesien überwinternde Dragonerregiment Heddersdorf dem Kaiser abtrat und die Generale und Kriegsräthe der Allianz, Waldeck, Markgraf Christian Ernst von Bayreuth, Erffa, Görtz und andere mit höflichen Worten verabschiedete[1]). Eröffnete sich doch allen in der neuen Allianz ein weit größerer Wirkungskreis. Für die Kreisstände aber ergab sich aus der Empfehlung, die sie den Verabschiedeten an den Kaiser und ihre übrigen künftigen Bundesgenossen mitgaben, eine weitere moralische Nöthigung, Hohenlohe ihren Eifer für das Zustandekommen der Allianz größer darzustellen, als er in Wirklichkeit war.

Ohne den Schluß des Kreistages, der erst am 27. Dezember erfolgte, abzuwarten, eilte Hohenlohe nach Wien. In Regensburg das er auf der Durchreise berührte, konnte er es sich nicht versagen, den kurbrandenburgischen Gesandten Gottfried von Jena in seine Pläne einzuweihen.

Wie weit die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten über Türkenhülfe und ein engeres Bündniß gediehen waren, entzog sich den Augen Hohenlohes, der seit Oktober im Reiche weilte. Für ihn war daher Brandenburg gegenüber noch immer das größte Mißtrauen gerechtfertigt. Was für schlimme Dinge hatte er nicht erst vor wenigen Monaten geträumt, als Jena eine, wie sich bald herausstellte, ganz unschuldige Reise nach Bamberg, Würzburg und einigen anderen Höfen antrat[2]). Jena galt ja

---

10. Januar 1686. (Or. München.) — Vgl. auch Bamberg an Landser. 16. Dez. 1685: „Gott gebe, das diesem abermahligen Fränk. exempel andere reichscraise in beelten folgen, und also aus dem so lang erlegnen puncto securitatis dermahlen auch ein esse reale werde." (Conc. Reichscorr. 27, 225. Bamberg.)

1) § 2 des Recesses vom 27. Dezember 1685 bei Moser, Abschide 1, 591 fg. — Bamberg-Bayreuth an die obengen. dictat. Nürnberg 20. Dez. 1685 (Kop. Kreisakten 75. 511. Würzburg.)

2) Hohenlohe an Bamberg. Frankfurt 24. April (praesent. 28.) Bamberg an Hohenlohe 29. April 1285 (Or. u. Conc. Reichscorresp. 30, 51 fg. Bamberg.) — Auch in Wien vermuthete man, der Kurfürst habe Jena geschickt „wider die vermeintliche foedera, so J. M. aufgericht hätten." Vgl. das Conferenzprotokoll vom 2. Mai 1685. Urkk. u. Aktenstücke 14, 1161. Es wäre jedoch in Wien festzustellen, ob nicht der ganze blinde Lärm auf Hohenlohe allein zurückging.

in Wien als der vertrauteste Freund des französischen Reichstagsgesandten Verjus de Crecy, als einer der erbittertsten und hartnäckigsten Gegner des Hauses Habsburg. Und wenn es auch richtig war, daß Kurbrandenburg durch Bayreuth und Ansbach von allen Beschlüssen des fränkischen Kreises in Kenntniß gesetzt wurde, so mußte sich Hohenlohe doch sagen, daß nicht Regensburg der Ort sei zur Einleitung von Bündnißverhandlungen, die für die nur auf dem Papier stehende Reichskriegsverfassung einen Ersatz bieten sollten, daß der kaiserliche Gesandte in Berlin und nicht er berufen sei, den Kurfürsten für die neue Allianz zu gewinnen. Über all diese Momente, die jeden andern zur äußersten Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt hätten, setzte sich jedoch Hohenlohe mit erstaunlicher Leichtigkeit hinweg.

Leider liegt über die erste Unterredung mit Jena nur Hohenlohes Bericht an den Bischof von Bamberg vor[1]). Ein Bericht Jenas an seinen Herrn hat sich nicht erhalten. Möglich, daß er die Angelegenheit überhaupt nicht mittheilenswerth fand. Aber wer auch nur ein Aktenstück aus der Feder dieses hervorragenden brandenburgischen Staatsmannes gelesen hat, wird sofort erkennen, daß Hohenlohe wieder einmal das Opfer einer Gehörstäuschung wurde. Den Verzicht auf Erneuerung der Laxenburger Allianz mag Jena, der von Anfang an das Werk Waldecks aufs heftigste bekämpft hatte, sicher mit Genugthuung begrüßt, auch wohl gesprächsweise hingeworfen haben, daß sich zum Schutze der österreichischen Vorlande und Schwabens ein Bündniß mit der Eidgenossenschaft empfehle, aber daß er auch den Beitritt seines Kurfürsten und Gutheißung der Aufnahme Schwedens in Aussicht gestellt habe, ist, so wie die Dinge zu Ende 1685 lagen, und vor allem wie sie Jena bekannt waren, völlig ausgeschlossen.

Während Hohenlohe sich bereits nach den Taufpathen umsah, versäumte er die wichtigere Pflicht, für Eltern des noch ungeborenen Kindleins zu sorgen. Denn nicht in Wien, sondern in Marburg, wo sich am 14. Dezember die oberrheinisch-westerwäldischen Stände versammelt hatten[2]), war jetzt sein Platz.

1) Hohenlohe an Bamberg. Wien 3. Januar 1685 (sic für 1686), praesentat. 8. Januar((Or. Reichscorr. 30. Bamberg.)

2) Ausschreiben Landgraf Karls, Sababurg 21. Nov. 1685. (Or. Hanauer Kreisakten. Marburg.) — Die Proponenda sind gedruckt bei Londorp, Acta publica 12, 249.

Der Landgraf hatte sich auf der letzten Kreisversammlung überzeugen müssen, daß die Union und die provisorische Kreisverfassung nur noch lose zusammenhingen. Die Kompagnien der Union waren zum Theile schon abgedankt, zum Theile unvollzählig, und in der Kasse der oberrheinischen Allianz sah es noch trostloser aus wie bei den Nachbarkreisen, weil die meisten Stände die Zahlungen überhaupt eingestellt hatten. Gegen die Säumigen mit Exekution einzuschreiten, verbot sich trotz wiederholten kaiserlichen Vollmachten[1]) hier von selbst, wenn nicht der Landgraf den Nimbus eines Beschützers mit dem Rufe eines Unterdrückers vertauschen wollte. Eher versprach noch das Beispiel der Opferwilligkeit anderer Kreise einigen Erfolg, und Hessen-Kassel hatte sich daher in Nürnberg zu verdoppelten Beiträgen an Geld und Mannschaft erboten.

Aber in Marburg ging es ähnlich wie in Nürnberg[2]). Vergebens sprach Waldecks Kanzler Witstein[3]) für Erneuerung der verschiedenen Bündnisse auf dem Fuße der Laxenburger Allianz, vergebens bewies er, daß mächtigere Stände sich zwar um die Bundesgenossenschaft des größeren fränkischen Kreises auch nach der Reduktion noch bewerben würden, die oberrheinischen Stände aber mit ihrer unansehnlichen Miliz dann für niemand mehr in Betracht kämen. Wie in Franken der Markgraf von Ansbach ließ hier die Landgräfin von Hessen-Darmstadt als Vormünderin ihres zur Zeit in Paris weilenden Sohnes[4]) jede von außen drohende Gefahr in Abrede stellen[5]), und nach dreiwöchentlichem Debattieren einigte man sich bloß auf Fortsetzung der Allianz mit dem Kaiser und den bisherigen Bundesgliedern, nach Vereinbarung mit dem fränkischen Kreise, sowie auf Beibehaltung der Kreisverfassung. Die Fortdauer der Union blieb auch jetzt noch in Frage gestellt, und es war schon

1) K. Leopold an Hessen Kassel. Wien 12. Okt. 1685. (Kop. Marburg.)

2) Von Solms-Rödelheim, Leiningen-Westerburg und Stolberg war gar kein Vertreter erschienen.

3) Den Receß hat jedoch nicht Witstein, sondern Graf Christian Ludwig von Waldeck für den Fürsten und sich unterzeichnet.

4) Journal de Dangeau 1, 281 um 14. u. 15. Jan. 1686. Außer zwei hessen-darmstädtischen Prinzen befanden sich danach in Versailles der Herzog von Würtemberg, Prinz Friedrich August von Kursachsen, der spätere Kurfürst, incognito, und der Bischof von Straßburg. Vgl. unten S. 34.

5) „weiln noch würklich keine gefahr vorhanden noch auch einiger feind so schnell zu fürchten.“ (Kreisprotokolle Marburg.)

viel, daß sich die Stände dazu herbeiließen, ihre Beiträge für das Jahr 1685 nachzuzahlen, vom 1. April ab jedoch nur 30 Römermonate statt des bisherigen Unionsbeitrages von 70 Römermonaten [1]).

Wenn man sich der Entstehungsgeschichte der Laxenburger Allianz erinnert, wie Waldeck beharrlich und zäh jahrelang im Reiche geworben hatte, und an Stelle Marquard Sebastians noch Bischof Peter Philipp von Dernbach die Politik des fränkischen Kreises lenkte, wird man die Verstimmung des Fürsten wohl begreifen. Ihm war zu Muthe wie einem Künstler, der sein Werk in den Händen eines Pfuschers dem Untergange geweiht sieht, und er tadelte bitter, daß man Hohenlohe gestattet habe, den Laxenburger Receß durch ein weitläufiges Wesen zu ersetzen, dessen Ausmachung die Ausschreibung eines neues Reichstages erheische, und das schließlich doch nichts werde [2]). Auch bei den kaiserlichen Ministern fand Hohenlohe zu seiner Betrübniß keineswegs die erwartete Anerkennung seiner diplomatischen Talente [3]). Nur der Reichsvicekanzler Königseck nahm sich seiner an, und sein Projekt wäre vielleicht im Keime erstickt worden, wenn sich nicht ein neuer Bundesgenosse gemeldet hätte in der Person des kaiserlichen Schwiegervaters, Kurfürst Philipp Wilhelm von der Pfalz.

1) Kreisreceß. Marburg 30. Dez. 1685 / 9. Jan. 1686. (Or. Marburg.) Auszug Theatrum Europaeum 12, 787.

2) Meystetter an Bamberg. Wien 20. Jan. (praes. 26.) 1686. (Or. Reichscorr. 32, 10. Bamberg.)

3) „Der hof hir will nit gestehen, daß solches sie ihm befohlen hetten.“ Meystetter a. a. O.

Zweites Kapitel.

Kurpfalz, Oranien und die Eidgenossen.

Als im Juni 1685 Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg in seine neue Residenzstadt Heidelberg einzog, wußte er nicht, wie lange dort seines Bleibens sei. Ältere und neuere Verträge schützten ihn wohl gegen die Ansprüche des veldenzischen Vetters, wollten aber Ludwig XIV. gegenüber nur wenig bedeuten, da es in Frankreich unter dem frischen Eindrucke der Reunionen geradezu Staatsmaxime geworden war, daß in den verwickelten Fragen des deutschen Reichsrechts nur der stärkere Recht habe [1]). Allein nicht minder verstand man es in Versailles, auch die einfachsten Fragen zu Herleitung und Begründung neuer Ansprüche verwickelt zu machen.

Unanfechtbar war die Gültigkeit des Verzichtes, den der letzte Sproß der simmerschen Linie, Elisabeth Charlotte, bei ihrer Vermählung mit Ludwigs XIV. Bruder, Philipp von Orléans, auf alle kurpfälzischen Lande geleistet hatte. Wenn daher der König für den Sohn seines Bruders nicht allein auf die Mobiliarverlassenschaft Kurfürst Karls, sondern auch auf den gesammten Allodialbesitz und alle seit der goldenen Bulle von Kurpfalz durch Kauf, Tausch oder Erbschaft hinzuerworbenen Gebietstheile, darunter Simmern und Lautern, den pfälzischen Antheil an Sponheim und das Amt Ger-

---

1) Mémoires du marquis de Sourches, publiés par le comte de Cosnac et A. Bertrand 1, 255: Ces sortes de choses étoient si mal réglées par les coutumes d'Allemagne, qu'ordinairement le plus fort étoit celui qui avoit le meilleur droit.

mersheim, Anspruch erhob[1]), so werden er wie seine Berather sich kaum verhehlt haben, daß die Anerkennung dieser neuen Reunionen von dem Kaiser und der überwiegenden Mehrheit der Reichsstände ohne Bruch des Stillstandes schwerlich zu erlangen sein werde. Es mag dahingestellt bleiben, ob es den französischen Staatslenkern, welche eben damals den letzten Hauptschlag gegen die Hugenotten vorbereiteten, unter diesen Umständen mit der Durchführung der Orléansschen Ansprüche Ernst war. Nur soviel steht fest, daß von Versailles aus zeitweise das Gerücht einer bevorstehenden Besetzung der Pfalz in die Welt gesetzt, gelegentlich auch unmittelbar damit gedroht wurde, und man that in Wien wohl kaum einen Fehlschluß, wenn man dahinter die Absicht witterte, durch den schwer geängstigten Neuburger auf den kaiserlichen Schwiegersohn einen Druck auszuüben, der diesen zur Einwilligung in die Verwandlung des Stillstandes in einen Frieden und zur Abtretung aller nur vorläufig an Frankreich überlassenen Reunionen bestimme[2]). Gleichwohl war es der Gewaltthätigkeit der französischen Politik wohl zuzutrauen, daß sich der auf den Neuburger ausgeübte Druck nicht immer auf diplomatische Mittel beschränken werde. Hatte doch Ludwig XIV. alsbald nach der Besitzergreifung Philipp Wilhelms erfahren, daß eine Verstärkung der schwachen pfälzischen Garnisonen nicht stattgefunden habe[3]).

Die Hilflosigkeit des neuen Kurfürsten war indessen weit größer, als man selbst in Versailles ahnen mochte. Noch waren in dem Lande, dessen Regierung er übernahm, die durch den dreißigjährigen Krieg geschlagenen Wunden nicht vernarbt, und der an einen glänzenden Hofhalt gewöhnte, kinderreiche Fürst fand eine durch die fünfjährige Mißwirthschaft seines Vorgängers geleerte Kasse, Geldverpflichtungen in Menge und ein leeres Haus vor; denn alle Vorräthe an Früchten und Wein waren von den Allodialerben sofort mit Beschlag belegt worden. Als im Oktober 1688 der Einmarsch der Franzosen ihn zur Flucht zwang, waren seine fort-

1) Instruktion für Morel. Versailles 22. Juni 1685. Recueil des instructions données aux ambassadeurs de France VII. Bavière, Palatinat, Deux-Ponts. S. 402.

2) Anhang Nr. V. — Vgl. auch die Instruktion für Lobkowitz vom 8. Sept. 1685 bei O. Klopp, Fall des Hauses Stuart 3, 180.

3) Meinhard von Schomberg an Ludwig XIV. 12. Juni 1685. Erwähnt in der Weisung des Königs an Schomberg vom 22. Juni 1685. Recueil a. a. O. S. 401.

währenden Geldverlegenheiten womöglich gestiegen, und es mag billig bezweifelt werden, ob er sich in Heidelberg als ein besserer Haushalter als in Düsseldorf und Neuburg gezeigt hat. Nur im Militärwesen ist erweislich gespart worden, und der kurbrandenburgische Gesandte von Mandelslohe hat dem Kurfürst eines Tages ins Gesicht sagen dürfen, daß ein Herr so ansehnlicher Länder in so bedrängter Lage zur eigenen Sicherheit auch außerordentliche Anstrengungen machen müsse [1]).

So übel angebracht eine derartige Sparsamkeit auf den ersten Blick auch erscheinen mochte, so lag ihr doch die nicht unberechtigte Erwägung zu Grunde, daß die geringste Verstärkung der pfälzischen Miliz für Frankreich den Vorwand zu Eröffnung der Feindseligkeiten abgeben konnte, und alsdann dem Kurfürst ohne den Rückhalt mächtiger Bundesgenossen doch nichts nützte. Anstatt sich wie Karl Ludwig zu sagen, „hilf dir selber, so helfen dir die Reichsstände" [2]), hielt es Philipp Wilhelm daher für sicherer, sich zuerst jenen Rückhalt zu verschaffen, und wenn der Erfolg seinen in dieser Richtung angestellten eifrigen Bemühungen in der Hauptsache nicht entsprochen hat, so trifft ihn, wie sich zeigen wird, wenigstens nach dieser Seite hin keine Schuld.

Um die Erhaltung und Kräftigung des Friedens zwischen Haupt und Gliedern des Reiches hat sich Philipp Wilhelm in den Jahren 1685 bis 1688 die allergrößten Verdienste erworben. Obwohl er der katholischen Sache nicht minder ergeben war wie der Kaiser, so bezwang er doch tapfer immer wieder das tiefeingewurzelte Mißtrauen gegen die protestantische Welt, die eben damals durch Ludwigs XIV. Intoleranz und König Jakobs gegenreformatorische Tendenzen wieder einmal an die Gemeinsamkeit ihrer Interessen aufs nachdrücklichste erinnert ward, und wenn Wilhelm von Oranien alle von Frankreichs Übermacht bedrohten Staaten ohne Unterschied der Bekenntnisse zu einigen suchte, so hat ihm im katholischen Lager keiner besser in die Hände gearbeitet, als der von Jesuiten umgebene Kurfürst von der Pfalz.

Vor allem hat er doch klarer als irgend einer der kaiserlichen

1) Mandelslohe an Kurfürst Friedrich Wilhelm. Heidelberg 5/15. März 1686. (Berlin.)

2) Karl Ludwig an seine Schwester Sophie. Publik. aus den preuß. Staatsarchiven 26, 184.

Minister erkannt, wieviel dem Reiche so gut als dem Hause Habsburg an der Wiedergewinnung des Kurfürsten von Brandenburg gelegen sei, und während in Wien die schlesischen Forderungen Friedrich Wilhelms noch dem hartnäckigsten Widerstande begegneten[1]), meinte Philipp Wilhelm, der die starke Hand des Brandenburgers in Jülich wohl kennen gelernt hatte, daß die Freundschaft des Kurfürsten mit Jägerndorf nicht zu theuer erkauft werde[2]). Sein Verdienst war es denn auch in erster Linie, daß der Kaiser nach langem Zögern alle Bedenken gegen eine auch nur zeitweilige Abtretung des Kreises Schwiebus an Brandenburg fahren ließ[3]), und er durfte es wohl als Belohnung seiner ehrlichen Maklerdienste betrachten, daß Friedrich Wilhelm den pfälzischen und jülichischen Landen in dem geheimen zwanzigjährigen Defensivbündniß mit dem Kaiser (22. März 1686) Schutz gegen jeden französischen Angriff, gleichviel unter welchem Vorwande er geschehen möge, versprach, und dem kaiserlichen Gesandten Baron Fridag sogar die Aufnahme dieses Artikels in den für die Öffentlichkeit bestimmten Scheinvertrag vom 7. Mai gestattete[4]).

In Potsdam würde man sich selbst jetzt schwerlich zu einer offenen Kundgebung gegen Frankreich entschlossen haben, wenn man nicht, durch die Erfahrungen der letzten Monate belehrt, die Lage für sehr ernst gehalten hätte.

Den 23. Dezember 1685 war der französische Parlamentsrath Morel unvermuthet aus Heidelberg abgereist, nachdem er dem überraschten Kurfürsten zuvor erklärt hatte, der König habe Papst Innocenz XI. zum Schiedsrichter in der pfälzer Sache erwählt und und halte daher die weitere Anwesenheit eines Residenten in Heidel-

1) Vgl. das Votum des kaiserlichen Conferenzrathes vom 23. November 1685. Urkk. u. Aktenstücke zur Gesch. Kfst. Friedrich Wilhelms v. Brandenburg 14, 1214.

2) Fridag an Philipp Wilhelm. Berlin 7. Sept. 1685. Phil. Wilh. an Fridag. Heidelberg 23. Sept. 1685. (München.)

3) Ich werde an anderer Stelle darauf zurückkommen.

4) v. Moerner, Kurbrandenburgs Staatsverträge 482, 5. 491, 4. — Fridag an Philipp Wilhelm. Berlin 8. Mai 1686. Hat ohne Bedenken au Stratmans Rath den Artikel einrücken lassen, „damit es Frankreich möge inne werden allenfals, und man sonsten im reich advertiret werde, wessen sich Cuhrbrandenburg bereits entschlossen, so mehr andre zum exempel dringet.“ (München.)

berg für überflüssig[1]). Die Befürchtung Philipp Wilhelms, daß dahinter etwas verborgen sei, zeigte sich nur zu bald begründet.

Im Reiche fand die Anrufung der päpstlichen Vermittlung nur bei den geistlichen Kurfürsten und Kurbaiern Anklang[2]). Kurbrandenburg ließ sofort durch Spanheim in Versailles erklären, daß dergleichen selbst zur Zeit der größten Machtentfaltung des Papstthumes nicht üblich gewesen sei. Allein auch der Kaiser und Philipp Wilhelm als die nächstbetheiligten wollten von dem päpstlichen Schiedsrichteramte nichts wissen[3]).

In Versailles mußte man einsehen, daß der Versuch, eine reichsrechtliche Frage in eine völkerrechtliche zu verwandeln, gescheitert sei. Nie verlegen um neue Auskunftsmittel stellte man sich alsbald besorgt, daß die Orléansschen Ansprüche durch Verschleppung der Entscheidung verjähren könnten, und forderte ungestüm vom Regensburger Reichstage eine Erklärung, daß dies nicht der Fall sei. Nicht alle im Rathe des Königs wollten es dabei bewenden lassen. Namentlich der Kriegsminister Louvois und Marschall Crequi waren für militärische Besetzung der Pfalz, und Colbert de Croissy hätte mit seiner gemäßigteren Politik vielleicht schweren Stand gehabt, wenn ihm nicht die um den leidenden König besorgte Frau von Maintenon und der Beichtvater Ludwigs XIV. aus Rücksicht auf die im Werke begriffene Gegenreformation zu Hilfe gekommen wären. Aber auch Colberts Auftreten ließ zunächst das Schlimmste befürchten, insofern er einem nach Paris geschickten Sekretär Philipp

1) Journal de marquis de Dangeau, publ. par Feuillet de Conches. 1, 260 zu 1685 Nov. 29. — Kurpfalz an Kurköln und Kurbaiern. Heidelberg. 24. Dez. 1685 bei Londorp, Acta Publica 12, 257. — Ebenso an Bamberg. (Reichscorresp. 27, 225 Bamberg). — Pufendorf, De rebus gestis Friderici Wilhelmi 1532.

2) Auch der Bischof von Bamberg schrieb am 6. Januar 1686 an Kurpfalz, seines Dafürhaltens sei wegen des hohen Alters des Papstes „bey der via regia und denen reichssazungen absolute zu verbleiben.“ (Reichscorresp. 32, 5. Bamberg.)

3) Philipp Wilhelm an K. Leopold. Heidelberg 17. Januar 1686: Hat wegen des arbitrium ausführlich nach Rom geschrieben, in Regensburg um ein Reichsgutachten gebeten und auch bei seinen Agnaten angefragt. „Es ist eben ein negotium, darein man zue Rom aus ermanglender information von denen juribus imperii, electorum et principum und bevorab der reichssatzung, auch der pactorum gentilitiorum sich nit recht finden kann.“ (Conc. München). — Mandelslohe an Kurbrandenburg. Heidelberg 1/11. Januar 1686. (Or. Berlin.)

Wilhelms den Empfang verweigerte und dem päpstlichen Nuntius gegenüber äußerte, der Kurfürst verdiene binnen vierundzwanzig Stunden aus dem Lande gejagt zu werden [1]).

Weder bei dem Kaiser noch bei Kurbrandenburg wurde der Zweck der Einschüchterung damit erreicht. Kurfürst Friedrich Wilhelm brauste in heftigem Zorne auf und befahl Spanheim, Croissy unverzüglich zu erklären, daß der Herzog von Orléans, solange noch ein pfälzischer Agnat am Leben sei, zur Besetzung der Pfalz auch nicht das mindeste Recht habe; das ganze Reich würde darin einen offenkundigen Bruch des Stillstandes erblicken, er selbst aber werde niemals die Vergewaltigung des Pfälzers dulden [2]).

Als diese Weisung an Spanheim abging, hatte man in Versailles schon mildere Saiten aufgezogen, doch konnte es sich Croissy auch jetzt noch nicht versagen, die ungeheuerliche Behauptung aufzustellen, für das Reich sei es gleichgültig, ob Philipp Wilhelm oder der Bruder Ludwigs XIV. die streitigen pfälzer Lehen besäße, da an den Pflichten gegen Kaiser und Reich durch die Person des Besitzers nichts geändert werde [3]). Wenn nun der König trotzdem von einer militärischen Besetzung der Pfalz Abstand nahm und sich mit der verlangten Erklärung des Regensburger Reichstages begnügen wollte [4]), so hatte nach französischer Auffassung Deutschland alle Ursache, ihm für diesen neuen Beweis seiner Mäßigung und Friedensliebe, die dem Kaiser gegen den Erbfeind freie Hand ließ, dankbar zu sein.

Kurfürst Philipp Wilhelm ergriff den französischen Vorschlag mit beiden Händen. Nicht mit Unrecht sah er darin eine mittelbare Anerkennung, daß Kaiser und Reich in seiner Sache allein competente Richter seien [5]). Und da nun auch die Reichskanzlei in Wien dem

1) Bericht des pfälzischen Sekretärs Poicker aus Paris 19. Februar 1686. Beilage zu einem Schreiben Philipp Wilhelms an K. Leopold. Heidelberg 1. März 1686. (München.) — Spanheim an Kurbrandenburg. Paris 22. Januar / 1. Februar und 5/15. Februar 1686. (Orr. Berlin.)

2) An Spanheim. Potsdam 16. 26. Februar 1686. (Berlin.)

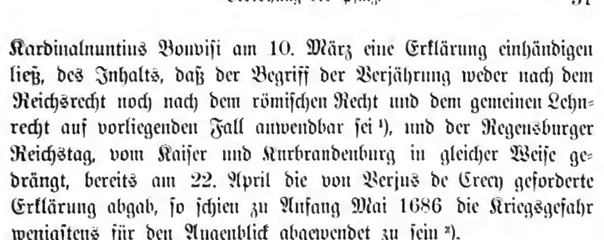
3) Spanheim an Kurbrandenburg. Paris 12/22. Februar 1686 (Berlin.)

4) „à ne point donner lieu ou prétexte a aucune diminution des secours de l'empire à la guerre du Turc.“ Worte Croissys bei Spanheim a. a. O.

5) Kurpfalz an K. Leopold. Heidelberg 1. März 1686. (München.) — Mandelslohe an Kurbrandenburg. Heidelberg 5./15. März 1686. (Berlin.)







Kardinalnuntius Bonvisi am 10. März eine Erklärung einhändigen ließ, des Inhalts, daß der Begriff der Verjährung weder nach dem Reichsrecht noch nach dem römischen Recht und dem gemeinen Lehnrecht auf vorliegenden Fall anwendbar sei [1]), und der Regensburger Reichstag, vom Kaiser und Kurbrandenburg in gleicher Weise gedrängt, bereits am 22. April die von Verjus de Crecy geforderte Erklärung abgab, so schien zu Anfang Mai 1686 die Kriegsgefahr wenigstens für den Augenblick abgewendet zu sein [2]).

Freilich nur für den Augenblick, und es lag bei der Unberechenbarkeit der Politik Ludwigs XIV. zu Tage, daß die Pfalz längst von französischen Truppen besetzt sein konnte, ehe auch nur ein Mann der brandenburgischen oder gar der kaiserlichen Hülfstruppen anlangte. Philippsburg allein bot mit seiner geschützten Lage zwischen schwer zugänglichen Sümpfen die Gewähr eines erfolgreichen Widerstandes gegen einen Überfall. In Frankenthal, Lautern, Mannheim und Friedrichsburg lagen ganz schwache Besatzungen, völlig ungenügend, eine längere Belagerung auszuhalten und die wenigen in Südwestdeutschland zurückgebliebenen Kreistruppen standen viel zu verzettelt und entfernt, als daß sie im Nothfalle rasch zu einer Rheinarmee zusammengezogen werden konnten.

Philipp Wilhelm hat daher seit den kritischen Anfangsmonaten des Jahres 1686 die größten Anstrengungen für die Sicherung seiner Festungen gemacht, und es traf sich glücklich, daß sich gerade damals wegen der Eröffnung des Testamentes Kurfürst Karls Gesandte von Kurbrandenburg, Hannover und Hessen-Kassel in Heidelberg befanden, und am 20. Februar auch Snoilsky aus Regensburg zu Erneuerung der pfälzisch-schwedischen Hausunion anlangte [3]).

---

1) Stratman an Kurpfalz 18. März s. Anhang Nr. VIII). — Die Erklärung an Bonvisi bei den pfälzer Akten. (Berlin.)

2) Kurbrandenburg an Gottfried v. Jena. Potsdam 23. Februar / 5. März 1686; 14/24. März; 19/29. März (bei den Pfälzer Akten). Spanheim an Kurbrandenburg. Paris 2/12. April. Jena u. Schönbeck an Kurbrandenburg. Regensburg 16/26. April (Conc. u. Orr. Berlin.) — Memorial von Verjus an den Reichstag. Dict. Regensburg 12. März bei Londorp, **Acta publica** 12, 580. — Reichsgutachten vom 12/22. April bei Pachner v. Eggenstorff, Sammlung der Reichsschlüsse 2, 573. — K. Leopold an Kurpfalz. Neustadt 8. Mai 1686. (München.)

3) Er blieb in Heidelberg bis zum 16/26. März und kam am 3. April wieder in Regensburg an. Mandelslohe an Kurbrandenburg. Heidelberg

Schon vor einigen Wochen, sofort nach Morels Abberufung, hatte der Kurfürst seinen Hofmeister, Graf Wolf Dietrich von Castel, an den Bischof von Bamberg geschickt und um 500 Mann Hülfstruppen gebeten, hatte sich aber ganz so wie früher Starhemberg unter Vertröstung auf den bevorstehenden Correspondenztag einen Korb geholt[1]). Auch von dem kaiserlichen Gesandten Fridag in Berlin lief die Nachricht ein, daß man dem Kurfürsten nicht mit zu vielem auf einmal kommen dürfe, und daß vor Feststellung des brandenburgisch-kaiserlichen Vertrages Hülfe entweder gar nicht, oder nur unter harten, später schwer rückgängig zu machenden Bedingungen zu erhalten sei[2]). Hessen-Kassel und Hannover nahmen eine abwartende Stellung ein, und Kursachsen hüllte sich in tiefes Schweigen[3]). Nur Snoilsky gab wie vor kurzem in Nürnberg durch seine Prahlereien mit der starken Kriegsverfassung Schwedens zu den ausschweifendsten Hoffnungen Anlaß, machte dem Kurfürsten Aussicht auf 500 Mann Festungstruppen und billigte den Vorschlag Philipp Wilhelms, daß 10000 Schweden unter dem Vorwande der Türkenhülfe nach dem Herzogthum Bremen übersetzen und dort für alle Fälle stehen bleiben sollten, vorausgesetzt, daß der Kurfürst Brandenburg und das Haus Lüneburg für den geplanten Truppentransport günstig stimme[4]).

Während sich so die Verhandlungen mit den protestantischen Mächten des Nordens ohne ein greifbares Ergebniß in die Länge zogen, bot der Kurfürst in Wien seinen ganzen Einfluß auf, um durch kaiserliche Vermittlung der Hülfe der alliirten Kreise theilhaftig zu werden.[5]) Aber auch von anderer Seite wurde eben jetzt

---

19/29. März u. Wämpl an Kurbaiern. Regensburg 4. April 1685. (Orr. Berlin u. München.)

1) Bamberg an Kurpfalz. 6. Januar 1686. (Reichscorresp. 32, 5. Bamberg.)

2) Fridag an Kurpfalz. Berlin 18/28. Januar 1686. (Berlin.)

3) Dem Philipp Wilhelms Regierungsantritt anzeigenden Hofrath Podewils (Pudenwels) hatte Kurfürst Johann Georg persönlich erklärt, daß er troß der für 1686 dem Kaiser versprochenen Türkenhilfe im Ernstfalle Philipp Wilhelm „wo nit mit genugsamer mannschaft, jedoch durch andere hierzu dienliche mittel jedesmals an hand gehen wolle." Podewils an Kurpfalz 14. Nov. 1685. (Or. München. K. blau 85/2.)

4) Mandelslohe an Kurbrandenburg. Heidelberg 17/27. Februar 1686. (Or. Berlin.)

5) Philipp Wilhelm an K. Leopold. Heidelberg 22. Februar 1686. (Conc. München.)

den kaiserlichen Ministern die Beschäftigung mit der Bündnißfrage wieder nahe gelegt.

In den Generalstaaten hatte die Aufhebung des Ediktes von Nantes einen vollkommenen Umschwung der Dinge bewirkt. Die Schilderungen der täglich ankommenden Flüchtlinge und die Briefe der in Frankreich zurückgebliebenen Hugenotten über die noch immer wachsende Verfolgung riefen in diesem Lande, das allein von allen Staaten des Continents ein ausgebildetes Preßwesen besaß, eine religiöse Bewegung hervor, die sich mächtiger erwies als alle politischen Erwägungen. Der französische Gesandte d'Avaux, einer der scharfblickendsten und gewandtesten Diplomaten Ludwigs XIV., sah sich mit einem Schlage selbst in Amsterdam des bisherigen Einflusses beraubt, und in Seeland, Geldern, Friesland und Gröningen ließ sich der entfachte religiöse Fanatismus bereits zu ernstlichen Verfolgungen der katholischen Orden hinreißen [1]).

Das Wichtigste war doch, daß Wilhelm von Oranien aus einem Parteiführer der Leiter der Republik wurde [2]). Wie hatte er die letzten Jahre gerungen, seine Landsleute zu künftigem Widerstande gegen Frankreich zu einigen. Jetzt lag es nur an ihm, und der Religionskrieg war entfesselt. An Vorwand dazu fehlte es nicht. In den französischen Häfen wurde eifrig gerüstet, im Rathe des Königs sollte Marschall Crequi einen Handstreich auf Ehrenbreitstein

---

1) Négociations du comte d'Avaux. Paris 1753. An Ludwig XIV. 19. Okt., 29. Nov.; 20. u. 27. Dez. 1685. 5, 185, 195—7, 212, 215. — Kramprich an Kurbaiern. Haag 27. Sept. 8. Nov. 1685. 4. Jan. 1686. (Orr. München.)

2) Kramprich an Kurbaiern. Haag 4. Dez. 1685. Für die Aussöhnung Oraniens und Amsterdams gebe man als Grund an: 1) Amsterdams Handelsstreitigkeiten mit den anderen Provinzen, wobei es auf den Prinzen angewiesen sei. 2) Furcht vor England wegen Begünstigung Monmouth's und seiner Anhänger. 3) Die Hugenottenverfolgung. „Man thuet denen zum theil die schult darvon auflegen, welche zu den lest gemacheten stillstand auf zwantzig jahr mit Frankreich auf so ungebührliche und fast aufruhrische weis geholfen, zu welchen der könig in Frankreich nach seinen aigenen ausgeben desto leichter gekommen, damit er hernach die zeit und freie hand hette, sein königreich vor allen Calvinischen zu saubern. Nun habe niemand mehrers als die von Ambsterdam zu obg. still stand und zwar auf so sehr ärgerliche manier geholfen, also seie auch ihnen die daraus entstehende übel zuzuschreiben." (Or. München.)

vorgeschlagen haben [1]), und das Auftauchen des Bischofs von Straßburg am Versailler Hofe nach langer Abwesenheit [2]) gab Anlaß zu dem Gerüchte, der Bischof betreibe die Erneuerung der Sonderbündnisse zwischen Frankreich und Kurköln und wolle den Franzosen Rheinberg in die Hände spielen [3]).

Aber der Prinz verleugnete keinen Augenblick die ihm eigene politische Umsicht. Zu Erneuerung der alten Schifffahrts- und Handelsverträge mit Schweden ließ er sich bereit finden, doch blieb in dem Bündnisse vom 12. Januar 1686 der Haager Garantievertrag absichtlich unerwähnt, weil der Friede von Nymwegen, dessen Aufrechterhaltung er verbürgt hatte, durch die französischen Reunionen doch längst umgestoßen sei [4]), und als nun gar Karl XI. den Prinzen für den Herzog von Holstein-Gottorp zu interessieren suchte, lehnte dieser kurzerhand jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches ab [5]). Nicht als ob er gegen die nordischen Wirren gleichgültig gewesen wäre, aber das Nächstliegende und Erreichbare war jetzt für ihn die Ausnutzung und Eindämmung der populären Leidenschaften. Die französische Seerüstung wurde daher mit der Ausrüstung eines Geschwaders beantwortet, und Oraniens Provinz Holland zahlte an Kurbrandenburg 40,000 fl. ihres erst im Oktober fälligen Antheils an den im Vorjahre bewilligten Subsidien, damit der Kurfürst Wesel stärker befestigen und besetzen lasse [6]). Den Verfolgungssüchtigen aber gaben Oranien und Waldeck zu bedenken, wie ungereimt es sei, während die Generalstaaten die Allianz katholischer Mächte suchten, eine Katholikenverfolgung in Scene zu setzen [7]).

---

1) Lobkowitz an K. Leopold. Januar 1686, bei Klopp, Fall des Hauses Stuart 3, 182. — Jena an Kurbrandenburg. Regensburg 12/22. März 1686. (Berlin.)

2) „il y avoit assez longtemps que nous ne l'avions vu à la cour.“ Journal de Dangeau 1, 282.

3) Spanheim an Kurbrandenburg, Paris 8/18. März, über eine Unterredung mit dem Bischof von Straßburg. (Or. Berlin.)

4) Kramprich an Kurbaiern. Haag 8. Okt. 1685: „zudem seint die darin [im Garantievertrag] versprochene conditiones als 6000 mann und 12 kriegsschiffe so beschaffen, daß die cron Schweden selbige niemahlen wird praestiren können.“

5) d'Avaux an Ludwig XIV. 24. Jan. 1686. Negociations. 5, 229.

6) Kramprich an Kurbaiern, Haag 9. April 1686. (Or. München.)

7) ders. an dens. Haag 12. März (Or. a. a. O.)

D'Avaux beurtheilte jedoch den Prinzen ganz richtig, wenn er an Ludwig XIV. schrieb, Oranien denke nicht daran, die Generalstaaten zu einer neuen Allianz zu veranlassen, solange er seiner Sache nicht ganz sicher sei[1]). Denn statt einen unmittelbaren Bündnißantrag zu stellen, beschränkte sich der Prinz darauf, den Kaiser und den Kurfürsten von Baiern durch den kaiserlichen Gesandten Kramprich zu einer auch für andere offen zu haltenden Defensivallianz mit sämmtlichen Kantonen der Schweiz auffordern zu lassen[2]).

Es war Oranien nicht unbekannt, daß bereits von anderer Seite Verhandlungen mit den evangelischen Kantonen im Gange waren, aber eben darum mochte er Gewicht darauf legen, daß die ganze Schweiz an ihren natürlichen Rückhalt gegen Frankreich Anschluß gewinne, und das waren die österreichischen Vorlande und Kurbaiern und nicht die 94 Stände des schwäbischen Kreises oder gar die protestantischen Mächte des Nordens.

Man hat auch von schweizer Seite oft die damalige eidgenössische Politik wegen ihrer Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit hart gescholten, wenn ich nicht irre, mit Unrecht. Seitdem der westfälische Frieden die Loslösung der Kantone vom Reichsverbande ausgesprochen hatte, und ihre volle Souveränetät eine völkerrechtlich anerkannte Thatsache war, ruhte die ganze Existenz der kleinen Republik mehr wie je auf der Einigkeit zwischen den viele Vogteien gemeinsam besitzenden Bekennern der alten und neuen Lehre. Der massenhaften Einwanderung französischer Flüchtlinge sah man daher in den evangelischen Kantonen nur mit sehr gemischten Gefühlen zu. Sie hätten nicht Schweizer sein müssen, um für die in die Augen springenden Vortheile für Industrie und Gewerbe unempfänglich zu bleiben, und der evangelischen Sache war man in Bern und Basel nicht minder

1) 28. Februar 1686. Negociations 5, 238.

2) Kramprich an Kurbaiern. Haag 1. Februar 1686. (Or. München.) „wen sie deswegen [zur Garantie des Stillstands] allhie etwas vornehmen solten, so kan es nit wohl verschwiegen bleiben und kan leicht hin und wieder traversiert werden, und es wollen auch alle alhie vorgehende allianzen für suspect gehalten werden, als wan sie haubtsachelich religionslignen wären.“ Vgl. auch das bei O. Klopp, Fall des Hauses Stuart 3, 264 erwähnte Schreiben Kramprichs an Kurtrier vom 23. Febr. 1686.

ergeben als in Amsterdam oder Potsdam. Aber sie fürchteten, daß Ludwig XIV. sie wegen der Aufnahme der Hugenotten zur Rechenschaft ziehen und darin bei den katholischen Orten Unterstützung finden werde [1]). Bei Belfort und fast vor den Thoren Basels, bei Hüningen waren gewaltige Festungen erstanden, denen man auf schweizer Seite nichts entgegenzusetzen hatte, und die Truppenzusammenziehungen an der Saône und im Delphinat ließen für das zwischen Savoyen und Frankreich eingekeilte Genf das Schlimmste befürchten.

In dieser Bedrängniß war es begreiflich, daß die evangelischen Orte sich nach Beistand bei ihren Glaubensgenossen umsahen, und ihre Augen fielen naturgemäß auf den Fürsten, der dem Machtworte Ludwigs XIV. das Potsdamer Edikt entgegengesetzt hatte. Als jedoch Bern auf der Badener Conferenz der evangelischen Orte und der Stadt St. Gallen im Dezember 1685 vorschlug, einen ausländischen reformierten Fürsten um einen erfahrenen General zu bitten, wurde auch das für hochbedenklich gehalten [2]). War doch Basel wenige Wochen zuvor auf einer Conferenz in Aarau soweit gegangen, daß es um Abnahme seiner Flüchtlinge gegen anderweitige Leistungen bat [3]). Alles was geschah, war, daß am 8. Dezember aus Zürich an den Kurfürsten von Brandenburg ein Schreiben abging, wobei man sich vorsichtshalber der Vermittlung des brandenburgischen Kammerjunkers Simeon Bondeli, eines geborenen Berners, bediente.

Der Kurfürst hatte schon im November auf eine private Anfrage hin mit Wilhelm von Oranien erwogen, ob den Schweizern im Nothfalle Beistand zu leisten sei, und den Kantonen empfehlen lassen, sich auch an die Generalstaaten zu wenden, aber so geheim wie möglich, damit er den Katholiken keinen Anlaß zu einer Gegenliga gebe und Ludwig XIV. nicht noch mehr gegen sich in Harnisch bringe [4]). Auch seine Antwort auf das Schreiben der Stadt Zürich versicherte die evangelischen Orte nur ganz allgemein seiner Unterstützung und rieth ihnen, sich rechtzeitig mit Bündnissen vorzusehen [5]).

1) Baron Landser an Bamberg. Innsbruck 5. Februar 1686. (Or. Reichscorr. 32, 15. Bamberg.)

2) Eidgenössische Abschiede. 2. Abtheil. 6, 156.

3) Ebenda 151.

4) Droysen, Gesch. der preuß. Politik III 3, 798 nach Schreiben des Kurfürsten an Oranien vom 1/11. Nov. 1685. Die Anfrage geschah „durch eine gewisse Person“. (Mittheilung des Berliner St.-A.)

5) 27. Dez. 1685. Eidgen. Abschiede 6, 158. — Bondeli an den Züricher

Aber bereits Anfang Februar schickte er Bondeli unter dem Vorwande einer Urlaubsreise in seine Heimath, um namentlich bei Zürich, Bern, Glarus, Schaffhausen, Appenzell der äußeren Roden und St. Gallen zu erforschen, ob Geneigtheit zu dem Abschlusse eines Defensivbündnisses bestehe[1]).

Noch war der Schleier, der über den französischen Rüstungen lag, nicht gelüftet, und die in der Dauphiné vereinigten Truppen konnten ebensogut gegen Genf bestimmt sein wie gegen die piemontesischen Waldenser, die sich der Viktor Amadeus von Savoyen von Frankreich aufgezwungenen Gegenreformation nicht fügen wollten und in ihren Thälern zum äußersten Widerstande entschlossen unter den Waffen standen[2]). Der brandenburgische Bündnißantrag kam daher den evangelischen Orten sicher nicht unerwünscht, aber sie mußten sich zugleich doch sagen und fanden es wohl auch durch Nachrichten aus Holland bestätigt, daß ein Bündniß der protestantischen Mächte zum mindesten in weiter Ferne liege, und die Hülfe Kurbrandenburgs sich bestenfalls auf eine Diversion beschränken werde. Dagegen setzte sie der Antrag den katholischen Orten gegenüber in in die glückliche Lage, daß sie nicht mehr als bloße Schutzflehende erschienen und die Gunst des Augenblickes rasch erfassend eröffneten sie diesen, sie seien zwar zum Eintritt in ein ansehnliches Bündniß aufgefordert worden, wollten aber lieber bei den Bünden mit ihren alten Eidgenossen verharren, und getrauten sich, mit Gott auch ohne auswärtige Hülfe das Vaterland zu beschirmen[3]).

Daß sie richtig gerechnet hatten, zeigte sich sofort auf der von sämmtlichen Orten außer Schwyz besuchten eidgenössischen Tagsatzung zu Baden, die am 17. Februar 1686 ihren Anfang nahm. Denn hier einigten sich in Gegenwart und mit Billigung des französischen Gesandten Tambonneau alle Orte wegen der kriegerischen Aussichten zum Schutze aller eidgenössischen und zugewandten Lande gegen jeg-

---

Stadtschreiber Joh. Heinr. Hirzel. Potsdam 2/12. Jan. 1686 a. a. O. 166. — D'Avaux berichtet bereits am 21. Febr., daß der Kurfürst an die evang. Orte geschrieben habe. Négociations 5, 236.

1) Kurbrandenburg an obengen. Orte. Potsdam 23. Januar / 2. Februar 1686: Benutze Bondelis Reise, um die evang. Orte seiner Affection zu versichern. (Or. Zürich.)

2) Rousset, Histoire de Louvois 4 (1. éd.), 9.

3) Landsjer an Bamberg. Innsbruck, 12. Februar 1686. (Or. Reichscorr. 32, 17. Bamberg.)

lichen Angriff[1]), und auf einer gleichzeitigen Conferenz der vier evangelischen Orte mit St. Gallen und Biel konnte man sich nunmehr über die Vertheidigung Genfs leichter verständigen. Dem Kurfürsten aber beschloß man für seine freundschaftlichen Versicherungen zu danken und zu berichten, daß alle eidgenössischen Orte noch in guter Vertraulichkeit stünden.

Es scheint, daß der Kurfürst sich bei dieser Erklärung nicht beruhigt und an Zürich nochmals wegen eines Bündnisses, und zwar diesmal mit der gesammten Eidgenossenschaft, geschrieben hat[2]). Doch ist dieser Antrag kaum zur Kenntniß der katholischen Orte gelangt. Denn in Aarau kamen Zürich und Bern am 28. und 29. März 1686 überein, Bondeli ein wahrscheinlich von dem Züricher Stadtschreiber Escher verfaßtes Memorial mitzugeben, worin ausgeführt war, daß die Bünde der katholischen Orte mit Spanien, der Bund mit Savoyen, der ewige Erbverein von 1474 mit Oesterreich, der ewige Frieden mit Frankreich von 1516 und das 1663 erneuerte Defensivbündniß mit Frankreich zu weiteren Bündnissen keinen Raum ließen. Auch könnten die katholischen Orte meinen, man setze trotz den ewigen Bünden und trotz der kürzlich in Baden abgegebenen Erklärung Mißtrauen in sie. Andrerseits sei zu erwägen, daß die Grenze zwischen einem so mächtigen und empfindlichen Nachbar wie Frankreich und den evangelischen Orten zwanzig Meilen betrage, und das Gebirge dort nicht wie auf der italienischen Seite einen natürlichen Schutz gewähre[3]).

Der Kurfürst war mit dieser Antwort, wenn wir einem Briefe Bondelis an Escher vom 4. Juni trauen dürfen, sehr zufrieden und durfte es wohl auch sein, da er durch Bondeli ohne Zweifel erfahren hatte, daß in Aarau zur Vertheidigung Genfs Zürich sich zu 6000 Mann, Bern aber zur Abschickung von neun Regimentern und im Nothfall von weiteren 6000 Mann aus dem Waadtlande erboten hatte[4]).

---

1) Eidgen. Abschiede 6, 162. — Landser an Bamberg. Innsbruck 5. März 1686. (a. a. O. 32, 26.)

2) Eidgen. Abschiede 6, 166.

3) Abschiede 6, 167. — Schultheiß Kilchberger von Bern an Bürgermeister Escher und Statthalter Meyer in Zürich, 24. März 1686. (Or. Zürich.) — Jena an Kurbrandenburg, Regensburg 12/22. März 1686, über Briefe aus der Schweiz. (Or. bei den pfälzer Akten. Berlin.)

4) Abschiede 6, 168 u. 165.

Wenige Tage vor den Aarauer Beschlüssen hatte Tambonneau den evangelischen Orten eine schriftliche Erklärung zugestellt, daß die französischen Rüstungen gegen die Waldenser und nicht gegen Genf gerichtet seien. Das Erbieten Zürichs und Berns zeigte also, wie wenig man sich darauf verließ, aber auch den katholischen Orten wollten viele es trotz der Badener Erklärung zutrauen, daß sie einem Versuche Frankreichs, die Bischöfe von Basel, Lausanne und Genf wieder einzusetzen, keinen Widerstand leisten würden[1]. Es bleibt deshalb sehr fraglich, ob die evangelischen Orte sich auch gegen den Bündnißantrag einer katholischen Macht so spröde verhalten hätten wie gegen Kurbrandenburg, und Wilhelm von Oranien blickte tiefer, wie Kurfürst Friedrich Wilhelm, wenn er den Hebel auf der katholischen Seite ansetzte.

Leider fehlte jedoch hier an der ausschlaggebenden Stelle völlig der Geist der Initiative, und der Unterschied zwischen der Rührigkeit der französischen und dem Schlendrian der kaiserlichen Politik wird nicht besser gekennzeichnet als durch die Thatsache, daß erst Ende 1687 in Konstanz ein ständiger kaiserlicher Resident bei der Eidgenossenschaft eintraf[2]. Was half es da, daß Kurfürst Max Emanuel von Baiern dem Oranier antworten ließ, er wolle sich mit dem Kaiser wegen der schweizer Allianz ins Benehmen setzen[3], daß Kurfürst Philipp Wilhelm, sobald er nur von Oraniens Vorschlag gehört hatte, dem kaiserlichen Hofkanzler Stratman die Sache dringend ans Herz legte[4]. Der Kaiser zeigte sich zwar nicht abgeneigt, mit der Eidgenossenschaft in Verhandlungen einzutreten, falls er darum ersucht werde[5]. Als dies aber in der That geschah, wies man in Wien die ganze Angelegenheit zum größten Mißvergnügen des Neu-

1) Landser an Bamberg. Innsbruck 19. März u. 23. April 1686. (Orr. Reichscorr. 32, 33 u. 38. Bamberg.)

2 Schon am 26. Nov. 1686 wurde von seiner Instruktion gesprochen. (Mittheilung des St. A. in Innsbruck). Seine Ernennung erfolgte am 22. August 1687, aber erst am 18. Nov. 1687 erhielt er seine Instruktion und am 23. Dez. traf er in Konstanz ein. Landser an Bamberg. Innsbruck 4. u. 18. Nov. 1687 u. Konstanz 5. Januar 1688 (Orr. Reichscorr. 32, 140 u. 143. 33, 1 Bamberg.)

3) an Kramprich. 19. Februar 1686. (Conc. München.)

4) Heidelberg 22. Febr. 1686. (Conc. München.)

5) Kramprich an Kurbaiern. Haag, 12. März 1686: „J. K. M. haben auch bereits gemeldet, daß sie darzu incliniren, wan sie darumb ersucht werden, welches die h. staten an die cantones berichten werden."

burgers an die tyrolische Regierung, und wenn auch der Umstand, daß darin der Referent für die schweizer Dinge und spätere Resident, Baron von Landser, saß, zu dieser Entschließung beitragen mochte, so war doch in Innsbruck, wo Herzog Karl von Lothringen in ziemlich unabhängiger Stellung zur Entschädigung für sein verlorenes Herzogthum als Statthalter gebot, die Bündnißfrage ganz naturgemäß außer Kurs gesetzt[1]). Nur mit Basel fanden im Februar und März anscheinend ergebnißlose Verhandlungen wegen eines Bündnisses zum Schutze der vier Waldstätte statt[2]). Dagegen ist die Absicht, die katholischen Orte durch die Aussicht auf Verpfändung des Frickthales zu gewinnen, und die eidgenössische Tagsatzung im November 1686 wegen Hülfeleistung[3]) für Rheinfelden zu beschicken, offenbar nicht zur Ausführung gelangt.

1) In Wien findet sich über die Beziehungen zur Schweiz in diesen Jahren nach Mittheilung des St.-A. absolut nichts.

2) Auf kais. Rescript vom 22. Februar 1686 wurde J. H. Keserlin nach Basel geschickt. (Mittheilung des St. A. in Innsbruck.)

3) Hierzu wurde Franz Ignaz Moyses vorgeschlagen. (Wie oben.)

Drittes Kapitel.

Das Wiener Projekt und der Tag zu Augsburg.

Schon Zeitgenossen, darunter kein geringerer als Prinz Eugen, haben nicht begreifen können, daß Kaiser Leopold 1688 den Kampf mit Frankreich aufnahm, ohne zuvor mit der Pforte Frieden zu schließen. Thatsächlich führte jedoch Oesterreich den Krieg mit zwei Fronten bereits seit dem Entsatze Wiens, insofern Frankreich auch nach dem Waffenstillstande fortfuhr, Kaiser und Reich durch immer neue Übergriffe, Drohungen und Rüstungen zu beunruhigen.

Ich fürchte nicht, der Paradoxie geziehen zu werden, wenn ich behaupte, daß man in Wien diese Lage der Dinge gar nicht ungern sah. Niemand im Reiche, selbst nicht der von dem Fürstenberger berathene Kölner Erzbischof hätte damals gewagt, dem Kaiser vorzuschlagen, daß er durch einen Federzug den Waffenstillstand in einen Frieden verwandle, da auch der Friede erfahrungsmäßig keine Garantie gegen neue Reunionen des aller Verträge spottenden westlichen Nachbars bot. Wenn selbst die drohende Kriegsgefahr während des Stillstandes die schwäbischen, fränkischen und oberrheinischen Kreisstände kaum mehr unter den Waffen hielt, so war es nur zu gewiß, daß sofort nach dem Friedensschluß die deutschen Kleinstaaten mit verschwindenden Ausnahmen die längst ersehnte Abrüstung durchführen, und indem sie Südwestdeutschland der Gnade Ludwigs XIV. preisgaben, den Kaiser zugleich einer nicht zu unterschätzenden Unterstützung in Ungarn berauben würden[1]. Wie verschieden also auch

1) Vgl. Stratmans Auslassungen gegen Meystetter am 21. Januar. Anhang Nr. V.

der Ausgangspunkt sein mochte, darin waren doch der Kaiser und fast alle Reichsstände einig, daß die Verhandlungen, wenn Frankreich auf Abtretung der Reunionen bestand, nicht abzubrechen, aber auch nicht zu beschleunigen seien, und es zeigte sich, daß sogar die sprichwörtliche Schwerfälligkeit des Regensburger Reichstages ihre guten Seiten habe.

Allein ebensowenig hätte zu Anfang 1686 irgend jemand dem Kaiser im Ernste zugemuthet, durch einen raschen Friedensschluß mit der Pforte den in Ungarn stehenden Streitkräften die Aktionsfreiheit zurückzugeben, weil man wohl fühlte, daß der Friede mit den Türken einer Kriegserklärung an Frankreich gleichkomme. Namentlich Spanien fürchtete in richtiger Erkenntniß seiner Schwäche, daß es auf diese Weise in einen neuen, aussichtslosen Krieg mit Ludwig XIV. hineingezogen werden könne[1]), und als Kaiser Leopold im Januar 1686 dem spanischen Habsburger eröffnen ließ, daß er, wenn es der König wünsche, mit den Türken Frieden schließen und von Frankreich einen Congreß zur Schlichtung aller offenen Fragen verlangen wolle[2]), wußte er wohl, daß er mit diesem schwerlich ernst gemeinten Vorschlag die äußere Politik der beiden Linien seines Hauses nur noch enger miteinander verknüpfen werde.

Man darf wohl sagen, der Unterschied der Politik Oesterreichs nach dem Waffenstillstande und im Orléansschen Kriege besteht darin, daß es sich in den Jahren 1684 bis 1688 unter Verzichtleistung auf jede militärische Defensive Frankreich gegenüber ganz und gar auf politische Defensive beschränkt hat, und wenn auch der Vorwurf, daß die Habsburger in immer zunehmendem Grade die vorderösterreichischen Lande vernachlässigt haben, nicht ungerechtfertigt ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß vor Ausbruch des Krieges von 1688 an der militärischen Sicherung der Rhein- und Mosellinie der Schwiegervater des Kaisers und sein Neffe, König Karl II. von Spanien, nicht minder interessiert waren als er selbst.

Nach einer nicht weiter verbürgten Behauptung des Venezianers Foscarini wären vor seiner Ende 1687 erfolgten Abreise von Madrid zwischen dem Kaiser und Spanien Verhandlungen im Gange gewesen

1) O. Klopp, Fall des Hauses Stuart 3, 184 nach Berichten Mansfelds von Dez. 1685 u. Jan. 1686.

2) Denkschrift Mannsfelds an Karl II., Beilage zu Bericht vom 31. Jan. 1686. (Nach Mittheilung des Wiener H.- u. St.-A.) Vgl. Klopp a. a. O. 185.

über eine unverzinsliche Anleihe von 800,000 Scudi auf die Quecksilberbergwerke in Steiermark und Ungarn zur Anwerbung von 8000 Mann Besatzungstruppen für die Waldstädte [1]). Jedenfalls waren die kaiserlichen Staatsmänner bei den bisherigen Verhandlungen mit den Kreisen von dem Gedanken ausgegangen, daß die Deckung der Rheinlinie von Basel bis Koblenz vorläufig dem Reiche zu überlassen sei, und nur die Rücksichtnahme auf Kurpfalz [2]) und Spanien bewog sie jetzt, einer Erweiterung der alten Kreisassociationen im Sinne der Hohenlohischen Vorschläge zuzustimmen, nachdem die Erfahrung gezeigt hatte, daß die einzelnen Stände für sich niemals zur Überlassung von Hülfstruppen an Kurfürst Philipp Wilhelm zu vermögen sein würden [3]). —

Die ersten Schritte des fränkischen Kreises hatten Hohenlohes Lobeserhebungen über den patriotischen Eifer der Stände scheinbar bestätigt. Denn noch von Nürnberg aus war von dem Ausschreibeamt am 20. Dezember 1685 an Kurbaiern, Schwaben, die oberrheinische Union, Weimar und Gotha die Einladung zu einem Bündnisse ausgegangen, das nichts geringeres als Schutz des ganzen Reiches bezwecken sollte [4]), und der Kaiser konnte unter Bezugnahme auf dieses Schreiben unterm 7. und 12. Januar die erwähnten Fürsten und Kreise auffordern, ihre Gesandte Ende Februar nach Nürnberg zu schicken [5]). Aber inzwischen war Graf Castel mit dem pfälzischen Hülfegesuch in Bamberg gewesen, und Bischof Marquard Sebastian beeilte sich, darauf aufmerksam zu machen, daß auf Ende Februar schon ein Münzprobationsconvent angesetzt sei [6]). Andere Vorschläge bezüglich der Zeit und des Ortes wurden, obwohl der Kaiser darum gebeten hatte [7]), nicht gemacht, hingegen war der Agent

1) Barozzi e Berchet, Relazione dagli ambasciatori Veneti. Serie 1. Spagna 2, 538.

2) Kurpfalz an K. Leopold. Heidelberg 17. Jan. 1686. (Conc. München.)

3) Stratman zu Meystetter s. Anhang Nr. V.

4) Würzburg. Kreisakten 75, 515. — Druck bei Londorp, Acta publica 12, 250.

5) v. Zwiedineck-Südenhorst, die Augsburger Allianz im Arch. für österreich. Gesch. 76, 5. — Das Schreiben an den schwäb. Kreis gedruckt bei Sattler, Gesch. Würtenbergs unter den Herzogen. 11. Beil. Nr. 31.

6) Bamberg an Hohenlohe. 9. Jan. 1686. (Conc. Reichscorr. 30. Bamberg.)

7) an Bamberg-Bayreuth. Wien 7. Jan. 1686. (Cop. Kreisakten 75 666 fg. Würzburg.)

der Bischöfe von Bamberg und Würzburg unablässig bemüht, Wasser in den Wein Hohenlohes zu schütten. Und nicht eiliger hatten es die eingeladenen. Fulda und Hessen-Kassel antworteten zusagend am 1., Herzog Friedrich von Sachsen-Gotha am 26. Februar[1]), Baden-Durlach wurde durch den Administrator Friedrich Karl von Würtemberg von dem kaiserlichen Ausschreiben am 8. Februar überhaupt erst in Kenntniß gesetzt[2]), und allein Kurbaiern scheint einen positiven Vorschlag gemacht zu haben, indem es als Ort wegen des schwäbischen Kreises Augsburg und als Termin Mitte März empfahl[3]). Aber auch in Wien wurde man erst am 25. Februar, offenbar unter dem Eindrucke der französischen Kriegsdrohungen, über eine Instruktion Hohenlohes schlüssig, auf Grundlage eines schon im Januar von dem Grafen ausgearbeiteten Projektes[4]).

In diesem Projekte war nun gar schön auseinandergesetzt, daß sich der Kaiser auf Veranlassung des fränkischen Kreises mit einigen Kurfürsten und Ständen sowie „bei dem Reich interessirten Potenzen“ in Nürnberg bis auf friedlichere Zeiten und bis zur Feststellung einer Reichskriegsverfassung zum Schutze seiner Erblande und der zehn Reichskreise verbündet und beschlossen habe, die Grenzen des Reiches in angemessener Weise zu besetzen. Für den casus foederis sollten die Bestimmungen der fränkischen Kreisrecesse von 1681 bis 1684 maßgebend sein. Die Bundeshilfe der unvermeidlichen 10,000 Schweden und 6000 Spanier, die auf dem Papiere einträchtiglich nebeneinander aufmarschierten, war natürlich in Form einer Diversion gedacht, während für die Kriegstüchtigkeit der Contingente jährliche Manöver und die aus einer gemeinsamen Kasse zu besoldende Generalität sorgten. Dem Kaiser aber blieb es vorbehalten, außer den uns bereits bekannten Bundesgliedern weitere Mitglieder auf deren Antrag aufzunehmen, wobei nächst sämmtlichen Reichsständen hauptsächlich an die schweizer Kantone gedacht war. Was unter Be-

1) Zwiedineck a. a. O. Alter oder neuer Stil?

2) Or. Karlsruhe.

3) Kurbaiern an Bamberg-Bayreuth 12. Februar 1686. (Conc. München.) An den Kaiser scheint der Kurfürst erst am 4. März geschrieben zu haben.

4) Wiener Project vom 22. Jan. 1686, wie etwa künftighin die Allianz einzurichten war. (Gotha.) Mit Weglassung der beiden Schlußparagraphen gedruckt bei Londorp 12, 503 ff. Den Conferenzräthen reichte es Hohenlohe am 13. Februar ein. Zwiedineck a. a. O. 5.

setzung der Reichsgrenzen zu verstehen sei, erläuterte die Instruktion, welche Hohenlohe anwies, von den fränkischen und oberrheinischen Ständen für Konstanz, Rheinfelden, Mannheim, Philippsburg, Frankfurt und Mainz, besonders aber für die am meisten bedrohte Pfalz Hülfstruppen zu fordern, und wenn ihm Schwierigkeiten gemacht würden, mit Quartieren und Contributionen zu drohen[1]).

Mit beiden Aktenstücken in der Tasche trat Hohenlohe wohlgemuth die Reise ins Reich an. In Regensburg wurde zuerst die Werbetrommel gerührt, dann ging es weiter nach Bamberg, Würzburg, Heidelberg und auf ausdrücklichen Wunsch Kurfürst Philipp Wilhelms auch an die Höfe der rheinischen Kurfürsten[2]). Auch diesmal brachte es Hohenlohe nicht übers Herz, bei der Sache zu bleiben, und Gottfried von Jena bekam in einem längeren Vortrag zu hören, daß die evangelischen Kantone der Schweiz dem Kaiser ein Bündniß angetragen hätten, daß aber dieser sich nur auf ein Bündniß der ganzen Schweiz mit ihm und dem Reiche einlassen werde, womit nur leider die wenige Tage darauf nach Regensburg gelangende Nachricht von den Badener Beschlüssen nicht recht stimmen wollte[3]). In Bamberg fand man es mit Recht befremdlich, daß Hohenlohe erklärte, die Rückberufung des in Schlesien überwinternden Kreisregimentes nach Franken könne Frankreich reizen, nachdem er unmittelbar zuvor Verlegung der Kreisvölker an die Westgrenze des Kreises verlangt hatte[4]). Nur der Kurfürst von Trier, Johann Hugo von Orsbeck, begrüßte, da er sich in gleicher Lage wie Philipp Wilhelm befand, die Botschaft des Grafen mit Freuden, während Kurmainz und Kurköln, wie es von ihnen nicht anders zu erwarten war, ausweichende Antworten gaben[5]).

---

1) Zwiedineck a. a. O. 7.

2) Kurpfalz an Stratman. Heidelberg 4. u. 23. März 1686. (Conc. München.) Am 9. u. 10. März war Hohenlohe in Regensburg, am 12. in Nürnberg, am 17. in Bamberg, vor dem 29. in Heidelberg, am 30. in Frankfurt, am 13. April wieder in Frankfurt. Berichte Hohenlohes an den Kaiser vom 7. u. 17. März und 5. April, erwähnt in einem kais. Rescript vom 24. April, scheinen nicht erhalten zu sein.

3) Jena an Kurbrandenburg. 5/15. (s. Anhang Nr. VII) u. 12/22. März 1686. (Eigenhändig Berlin.)

4) Bamberg an Würzburg. 18. März 1686. (Conc. Reichscorr. 32, 32. Bamberg.)

5) Zwiedineck 9 nach Bericht Hohenlohes vom 12. April.

Je kühler aber im allgemeinen die Aufnahme der Hohenlohischen Vorschläge war, desto größer war das Aufsehen. Verjus de Crecy höhnte und drohte, und die 10,000 papierenen Schweden setzten die ganze nordische Welt in Aufruhr. In Wien fiel sofort der Verdacht der Verrätherei auf Jena. Allein es hätte dessen gar nicht bedurft, da der staatische Reichstagsgesandte Valkenier bereits Ende Februar eine Abschrift des Projektes nach dem Haag schicken konnte, und man in Regensburg zu Anfang April dem baldigen Erscheinen eines Druckes entgegensah[1]. Wenn sich Hohenlohe auch noch so eifrig dagegen verwahrte, daß er dem kurbrandenburgischen Residenten in Wien, von Schmettau, den er gar nicht kenne, seinen Entwurf mitgetheilt habe[2], so spricht doch Alles dafür, daß er schon während seiner Verhandlungen mit den kaiserlichen Conferenzräthen dritten gegenüber nicht die nöthige Zurückhaltung beobachtet hat. Dennoch hielt sich das Projekt auch jetzt noch über Wasser, da die Bitten des Pfälzers um Hülfe immer dringender lauteten, und Kurfürst Max Emanuel von Baiern am 23. März endlich Unterstützung der kaiserlichen Vorschläge verheißen hatte[3], und der Kaiser erließ auf ein Gutachten Königsecks und Stratmans am 24. April das Ausschreiben zu einem Anfang Juni in Augsburg zu eröffnenden Correspondenztage. Hohenlohe aber wurde eingeschärft, daß er künftig vorsichtiger zu Werke gehen solle. Einwendungen wegen Spaniens und Schwedens habe er einfach mit einem Hinweis auf die Reichsstandschaft beider Mächte zu beantworten, über den erhofften Beitritt der Generalstaaten sich dagegen vorläufig jeder Äußerung zu enthalten[4]. Damit er aber ganz nach den Intentionen Kurfürst

1) Wämpl an Kurbaiern. Regensburg, 4. April 1686. (Or. München.) — Vgl. auch die Relation des wetterauischen Reichstagsgesandten Fabricius vom 5. (a. St.?) April bei Kopp, Association derer vordern Reichs-Crayße 117 Anm. r.

2) Schreiben vom 20. April u. 11. Mai. Zwiedineck S. 9 u. 11. Der Verdacht, daß Schmettau für Mittheilung des Projekts an Verjus sorgte, scheint nicht ganz unbegründet; denn am 10. Dez. 1686 schrieb Fridag an Kurpfalz, Sch. sei von Graf Rébénac bestochen gewesen und habe den Briefverkehr zwischen diesem und Vauguyon in Wien vermittelt.

3) Kop. München.

4) an Hohenlohe. Wien 24. April 1686. (Kop. München. K. bl. 136/12.): „Damit nun auch der vereinigten Niederlanden halber einiges obstaculum destoweniger entgegen stehe, ist dir vorhin gnugsamb bekant, daß hiermit nicht voreylig herauszugehen, sondern solange zu temporisiren seye, bis

Philipp Wilhelms handle, werde ihn der kaiserliche Gesandte in Heidelberg, Johann Friedrich von Seilern, nach Augsburg begleiten. Gleichsam begütigend war hinzugefügt, daß der Graf dies wohl selbst gern sehe und zu seiner größeren Sicherheit nicht verlangen werde, in einer so heiklen Sache, wie die kurpfälzische sei, sich allein die Verantwortung aufzubürden.

Am Schlusse des kaiserlichen Schreibens an Hohenlohe heißt es dann wörtlich: „Nachdem nun von diesem unserem Vorhaben der rheinischen Churfürsten Liebden durch Dich benachrichtiget seynd worden, so werden wir auch nicht umbhin sein, deswegen nicht weniger Chursachsen und Brandenburgs Liebden, auch die Fürstlich Braunschweigische Häuser hierunter gebührend erinnern zu lassen", was nur so verstanden werden kann, daß die genannten Höfe von dem Vorhaben des Kaisers in Kenntniß gesetzt werden sollten, da sich in den Correspondenzen Fridags mit dem Kaiser und Kurfürst Philipp Wilhelm auch nicht die leiseste Andeutung findet, daß Kurbrandenburg zum Beitritt aufgefordert worden sei. Nachdem nun doch einmal so viel wahres und falsches über die Allianz in die Öffentlichkeit gelangt war, hielt man es auch in Wien für besser, mit offenen Karten zu spielen, und der kaiserliche Conkommissär, Graf Windischgrätz, machte in Regensburg bekannt, daß in Augsburg eine Zusammenkunft einiger Kreise „allein zu Feststellung des innerlichen Ruhestandes im heiligen römischen Reiche, keineswegs aber zu jemandes Offension" stattfinden solle[1]).

Wer den Dingen ferner stand, durfte den Verfasser des Wiener Projektes wohl beglückwünschen. An den europäischen Höfen sprach man von der Hohenlohischen Allianz, während sich allenthalben im deutschen Süden die eingeladenen Stände anschickten, auf eilig berufenen Versammlungen ihre Gesandten mit Instruktionen für den Augsburger Tag zu versehen. Kenner der südwestdeutschen Verhältnisse — und deren gab es leider in Wien und jenseits der Mainlinie nur wenige — mochten freilich von dieser Geschäftigkeit eher den Eindruck eines aufgestörten Ameisenhaufens empfangen. Am merkwürdigsten aber sah es wieder in jenem Kreise aus, der

---

daß anziehlende haubtwerck einige würtzel gefasset, in zuversicht, daß sodan die beytrettung der Generalstaaten von Holland und Westfriesland sich desto ehender und bequemer schicken werden."

1) Jena u. Schönbeck an Kurbrandenburg. Regensburg 30. April / 10. Mai 1686. (Or. Berlin.)

nach der beharrlich aufrecht erhaltenen Fiktion des Projektes zu der ganzen Bewegung den ersten Anstoß gegeben hatte.

Hier hatten die Kreisdirektoren, Bamberg und Bayreuth, aus dem Schwalle Hohenlohischer Rhetorik sofort herausgehört, daß es jetzt einzig auf ein Bündniß zum Schutze der Kurpfalz abgesehen sei, und der Correspondenztag wäre, wenn es auf die Dauer in ihrer Macht gestanden hätte, sicher ad Kalendas Graecas verschoben worden. Doch das Gerücht einer Assignation Kursachsens auf einige obersächsischen Stände und die Furcht, daß es auch Kurfürst Max Emanuel zur Erleichterung seiner unter der schweren Militärlast seufzenden Lande nach den fetten fränkischen und schwäbischen Quartieren gelüsten könne, erwiesen sich wirksamer als der nur mit halbem Ohr gehörte Appell an den Patriotismus und die Opferwilligkeit der Stände, obwohl Bamberg und Eichstätt am liebsten der Wahl zwischen zwei Übeln überhoben gewesen wären[1]), und solange es anging, die Schuld der Verzögerung auf die brandenburgischen Häuser schoben[2]). Bei diesen hatte jedoch ein Machtwort des Fürsten, auf den der Vorwurf der Bischöfe versteckt hinzielte, Wandel geschaffen.

Wir erinnern uns jenes auf allen Kreistagen Sparsamkeit im Militärwesen predigenden Markgrafen von Ansbach. Der war nun am 22. März 1686 gestorben mit Hinterlassung einer großen Schuldenlast und dreier unmündiger Söhne, über welche laut testamentarischer Verfügung Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg und der Schwager des Verstorbenen, Markgraf Friedrich Magnus von Baden-Durlach, die Obervormundschaft übernahmen. Es scheint, daß der Kurfürst erst damals, vermuthlich durch Kurpfalz oder Baron Fridag, die Reduktion der fränkischen Kreistruppen erfahren hat. Wenigstens stellte er jetzt Markgraf Christian Ernst von Bayreuth mit nachdrücklichen Worten vor, daß die schlechte Verfassung des Kreises Frankreich geradezu herausfordere, dem Reiche noch mehr „abzuzwacken", und mahnte dringend, im Anschluß an die benachbarten Kreise bessere Vertheidungsanstalten zu treffen, wozu ja der Türkenkrieg genügenden Anlaß gebe. Der Markgraf antwortete nicht gerade sehr aufrichtig, daß der Kreis keineswegs

1) Bamberg an Eichstätt. 31. März. Eichstätt an Bamberg 8 (präs. 13) April 1686. (Conc. u. Or. Reichscorr. 32, 34 u. 37. Bamberg.)

2) Wämpl an Kurbaiern. Regensburg 25. März 1686. (Or. München.) Seine nicht genannte Quelle war offenbar der Gesandte der Bischöfe.

entblößt sei, da er noch das einer Reichsarmee von 60000 Mann entsprechende Contingent unterhalte, und dem Kaiser nur eine Schwadron Dragoner und die von Würzburg und Bamberg allein gestellten Hülfstruppen überlassen worden seien [1]). Denn in Folge der auf etwa 3000 Mann herabgesunkenen Effektivstärke war im Kreise selbst kaum die Mannschaft, die zur Rekrutierung der in Ungarn stehenden Regimenter nöthig war, zurückgeblieben, und es wurde bereits ernstlich erwogen, ob nicht am Ende doch wieder die zwei Infanterieregimenter auf je 1800 Mann, das Kavallerieregiment aber auf 800 Pferde zu verstärken seien.

Nur einer befand sich durch seine ganz plötzlich zu Tage tretende Unternehmungslust in ausgesprochenem Gegensatze zu der Passivität jener geistlichen und weltlichen Fürsten, die schließlich doch nur geschehen ließen, was sie nicht ändern konnten, — der Bischof von Würzburg, Johann Gottfried von Guttenberg. Der war nicht länger gewillt, die Fesseln zu tragen, die ihm Wahlkapitulation und Landstände angelegt hatten. Am raschesten wurde er mit seinem Domkapitel fertig, indem er bei der Kurie schon 1686 durchsetzte, daß er nach Annullierung seiner Wahl aus päpstlicher Machtvollkommenheit zum Bischof ernannt wurde [2]). Dagegen hat er erst nach Ausbruch des Krieges 1689 erreicht, daß der Reichstag entschied, Auflagen zu Unterhaltung seiner Festungen seien als Reichssteuern anzusehen und bedürften daher keinen landständigen Bewilligung [3]). Wie er sich aber von allem Nepotismus rein erhielt, so bezweckte er auch mit seiner Emancipation eigentlich nichts anderes, als die zerrütteten Finanzen seines Bisthums ungestört durch fortwährende Bevormundung in Ordnung zu bringen, und ohne Verständniß für das Schwungvolle im Charakter seines Vorgängers pflegte er von Peter Philipp zu sagen, daß er es „mit dem publico" besser gemeint habe wie mit seinem Hochstift [4]). Von großen Gesichtspunkten ging daher auch seit 1686 die Reichspolitik Johann Gottfrieds nicht aus,

1) Kurbrandenburg an Bayreuth. Cöllen 9/19. April. Bayreuth an Kurbrandenburg 20/30. April 1686. (Conc. u. Or. Berlin.) Fridag an Kurpfalz. Berlin 10/20. April. (Or. München.)

2) Stein, Gesch. Frankens 2, 125.

3) Würzburg an Bamberg. Bamberg 21. (praes. 21.) Mai 1689. (Or. Reichscorr. 32, 43. Bamberg.) Pachner v. Eggenstorff 2, 698. 701. 723.

4) Johann Gottfried an J. F. C. v. Ostein und M. C. Wigand. Würzburg 1. Juni 1686. (Kreisakten 76, 559. Würzburg.)

doch hat dies nicht verhindert, daß er gelegentlich die Mittel der Politik Peter Philipps von Dernbach nicht verschmähte und dadurch mit dem übervorsichtigen, nicht minder sparsamen Nachbar auf dem Bamberger Bischofsstuhle in Widerspruch gerieth.

Das sollte gleich zu Anfang des Jahres in recht charakteristischer Weise zu Tage treten, als der spanisch-burgundische Reichstagsgesandte anfragte, ob die Bischöfe trotz der fortdauernden Kriegsgefahr für die dem Kaiser überlassenen Regimenter keinen Ersatz schaffen wollten. Denn als der Regensburgische Agent Würzburgs und Bambergs, Sauer, zu erwägen gab, ob es sich nicht vielleicht erreichen ließe, daß mit spanischen Subsidien geworbene Hilfstruppen im Kreise zur Bedeckung der Hochstifter stehen blieben, ohne im Kriegsfall nach den Niederlanden marschieren zu müssen[1]), zeigte sich Johann Gottfried gar nicht abgeneigt, auf Sauers Vorschlag einzugehen, falls „man der spanischen Subsidien versichert wäre und den modum ergreifen könnte, sich in Sicherheit zu stellen,“ während Marquard Sebastian an ähnliche verfehlte Geldspekulationen Peter Philipps erinnerte und salbungsvoll erklärte, wenn nur jeder Kreis und Stand sein assigniertes Reichsquantum treulich stelle, sei nicht nur das Reich jedem Feinde gewachsen, sondern auch die Vertheilung der Last eine derartige, daß niemand anderweite Geldhülfe von nöthen hätte[2]).

In Anbetracht so mannigfacher, durchaus praktischer Erwägungen bei den führenden Ständen war das Ergebniß des am 19. Mai eröffneten Nürnberger Kreistages immerhin ein überraschendes[3]). In der That mochten die Kreisstände nachgerade selbst an die ihnen aufgedrungene Führerrolle glauben, als sie sich von den in Nürnberg erschienenen Gesandten Schwedens und Spaniens[4]) umworben sahen,

1) Sauer an Bamberg. Regensburg 11. Februar 1686. (Reichscorr. 32, 23. Bamberg.) Einen analogen Vorschlag hat noch 1793 die badische Regierung England gemacht. Vgl. Erdmannsdörffer, Polit. Corresp. Karl Friedrichs von Baden 2, 52.

2) Würzburg an Bamberg. 24. Februar. Bamberg an Würzburg. 2. März 1686. (Or. u. Conc. a. a. O.)

3) Ausschreiben 23. April / 3. Mai 1686. (Or. Kreisakten 76, 1. Würzburg.)

4) „Rationes warumb die Burgundische lande für qualificirt zur künftigen association zue halten.“ a. a. O. Am 1. Juni kamen Snoilsky und der burgundische Gesandte Ludwig de la Neuveforge wieder in Regensburg an. Jena Schönbeck an Kurbrandenburg. 28. Mai / 7. Juni 1686. (Or. Berlin.)

wenn es auch Nachdenken erwecken mußte, daß miteinemmale auch ein Gesandter des vertriebenen Herzogs Christian Albrecht von Holstein-Gottorp als Schutzflehender um Gehör bat[1]). Aber als ob man zeigen wollte, daß man im Dezember des verflossenen Jahres mehr aus unbestimmter Scheu vor dem Hinaussteuern auf das uferlose Meer der großen Politik als aus wirklicher Einsicht in die Natur der Dinge gegen die Aufnahme Schwedens und Spaniens gewesen war, wurden auch jetzt in den Verhandlungen keine eigentlichen Zweifel an der Zuverlässigkeit der schwedischen Hülfe oder an der Leistungsfähigkeit Spaniens laut. Die Warnung Nürnbergs vor Alliirten, die mehr zum Schaden als zum Vortheil gereichen würden, stand ganz vereinzelt da[2]), und als beschlossen wurde, daß alle irgendwie („ordinario vel limitato modo“) dem Reiche angehörigen Stände zur Allianz zuzulassen seien, über die Aufnahme auswärtiger Mächte dagegen der Kaiser allein entscheiden solle[3]), gab nur die Ansbachische Gesandtschaft zu Protokoll, daß ihre Instruktion auf nicht mehr und nicht weniger als auf Erneuerung der bairisch-fränkisch-schwäbischen Kreisbündnisse laute[4]).

Richtig war daran nur, daß auf Anfrage der Ansbachischen Räthe, ob sie der voraussichtlich für die Allianz stimmenden Majorität folgen oder sich separieren sollten, Baden-Durlach gerathen hatte, „von allen weiteren engagementen“ abzusehen, soweit dies ohne Trennung von dem Kreise möglich sei, und daß auch Kurbrandenburg als Richtschnur Erneuerung der Kreisallianzen und Zurückweisung der Laxenburgischen Tendenzen anbefohlen hatte, freilich mit dem nicht mißzuverstehenden Zusatze, daß „keine Kosten nöthiger und besser angewendet seien, als vor eigene Conservation und Sicherheit“[5]). Aber obwohl die Ansbachische Erklärung bei allen

1) Creditif für Samuel Rachelius. Güstrow 12/22. Februar 1686. (Kop. Kreisakten 76, 353. Würzburg.)

2) In der 5. Sitzung vom 25. Mai.

3) dictat. 17/27. Mai. Aufgenommen in § 1 des Abschiedes bei Moser 1, 599.

4) Am 28. Mai (Kreisakten 76, 138. Würzburg.)

5) Wolf von Crailsheim, Julius Friedrich Wolfskeel, Joh. Sigmund v. Heßberg, Craft v. Crailsheim, J. J. Beutz, Christof Sinold (?), genannt Schütz und Jakob Wilhelm Förster an Kurbrandenburg. Onolzbach 29. April / 9. Mai. — Markgraf Friedrich Magnus an obengen. geh. Regierungsräthe. Carlspurg (in Durlach) 4/14. Mai. — Kurbrandenburg an dieselben 6/16. Mai 1686: „damit man aber bey diesem werk nirgends anstoßen möge, habet Ihr allen

Ständen und nicht zum mindesten bei Bayreuth große Bestürzung hervorrief, wurde der Beschluß über die Ausdehnung der Allianz dennoch unverändert in die Instruktion für die Augsburger Gesandtschaft mit herübergenommen, und damit, da die Allianz vornehmlich den Stillstand garantieren sollte, streng genommen zugleich die Verpflichtung des Schutzes der in den Stillstand eingeschlossenen spanischen Niederlande eingegangen.

Vorerst freilich war man soweit noch nicht, und die Nebeninstruktion[1]) für den Augsburger Tag bewies, daß sich der Kreis die Interpretation seiner Beschlüsse ausdrücklich vorbehielt. Denn Holstein-Gottorp wurde nach Augsburg und für den äußersten Fall an den ober- und niedersächsischen und den westfälischen Kreis verwiesen, und die Unterstützung Kurfürst Philipp Wilhelms, der zur Vermeidung alles Aufsehens diesmal durch den Vertreter des Deutschordens um 1000 Mann Infanterie gebeten hatte[2]), von der Betheiligung der anderen Bundesglieder abhängig gemacht, obwohl sich Ansbach gerade über diesen Punkt auf unzweideutigen Befehl Kurbrandenburgs entgegenkommend geäußert hatte, und außer dem Deutschorden auch Würzburg den Kurfürst schon jetzt der Hülfe des Kreises versichern wollte[3]). Noch deutlicher aber gab der Kreis durch den vierten Paragraphen des am 5. Juni verlesenen Abschiedes zu erkennen, wieweit er im Grunde trotz allen Zugeständnissen an das Wiener Projekt von jeder patriotischen Überstürzung entfernt war, insofern er sich danach in Augsburg zwar zu 4321 Mann erbieten wollte, nichtsdestoweniger aber von Verstärkung der auf 3000 Mann reducierten Miliz vorläufig absah.

Auch die oberrheinische Union hätte, wenn sie das von Hohenlohe ihr zugedachte Contingent von 4000 Mann wirklich stellen wollte, ihre Miliz erheblich verstärken müssen, und Landgraf Karl

---

fleiß anzuwenden, damit von denen terminis eines associationstractats, wie auch von erwehnung der Laxenburgischen alliance abstrahiret und alles auf ein defensionswerk und verbündnüß, so allein zu des publici und zusammentretender crayse securität angesehen, eingerichtet werde." (Or. Kop. u. Conc. Berlin.)

1) Nürnberg 21/31. Mai 1686. (Kreisakten. Bamberg.)

2) Kurpfalz an Bamberg Bayreuth u. die Kreisdeputirten. Friedrichsburg 16. (dictat. 17/27.) Mai 1686. (Kop. Kreisakten 76, 363. 365. Würzburg.)

3) 11. Sitzung am 1. Juni. (a. a. O. 76, 128.)



scheint gar nicht abgeneigt gewesen zu sein, die Stellung des Bundescontingentes gegen Geldzuschüsse der anderen Stände zu übernehmen, oder mit anderen Worten einen Theil seiner Haustruppen aus der Unionskasse zu bezahlen[1]). Hierzu war aber nicht die mindeste Aussicht vorhanden, solange die Union in dem bisherigen Zustande dahinsiechte, und da ihr nach den Erfahrungen des letzten Marburger Tages höchstens der Anschluß an eine schon bestehende größere Allianz frisches Leben einzuflößen im Stande war, gab auch Waldeck den Widerstand gegen das ja inzwischen zum Programm der kaiserlichen Reichspolitik erhobene Projekt auf und ließ auf einer sehr schwach besuchten Conferenz in Frankfurt am 22. Mai durch seinen Kanzler den Ständen empfehlen, dem Landgrafen zur Beschickung des Augsburger Tages Vollmacht zu ertheilen[2]). In Franken hätten die Gegner des Projektes den Kreistag am liebsten vertagt, im oberrheinischen Kreise unterblieb die Einberufung eines regelrechten Kreistages wohl nur deshalb, weil der Landgraf die ihm genugsam bekannte Opposition vor der Augsburger Versammlung nicht mehr zum Worte kommen lassen wollte.

Im bairischen Kreise kam das Projekt, soviel ich sehe, überhaupt nicht zur Sprache. Das an sich schon unverhältnißmäßig hoch angesetzte kurbairische Contingent (8000 Mann) war dem Defensivbündnisse zwischen Kurfürst Max Emanuel und dem Kaiser vom 26. Januar 1683 entnommen, und von den 2000 Mann Kreistruppen wäre natürlich ebenfalls der Hauptantheil Kurbaiern zugefallen. Der Kurfürst behielt sich daher, als er dem Wiener Hofe seine Unterstützung versprach, stillschweigend vor, wenn aus dem Projekte etwas werden sollte, seine Bedingungen zu stellen. Aber nachdem der Erzbischof von Salzburg am 9. Mai den Beitritt zur Allianz unter Hinweis auf die großen Kosten und den in Folge kaiserlicher und venezianischer Werbungen eingetretenen Rekrutenmangel rundweg abgelehnt hatte[3]), wurde den Ständen, darunter Pfalz-

1) Hanau an Hessen-Kassel, 17/27. Juni 1686, erwähnt die zwei Vorschläge, daß „die mannschaft der alliirten h. ständte nicht eben in des herren land, so solche gestellet, sondern promiscuo in der alliirten land verlegt, sodann die underhaltungsmittel vor solche mannschaft E. Dl. von denen ständen geliefert und von Ihnen hingegen die mannschaft richtig bezahlet werden solte". (Kop. Marburg.)

2) Proposition Witsteins. (Marburg.)

3) Salzburg an K. Leopold. (Kop. München. Kast. bl. 136/16.)

Neuburg, nicht einmal das kaiserliche Ausschreiben vom Kreisausschreibeamt mitgetheilt.

Gewissermaßen einen Kreis für sich bildeten die in dem Projekte mit 2000 Mann bedachten Ernestiner. Fast alle diese thüringischen Herren der zwei Linien Weimar-Eisenach und Gotha gehörten zugleich dem fränkischen und obersächsischen Kreise an, hatten sich aber, seitdem in den Kreisen die Frage der stehenden Heere obenan auf der Tagesordnung stand, aus Eifersucht auf die albertinische Kurlinie über eine unabhängige, gemeinsame äußere Politik verständigt. Der eigentliche Leiter dieser Politik war Herzog Friedrich von Sachsen-Gotha, der älteste von sieben Söhnen Ernst des Frommen, der sich bei der Theilung der väterlichen Lande wenigstens in den Antheilen seiner vier jüngsten Brüder zu Römhild, Eisenberg, Hildburghausen und Saalfeld alle landesfürstlichen Hoheitsrechte zu wahren gewußt hatte. An das schlichte, gediegene Wesen des Vaters erinnerte der neue Herr mit seiner hundertlockigen Allongeperrücke nur wenig, und die thüringer Bauern mochten seufzend der guten alten Zeit gedenken, wenn sie sahen, daß der Sohn seine Gunst an politische Abenteurer verschenkte, die der Vater mit Stockprügel davon gejagt hätte[1]). Aber die Vorliebe für französische Mode und französischen Absolutismus machte den Herzog nicht blind gegen die von Frankreich drohenden Gefahren und gleichsam zum Beweise dafür, daß sich in Ludwigs XIV. Schule doch auch für deutsche Verhältnisse etwas lernen lasse, erklärte er bereits auf seinem ersten Landtage 1676, das beste Mittel gegen Durchzüge und Einquartierung fremder Truppen seien ein stehendes Heer und die auf dieser Grundlage mit mächtigen Nachbarn und dem Kaiser geschlossenen Allianzen. Mochten auch die Landstände immer wieder dagegen einwenden, zu großen Allianzen sei ja ihr Ländchen viel zu klein, „auch hätten die lieben Alten in eine solche perpetuirliche das Reichscontingent weit übersteigende Soldateska nie gewilligt,“ so endigte doch der von beiden Theilen mit Zähigkeit durchgeführte Kampf auch hier genau so wie

---

1) Burckersrode an Herzog Friedrich. Dresden 10/20. (präs. 14/24.) Mai 1686: Gesteht, „daß wenn dero höchstsel. herr vater glorwürd. memorie wieder auffstehen und mich (allermaßen ich jüngst die hohe und verdiente [unverdiente?] gnade genossen) in der fürstl. residenz Friedenstein sehen solte, ich nicht allein mit etlichen bastonaden darvon kommen, sondern vielmehr in das eußerste finsternüs incarcerirt werden dürfte. Allein es heißt itzo: insidiari nonnunquam necesse est temporibus, altri tempi altre cure.“ (Kop. Gotha.)

in den größeren Territorien mit dem Siege des Absolutismus, und der Herzog hinterließ, als er 1691 starb, eine Armee von etwa 10000 Mann[1]).

So seltsam aber auch das neue Wesen gegen das altväterische Regiment Ernst des Frommen abstach, kleinfürstlicher Größenwahn beherrschte den Herzog doch eigentlich nicht, und als man ihm einmal engeren Anschluß an das Haus Braunschweig-Lüneburg empfahl, meinte er bescheiden, die stolzen Welfen würden einen so kleinen Herrn, wie er sei, nicht achten[2]). Doch ließ er seine Gedanken gern in weite Fernen schweifen, wenn er sich auf seinem Schlosse Friedenstein in die Geheimnisse der Alchymie versenkte und von den Reichthümern träumte, die ihm seine Kunst verschaffen sollte[3]). Dann hörte er willig auf die abenteuerlichen Vorschläge des Freiherrn Johann Friedrich von Burckersrode in Dresden, der sich die wohl reichlich gemessenen Mußestunden seines Reichspfennigmeisteramtes durch alchymistische Correspondenzen vertrieb und dem leichtgläubigen Ernestiner durch mysteriöse Anspielungen auf seine Beziehungen zu einflußreichen Personen das Geld aus der Tasche zu locken verstand. Da wurde die Annexion der Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen[4]) und die Gewinnung des kurmainzischen Erfurt[5]) gar ernstlich ins Auge gefaßt, und der Herzog empfing schon im Geiste die Belehnung mit Schwedens deutschen Provinzen[6]). Oder

---

1) Chr. Ferd. Schulze, Leben des Herzogs Friedrich v. Sachsen Gotha u. Altenburg. Gotha 1851. S. 52, 55—67. Vgl. über den Aufenthalt des Herzogs in Versailles im Nov. u. Dez. 1687 das Journal de Dangeau 2, 67 u. 81.

2) Herzog Friedrich an Burckersrode. Altenburg 6/16. Okt. 1685. (Eigenhändig. Gotha.)

3) Ders. an dens. Durlach 5/15. Februar 1686: Wenn „das itzo unter handen habende negotium nach wündsch abgehet, so hoffe, eher Pfinsten herbeykommen, umb ein bahr millionen reicher zu seyn." (Eigenhändig. Gotha.)

4) Unterthänigster entwurf des h. geh. raths freih. von Burckersrohde fuhrenden gedanken, das aufnehmen und erhöhung des hochfurstl. hauses Gotha betreffend, geschehen den 15. tag Septembris des 1685ten jahres und zwar in Dresden (A. a. O.)

5) Herz. Friedrich an Burckersrode. Friedenstein 6/16. Nov. 1685. (Eigenhändig a. a. O.)

6) Burckersrode an den Herzog. Dresden 27. Sept. / 7. Okt. 1685: „ich habe fast so viel penetriret, daß man in Schweden der teutschen provinzien etwas überdrüssig und vielleicht gegen gewisser volthaltung etlichen fürsten, davon sie keine sonderliche jalousie fassen könten, zur lehen reichen dürften, wie

es hieß ein andermal, der Kaiser suche unter den evangelischen Fürsten Deutschlands einen Vertreter der habsburgischen Interessen, der „hin und wieder im Reiche die Gemüther in der Stille zu favor des Hauses Oesterreich gewinnen" solle[1]). Und da, wie wir wissen, Schweden seit einiger Zeit mit Eifer daran war, selbst bei den kleinen und kleinsten im Reiche den seit Fehrbellin verlorenen Einfluß und Credit wiederzugewinnen, wurden in der That zwischen der nordischen Großmacht und dem thüringischen Zaunkönig Bündnißverhandlungen eingeleitet, wobei es Schweden sichtlich nur um ein Darlehen für seine Flotte zu thun war[2]).

Von einem solchen Fürsten ließ sich nicht erwarten, daß er die imaginären Größen des Wiener Projektes genauer prüfen werde. Was er im März, als in Deutschland alles an den nahen Ausbruch des Krieges mit Frankreich glaubte, durch Burckersrode über Kursachsens Kriegslust gehört hatte, bestärkte ihn nur in der Überzeugung, daß ein kleiner Reichsfürst im nächsten Kriege allein mit den Waffen in der Hand seine Souveränetät behaupten könne[3]). Aber auf einer im Februar unternommenen Reise an den Hof seines Schwiegervaters, Markgraf Friedrich Magnus von Baden-Durlach, und nach Ansbach hatte er offenbar soviele Bedenken vernehmen müssen, daß auch er jetzt an Hohenlohes Entwurf strenge Kritik übte, von Besetzung der Grenzen, Schutz der zehn Reichskreise, wie

die alten röm. keyser vor dessen mit den reichsländern auch gethan." — Ders. an dens. Ohne Dat. praes. 14./24. Okt. 1685. Habe nach Stockholm von sich aus geschrieben: sicher sei, daß Schweden gegenwärtig an Schonen mehr liege als an all seinen Besitzungen im Reiche. (Kop. a. a. O.)

1) Ders. an dens. Dresden 2/12. (praes. Friedenstein 6/16.) April 1686. (Kop. a. a. O.)

2) Ders. an dens. Dresden 19/29. Jan. (praes. 4/14. Febr. Durlach) u. Dresden 13/23. Febr. (praes. 23. Februar / 5. März Ansbach). — Das von Burckersrode privatim nach Schweden geschickte und am 27. April / 7. Mai 1686 in Friedenstein mitgetheilte Projekt. — Herz. Friedrich an Karl XI. Friedenstein 27. April / 7. Mai. Beilage zu einem Schreiben des gothaischen Ministers J. F. Bachoff von Echt an B. 28. April / 8. Mai 1686. (Kop. Gotha.)

3) Burckersrode an Herz. Friedrich. Dresden 9/19. (praes. 17/27.) März 1686: „A propos des bevorstehenden kriegs am Rhein kann ich versichern, daß man hier und ander orten, da noch etwas trouppen vorhanden, darzu sehr inclinirt, auch zum march sich wird bereit finden lassen; über die andern reichsfürsten aber, so kein Volk auf den beinen, dürfte es gehen, und sie zu contribuenten gemacht werden".

überhaupt von allem, was wieder als Anmaßung einer allgemeinen Reichsverfassung ausgelegt werden konnte, ganz und gar nichts wissen und keinenfalls wieder ein so großes Contingent wie zur Laxenburger Allianz stellen wollte. Zur Grundbedingung des Beitritts aber wurde natürlich gemacht, daß der obersächsische Kreis dem Hause Gotha und womöglich allen Ernestinern, solange das neue Bündniß daure, keinerlei Reichs- oder Kreisforderungen zumuthen dürfe[1]).

Eine gemeingültige Formel für die Interessenpolitik aller in dem Wiener Projekte aufgeführten Kreise und Stände möchte schwer zu finden sein. Gemeinsam aber war fast allen eine wahrhaft lähmende Angst vor dem leicht erregbaren Zorne Ludwigs XIV[2]). Namentlich der schwäbische Kreis stand ganz unter ihrem Banne, seitdem aus Straßburg eine französische Ausfallpforte geworden war. Sogar der spätere Organisator der Kreisarmee, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden, bekannte sich 1682 zu der Ansicht, daß Schwaben auf Vertheidigungsanstalten ganz verzichten solle, solange der Kaiser und die der Gefahr nicht so unmittelbar ausgesetzten Kreise zu wirksamer Hülfeleistung nicht gerüstet seien[3]), und als die Laxenburger Alliirten wirklich gerüstet hatten und nach langem Sträuben Schwabens endlich noch vor dem Waffenstillstand am 8. Juni 1684 eine Allianz zwischen dem schwäbischen, bairischen und fränkischen Kreise zu Stande gekommen war, hatte Würtemberg ausdrücklich vorher ausbedungen, daß der Kreis mit dem Entsatze Luxemburgs von Allianzwegen nicht behelligt werden dürfe[4]).

Es gehörte daher schon Hohenlohes ganze Vertrauensseligkeit

1) Instruktion Herzog Friedrichs, auch im Namen seiner Brüder Albrecht von Coburg, Bernhard von Meiningen, Heinrich von Römhild, Christian von Eisenberg, Ernst von Hildburghausen und Johann Ernst von Saalfeld für Hofrat Veit Ludwig Göckel zum Nürnberger und Augsburger Tage. Friedenstein 7/17. Mai 1686 (Or. Gotha.) — Vollmacht der Herzoge Johann Georg von Eisenach und Wilhelm Ernst von Weimar für sich und namens Johann Ernsts und als Vormünder ihres Pflegsohnes Johann Wilhelm für Geheimerath J. J. Schmidt. 21/31. Mai 1686. (Kop. Ebenda.)

2) Wie gut man dies in Frankreich wußte, beweißt u. a. Sourches, Mémoires 1, 305 fg., der jedoch die Markgrafen Hermann und Ludwig-Wilhelm von Baden-Baden verwechselt.

3) Schulte, M. Ludwig Wilhelm u. der Reichskrieg gegen Frankreich 1, 47.

4) Sattler 11, 121.

dazu, von Schwaben eine Bundeshülfe von 6000 Mann zu erwarten. In Regensburg wußte man denn auch bereits im Februar, daß auf den Kreis kaum zu rechnen sei, wennschon die Gesandten von Augsburg und Eßlingen Dr. Wämpl versicherten, daß die dreimal so viel Mannschaft als die Fürsten stellenden Reichsstädte des Kreises auf die Allianz sehr reflektierten[1]). Die Mehrzahl der Stände war zwar für Beschickung des Augsburger Tages, aber nur zu Erneuerung der Triplealliauz von 1684[2]), und es half nichts, daß der Gouverneur von Philippsburg, Graf Starhemberg, auf Befehl des Kaisers an die badischen Höfe reiste[3]), und der Vicepräsident des Reichshofraths, Graf Zeil, auf dem Ende Mai in Ulm gehaltenen Kreistage erklärte, nur das Schwert halte das Schwert in der Scheide[4]). Der Administrator Friedrich Karl von Württemberg aber ließ, obwohl zur Zeit kein französischer Resident in Stuttgart seine Schritte beobachtete[5]), dem Grafen Verjus de Crecy unverzüglich durch seinen Obermarschall[6]) betheuern, daß die Schwaben nicht gemeint seien, mächtigeren Bundesgenossen, wie die Gibeoniten dem Volke Israel, Handlangerdienste zu leisten, jene völlig harmlose Triplealliauz aber lediglich die Isolierung des Kreises verhüten solle. —

1) Wämpl an Kurbaiern. 25. Februar 1686. (Or. München.)

2) Baden-Durlachische Instruktion für Joh. Jost Hartmann Fischer zum Ulmer Kreistag. Carlspurg 17/27. März u. Instruktion der kreisausschreibenden Fürsten Konstanz u. Würtemberg für den konstanz. Kanzler J. J. Eberhard und den würtemb. Geheimerath Jakob Friedrich von Rühle. Ulm 20/30. Mai 1686. Statt des erkrankten Kanzlers ging der konstanz. Rath Friedrich Dürheimer nach Augsburg. (Or. u. Kop. Karlsruhe.)

3) Mandelslohe an Kurbrandenburg. Heidelberg 19/29. März 1686, über die bevorstehende Reise. (Or. Berlin.)

4) Sattler 11, 143. Vgl. auch das Schreiben an Ulm vom 29. Mai bei Londorp 12, 519.

5) Bourgeauville wurde Ende 1684 an die Braunschweigischen Höfe versetzt, und Juvigny reiste erst im Juli 1686 von Paris ab. Journal de Dangeau 1, 74 u. 363 zu 1684 Nov. 23 u. 1686 Juli 25.

6) Forstner (von Dambenoy) an Verjus. 5 (15?) März 1686 s. Anhang Nr. VI. Die fränk. Gesandten nennen ihn Obermarschall. 1683 war Heinrich Friedrich F. würt. Gesandter in Paris. Vgl. Sattler 11, 105 und über die Familie Schulte 1, 219. Auf die Augsb. Allianz bezügliche Correspondenzen des Administrators sind nach gütiger Mittheilung P. Stälins in Stuttgart nicht vorhanden. Bei den Ludwigsburger Kreisakten dürfte sich schwerlich mehr als bei Sattler und in den Karlsruher Kreisakten für unser Thema finden.

Man fragt sich nach dieser Musterung der künftigen Allürten unwillkürlich, ob es zu der Augsburger Versammlung überhaupt gekommen wäre, wenn sich alle Betheiligten vorher in die Karten gesehen hätten. Aber so ungenügend die Vorbereitung eines so folgenreichen Congresses sonst auch sein mochte, das eine hatte Hohenlohe doch wenigstens erreicht, daß jeder sich von andrer Seite Ersatz für das, was er selbst nicht leisten konnte oder wollte, versprach. Wie lange sich dieses System von Täuschungen und Selbsttäuschungen unter dem Drucke der Weltverhältnisse behaupten könne, war freilich nur eine Frage der Zeit. Aber die von Hohenlohe und Seilern angewandte Taktik beweist unwiderleglich, daß die Baumeister selbst ganz genau wußten, daß sie auf Flugsand bauten. Denn ehe noch in Augsburg die Gesandten aller eingeladenen Stände eingetroffen waren, wurde am 18. Juni bei einem Diner bei Hohenlohe mit den Gesandten Spaniens, Max Emanuels, Philipp Wilhelms, des fränkischen Kreises und der Ernestiner verabredet, daß zur Vermeidung zeitraubender Fragen des Ceremoniells die kaiserliche Gesandtschaft nicht in einer Plenarversammlung, sondern in getrennten Conferenzen mit den einzelnen Diplomaten über das Projekt verhandeln solle[1]).

In der That sind die Gesandten während der nahezu dreiwöchentlichen Dauer des Congresses miteinander nicht in offizielle Berührung gekommen. In zwanglosen Unterredungen im Quartier der kaiserlichen Kommission, ohne Hinzuziehung eines Sekretärs und ohne Führung eines Protokolls[2]), spielte sich alles ab. Die meisten machten ihre Bemerkungen zu dem Wiener Projekte mündlich. Nur die fränkischen und ernestinischen Gesandten reichten ausführliche schriftliche Verbesserungsvorschläge ein, und bei der Redaktion eines zweiten und eines dritten Projektes leistete besonders der Bambergische Geheimerath Stang den kaiserlichen Diplomaten hülfreiche Hand. Aber auch so ließ es sich nicht verhindern, daß im täglichen Verkehre die Meinungen ebenso zwanglos ausgetauscht wurden, und während Hohenlohe noch immer sich und andern mit der Hoffnung auf Schwabens Beitritt schmeichelte[3]), wanderte bereits der Brief

1) Kreith an Kurpfalz. Augsburg 19. Juni 1686. (Or. München.)

2) Vgl. u. a. die Finalrelation Dürheimers und Rühles vom 4/14. Juli. (Kop. Karlsruhe.)

3) Kreith an Kurpfalz. 24. Juni. (Or. München.) Desgl. Göckel an Gotha. 14/24. Juni 1686. (Or. Gotha): Hohenlohe habe zu ihm gesagt, die

des würtembergischen Obermarschalls an Berjus abschriftlich von Hand zu Hand[1]) und erregte ungeachtet seines recht bedenklichen Inhaltes auch hinter den Kulissen keineswegs die seit einigen Jahren gegen die Freunde Frankreichs zur Schau getragene reichspatriotische Entrüstung. Und konnte man es im Grunde den beiden erst am 22. Juni angekommenen Schwaben so sehr verübeln, daß sie die Verbindung mit fremden Mächten spöttisch große Sprünge nannten[2]), wenn man Hohenlohes frühere Verheißungen mit den ganz ungenügenden Vollmachten der Gesandten der beiden Kurfürsten, Spaniens und Schwedens verglich?[3])

Vor allem Snoilskys Auftreten forderte zu Vergleichen geradezu heraus. In goldstrotzender mit sechs Schimmeln bespannter Kutsche hatte er seinen Einzug in die Geburtsstadt des lutherischen Bekenntnisses gehalten und legte die Macht Schwedens den angeblichen Veranstaltern des Congresses gleichsam zu Füßen, indem er den fränkischen Herrn ein über das anderemal betheuerte, Karl XI. werde alle Beschlüsse des fränkischen Kreises gutheißen[4]). Als ihn aber Kurpfalz wiederholt an die versprochenen 600 Mann Festungstruppen erinnern ließ, that er so, als ob er täglich von der Regierung in Stade Bescheid erwarte, und an die Stelle der vielbesprochenen 10000 Schweden des Projektes trat die leere Versicherung, daß König Karl noch vor der Ratification sich zur Zufriedenheit

---

schwäbischen Gesandten hätten sich zwar nicht pure zum beitritt anerklehret, doch dergestalt herausgelassen, daß er gute hofnung von ihnen hette".

1) Friedrich Edmund v. Sickingen an Bamberg. 20. Juni 1686. (Kop. Kreisakten 76, 665. Würzburg.) Kreith an Kurpfalz. 27. Juni. (Or. München.): „Es scheinet allerdings, daß sie Schwäbische zum theil nicht wollen und zum theil nicht dorfen thun, was andere thun".

2) Sickingen an Bamberg 27. Juni. (Kop. Kreisakten 76, 693. Würzburg.)

3) Die span. Vollmacht für Ludwig de la Neuveforge, Madrid 5. März, beauftragt nur zu Besuch der in Nürnberg im Dez. 1685 ins Auge gefaßten Zusammenkunft wegen Aufrechterhaltung des Friedens. Die schwed., Stockholm 6/16. Februar 1686, bezieht sich bloß auf den nächsten Nürnberger Kreistag. Die bair., München 6. Mai, u. die kurpfälz., Friedrichsburg 7. Juni 1686. (Gotha.) — Göckel an Gotha 24. Juni / 4. Juli: Die Vollmachten seien „nicht dergestalt eingerichtet, wie es der sachen beschaffenheit und ietziger zustand erfordert". (A. a. O.)

4) Sickingen a. a. O.: Karl XI. habe Snoilsky, „an die Fränkischen **consilia** pure verwiesen, die dan J. M. so bekand waren, daß sie außer allem bedenken haben, dieselbe in totum zu amplectiren".

aller Bundesgenossen wegen seines Contingentes erklären werde[1]). Um so wärmer befürwortete Snoilsky das Aufnahmegesuch des holsteinischen Gesandten Samuel Rachelius und gab dazu die Erklärung ab, daß Schweden das Contingent des landflüchtigen Gottorper übernehmen wolle, um den Herzog aller in dem Projekte verheißenen Hülfsmittel zu seiner „Sicherheit und Indemnität fähig zu machen“[2]).

Warum zeigte sich Snoilsky allein in der holsteinischen Frage so genau instruiert und schützte in allem übrigen Instruktionsmangel vor? Die Frage scheint unabweisbar — wir werden im folgenden Kapitel darauf zurückkommen — und doch hat sie keiner unter all den kleinstaatlichen Diplomaten aufgeworfen. Aber die Kritik blieb darum nicht aus, nur kam sie von einer Seite, von der man sie für den Augenblick wenigstens nicht erwartet hätte. Als am 26. Juni sämmtliche Gesandten bis auf die noch immer nicht eingetroffenen oberrheinischen Bevollmächtigten bei Seilern zu Gast waren, erhielt Snoilsky die Kopie eines an ihn gerichteten Briefes des französischen Reichstagsgesandten Verjus — das Original kam erst am nächsten Tage an — und, sei es, daß er seine Überraschung nicht verbergen konnte, oder das ganze für eine grobe Mystifikation hielt, er gab der Tischgesellschaft das Schreiben zum besten[3]).

In Regensburg hatte man sich schon nachgerade daran gewöhnt,

---

1) Kreith an Kurpfalz. 27. Juni u. 9. Juli. (Orr. München.) Am 9., dem Tage der Unterzeichnung der Allianz, schreibt Kreith, die Gesandten wunderten sich, „daß da der Schwedische viel sagens gehabt, wie sein könig eine ansehenliche summam an völkern zu dieser hiesigen alliance und association zu stellen resolvirt, er doch jetzt sich auf keine gewisse anzahl erbiete, und da man auf 10000 mann sich rechnung gemacht, nun davon ganz abstrahiere“.

2) Göckel an Gotha. 1/11. Juli. Beilage das holst. Gesuch vom 27. Juni / 7. Juli 1686. (Gotha.)

3) Gedruckt bei Zwiedineck (A. a. O. S. 20–23) nach einer wohl sehr lüderlichen Kopie in Wien. Um nicht das lange Schreiben noch einmal abdrucken zu lassen, verzeichne ich wenigstens die unerläßlichsten Verbesserungen. S. 20. Z. 20 v. u. l. reeues für reeves, Z 8 v. u. l. bien ri statt bien ci, Z. 3 v. u. l. agisse statt ayisse; S. 21 Z. 12 v. o. l. on afecte de faire du bruit statt ou afeite de faire ou bruit; Z. 15 v. o. l. en tout ceci statt en tout ceri, Z. 21 v. o. l. par le dernier ordinaire statt ordre, Z. 3 v. u. l. le services statt le serues; S. 22 Z. 2 v. o. l. autant de troupes que vous pouriez en faire venir en Allemagne. Je ne croy pas que vous l'ayez oublié statt autant de troupes que vous l'ayez oublié, Z. 5 v. u. l. forces statt fouriez. S. 23 Z. 4 v. o l. avec la licence statt avec la hième, Z. 15 v. o. l. parvenir statt pavenir.

daß Graf Verjus eine Sprache führte, die sich zu dem Stelzenschritt reichsdiplomatischen Geschäftsstiles wie das aggressive Frankreich Ludwigs XIV. zu dem siechen Körper des heiligen römischen Reiches verhielt, und wenn den Gesandten der Stände über den Reichstagsakten die Augen zufallen wollten, hatte der geistreiche Franzose durch seine Spöttereien und Drohungen immer wieder die bleierne Schlafsucht zu verscheuchen gewußt. Aber soviel er sich auch als würdiger Vertreter der Reunionspolitik herauszunehmen pflegte, so hatte er doch noch nie die den Anschauungen seines Hofes entsprechende grenzenlose Verachtung des abtrünnigen Bundesgenossen Frankreichs [1]) so unverhüllt ausgesprochen wie in dem vom 18. Juni datierten Schreiben an Snoilsky. Aus Holland war dem Grafen eben erst die Nachricht zugekommen, daß sich Schweden für seine Transportflotte zwei Begleitschiffe aus dem Geschwader des Grafen Stirum als Zeichen des Einverständnisses der Generalstaaten ausgebeten habe, Oranien und der Rathspensionär Fagel aber gar nicht gewagt hätten, das Gesuch den Staaten zu eröffnen [2]). Es war daher eine allerdings nur für Snoilsky ganz verständliche doppelte Bosheit, wenn Verjus schrieb, er habe, da die der Post aus Dänemark, Hamburg und Lüneburg ausgeblieben sei, seinen werthen Kollegen vor seiner Abreise nach Augsburg zu seinem Bedauern nicht mehr fragen können, ob Holland die zwei Transportschiffe bewillige, und wieviel Truppen Schweden vermittelst derselben nach Deutschland überzusetzen gedenke. Aber wenn dann Verjus weiter fragte, ob die Provinz Bremen endlich die am ersten des Monats noch nicht flüssigen 20000 Thaler für 1200 Mann Türkenhülfe aufgetrieben habe, und die Vermuthung aussprach, daß sofort nach Unterzeichnung der Allianz die 10000 Schweden im Reiche zum Schutze gegen den Durchmarsch einer kaiserlichen Rheinarmee Quartiere beziehen würden, während der schwäbische Kreis die Vertheidigung Livlands und Lapplands, sowie der spanischen Besitzungen in West- und Ostindien übernähme, wurden gewiß unter manchen der diplo-

---

1) Vgl. Mémoires de Sourches 2, 40 die Anmerkung über die „Kartenkönigin“ Christine; „car elle n'avoit plus de couronne; et celle qu'elle avoit quittée ne valoit pas une bonne province de France“.

2) D'Avaux 4. u. 7. Juni 1686. 5, 277 u. 279. Die Gesandten Ludwigs XIV. standen unter einander in regelmäßiger Correspondenz. Vgl. das Recueil des instructions passim.

matischen Gäste Seilerns verständnißinnige Blicke gewechselt[1]), und es war ein von dem besten französischen Kenner deutscher Zustände wohlberechneter Schlußeffekt, wenn er plötzlich einen ernsten Ton anschlagend meinte, man hätte besser gethan, an die Exekution des Waffenstillstandes und an eine gegenseitige Garantie desselben als an eine Allianz zu denken, gegen deren Folgen das Königreich Schweden einzig durch seine Lage, Frankreich aber durch seine Macht und durch einen Panzer der besten Festungen der Welt geschützt sei.

Für die schwäbischen Gesandten hätte es dieses Winkes nicht erst bedurft, um an ihrer Instruktion hartnäckig festzuhalten, und die nach ihrem Entwurfe am 5. Juli auf zwei Jahre erneuerte Allianz mit dem bairischen und fränkischen Kreise[2]) war so unbestimmt und allgemein gehalten, daß außer Hohenlohe sich niemand darauf verlassen wollte[3]). Auch entsprach es nur der fränkischen und ernestinischen Instruktion, daß Herzog Christian Albrecht von Holstein mit seinem Gesuche an den Kaiser gewiesen wurde[4]). Dagegen machte sich augenblicklich die Wirkung der neu erregten Franzosenfurcht in der kurpfälzischen Frage geltend.

Zu Hohenlohes marktschreierischer Reklame für die Allianz bildete die vorsichtige Politik des am meisten dabei interessierten Kurfürsten von der Pfalz einen eigenthümlichen Contrast. Er verhehlte sich nicht, wieviel auf dem Spiele stand, wenn seine Auf-

---

1) Göckel an Gotha. 24. Juni: „Siehet man also wohl, was Frankreich oder dessen ministri hierunter suchen." (Gotha.) — Sickingen an Bamberg. 1. Juli 1686: „kann nicht wohl etwas schimpflichers und pasquillantmessigers gefunden werden, als vorgedachter Mr. Verjus außer allem respect schreibet". (Kreisakten 76, 729. Würzburg.) Vgl. auch Snoilskys Antwort an seinen Sekretär im Anhang Nr. XII.

2) Geschlossen am 25. Juni / 5. Juli nicht 26. Juni, wie die Drucke bei Londorp 12, 527 u. Du Mont, Corps universel 7, 2, 129 angegeben. — Vgl. die Finalrelation Rühles u. Dürheimers vom 14. Juli: „gewisse personen" im schwäb. Kreise haben bei der kaiserlichen Commission „theils in dem durchreisen auf Augspurg, theils zeit ihres hierseins soviel von sich herkennen lassen, als ob bei letztem vorgewesenen allgemeinen crayssconvent wo nicht duae tertiae doch der größere theil wohl anderer meinung gewesen were, als wir kraft mitgehabter instruktion vorgestellt, wie wir dann dergleichen in der conferenz ein und ander mahls hören müssen". (Karlsruhe.)

3) Bamberg an Würzburg. 15. Juli 1686. (Or. Kreisakten. 76, 789. Würzburg.)

4) Erklärung Hohenlohes und Seilerns vom 9. Juli 1686. (Kop. Gotha).

nahme in die Allianz auf Hindernisse stoßen, oder wenn gar aus einer von ihm gesuchten Allianz überhaupt nichts werden sollte. Es hieße das, meinte er, Frankreich eigens darauf hinweisen, daß er seine „Rettung auf ein Ding gebaut habe, welches in der Geburt erstickt“ worden sei[1]). Aber auch mit seinem Hülfegesuche sollte der nach Augsburg geschickte Neuburgische Hofrathspräsident Johann Friedrich von Kreith erst dann herausrücken, wenn sich allerseits gute Aussichten zeigten[2]).

Als Hohenlohe im März von den fränkischen Höfen nach Heidelberg gekommen war, hatte er dem Kurfürst auf 1000 Mann fränkischer Kreistruppen die größte Hoffnung gemacht[3]). Jetzt rieth die kaiserliche Gesandtschaft, sich vorläufig mit 1000 Mann von sämmtlichen Alliirten zu begnügen, und im Einvernehmen mit Paul Stang wurde in das zweite Projekt ein eigner Paragraph eingerückt, wonach jeder der Alliirten „fürderlich“ dem Kurfürsten gegen freies Obdach und unentgeldliche Verproviantierung seinen entsprechenden Antheil an den 1000 Mann zuschicken sollte.

Eben dieser Paragraph, der die Tendenz der Allianz deutlich ausgesprochen hätte, kam jetzt in Wegfall[4]). Was wäre auch von Spanien zu hoffen gewesen, das selber schutzbedürftig unter Berufung auf den burgundischen Vertrag von 1548 sich eben erst ausbedungen hatte, anstatt der 6000 Mann nach Belieben eine entsprechende Geldsumme zur Allianz beizutragen?[5]) Schweden versprach ohnedies Hülfe und vor allem — außer den fränkischen Gesandten war niemand auf diesen Specialfall instruiert[6]). Hohenlohe und Seilern

1) Gutachten Seilerns s. Anhang Nr. XI.

2) Instruktion für Kreith. Friedrichsburg 5. Mai 1688. (München.)

3) Mandelslohe an Kurbrandenburg. Heidelberg 19/29. März 1686. (Dr. Berlin.)

4) Das zweite Projekt wurde zwischen dem 22. u. 26. Juni mit Berücksichtigung der fränkischen und ernestinischen Monita entworfen, am 4. Juli erhielt Göckel das dritte mit der Allianz vom 9. Juli schon fast identische Projekt.

5) Vgl. über diesen u. a. bei Lünig, Reichsarchiv 5, 39 gedruckten Vertrag Ranke, Zeitalter der Reformation. Werke 6. A. 5, 20.

6) Sickingen an Bamberg. 4. Juli 1686. „Churpfalz tringet sehr stark auf die 1000 man, womit es aber so schwerer halten wird, weiln Oberrhein Schwaben, Burgund, Bremen rc. theils annoch außer dem contract, theils aber mit volk ungefast stehen, wiewohl Schweden-Bremen und Hessen-Cassel

beschworen daher Philipp Wilhelm, seinen Beitritt nicht länger aufzuschieben, nur auf Gegenseitigkeit beruhende Bundeshülfe sei zuverlässig, und der Kurfürst übernehme durch Nennung eines Bundescontingentes und eines Cassenbeitrages in Wirklichkeit keine unerfüllbaren Verpflichtungen, da jeder Krieg der Allianz mit Frankreich in erster Linie die Pfalz bedrohen werde.

Weder in Augsburg noch in Heidelberg ging man sogleich auf diesen Vorschlag ein. Der Gothaische Gesandte meinte, das beste sei, wenn Kurpfalz von einigen der Alliirten, unter denen natürlich Herzog Friedrich nicht hätte fehlen dürfen, die zu seiner Sicherheit nöthigen Festungstruppen „erhandle"[1]), und Wämpl erschreckte die Gesandten des Kaisers und Philipp Wilhelms durch eine plötzliche Reise nach München[2]). Als aber der Pfälzer seinen Beitritt von einer formellen Einladung durch den Kaiser und die Alliirten abhängig machte[3]), bemerkte man, daß der Vorschlag der kaiserlichen Kommission bei Lichte besehen ein ganz vortreffliches Mittel war, Aufschub zu gewinnen. Es erfolgte also die Einladung, und die Gesandten Kurbaierns, Frankens und Gothas — der Eisenachsche war bereits abgereist — stellten am 9. Juli die 1000 Mann in Aussicht unter der Voraussetzung, daß sich die oberrheinischen Stände mit 200 Mann daran betheiligten, und Kurpfalz selbst der Allianz mit einem verhältnißmäßigen Contingent beitreten werde[4]). Philipp Wilhelm aber wandte sich jetzt erst auf Wämpls Rath an Max Emanuel und die Münchener Regierung mit der Bitte um die auf

---

eine mannschaft von 1000 oder 1100 köpfen absonder zu stellen resolvirt sein solle". (Kreisakten 76, 745. Würzburg.)

1) „damit die auswärdigen verdächtigen potenzen gleichwohl unter dem prätext, als ob zu schwermachung der in lite schwebenden praetensionen frembde miliz ins land gezogen worden, auch so viel weniger mit fug ombrage nehmen, noch einem oder andern alliirten allein odiose beimessung gethan werden könne". Ernestin. Monita zu § 16 des 2. Projectes. (Gotha.)

2) Am 1. Juli war er wieder in Augsburg. Kreith an Kurpfalz: „Wie er erzehlet, so habe es große mühe gekostet, die obhanden gewesene difficulteten zu überwinden, sonderlich weil den geheimben räthen sehr nachdeutlich und schwer vorgekommen, ein solche wichtige sach in abwesenheit ihres gnädigsten churfürsten ohne special gnädigsten befehl auf sich zu nehmen". (Or. München.)

3) Kurpfalz an Kreith. Heidelberg 29. Juni u. 5. Juli 1686. (Conc. München.)

4) Londorp, Acta publica 12, 533.

den bairischen Kreis fallenden 500 Mann abzüglich seines Neuburgischen Kreiscontingentes[1]).

Nachdem aus dem Allianzreceß auf solche Weise alles Verfängliche entfernt worden war, nahmen die anwesenden Gesandten keinen Anstand mehr, ihn an dem gleichen Tage wie jene Erklärung zu unterzeichnen. So wenig namentlich dem Gothaischen und den fränkischen Gesandten das auf drei Jahre abgeschlossene „Universalwerk", wie sie es wohl nannten, gefallen mochte, so tröstete man sich doch rasch damit, daß ja alles auf der Ratification beruhe[2]). Aber noch zwei andere Momente hatten den raschen Abschluß gefördert.

Von Anfang an war eine Kundgebung Kurbrandenburgs zu Gunsten der Allianz der kaiserlichen Kommission sehr zu statten gekommen; denn auf das oben erwähnte Rechtfertigungsschreiben des Bayreuther Vetters hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm nicht nur Unterstützung der fränkischen Kreispolitik verheißen[3]), sondern auch in Regensburg die Frage der Reichssicherheit aufs neue in Fluß gebracht[4]) und versprochen, sich um den Anschluß der niederdeutschen Kreise zu bemühen. Und als ob sich Hohenlohes Traum verwirklichen sollte, erschien jetzt wenige Tage vor Unterzeichnung der Allianz der Reichstagsgesandte der Generalstaaten, Valkenier, in Augsburg.

Erinnern wir uns, daß Wilhelm von Oranien seit der Aufhebung des Ediktes von Nantes ängstlich darüber wachte, daß der in Münster und Osnabrück zu Grabe getragene europäische Religionskrieg nicht neubelebt werde, so verstehen wir auch, daß er mit steigendem Interesse den Bündnißverhandlungen des Kaisers mit Reichständen und Mächten beider Bekenntnisse zusah. Näheres über das, was in Augsburg vorging, hätte er leicht durch den Gesandten Hessen-Kassels erfahren können, allein der Zufall wollte, daß gerade

1) Heidelberg. 14. Juli 1686. (Conc. München.) — Derselbe an K. Leopold. 15. Juli. (Conc. ebenda.)

2) Aeußerung Stangs gegen Göckel. G. an Gotha. 24. Juni / 4. Juli 1686. (Gotha.)

3) Der Kurfürst an Markgraf Christian Ernst. Potsdam 24. Mai / 3. Juni 1686. Unterzeichnet P. v. Fuchs. (Conc. Berlin. Kop. Kreisakten 76, 669. Würzburg.)

4) Derselbe an Jena u. Schönbeck. Potsdam 24. Mai / 3. Juni. Unterfertigt wie oben. (Conc. Berlin.)

die oberrheinischen Gesandten sich verspäteten, weil die Direktoren der Union die Vollmacht von jedem einzelnen Stande schriftlich einholen mußten. Aber auch über den staatischen Gesandten stand ihm so ohne weiteres kein Verfügungsrecht zu, und die Absendung eines eignen Vertreters nach Augsburg wäre zu auffallend gewesen. Es konnte ihm daher nur erwünscht sein — vielleicht geschah es sogar auf seine Anregung [1]) — daß der kaiserliche Conkommissär in Regensburg, Graf Windischgrätz, Valkenier aufforderte, sich den Congreß an Ort und Stelle anzusehen [2]). Kurzum Valkenier reiste nach eingeholter Genehmigung der Generalstaaten nach Augsburg ab [3]); ein von Amsterdam auf die Drohungen des französischen Gesandten d'Avaux nachträglich abgelassenes Verbot der Reise hatte ihn in Regensburg nicht mehr getroffen, wenn es nicht absichtlich ignoriert worden war [4]).

Valkenier war nur gekommen, um zu sehen und zu hören. Aber Hohenlohe sorgte dafür, daß schon nach wenigen Tagen der Beitritt der Generalstaaten für ebenso sicher wie der Anschluß Kurbrandenburgs und — Kursachsens angesehen wurde [5]). Auch die Eidgenossenschaft mußte noch einmal zur gefälligen Abrundung des

1) So verstehe ich wenigstens die Inhaltsüberschrift bei Rauchbar, Leben des Fürsten G. F. v. Waldeck 2, 398: „Rath Eccard negociiret auf ordre des Prinzen von Oranien im Geheimen zu Regensburg." D'Avaux meldete unterm 20. Juni die Reise des oranischen Domänenrath Eckart, nur irrte er sich in dem Reiseziel. Négociations 5 (1753), 289.

2) D'Avaux 28. Juni 1686. a. a. O. 5, 297; bestätigt durch das Wiener Conferenzprotokoll vom 22. Juli bei Zwiedineck 14. Die Genehmigung datierte nach d'Avaux vom 24. Juni.

3) Am 3. Juli. Jena-Schönbeck an Kurbrandenburg. Regensburg 25. Juni / 5. Juli 1686. (Or. Berlin.)

4) Das Schreiben Amsterdams vom 28. Juni (vgl. d'Avaux a. a. O. 5, 300) konnte mit einem Courier am 3. Juli wohl in Regensburg sein. Bereits am 4. Juli wurde Valkenier in Augsburg erwartet. Sickingen an Bamberg 4. Juli. (Würzburg a. a. O.) Am 9. Juli befand er sich seit einigen Tagen dort. Kreith an Kurpfalz. 9. Juli. (München.) Ludwig XIV. wußte, wohl durch Verjus, schon am 11. Juli von der Reise, und d'Avaux schickte am 14. Juli einen Bericht Valkeniers über das kurbrandenburgische Rescript an Bayreuth nach Paris. Vgl. d'Avaux. 5, 302 u. 306. — Schulte, Ludwig Wilhelm 1, 52 Anm. ist danach zu berichtigen.

5) Daß Valkenier von dem Beitritt der Staaten nicht gesprochen hat, geht aus dem Conferenzprotokoll vom 22. Juli hervor. Gleichwohl schreibt Kreith am 9. Juli an Kurpfalz: „Dieser tagen ist auch ein Holländischer, jedoch

Universalwerkes dienen[1]), das der militärischen Abrundung allerdings gar sehr bedurfte, obgleich es sich nicht wie das Wiener Projekt Besetzung der Reichsgrenzen und Schutz der zehn Reichskreise als Ziel setzte.

Wie kläglich waren aber auch die 58000 Mann des Hohenlohischen Entwurfes zusammengeschmolzen! Auf dem Papier standen, da Schwaben ganz und vorläufig auch Schweden in Wegfall kamen, 41000 Mann[2]). Aber als die oberrheinischen Gesandten, auf welche Seilern allein gewartet hatte, am 17. Juli der Allianz beitraten, fanden sie, daß das Contingent der Union mit 4000 Mann unverhältnißmäßig hoch angesetzt sei, und verpflichteten sich, solange nicht auch die andern Alliirten ihre Contingente erhöhten, nur zu einer Bundeshülfe von 2500 Mann[3]). Zahlen wie die 6000 Spanier konnte man nach der letzten Erklärung des burgundischen Gesandten getrost in den Rauchfang schreiben, und wie sollte vollends der fünfte Paragraph der Allianz, der jedes Mitglied zu kriegsmäßiger Besetzung seiner Festungen, nöthigenfalls mit Unterstützung sämmtlicher Alliirter, verpflichtete, zur Ausführung gelangen, solange die 16000 kaiserlichen, die 10000 Baiern, und die fränkischen und oberrheinischen Regimenter bis auf einen verschwindend kleinen Rest im fernen Ungarn fochten! Wenn die verabredete gemeinsame Politik in den Fragen der Reichssicherheit, der Generalgarantie und der Exekution des Stillstandes und vor allem gegenüber den französischen Contraventionen nicht von vornherein eine passive Rolle spielen sollte, mußte sie sich auf eine Armee stützen, die im Reiche und nicht im

---

ohne charactere ankommen, der will versichern, daß die Staad(ischen) auch in diese bündnus treten werden." Wegen Kurbrandenburgs ꝛc. vgl. das Schreiben Würzburgs vom 10. Juli im Anhang Nr. XIII.

1) Sickingen an Bamberg. Augsburg 10. Juli 1686. (Kreisakten 76, 777. Würzburg.)

2) Bester Druck der Augsburger Allianz bei Du Mont 7, 2, 131 ff.

3) Vollmacht für den hessen kasselischen Hofmarschall Wilhelm von Hoff, den Fuldaischen Kanzler Ludwig Johannis und den hessen kasselischen Regierungsrath Nikolaus Wilhelm Goeddaeus, ausgestellt durch Landgraf Karl, Abt Placidus von Fulda, die Regentin Elisabeth Dorothea von Hessen Darmstadt, Fürst Heinrich von Nassau und Fürst G. F. von Waldeck als Direktoren und Adjunkte der diesseits des Rheins gelegenen oberrhein. Alliirten und der mit concurrirenden westerwäldischen Fürsten und Stände vom 7/17. Juni. (Kop. Kreisakten 77, 551. Würzburg.) — Die Beitrittserklärung bei Du Mont 7, 2, 138.

Lager vor Ofen stand. Aber wie hätte man erwarten dürfen, daß beispielsweise der fränkische Kreis in Wirklichkeit seine 4000 Mann zur Allianz beitrage, da seine ganze Miliz einschließlich der Türkenhülfe noch nicht einmal diese Zahl erreichte.

Von dieser Seite betrachtet konnte das Ergebniß des Augsburger Tages in der That nicht kümmerlicher gedacht werden. Am wenigsten freilich hatte der fränkische Kreis Ursache, zu klagen, da nur der Umstand, daß im Grunde jeder vor seiner Thüre zu kehren hatte, und Seilern seinem Kollegen an Kurzsichtigkeit nichts nachzugeben schien, die Unzulänglichkeit seiner eigenen Leistungen der Kritik enthob. Auch darin verlief alles nach Wunsch, daß die Allianz Waldeck zum Generalfeldmarschall, den Markgrafen von Bayreuth zum General der Kavallerie und den in kaiserliche Dienste getretenen Generalwachtmeister Hans Karl von Thüngen zur gleichen Charge ernannte, ohne die Bewerbung Herzog Albrechts von Sachsen-Koburg um diese Charge zu berücksichtigen; ja sie übernahm sogar von den im Dezember 1685 verabschiedeten den fränkischen Proviantkommissär Franz Adam Badon. Damit jedoch der nur in der Idee existierenden Bundesarmee auch ein ideelles Oberhaupt nicht fehle, beschloß man obendrein auf das Generalat des Türkensiegers, Kurfürst Max Emanuel von Baiern, „zu reflectiren“ [1]), und da der Kurfürst gar nicht gesonnen war, sich mit einem in den Wolken schwebenden Oberkommando abspeisen zu lassen [2]), so begann der Augsburger Bund nach deutscher Art mit einem Streit um den Hirten einer gar nicht vorhandenen Herde.

Ein Glück noch, daß dieser Streit den deutschen Ständen ebensowenig zu Ohren drang wie das Verlangen des Kurfürsten, daß ihm der Kaiser die 1683 kraft eines Separatartikels auf fünf Jahre

1 Dem Gothaischen Gesandten gaben Hohenlohe und Seilern die Erläuterung, man wolle gar nicht mehr als einen Feldmarschall, das kurbairische Generalat sei nur aus Rücksicht auf Max Emanuel erwähnt. Göckel an Gotha 28. Juni / 8. Juli. (Gotha.)

2) Die hinterlassenen geh. Conferenzräthe an Max Emanuel, München 25. Juni 1686: Antheil am Oberkommando sei um so viel mehr zu fordern, „weilen alle drei vorbenambste generalspersonen der widrigen religion zugethon, so bei einem so namhaften corpo, wo J. K. M. und E. Ch. D. das mehriste zu stellen haben, seine sonderbare bedenken hat.“ (Kop. München. Reichsarch. Türkenkriege. Fasc. IV 52.) — Max Emanuel an K. Leopold aus dem Lager vor Ofen, 7. Juli, vgl. bei Zwiedineck S. 13.

versprochenen 250000 Gulden Friedens- und 450000 Gulden Kriegssubsidien[1]) bis zu Ablauf der Augsburger Allianz, also bis Ende 1689 zahle, weil seine Lande zu erschöpft seien, um anderthalb Jahre lang allein die Kosten für ein Corps von 8000 Mann bestreiten zu können. Aber auch so stellte sich fast bei allen beigetretenen deutschen Ständen sogleich ein bitterer Nachgeschmack ein[2]). Namentlich im fränkischen Kreise hielt man allgemein alle Mühe und die Kosten des Augsburger Tages für verloren, wenn nicht Kurbrandenburg und Kursachsen ihre Regimenter von Fleisch und Blut zu den Papiersoldaten der Allianz stoßen lassen würden[3]), und erwartungsvoll richteten sich die Blicke aller auf Kurfürst Friedrich Wilhelm, der eben erst wieder seiner Billigung der Augsburger Verhandlungen durch eine scharfe Zurechtweisung der Ansbachischen Regierung wegen der in Nürnberg gemachten Schwierigkeiten lebhaften Ausdruck verliehen hatte[4]).

An die Stelle des Wiener Projektes war somit in Augsburg nur ein neuer Entwurf getreten. Ob daraus jemals eine lebensfähige Allianz hervorgehen würde, hing von der Entscheidung der beiden Kurfürsten ab, nachdem Hohenlohe die Enttäuschung über Schwedens plötzliche Zurückhaltung mit der Erweckung neuer Hoffnungen pariert hatte, und trotz der zuversichtlichen Sprache der kaiserlichen Kommission glaubten auch die Wiener Conferenzräthe dem Kaiser jetzt die Einladung Kurbrandenburgs und Kursachsens zum Beitritt empfehlen zu müssen.

1) Das vorerwähnte Schreiben der Conferenzräthe nennt nur 400000 fl. Kriegssubsidien. 450000 fl. stehen in dem Abdruck des Artikels bei v. Aretin, Chronologisches Verzeichniß der bayerischen Staatsverträge 249. Vgl. auch Heigel, Quellen und Abhandlungen. N. F. 100 Anm. 1.

2) Zu Mandelslohe sagte Kurfürst Philipp Wilhelm, die Allianz wäre „noch von schlechtem effect, weil ein gut theil der puissancen, so darin engagiret, mühe haben möchten, sobald ihre quote an volk zu fournieren.“ Mandelslohe an Kurbrandenburg. Heidelberg 10/20. Juli 1686. (Or. Berlin.)

3) Bamberg an Würzburg. 2. u. 15. Juli. Bamberg an Bayreuth 11. Juli. Würzburg an Bamberg. Rimpar 20. Juli 1686. (Or. Kop. u. Conc. Kreisakten 76, 733. 789. 741 u. 797. Würzburg.) Vgl. auch Anhang Nr. XIII.

4) Markgraf Christian Ernst an Kurbrandenburg. Bayreuth 3/13. Juni. Kurbrandenburg an Bayreuth und an die Ansbachische Regierung, unterfertigt von Meinders. Potsdam 15/25. Juni 1686. (Or. u. Conc. Berlin.)

Viertes Kapitel.

Nordische Wirren.

Der Gedanke eines Vertheidigungsbündnisses ober- und mitteldeutscher Kleinstaaten mit zwei an der Peripherie Europas gelegenen zweifelhaften Großmächten war zu phantastisch gewesen, um nicht gleich bei dem ersten Versuche der Ausführung eine wesentliche Correktur zu erfahren. Wer aber wollte darum die Phantasie ganz aus der Politik verbannen? Als Mahnung künftiger Geschlechter erscheint auch das Unmögliche ehrwürdig.

Auch Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg hat im Mai 1686, während seine Minister mit Fridag über den Scheinvertrag mit dem Kaiser unterhandelten, darüber gesonnen, wie nach Friedensschluß mit der Pforte der Eroberungspolitik Ludwigs XIV. ein für allemal ein Riegel vorgeschoben werden könne. In seiner Gegenwart ließ er seinen Sekretär einen Entwurf, den er selbst mit gichtiger Hand zu Papier gebracht hatte, abschreiben; das Original nahm er wieder an sich, die eigenhändig versiegelte Kopie ließ er dem kaiserlichen Gesandten durch dessen Schwager Knyphausen einhändigen. Auch die Laxenburger Allianz hatte zum Schutze der Integrität des Reiches kriegerische Tendenzen verfolgt; in dem Entwurfe des Kurfürsten war es auf nichts geringeres als die völlige Niederwerfung des Gegners abgesehen. 142000 Mann, kaiserliche, Reichsvölker und Spanier, sollten mit Zurücklassung der nöthigen Reservearmeen in zwei Corps von Lothringen und Burgund her

angreifen, für die Deckung der linken Flanke sollte die Eidgenossenschaft Schweden für die Rückendeckung gegen Dänemark und Polen sorgen. Sich selbst aber und Oranien behielt es der Kurfürst vor, mit 57000 Mann Brandenburgern und Holländern „geradewegs auf Paris“ vorzugehen[1]).

Schon die für die damalige Zeit unerhörte Kühnheit dieses Kriegsplanes sichert ihm im Gedächtniß der Nachwelt einen ehrenvollen Platz. Man glaubt beim Lesen des merkwürdigen Aktenstückes die Siegesfanfaren von Fehrbellin zu hören. Aber mehr als das patriotische Vermächtniß einer Heldenseele war der Entwurf doch eigentlich nicht.

Wer den Kurfürsten näher kannte, bezweifelte keinen Augenblick, daß es ihm heiliger Ernst war, wenn er täglich versicherte, im Grabe nicht ruhen zu können, er habe sich denn zuvor an Frankreich gerächt[2]). Zu der Enttäuschung über die geringen Vortheile der Allianz mit Ludwig XIV., der Besorgniß wegen seiner bedenklichen politischen Isolierung und zu dem unaufhörlich neue Nahrung erhaltenden Unwillen über das hochfahrende Gebahren des mächtigen Bundesgenossen war seit dem Waffenstillstande in der wachsenden Bedrängniß seiner Glaubensgenossen ein weiterer, nachhaltiger Antrieb zum Bruche mit Frankreich hinzugetreten. Als dann Ludwig XIV. die Hugenottenverfolgung sogar auf die reunierten deutschen Grenzgebiete ausdehnte, wurde die Erbitterung des Kurfürsten um so heftiger, als sich dahinter die beschämende Erkenntniß verbarg, daß es mit der evangelischen Sache und mit Deutschland nie so weit gekommen wäre, wenn er selbst nicht seit Nymwegen beharrlich die Rolle des grollenden Achill gespielt hätte. Wir dürfen hier übergehen, wie er Schritt für Schritt in den folgenden Jahren aus seiner isolierten Stellung herausgetreten ist; nur daran sei erinnert, daß die treibende Kraft der religiösen Interessen sich auch in der zeitlichen Folge der neuen Bündnißverträge kundgibt. Zuerst wird mit den Generalstaaten angeknüpft, daran reiht sich die Allianz mit Schweden zum Schutze der deutschen Religions- und Gewissens-

1) Beilage zu einem Berichte Fridags an den Kaiser vom 22. Mai. Urkk. u. Aktenst. 14, 1292 ff. Droysen 3, 3, 805 hatte den Kriegsplan irrig in den Herbst 1686 verlegt.

2) Vgl. auch Fridag an Kurpfalz. Berlin 16. März 1686. (Or. München.)

freiheit[1]), und erst an letzter Stelle und nach langem Zögern reicht der Kurfürst seinem kaiserlichen Herrn die Hand zur Versöhnung. Die brandenburgische Politik verzichtet fast ein Menschenalter auf die letzte Abrechnung mit dem nordischen Rivalen, und erst der Urenkel Friedrich Wilhelms bricht mit den kaiserfreundlichen Traditionen seines Hauses.

Wäre dieser Umschwung zwei Jahre früher erfolgt, so hätte höchst wahrscheinlich das Reich den Kampf mit Frankreich aufgenommen, der Waffenstillstand wäre nie geschlossen worden. 1686 hat der Frontwechsel Brandenburgs den passiven Widerstand gegen Ludwig XIV. zwar erheblich verstärkt, aber daß die Entscheidung über Krieg oder Frieden am Rheine jetzt nicht mehr allein in der Hand des Kurfürsten lag, blieb diesem am wenigsten verborgen. Von Gicht und Blasenleiden fast unablässig gefoltert war er nur mit schmerzhafter Anstrengung noch einmal zu Pferde gestiegen, um die 8000 Brandenburger, die er dem Kaiser nach Ungarn schickte, zu mustern. Als er an die versammelten Offiziere zum Abschied eine Ansprache hielt, traten ihm die Thränen in die Augen[2]). Er wußte ja nur zu gut, daß es ihm selbst nicht mehr beschieden sei, in erneutem Waffengange mit dem Räuber Straßburgs sein tapferes Heer zum Siege zu führen, und daß er das Ende des Türkenkriegs wohl kaum mehr erleben werde, — und doch hatte er selbst in dem Kriegsplane den Frieden im Osten zur Vorbedingung des Krieges im Westen gemacht.

War es aber unter solchen Umständen gerathen, schon jetzt alle Brücken hinter sich abzubrechen? Oder war es nicht vielmehr den Interessen des eigenen Staates, Deutschlands sowie aller von Frankreichs Übermacht bedrohter Mächte förderlicher, wenn der Kurfürst vorläufig noch der Verbündete Ludwigs XIV. blieb?

Die Gegner des Kurfürsten haben ihm oft die Wandelbarkeit seiner Entschlüsse vorgeworfen, und wer möchte leugnen, daß ihn sein leidenschaftliches Temperament zuweilen fortriß. Auch jetzt war er mehr als einmal, wenn ihm über den dreisten bevormundenden Ton des Grafen Rébénac die heiße Zornesröthe zu Kopfe stieg, nahe daran, die wälsche Freundschaft zu kündigen, aber nach ruhiger Überlegung lenkte er immer wieder ein. Weder in Wien noch in

1) 10/20. Februar 1686. v. Moerner 478—80.
2) Fridag, 3. Mai. Urkk. u. Aktenst. 14, 1285 ff.

Potsdam war mit der Defensivallianz vom 22. März das gegenseitige Mißtrauen völlig gewichen. In der Hauptfrage durch den Schwiebuser Revers von dem kaiserlichen Unterhändler und dem eignen Sohne hintergangen witterte der von Natur argwöhnische Kurfürst hinter jeder allein durch den schläfrigen Wiener Geschäftsgang verschuldeten Stockung der Verhandlungen über die Ausführung der Allianz nichts als Betrug und Verrath und zeigte sich dann jedesmal zur Verzweiflung Fridags den Einflüsterungen Rébénacs und der französischen Hofpartei nicht unzugänglich. Ludwigs XIV. Kirchenpolitik hatte ihn gegen alle katholischen Mächte kaum minder mißtrauisch gemacht, als es auf katholischer Seite hinsichtlich der evangelischen der pfälzer Kurfürst war, und das Bündniß mit dem Unterdrücker des reformierten Bekenntnisses bot wenigstens einige Garantie gegen das Zustandekommen der ihm als Schreckbild vorschwebenden europäischen katholischen Liga.

Andrerseits konnte der Kurfürst unleugbar — wir haben es in der pfälzer Frage gesehen [1]) — dem Reiche, solange der Waffenstillstand dauerte, weit mehr nützen, wenn die Allianz fortbestand, da sich der Stolz des französischen Monarchen nur von einem Bundesgenossen die fortwährenden Ermahnungen zum Frieden und zur Einhaltung des Stillstandes gefallen ließ. Nicht zwischen den Parteien, wie man wohl gemeint hat [2]), nahm der Kurfürst seine Stellung. Dafür hatte er doch schon zu entschieden Partei ergriffen. Aber seine Parteinahme beschränkte sich auf Vorwürfe, und auch darin sollten seine Gesandten in Paris und Regensburg nicht zu weit gehen, weil ihn Ludwig XIV. ohnedies beschuldigte, daß er sich an die Spitze aller mit Frankreich unzufriedenen stelle [3]).

Man verfolgt nicht ohne Theilnahme, wie der kranke, alte Herr die Nachwirkungen seiner früheren Politik zu bemeistern sucht. Nie war er mehr sein eigener Minister gewesen wie jetzt. Von allen seinen Räthen war allein Paul von Fuchs in alles eingeweiht. Die andern und noch mehr die Gesandten wußten sich häufig die wechselnden Beschlüsse dieser vielgewundenen Politik nicht recht zu

2) S. oben S. 29 fg.

2) Ranke, Werke 25/26, 368.

3) Vgl. Anhang Nr. X am Ende.

erklären[1]), da die Bestechungskünste Rébénacs und die zumal in Paris und Kopenhagen häufige Nichtachtung des Briefgeheimnisses den Kurfürst veranlaßten, in seinen Reskripten meist gerade nur soviel zu sagen, als seine Gesandten ausrichten sollten.

Zu einer erschöpfenden Darstellung der letzten Jahre Friedrich Wilhelms würde daher nicht weniger als eine lückenlose Kenntniß seiner sämmtlichen Verfügungen gehören. Uns interessiert in diesem Zusammenhange allein das nach der letzten Wendung des Augsburger Tages für das Schicksal der Allianz entscheidend gewordene Verhältniß des Autors des Kriegsplanes zu dem Projekte Hohenlohes.

Als der Wiener Hof die im Frühjahre 1684 abgebrochenen Beziehungen zu Kurbrandenburg wieder anknüpfte, hatte er noch daran gedacht, den Kurfürst für die Laxenburger Allianz zu gewinnen[2]). Sofort zeigte sich jedoch, daß der Kurfürst gleichsam einen Ehrenpunkt dareinsetzte, auf das scharf getadelte Bündniß aus der Zeit eines Grolles nicht zurückzukommen. Die Verhandlungen begannen auf neuer Basis, und das inzwischen aufgetauchte Wiener Projekt wurde völlig aus dem Spiele gelassen. Es wäre nun nach Lage der Dinge zu erwarten gewesen, daß der Kaiser nach glücklichem Abschluß des zwanzigjährigen Defensivbündnisses den Kurfürst zu thatkräftiger Unterstützung des mit der Laxenburger Allianz nichts mehr gemein habenden Projektes aufgefordert, dieser aber jede Betheiligung abgelehnt hätte, weil sie Frankreich, nachdem er dem Kaiser und dem Pfälzer bereits vertragsmäßig Hülfe zugesagt habe, ganz unnöthig reizen würde. Allein gerade das Umgekehrte geschah. Der Kaiser unterließ, wenn wir von Hohenlohes eigenmächtigen Plaudereien in Regensburg absehen, selbst die offizielle Anzeige der dem Augsburger Tage vorausgehenden Verhandlungen, obwohl er nach Artikel II der Allianz vom 22. März dazu verpflichtet gewesen wäre[3]), während der Kurfürst aus eigenem Antriebe, als ob er seine heftige Opposition gegen die Laxenburger Allianz sühnen wollte, für Hohenlohes Entwurf in Regensburg, Bayreuth, Ansbach und Kopenhagen in einer Weise Propaganda machte, daß Ludwig XIV. seinen Gesandten befahl, ihre Aufmerksamkeit auf jeden Schritt des

1) Vgl. hiefür u. a. das charakteristische Schreiben Jenas vom 15. Aug. 1686, im Anhang Nr. XIV.

2) Urkk. u. Aktenst. 14, 1150.

3) Beide Theile sollen „künftighin vor Schließung eines Bündnisses mit Dritten deshalb unter einander communicieren." v. Mörner 482.

unzuverlässigen Bundesgenossen zu verdoppeln[1]). Man mag dahingestellt sein lassen, ob bei diesem auffallenden Rollentausche auf kaiserlicher Seite die Furcht mitwirkte, daß in der künftigen Allianz durch Kurbrandenburgs Beitritt der kaiserlichen Oberleitung Eintrag geschehen könne, oder ob die Unterlassung keine andere Ursache als die chronische Geistesabwesenheit der nur noch an Ungarn denkenden österreichischen Minister hatte. Daß aber die Einladung auch nach dem Augsburger Tage unterblieb, obwohl sie von den Conferenzräthen dem Kaiser am 22. Juli vorgeschlagen worden war, lag sicher zum Theil an der Entwicklung, die inzwischen die nordische Frage genommen hatte. —

Es wäre vielleicht richtiger, statt von einer Frage von Fragen zu sprechen und darunter die Summe aller Streitigkeiten zwischen den um Ost- und Nordsee gruppierten Mächten zu verstehen. Aber nur einer von diesen Händeln, der Streit um die Elbherzogthümer, hat damals alle nordischen Mächte mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen.

Wenn die eigenthümlichen Verhältnisse, die sich aus der Realunion des deutschen Reichslehens Holstein mit dem dänischen Lehen Schleswig ergaben, an sich schon unter den zahlreichen unklaren Rechtsverhältnissen des Zeitalters durch besondere Verworrenheit hervorstachen, so waren sie womöglich noch verworrener geworden, seitdem in der größeren Hälfte der Herzogthümer neben und zum Theil gemeinsam mit der königlichen Hauptlinie des Hauses Oldenburg die Gottorper Linie zur Regierung gelangt war, völlig unhaltbar aber, nachdem Karl Gustaf von Schweden im Frieden von Roeskilde (1658) für seinen Schwiegervater Herzog Friedrich III. von Gottorp die Anerkennung der vollen Souveränetät des herzoglichen Antheiles an Schleswig durchgesetzt hatte[2]). Streitigkeiten, die unter anderen Umständen niemals den lokalen Rahmen überschritten hätten, wurden von nun an zu Machtfragen zwischen den beiden nordischen Kronen, und bei jeder kriegerischen Verwicklung verstand es sich von selbst, daß Dänemark auf die Seite der Gegner Schwedens trat, um

1) 11. Juli 1686. d'Avaux, Négociations 5 (1753), 806: „ce Prince donne à présent tant de marques de ses mauvaises intentions, qu'on ne sauroit apporter trop de soins à traverser ses desseins“.

2) Vgl. Pufendorf, De rebus gestis Friderici Wilhelmi, lib. XIX § 62 ff. S. 1584. Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. 1, 34 fg. 2, 154 fg.

dem schwedischen Schützlinge die widerwillig anerkannte Souveränetät wieder zu entreißen. Schon einmal war ihm dies während des letzten Krieges gelungen, als es Schulter an Schulter mit dem Sieger von Fehrbellin gegen das mit Frankreich verbündete Schweden focht. Aber im Frieden von Fontainebleau (1679) hatte es ebenso wie wenige Wochen zuvor Kurbrandenburg auf alle Früchte eines siegreichen Feldzuges verzichten müssen.

In den bisherigen Bünden hatte keiner der drei Staaten seine Rechnung gefunden. Es vollzog sich daher in den auf die Friedensschlüsse von 1679 folgenden Jahren die Schwenkung Brandenburgs und Dänemarks zu Frankreich, Schwedens zu den Mächten des Haager Garantievertrags. Und wenigstens das kleine Dänemark erreichte diesmal seinen Zweck, indem es zu Anfang 1684 in getreuer Nachahmung seines großen Bundesgenossen dem Sohne Herzog Friedrichs, Christian Albrecht, in gebieterischem Tone einen Termin zur Annahme seiner Forderungen stellte, und als der Herzog wegen der Unannehmbarkeit der Bedingungen den Termin verstreichen ließ, den herzoglichen Theil Schleswigs besetzte und in Holstein Contributionen erhob[1]. Von Land und Leuten vertrieben nahm der Herzog seinen Wohnsitz bald in Hamburg, bald irrte er unstät im Reiche umher, überall über die ihm geschehene Vergewaltigung laute Klagen erhebend, während Dänemark in den Herzogthümern ganz so wie Frankreich in den reunierten Gebieten sich wie für ewige Zeiten häuslich einrichtete[2].

War für die dänische Monarchie der durch den Roeskilder Frieden geschaffene Zustand unerträglich gewesen, so bedeutete die Annexion Schleswig-Holsteins bei dem kriegerischen Sinne König Christians V. für Schwedens deutsche Provinzen eine schwere Gefahr, und der leitende Staatsmann Karls XI., Bengt Oxenstierna, begann daher mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln auf die ungeschmälerte Wiederherstellung Christian Albrechts hinzuarbeiten. Allein diese Mittel konnten zunächst nur diplomatischer Natur sein, solange in Schweden die gegen den heftigen Widerstand des Adels und

1) Die dänischen Bedingungen vom 22. April / 2. Mai 1684 enthalten in dem gottorpischen Memorial an den Reichstag zu Regensburg vom 30. Mai / 9. Juni bei Londorp 12, 272 u. 267. Vgl. auch Pufendorf, lib. XIX § 66. S. 1588.

2) Brandt u. Hoverbeck an Kurbrandenburg. Kopenhagen 10/20. April 1686. (Or. Berlin.)

der Landstände angefangene Wiederbeibringung aller durch Kauf, Verpfändung oder Tausch der Krone entfremdeten Güter nicht zu Ende geführt war, und der König aus Rücksicht auf die ungeheure Staatsschuld seinem armen Lande die Kosten einer Mobilmachung der seit dem Frieden allmählich verstärkten Land- und Seemacht nicht zumuthen wollte. Zu einem größeren Truppentransporte wäre neben dem Schutze der Seemächte vor allem die Genehmigung der Häuser Braunschweig und Brandenburg erforderlich gewesen, und wir haben gesehen, daß Schweden an die Generalstaaten und an Kurbrandenburg näheren Anschluß suchte und fand. Aber es bedurfte dazu nicht minder der moralischen Unterstützung weiterer Kreise, und Schweden glaubte diese, durch Anschluß an die Augsburger Allianz zu gewinnen.

Dem ehemaligen Bundesgenossen gegenüber befand sich Karl XI. in ähnlicher Lage wie Kurfürst Friedrich Wilhelm. Wie dieser sich verrechnet hatte, wenn er hoffte, daß Ludwig XIV. als sein Verbündeter die Annexion Vorpommerns zulassen oder gar unterstützen werde, hatte jener vergebens sich bemüht, von Frankreich eine Bestätigung der Besitzrechte Herzog Christian Albrechts zu erlangen [1]. Aber während Kurbrandenburg wenigstens den Schein der ehemaligen Freundschaft zu wahren suchte, waren die Beziehungen zwischen Schweden und Frankreich so gespannt und unfreundlich geworden, daß Ludwig XIV. sich in Stockholm schon seit 1682 nur durch einen Sekretär vertreten ließ [2], und Karl XI. im März 1686 seinen Gesandten aus Paris abrief, weil ihm die Reliefs eines in der französischen Hauptstadt errichteten Siegesdenkmals beleidigende Anspielungen auf die Abhängigkeit des besiegten Schweden von Ludwigs Gnade zu enthalten schienen [3]. Und doch stand der Kurfürst den Feinden Frankreichs weit näher als Karl XI.

Keine Darstellung jener Jahre hat unerwähnt gelassen, daß unter den Reunionen sich auch das Stammland des schwedischen Herrscherhauses befand. Aber Zweibrücken war, als Karl XI den letzten Pfalzgrafen der Linie Landsberg beerbte, bereits reuniert und dem Könige viel zu gleichgültig, um deswegen mit Frankreich zu brechen, wie er denn in der That im Orléansschen Kriege neutral

1) Vgl. Carlson, Gesch. Schwedens 5, 170.
2) Recueil des instructions II. Suède. S. LXX.
3) Carlson 5, 334.

geblieben ist. Was der König in Ludwig XIV. bekämpfte, war nicht der Räuber Straßburgs, sondern ganz allein der mächtige Alliirte Dänemarks, und wenn sich Schweden bei jedem noch so schüchternen Oppositionsversuche gegen Frankreich zur Belebung des Widerstandes in den Vordergrund drängte, weil von dem Waffenglücke und der Stärke der Gegner Frankreichs in einem künftigen Kriege auch das Schicksal der Erbherzogthümer und seiner deutschen Provinzen abhing, so vermied es doch im entscheidenden Augenblicke jedesmal, seinem anfänglichen Eifer entsprechende Verbindlichkeiten einzugehen.

Das unaufhörliche Rasseln mit einem Säbel, von dem eigentlich niemand recht wußte, ob er von Stahl oder von Messing sei, hätte jede andere Macht zum Gespötte ganz Europas gemacht. Aber Schweden war durch seine isolierte Lage und durch die gleichmäßige Vertheilung seiner Landtruppen über Provinzen, welche fast nie der Fuß eines Fremden betrat, selbst vor der Kontrole der Stockholmer Residenten ziemlich sicher. Wenn der kaiserliche Gesandte im Haag wohl auf Grund holländischer Informationen eher zu einer Unterschätzung der schwedischen Macht geneigt war[1]), so schenkte man doch den Prahlereien Snoilskys in Wien und im Reiche willig Glauben, und selbst ein so scharfblickender Diplomat wie Baron Fridag schien die Versicherung des Berliner Gesandten Grafenthal nicht unglaubwürdig zu finden, daß Karl XI. nur auf die Gelegenheit warte, um mit einer Armee von 80000 Mann einen Versuch zur Wiedereinsetzung des verjagten Gottorpers zu machen[2]).

Die einfache Frage, wie solche Kriegsdrohungen mit der versprochenen Türkenhülfe, dem Schutze der Pfalz und den Bundespflichten der Alliirten des Wiener Projektes zu vereinigen seien, wurde von keiner Seite erhoben, und der gute pfälzer Kurfürst freute sich mit Hohenlohe um die Wette auf den Transport der 10000 Schweden wie die Kinder auf den Weihnachtsbaum[3]).

Wie hätte man aber in Dänemark ruhig bleiben sollen, wenn man die immer bestimmter auftretenden Transportgerüchte durch das

---

1) S. oben S. 34. Anm. 4.

2) Bericht vom 6. Januar 1686. Urkk. u. Aktenst. 14, 1234.

3) Philipp Wilhelm an Fridag. Heidelberg 5. April 1686. (Conc. München.)

Wiener Projekt scheinbar bestätigt fand? Die Vorbereitungen für die Absendung eines kleinen schwedischen Hülfscorps nach Ungarn erschienen jetzt auch hier in ungeheurer Vergrößerung, und als ob es ein Schwede souffliert hätte, erzählte König Christian selbst dem brandenburgischen Gesandten Friedrich von Brandt, daß in Carlshamn 32 Schiffe ausgerüstet würden, und in Schonen bereits ein Lager für 14000 Mann abgesteckt sei. 14 Orlogschiffe, hieß es weiter, sollten 12000 Mann Infanterie und Kavallerie mit einiger leichten Artillerie und 300 Tonnen Pulver Ende Mai nach Wismar überführen. Karl XI. habe eigenhändig an den Gottorper geschrieben, er wolle lieber Krone und Scepter daran wagen, als ihn länger „in solchem elenden Zustande" zu sehen [1]). Daß aber diese Rüstungen nur ein Manöver seien, wie es Ludwig XIV. zur Beunruhigung seiner Nachbarn liebte, hielt man schon wegen der Armuth Schwedens für völlig ausgeschlossen [2]), und König Christian rief sofort die Bundeshülfe Frankreichs und Kurbrandenburgs für den Nothfall an, während in den dänischen Häfen mit fieberhafter Hast an der Mobilmachung der Flotte gearbeitet wurde.

Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte in der Allianz mit Schweden versprochen, sein möglichstes zur Beilegung des Zwistes zwischen Dänemark und Christian Albrecht zu thun, aber er war noch immer der bereits vor einem Jahre ausgesprochenen Ansicht, daß in der Frage der Elbherzogthümer ohne eine Aenderung der europäischen Lage mit Gewalt gegen Dänemark nichts auszurichten sei, [3]) und hielt es für das größte Unglück für das Reich und die evangelische Religion, „wenn die beide nordische Cronen jetziger Zeit miteinander in die Haare geriethen [4])". Allein auch diesmal wich er von seiner Vermittlungspolitik zu Gunsten seiner neuen Bundesgenossen um ein bedeutendes ab und ließ König Christian sagen, er wolle nicht hoffen, daß man von dem Transporte nur deshalb ein so großes Geschrei mache, weil man für das Erscheinen einer französischen

1) Auszug eines Schreibens „von vertrauter Hand" an Dänemark. 2/12. Mai. König Christian und Brandt u. Hoverbeck an Kurbrandenburg. Kopenhagen 8/18. Mai 1686. (Kop. u. Orr. Berlin.)

2) Brandt u. Hoverbeck an Kurbrandenburg. Kopenhagen 11/21. Mai 1686. (Or. Berlin.)

3) Friedrich Wilhelm an Christian Albrecht, 3/13. Juni 1685, bei Pufendorf 1590.

4) An Brandt u. Hoverbeck. Lehnin 18/28. Mai 1686. (Conc. Berlin.

Flotte im Sunde einen Vorwand brauche. Er wisse, was es heiße, „fremde Gäste in seinem Hause zu haben, und wie schwer es hielte, selbige wieder loszuwerden [1])“. Sein Gesandter Falaiseau habe in Schweden trotz seiner Wachsamkeit keine Rüstungen wahrgenommen; sollte aber Schweden dennoch einen Truppentransport beabsichtigen, so habe Dänemark kein Recht, es daran zu verhindern, wenn es nicht „die blâme der Aggression“ und den Haß des Kaisers wegen der Hintertreibung der Türkenhülfe auf sich laden wolle. Denn die Hohenlohische Defensivallianz enthalte, obwohl Schweden darin genannt sei, seines Wissens nichts, was Dänemark beunruhigen könne [2]).

Gleichzeitig mit der vom 7. Juni datierten Rechtfertigung des Wiener Projektes ermächtigte ein anderes Reskript den kurbrandenburgischen Gesandten in Heidelberg zu der protokollarischen Erklärung, daß der Kurfürst den Transport der 10000 Schweden nicht beanstande und den Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden nordischen Mächten wegen Schleswig-Holsteins verhüten wolle unter der Voraussetzung, daß das Corps zu keinem anderen Zwecke als zu dem Besten des gemeinen Reichswesens und der Kurpfalz verwendet, und der Transport von dem gesammten Hause Braunschweig-Lüneburg gebilligt werde [3]). Aber wenn man auch in Kopenhagen dieses doppelte Spiel nicht durchschaute und vor allem

1) An dieselben. Potsdam 21/31. Mai 1686. (Conc. Berlin.)

2) K. Christian hatte die brandenburgischen Gesandten wegen des Nürnberger Tages interpelliert, und Graf Reventlaw seine Genugthuung geäußert, daß der Kurfürst „in den congreß, so zu nichts anders, als Schweden in Deutschland wieder considerabel zu machen, angestellet, sich nicht einlassen“ wolle. Brandt u. Hoverbecks Bericht. Kopenhagen 18/28. Mai 1686. (Or. Berlin.) Die Antwort des Kurfürsten im Anhang Nr. X.

3) Das Reskript vom 28. Mai / 7. Juni ist in den Berliner Akten nicht erhalten, wird aber in Mandelslohes Erklärung erwähnt. (München. St.-A. K. bl. 47/15.) Schon ein ebenfalls fehlendes Reskript über den Transport vom 10/20. April hatte Kurfürst Philipp Wilhelm erfreut. Mandelslohe an Kurbrandenburg. Heidelberg 21/31. Mai 1686. (Or. Berlin.) Vgl. auch Fridag an Philipp Wilhelm. Berlin 10/20. April: „Die approbation der 10000 pro bono publico erwartenden Schwedischen völker ist sehr heimlich yedoch ad certas limitationes veste gestellet, und hat alles das ansehen, daß J. C. D. sich zu nichtes impegniren wollen absque regressu, sie sehe dan vorhero, wieweit das gnädigst bekante haubtnegotium mit J. K. M. sich anlassen werde“. (Or. München.)

von dem brandenburgisch-schwedischen Bündnisse vom 20. Februar auch nicht die leiseste Ahnung hatte, so wirkte die schroffe Erklärung Friedrich Wilhelms doch wie ein unvermutheteskaltes Sturzbad.

Auch König Christian war kein blinder Verehrer Ludwigs XIV. und hielt mit seiner Entrüstung über den verletzenden Größenwahn seines Alliirten so wenig zurück [1]), als er sich etwa bedachte, in dem lustigen Getümmel eines Balles zum wüthenden Aerger aller anwesenden Franzosen seinen nach französischer Mode gekleideten Unterthanen höchsteigenhändig mit der Scheere die großen Aermelaufschläge abzuschneiden [2]). Aber er wußte wohl, daß Ludwig XIV. der zuverlässigste Beschützer seiner Annexionspolitik sei, und hatte daher schon in dem Einschluß Kurbrandenburgs in den schwedisch-holländischen Handelsvertrag [3]) ein bedenkliches Symptom der Abwendung Friedrich Wilhelms von der Allianz mit Frankreich gesehen [4]). Nie hätte er jedoch erwartet, daß gerade Kurbrandenburg einen Truppentransport jener Schweden, die nicht das religiöse Interesse, sondern der nackte Eigennutz auf deutschen Boden herübergeführt habe, die ein den Türken und Tartaren gleichzuachtender weit gefährlicherer Nachbar als die Franzosen seien, in solcher Weise begünstigen werde, da der Kurfürst noch vor nicht allzu langer Zeit bei jeder Gelegenheit aufs nachdrücklichste davor gewarnt hatte, daß man Schweden in Bremen-Verden und Vorpommern auch in

1) Er bezog aus der Inschrift jenes Siegesdenkmals auf sich und den Kurfürsten die Worte „et arva reddere jussit", meinte aber, Ludwig schade sich dadurch am meisten, „weil solches aller welt seinen hohen muth und unmäßige ambition vorstellen und zu erkennen geben würde, daß er dahin ziele, vor einen monarchen, beherscher und gesezgeber der ganzen christenheit zu passiren, so ihm sowoll bey freund als feind einen großen haß und neid erwecken würde". Brandt u. Hoverbeck 1/11. Mai 1686. (Or. Berlin.)

2) Dieselben 2/12. Januar 1686: „doch haben sie [die Franzosen] die ehre nicht gehabt, daß der könig ihnen die ihrige auch abgeschnitten, sondern sind unter der großen menge wie gezeichnete schafe, alleine mit den großen ermelklappen herumbgangen". (Or. Berlin.) Man merkt doch den wackern Brandenburgern die Freude über jenen Königsschnitt an.

3) Am 17/27. April v. Moerner 486 ff.

4) Brandt u. Hoverbeck an den Kurfürst. Kopenhagen 23. März / 3. April u. 10/20. April. (Orr. Berlin.) Man beruhigte sich schließlich bei der Versicherung, daß sich der Einschluß bloß auf den Elbinger Tractat von 1656 bezöge, was jedoch nicht richtig war. Vgl. v. Moerner 489 u. d'Avaux 21. März u. 18. April. Négoc. 5 (1753), 247 u. 258.

militärischer Beziehung wieder festen Fuß fassen lasse[1]). Nur aus religiösen Motiven konnte er sich die Sinnesänderung Friedrich Wilhelms erklären, aber er begriff nicht, wie der Kurfürst gegen die religiöse Indifferenz Schwedens blind sein könne, da dieses von allen protestantischen Mächten allein den Réfugiés kein Asyl gewährt habe[2]). Andererseits stellte er nicht in Abrede, daß er die französische Flotte zu Hülfe gerufen habe, nachdem er von der beabsichtigten Vereinigung der schwedischen und holländischen Flotte gehört habe. Aber er fügte beschwichtigend hinzu, die französischen Geschwader befänden sich zur Zeit noch weit vom Sunde in Westindien, auch wolle er „solchen Gästen den Weg nach der Ostsee nicht gerne zeigen, und thäte ihm leid genug, daß sie selbigen besser, als man es wünschen möchte, wüßten" [3]).

Während man sich so in Kopenhagen und Potsdam über einen blinden Lärm ereiferte, fing es dem eigentlichen Anstifter, als er die Folgen bemerkte, selbst an, unheimlich zu werden. König Karl bereiste daher im Juni theilweise zu Fuß die unwegsamen Bergwälder an der Grenze von Jemtland bis Wermland. Erst nachdem er sich persönlich überzeugt hatte, daß hier die Natur selbst einem Angriff von Norwegen her unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt habe, kehrte er zurück und erließ am 29. Juni von Kungsör aus den Befehl zur Einberufung des Reichstages, der sich vornehmlich mit der Ablösung der auf 400 Tonnen Gold angewachsenen Staatsschuld beschäftigen sollte[4]). In Kopenhagen aber begann man nach den Meldungen dänischer Kreuzer, daß sie nicht mehr als sechs völlig ausgerüstete schwedische Schiffe gesehen hätten, und vollends nach dem Bekanntwerden jener Reise einzusehen, daß man sich mit der Mobilmachung übereilt habe, und der brandenburgische Gesandte Friedrich von Brandt gewann den Eindruck, daß den Dänen die Kriegslust um so mehr vergangen sei, da selbst nach Ausschreibung

1) Brandt u. Hoverbeck. Kopenhagen 29. Mai / 8. Juni u. 1/11. Juni 1686. (Orr. Berlin.)

2) Die lutherische Geistlichkeit Schwedens machte zur Bedingung der Aufnahme, daß die Reformierten ihre Kinder von ihr taufen ließen. Vgl. Th. Schott, die Aufhebung des Ediktes von Nantes 149.

3) Brandt u. Hoverbeck. Kopenhagen 5/15. u. 8/18. Juni 1686. (Orr. Berlin.)

4) Carlson 5, 340 fg. 349. Der 19. Juni bei Carlson ist offenbar alter Stil.

einer fast unerträglichen Kopf- und Viehsteuer noch nicht die Hälfte der erforderlichen Bootsmannschaft für die 20 ausgerüsteten Kriegsschiffe vorhanden war[1]).

In der siegesfrohen Zuversicht, daß wesentlich durch seine Politik die Ruhe in den baltischen Bezirken hergestellt sei, trat Kurfürst Friedrich Wilhelm Anfangs Juli die längst geplante Reise nach seinen westlichen Provinzen an, um auch hier nach dem rechten zu sehen und eine Begegnung mit Wilhelm von Oranien herbeizuführen. Von den Gesandten des Kaisers, Ludwigs XIV. und Christians V. auf Schritt und Tritt begleitet reiste er mit großem Gefolge gemächlich, wie es sein Gesundheitszustand erheischte. Am 9. Juli, dem Geburtstage der Augsburger Allianz, war er erst in Minden, vom 19. ab hielt er sich in Wesel auf und erst am 30. Juli finden wir ihn an seinem Reiseziel in Cleve, wo am 6. August Oranien zu einem zehntägigen Besuche eintraf[2]).

Die einfache Thatsache einer Zusammenkunft zweier Fürsten, von denen der eine der hartnäckigste Gegner der französischen Hegemonie, der andere zum mindesten ein lauer Bundesgenosse Ludwigs war, würde es allein begreiflich machen, daß sich daran ebenso unbegründete Befürchtungen wie überschwängliche Hoffnungen geknüpft haben. Wenn aber sämmtliche neueren Historiker nach Pufendorfs Vorgang[3]) mit einziger Ausnahme Rankes[4]) der Ansicht sind, daß der Kurfürst und Oranien in Cleve sich wenn schon ganz unverbindlich in den Grundzügen über die Entthronung Jakobs II. von England und einen Angriffskrieg gegen Frankreich verständigt hätten, so wird man die Ursache für diese Verwirrung des historischen Urtheiles wenigstens theilweise in der verhängnißvollen Gleichzeitigkeit der sagenumwobenen Augsburger Allianz suchen dürfen. Nur ist die Legende einer Allianz, die bald alle Welt zu Mitwissern hatte, natürlich leichter zerstört als die Legende eines Gespräches unter vier Augen, für das wie fast immer in solchen Fällen die archivalischen Quellen der nächstbetheiligten Kreise versiegen. Auch gibt der Kriegsplan Friedrich Wilhelms, rein für sich betrachtet, zu weitgehenden Combinationen

1) An Kurbrandenburg. Kopenhagen 2/12. Juni 1686. (Or. Berlin.)

2) Das Itinerar nach den von mir benutzten Reskripten und Fridags Berichten.

3) Lib. 19 § 99. S. 1625.

4) Preuß. Gesch. Werke 25—26, 369. Vgl. auch Engl. Gesch. Werke 19, 181.

eine gewisse Berechtigung. Aber die ganze Hypothese fällt in nichts zusammen vor der Erwägung, daß 1686 die Dinge in England noch keineswegs zu einer in absehbarer Zeit zu gewärtigenden Krisis gediehen waren[1]); denn noch war der Prinz von Wales nicht geboren. Und vor allem, was auch Oranien und den Kurfürst in Cleve zusammengeführt haben mochte, ihr Gesprächsstoff war jetzt durch Nachrichten bestimmt, die auch die ausschweifendsten Entwürfe in größere Erdennähe gezwungen hätten.

In Wesel hatte der Kurfürst von Bayreuth und Ansbach Abschriften der Augsburger Allianz erhalten. In seinem Begleitschreiben sprach Markgraf Christian Ernst nochmals die Hoffnung aus, daß auch Kurbrandenburg beitreten werde.[2]) Die Antwort Friedrich Wilhelms verhieß nur, die Allianz auf alle Weise fördern zu wollen, und wiederholte sein Bedauern über das Ansbachische Intermezzo in Nürnberg[3]). Die Frage des Beitritts aber war, wenn der Kurfürst überhaupt daran gedacht hat, vor der Unterredung mit Wilhelm von Oranien nicht spruchreif, um so weniger, als Frankreich auch an dieser Stelle seine Plänkler gegen das neue Bündniß sofort vorschickte. Denn unter dem Vorwande nachbarlicher Begrüßung erschien am 19. Juli als Vertreter des alten Kölner Erzbischofes Bischof Wilhelm Egon von Straßburg in Wesel, um dem Kurfürsten vorzustellen, wie sehr Ludwig XIV. bei seiner bekannten Friedensliebe der Augsburger Tag beunruhigen müsse.

Nicht ohne Grund stand der Fürstenberger in Deutschland im Rufe eines politischen Wetterverderbers, dem dann am wenigsten zu trauen sei, wenn er sich am meisten als Patriot und Friedensapostel aufspiele. In der That hatte er sich in die Rolle des Judas derartig eingelebt, daß er selbst im stärksten Weinrausche dem nach Rheinberg eingeladenen kaiserlichen Gesandten betheuerte, dem Kaiser für vielfache Gnadenbezeugungen während seiner österreichischen Gefangenschaft zeitlebens zu wärmstem Danke verpflichtet zu sein[4]). Als

---

1) Ranke, W. 25–26, 376.

2) Bayreuth 1/11. Juli 1686. (Or. Berlin.) Bei den betr. Akten liegen 3 Kopien der Allianz und eine Kopie der Allianz der drei Kreise.

3) An Bayreuth. Wesel 9/19. Juli 1686. Unterfertigt von P. v. Fuchs. (Conc. Berlin.)

4) Fridag an K. Leopold. Wesel 24. Juli. Urkk. u. Aktenst. 14, 1307, Dort heißt es jedoch nicht, wie bei Pribram steht, daß der Bischof im Bisthum Münster einen starken Anhang habe, sondern nach einer Kopie in München,

jedoch Oranien nach Cleve die Nachricht brachte, daß nach einem Berichte des holländischen Consuls in Konstantinopel Frankreich der Pforte im nächsten Frühjahre durch eine Diversion Luft machen wolle, wußten der Kurfürst und Fridag bereits, daß Wilhelm Egon von Rheinberg nach Bonn gereist sei, um auf einem Convent der drei geistlichen Kurfürsten mit Hinzuziehung der französischen Residenten in Köln und Mainz gleichsam zur Bethätigung Fürstenbergischer Dankbarkeit den Widerstand gegen alle Vertheidigungsanstalten im Reiche zu organisieren[1]). Und zu alledem kam jetzt aus dem Norden die völlig unerwartete Botschaft, daß auf der Elbe dänische Fregatten und Orlogschiffe gesehen worden seien[2]).

Schon am 1. August hatte Oranien durch den Rathspensionär Fagel den Staaten von Holland feierlich erklären lassen, daß ihn keine Schuld treffe, wenn die Generalstaaten bei Ausbruch des Krieges im Frühjahre 1687 nicht gerüstet seien[3]). Nach den letzten Nachrichten schien es jedoch sehr fraglich, ob der Frieden auch nur bis zum Frühjahre erhalten bleibe, und der lebhafte Depeschenwechsel zwischen Versailles und London[4]) ließ befürchten, daß an dem zur Zeit der dänischen Rüstungen aufgetauchten Gerüchte einer Allianz zwischen Frankreich, England und Dänemark[5]) doch etwas wahres sei. D'Avaux wird sich daher kaum geirrt haben, wenn er an Ludwig XIV. berichtete, Wilhelm von Oranien habe in den zwei Clevener Unterredungen den Kurfürst gegen König Jakob umgestimmt[6]), und von der absoluten Unberechenbarkeit der englischen Politik ausgehend wird Oranien nicht unterlassen haben, den Kurfürst vor allzuschroffer Hervorkehrung der religiösen Gegensätze zu

daß er „sowohl unter denen capitularen als bei dem adel, absonderlich auch bei der militz . . . einen starken anhang zu machen eifrigst bemühet sei".

1) Fridag an K. Leopold. Cleve 6. Aug. Urkk. u. Aktenst. 14, 1310 fg. Derselbe an Kurpfalz. 6. Aug. (Or. München.) Die Quelle Oraniens war also nicht ein Bericht von Citters, wie O. Klopp 3, 227 annahm.

2) Am 6. Aug. war der Kurfürst nach Fridags Bericht an Philipp Wilhelm schon benachrichtigt, wahrscheinlich durch einen Bericht Hoverbecks vom 19/29. Juli, der unter den dänischen Akten in Berlin fehlt, aber vielleicht in eine andere auf Hamburg bezügliche Aktenabtheilung hineingerathen ist.

3) D'Avaux an Ludwig XIV. 1. Aug. 1686. Négoc. 5 (1753), 309.

4) O. Klopp 3, 226 fg.

5) Kurbrandenburg an Brandt u. Hoverbeck. Potsdam 28. März / 7. April 1686. (Or. Berlin.)

6) 19. Aug. 1686. Négoc. 5 (1753), 313.

warnen. Daß dabei auch die paritätische Augsburger Allianz zur Sprache kam, versteht sich von selbst, und ich halte es durchaus nicht für unwahrscheinlich, daß Oranien den Kurfürst, der ihn eben erst durch Mittheilung des geheimen Defensivbündnisses mit dem Kaiser hoch erfreut hatte[1]), auch zum Anschluß an jenes Bündniß ermuntert hat. Aber an den geraden Marsch auf Paris dachten beide im Augenblicke sicherlich weniger als an den noch immer zweifelhaften Ausgang der Belagerung Ofens[2]), und alle ihre Gedanken richteten sich schließlich einzig darauf, wie der Krieg an der Elbe und Weser verhütet oder wie demselben, wenn es doch dazu käme, „mit gemeinschaftlicher Hand begegnet werden möchte"[3]), da an den feindseligen Absichten Dänemarks gegen Hamburg nach den täglich einlaufenden Berichten nicht länger gezweifelt werden konnte. —

Wenn Schleswig-Holstein in seiner Gesammtheit dem kecken Dänen zur Beute gefallen war, hatte die blühende Hansestadt im Zeitalter der Reduktionen und Reunionen ihre Unabhängigkeit allein dem Umstande zu danken, daß sie als Empore des Elbhandels allen an der Elbschifffahrt betheiligten Mächten gleichmäßig in die Augen stach[4]). Aber die Lüsternheit Dänemarks war begreiflicherweise gestiegen, seitdem es sich des in Hamburg weilenden Gottorpers spottend fast unmittelbar vor den Thoren der Stadt im Holsteinischen festgesetzt hatte.

Nach dem unter Kurbrandenburgs Vermittlung zustande gekommenen Pinneberger Vertrage von 1679 sollte die alte Streitfrage, ob Hamburg den Grafen von Holstein zur Erbhuldigung verbunden sei, gütlich oder rechtlich ausgetragen werden, aber die Usurpation der gesammten Grafschaft Holstein durch Christian V. hatte auch hier verwickelte Rechtsverhältnisse nahezu unlösbar gemacht. Gleichwohl war in den letzten Jahren diese Frage in Folge schwerer

---

1) Urkk. u. Aktenst. 14, 1310.

2) Vgl. das charakteristische Billet von Fuchs an Fridag. Cleve 20/30. Juli 1686. Urkk. u. Aktenst. 14, 1311 u. ebenda 1313.

3) Fridag an Kurpfalz. 6. Aug. (München.) — An K. Leopold. Cleve 13. Aug. Urkk. u. Aktenst. 14, 1311.

4) Die Darstellung des Hamburgischen Krieges stützt sich, wo keine archivalischen Quellen genannt sind, auf Pufendorf lib. 19 § 36 ff. S. 1558 ff., Gallois, Gesch. Hamburgs 2, 1 ff. u. 424 ff., Lieboldt, Auszüge aus Akten des Berliner Staatsarchivs in Zs. des Vereins für Hamb. Gesch. 8 (N.F. 5), 223—265. Bei allen drei sind, was fast durchgängig von Benutzern nicht beachtet worden ist, die Daten alten Stiles.

innerer Kämpfe der Stadt scheinbar ganz in Vergessenheit gerathen, und als Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig-Celle im Auftrage des Kaisers in die Parteikämpfe innerhalb Hamburgs eingriff und sich zu Beginn des Jahres 1686 der Hamburgischen Vierlande bemächtigte, glaubte ein ansehnlicher Theil der Bürgerschaft nur durch Einmischung Dänemarks die Unabhängigkeit der Stadt behaupten zu können. Einen Augenblick hatte es dann geschienen, als ob Dänemark durch Frankreich aufgestachelt den Braunschweigern die Vierlande entreißen wolle, aber selbst die dänischen Drohungen waren angesichts der Gefahr eines Krieges mit Schweden verstummt[1]), und als auch dieses Gewitter vorüberzog, und König Christian sich Ende Juni nach Gottorp und später nach Schleswig begab[2]), schien der dem König nachgereiste brandenburgische Gesandte v. Hoverbeck darin nicht mehr als eine bloße Vergnügungsreise zu sehen, da in seinen Berichten nicht einmal von der Möglichkeit einer Gefahr für Hamburg die Rede ist. Erst Ende Juli regte sich, soviel ich sehe zunächst bei dem zur Begrüßung des Königs nach Schleswig geschickten Cellischen Gesandten von Wackerbahrt, der Argwohn, daß Dänemark eine Unternehmung gegen Hamburg plane, aber König Christian und seine Räthe versicherten hoch und theuer, die auf der Elbe gesehenen Kriegsschiffe und Pontons seien nach Glückstadt bestimmt und die Zusammenziehung von Truppen in einem Lager auf der Kropperheide, eine Meile westlich von Schleswig, geschehe nur, um dem zu Besuch erwarteten sächsischen Kurprinzen einen Theil der Armee in Parade vorzuführen[3]). Einen ganzen Monat noch wurde von den Dänen beharrlich geleugnet, was schließlich jeder mit Händen greifen konnte, aber als die dänischen Regimenter größtentheils, ohne jenes Lager auch nur zu berühren[4]), auf dem nächsten Wege gegen Hamburg marschierten, entdeckte Graf Reventlaw den in Schleswig versammelten Gesandten endlich, daß der König von Hamburg den

---

1) Vgl. Urkk. u. Aktenst. 14, 1264 fg. — Fridag an Kurpfalz. Berlin 5. u. 16. März. 2. April 1686. (Orr. München.)

2) Am 27. Juni verließ der König Kopenhagen, am 5/15. Juli dankt er dem Kurfürst aus Gottorp für Mittheilung der Reise nach Cleve, vom 22. Juli ab ist Hoverbeck bei ihm in Schleswig. (Orr. Berlin.)

3) Hoverbeck an Kurbrandenburg. Schleswig 26. Juli / 5. August 1686. (Or. Berlin.)

4) Ders. Schleswig 16/26. August 1686. (Or. Berlin.) Die Armee hatte eine Stärke von ungefähr 15000 Mann.

seinen Vorfahren und zuletzt noch Christian V. geleisteten Lehnseid fordern wolle. Allein auch jetzt noch wurde, obwohl im dänischen Lager die Bomben zur Überredung Hamburgs bereit lagen, die Absicht, die Stadt belagern zu wollen, energisch in Abrede gestellt und die Hoffnung ausgesprochen, daß Kurfürst Friedrich Wilhelm als Bundesgenosse König Christians sich der Stadt in einer so wohlgegründeten Sache nicht annehmen werde[1]).

Der Verdacht liegt nahe und findet sich in der That schon bei Pufendorf[2]), daß Dänemark sich absichtlich so gestellt habe, als ob es an das Gerücht eines schwedischen Truppentransportes glaube, um die nordischen Mächte über den wahren Zweck seiner Rüstungen zu täuschen. Frankreich erscheint dann als der eigentliche Anstifter[3]), und die Belagerung Hamburgs ist die erste thätliche Antwort auf die Augsburger Allianz und die Zusammenkunft in Cleve. Aber solange für diese auf den ersten Blick bestechende Hypothese keine zwingenden Beweise aus dänischen Akten und vor allem aus den Depeschen des französischen Gesandten Chivergny vorgebracht werden, möchte ich eher sagen, Dänemark hat nicht gerüstet, um Hamburg sich zu unterwerfen, sondern es belagerte die Stadt, weil es zufällig gerüstet war.

Selbst unter den Höflingen Ludwigs XIV. herrschte Meinungsverschiedenheit über Frankreichs Antheil an den nordischen Wirren. Die einen hielten es für selbstverständlich, daß Christian V. in Einverständniß mit ihrem Könige handle, während andere das Gegentheil annahmen, da der Kaiser jetzt einen Grund habe, mit der Türkei Frieden zu schließen, und nach müheloser Hintertreibung der dänischen Pläne mit den vereinigten Streitkräften von ganz Deutschland Frankreich angreifen werde[4]). Chivergny und der englische Gesandte Sylvius verhehlten ihre Mißbilligung der Unternehmung gegen Hamburg nicht, wollten sie aber den dänischen Ministern, solange der Anschlag auch vor ihnen geheim gehalten wurde, ohne ausdrücklichen Befehl ihrer Mächte nicht zu erkennen geben[5]). Auch würde Graf Rébénac,

1) Ders. Schleswig 19/29. Aug. 1686. (Berlin.)

2) A. a. O. S. 1558.

3) Wofür u. a. auch zu sprechen schien, daß sich der französische Feuerwerker, der Genua bombardiert hatte, im dänischen Lager befand. Fridag an Kurpfalz. Berlin 14. Sept. 1686. (Or. München.)

4) Mémoires de Sourches 1, 433.

5) Hoverbeck 12/22. u. 16. / 26. Aug. (Or. Berlin.)

wenn Frankreich nicht ebenso wie alle anderen Mächte von den Ereignissen im Norden überrascht worden wäre, sicherlich nicht in Cleve den Kurfürsten verlassen haben, um eine Erholungsreise nach Holland und Brabant zu machen[1]). Entscheidend scheint mir aber vor allem, daß Frankreich den Dänen Hamburg ebensowenig wie den Brandenburgern Vorpommern gönnte[2]) und auf der andern Seite seinem Bundesgenossen schwerlich zu einer Unternehmung gerathen hätte, die für den Angreifer gefährlicher werden konnte wie für den angegriffenen Theil.

Dagegen ist sowohl von Colbert de Croissy wie von dem brandenburgischen Gesandten Friedrich von Brandt die Vermuthung ausgesprochen worden, daß bei Lebzeiten des am 16. Juli verstorbenen Großkanzlers Graf Alefeld die Kriegspartei in Kopenhagen niemals mit ihren Wünschen durchgedrungen wäre[3]). Die gelungene Annexion Schleswig-Holsteins mußte zu gleichem Vorgehen gegen Hamburg ermuthigen, aber Alefeld hatte bisher in Voraussicht des allgemeinen Widerstandes gegen weitere Annexionsgelüste Dänemarks den Übermuth der Stürmer und Dränger am Hofe zu zügeln gewußt. Wenn es jedoch gelang, die Welt mit der vollendeten Thatsache der Unterwerfung Hamburgs zu überraschen, würden die nordischen Mächte aus Rücksicht auf Dänemarks mächtigen Bundesgenossen dies wahrscheinlich ebenso hingenommen haben wie die Besitzergreifung Schleswig-Holsteins. So wie die dänische Kriegspartei

---

1) Fridag an den Kaiser. 9. September 1686 (fehlt in den Urkk. u. Aktenst. Vgl. über die Reise Rébénacs auch Fridags Bericht vom 27. Aug. a. a. O. 1313): „Es ist eine absonderliche schickung gottes, daß sich dieses alles, was mit dem haus Braunschweig, auch bei, in und wegen Hamburg zugehet, dem verlaut und aller mutmaßung nach etwas ehender sich zugetragen, als der hiesige französ. minister, so mit seiner ganzen faction annoch auf der Holländ. und Brabant. reise begriffen ist, sich beifallen lassen, wordurch dan, weilen niemand als 2 geheimbe räthe als der von Fuchs und Kniphausen gegenwärtig waren, das ganze werk indessen in diesen stand gebracht und nunmehr nicht mehr res integra ist". (Or. München.)

2) Hoverbeck. Schleswig 29. Juli / 8. Aug. 1686. (Or. Berlin.): Chivergny habe zu Sylvius gesagt, daß Ludwig XIV. an der Conservation Hamburgs viel gelegen sei.

3) Pufendorf lib. XIX § 43. S. 1564. — Brandt an Kurbrandenburg. Kopenhagen 26. Okt. / 6. Nov. Über Alefelds Tod ders. am 10/20. Juli 1686: der Kurfürst habe an ihm „einen guten freund und devoten diener an diesem hofe" verloren. (Orr. Berlin.)

rechnete, kam es also nur auf das Erfassen des richtigen Momentes an, und wann wäre die Gelegenheit zu einer derartigen Überraschung günstiger gewesen als jetzt, wo Kurfürst Friedrich Wilhelm in Cleve, Herzog Ernst August von Hannover in Italien weilten, die Kerntruppen Brandenburgs in Ungarn, ein großer Theil der Lüneburger in Dalmatien standen und ganz Europa nur noch für den entscheidungsvollen Kampf um Ofen Interesse zu haben schien. Aber selbst jetzt würde König Christian nicht losgeschlagen haben, wenn er nicht mit Sicherheit darauf gerechnet hätte, mit Hülfe der dänischen Partei die Stadt zu überrumpeln. Eine langwierige Belagerung stand nicht im Programme der Kriegspartei, und war die Mobilmachung gegen Schweden eine Übereilung gewesen, so erkannte der König, als sich fast alle jene Voraussetzungen als unzutreffend erwiesen, sehr bald, daß der Zug gegen Hamburg eine unverantwortliche Überstürzung gewesen sei.

Auch in Hamburg war man erst durch den Anmarsch einer dänischen Armee auf die drohende Gefahr aufmerksam geworden, aber die kurze Frist bis zur Ankunft der Dänen hatte vollkommen genügt, die Stadt vor einem Handstreich zu sichern, und als am 30. August die Dänen die Feindseligkeiten eröffneten, wurden sie mit blutigen Köpfen heimgeschickt, während der Rath unter dem Beifall der zum äußersten Widerstande entschlossenen Bürgerschaft die Häupter der ehemaligen dänischen Partei verhaften ließ. Eine Überrumpelung der Stadt war jetzt nicht mehr zu fürchten, aber auch einer längeren Belagerung konnte man guten Muthes entgegensehen, da Kurbrandenburg und Celle schon auf die ersten allarmierenden Nachrichten hin Hülfe angeboten hatten.

Oranien und der Kurfürst würden voraussichtlich, wenn sie die Ueberzeugung gehabt hätten, daß Dänemark ganz auf eigene Faust handle, dieser jüngsten nordischen Verwicklung keine allzu große Bedeutung beigemessen haben, so sehr es den Kurfürsten auch wurmte, von seinem königlichen Alliirten, der ihn angeblich wie einen Vater verehrte, auf so arglistige Weise hintergangen worden zu sein. War aber Christian V., wie sie annahmen, im Vertrauen auf die Triplealliance mit Frankreich und England vorgegangen, so konnte das nordische Kriegsfeuer nicht energisch genug gedämpft werden. Der Kurfürst war daher sofort entschlossen, dem Dänen mit allen verfügbaren diplomatischen und militärischen Kräften entgegenzutreten, die Bedeckung seiner rheinischen Provinzen und der neuerdings ver-

stärkten Grenzfestung Wesel gegen einen etwaigen Angriff Frankreichs aber dem Oranier und seinen von beiden Fürsten auf der Mookerheide besichtigten holländischen Truppen zu überlassen. Mit Herzog Georg Wilhelm hatte er sonst nicht auf allzu gutem Fuße gestanden [1]). Jetzt genügte, da der Herzog vorläufig alle Ansprüche an die Stadt bei Seite schob, eine kurze Unterredung auf der Rückreise zu gegenseitiger Verständigung über einen gemeinsamen Operationsplan, den der alte Derfflinger entwarf [2]), und am 31. August rückten bereits 1200 Mann Cellische Truppen in Hamburg ein, während der Kurfürst in Brandenburg die Rüstungen mit jugendlichem Ungestüm betrieb und fünf Regimenter [3]) Infanterie und Kavallerie zur Verstärkung der städtischen Besatzung abrücken ließ.

Unterdessen hatten sich die Dänen durch die Vorstellungen der ins Hauptquartier nach Ottensen geschickten brandenburgischen Räthe nicht abhalten lassen, sich in einigen Gefechten um die Sternschanze mit den von schwedischen Offizieren trefflich geführten Hamburger Truppen, dänischerseits mit einem Gesammtverlust von 500 Toten und Verwundeten, herumzuschlagen und der Bürgerschaft einen kleinen Vorgeschmack des angedrohten Bombardements zu geben [4]). Aber am 5. September schwieg plötzlich der Waffenlärm, und als das Kanonieren in und vor der Stadt aufs neue begann, galt der Donner der Geschütze einer soeben bei der kaiserlichen Gesandtschaft eingelaufenen Nachricht, die in Hamburg mit brausendem Jubel, im

1) So schreibt u. a. Fridag an Philipp Wilhelm, Potsdam 13/23. Februar 1686, bis jetzt sei es ihm durch alle erdenklichen Mittel gelungen, den Kurfürst in der Hamburger Sache neutral zu halten. „Solte aber das feur größer werden, so ist die conservation der statt, jalousie mit dem haus Braunsweich, auch antipatie wider den herzog zu Zelle so groß dahier", besonders da Rébénac und andere Oel ins Feuer gießen, daß der Kurfürst lieber alles drunter und drüber gehen läßt, als daß er der Sache länger zusieht. (Or. München.)

2) Er liegt bei den Gottorper Akten. Berlin.

3) Anhalt und Derfflinger Inf., Dewitz u. Dohna Kav., u. ein Dragonerregiment. Fridag an Kurpfalz. Brandenburg 5. Sept. (Or. München). Die ersten 6 Schwadronen und 2 schwache Dragonerkomp. kamen in Hamburg am 1. Sept. an, am 8. folgte Oberst Dewitz mit 2 Regimentern u. am 12. rückten noch 3 Komp. ein. Außerdem waren am 3. Sept. 6 Schwadronen u. am 5. weitere 1000 Mann Lüneburger angelangt.

4) Und zwar „mit solcher dexterität", daß eine Bombe die Wohnung des kaiserlichen Gesandten, Freiherrn von Gödens, Fridags Bruder, eine andere die des brandenburg. Gesandten getroffen hat. Fridag a. a. O.

dänischen Lager mit sauersüßer Freude empfangen worden war[1]). Ofen, die Hauptstadt Ungarns, war am 2. September nach heldenmüthigem Widerstande den Osmanen endlich durch deutsche Waffen entrissen worden.

Die österreichisch-ungarische Monarchie darf den 2. September 1686 als ihren Geburtstag feiern. Die unmittelbare Wirkung der Eroberung Ofens hat dagegen in gar keinem Verhältniß zu der vorausgegangenen ungeheuren Spannung gestanden, weil der Krieg fortgesetzt wurde. Aber ihren Höhepunkt erreichte diese Spannung doch erst in den auf jenes große Ereigniß folgenden Wochen, als sich jeder fragte, was nun eigentlich geschehen werde. Unter den Vertheidigern Hamburgs überwog die Ansicht, daß man jetzt zum Angriff vorgehen müsse, jetzt oder nie die nordische Frage zu lösen sei. Es bestand kein Zweifel mehr, daß König Christian nur noch daran dachte, wie er mit Ehren wieder loskommen könne[2]). Die dänische Armee war durch das nasse Herbstwetter, Futtermangel und Desertion geschwächt, das Vertrauen zu ihren Führern durch die bisherigen Mißerfolge erschüttert. Auf der andern Seite war die Zahl der Hülfstruppen innerhalb der Stadt auf 7000 Mann gestiegen, eine brandenburgisch-cellische Armee stand an der Elbe bereit, und Schweden wartete nur auf das Signal zum Losschlagen. Herzog Georg Wilhelm meinte daher, daß man für die künftige Sicherheit Hamburgs und des ganzen niedersächsischen Kreises durch Wiederherstellung Herzog Christian Albrechts sorgen müsse, „damit dieser wieder die vorigte Barriere machete“, und die Gesandten des Kaisers, Karls XI. und des Gottorpers stimmten dem Cellischen Präsidenten von Grote eifrig bei[3]), als er in einer Conferenz am 13. September mit jenem Vorschlage herausrückte.

Nicht so Paul von Fuchs, den der Kurfürst, um völlige Klarheit über die Lage zu gewinnen, zur Unterstützung Hoverbecks und und seines Specialbevollmächtigten Schmettau abgeschickt hatte.

---

1) Fridag a. a. O. — Hoverbeck an Kurbrandenburg. Nienstedten 31. Aug. / 10. Sept. 1686. (Or. Berlin.)

2) Hoverbeck 10. Sept.: Dänemark würde, „wenn man den pas nicht gethan hätte, anjezo groß bedenken tragen, ein so importantes werk eigenmächtig und ohne vorher gepflogene communication mit denen hohen alliirten vorzunehmen“.

3) Christian Albrecht ging sogar soweit, den Verbündeten, wenn sie ihn nur wieder einsetzen, alle seine Lande zu Quartieren anzubieten.

Auch Fuchs glaubte, daß Dänemark sich niemals in größere Gefahr gesetzt habe und sich schwerlich retten könne, wenn man es „à bout poussiren“ wollte. Aber er ließ sich nicht davon abbringen, daß ein nordischer Krieg für Frankreich eine zu schöne Gelegenheit sei, sich des Rheinstromes zu bemächtigen, womit es das ganze Jahrhundert schwanger gehe. Zum mindesten aber sei es ungewiß, was Frankreich thun werde, und „in Staatssachen dürfe man auf keine Ungewißheit bauen“. Wenn der Friede mit der Türkei geschlossen wäre, und den Franzosen am Rheine 60000 Mann entgegengestellt werden könnten, wäre Dänemark isoliert und müsse sich alsdann die Bedingungen vorschreiben lassen. Seinen Bericht über jene Conferenz aber schloß Fuchs mit den Worten: „Gott hat Euer Churfürstlichen Durchlaucht abermahlen in die Hande gegeben, die Ruhe und Sicherheit des Reiches durch dero hohe Autorität zu restabiliren und zu befestigen, weil von dero Resolution alles dependiren wird“ [1]).

Den Kurfürst mochte es schon reuen, in der ersten Hitze auch Schweden allarmiert zu haben [2]), weil die festländischen Streitkräfte zur Sicherung Hamburgs, selbst wenn Christian V. halsstarrig blieb, keiner Verstärkung bedurften. Und jetzt sollte er selbst die Hand dazu herleihen, Schwedens deutsche Vormachtstellung auf Kosten Dänemarks neu zu beleben und zu kräftigen? Welch ein Schauspiel für die katholische Welt, wenn die protestantischen Fürsten des Nordens zur Verherrlichung des kaiserlichen Sieges sofort übereinander herfielen. Fürwahr der Kurfürst hätte mehr als ein nothgedrungener Freund Karls XI., er hätte weniger mißtrauisch gegen alles, was sich zum Katholicismus bekannte, sein müssen, um mit der Ablehnung des Cellischen Vorschlages auch nur einen Augenblick zu zögern. Unbehelligt konnte die dänische Armee am 24. und 25. September ihren Rückzug antreten, nachdem König Christian bei Altona zur Bemäntelung seiner Niederlage eine glänzende Heerschau gehalten hatte [3]).

Freilich auch Christian Albrecht war um eine Hoffnung ärmer. Auf friedlichem Wege ließ sich für seine Wiederherstellung nichts

---

1) Hamburg 4/14. Sept. 1686. (Or. Berlin.) — Vgl. Pufendorf 1565.

2) Am 17. Sept. konnte Grafenthal bereits Fridag ein Rescript Karls XI. vorzeigen, worin ihm befohlen war, dem Kurfürst die Anstalten zu einer Diversion gegen Dänemark zu melden. Fridag an Kurpfalz. Berlin 18. Sept. 1686. (Or. München.)

3) Hoverbecks Bericht. Hamburg 14/24. Sept. 1686. (Or. Berlin.)

erreichen, und eine Hereinziehung der schleswig-holsteinischen Frage in die Ausgleichsverhandlungen mit Hamburg würde diese nur weitläufig gemacht haben. Nicht sogleich begriff man das in Wien[1]). Als aber Frankreich drohte, jedem gewaltsamen Versuche zur Wiedereinsetzung des Gottorpers mit 30000 Mann entgegenzutreten, und verhältnißmäßig schnell ein im wesentlichen auf den Pinneberger Vertrag hinauslaufender Vergleich zwischen Dänemark und Hamburg zu Stande kam (23. Okt. / 2. Nov.), erkannte man bereitwillig an, daß Kurfürst Friedrich Wilhelm das Rechte getroffen hatte, als er für getrennte Behandlung der Gottorper und Hamburger Sache[2]), aber für die Unzertrennlichkeit der schleswigischen von der holsteinischen Frage mit aller Entschiedenheit eingetreten war[3]). Dänemark blieb in ungestörtem Genusse seiner Annexionen, ohne jedoch wie Frankreich, durch den Waffenstillstand, eine zeitweilige Anerkennung seines Besitzstandes erreicht zu haben, und die Wiederherstellung Herzog Christian Albrechts erfolgte, ganz wie es Fuchs vorausgesagt hatte, erst dann, als Ludwig XIV. auf allen Seiten angreifend und angegriffen seinen Bundesgenossen sich selbst überlassen mußte[4]).

2) Schmettau an Kurbrandenburg. Wien 12./22. Sept. — K. Leopold an Kursachsen, die Herzoge von Braunschweig-Celle und Hannover und paucis mutandis an Kurbrandenburg. 26. Sept. — Ders. an Kurbrand. 5. Okt 1686. (Auszug, Kop. u. Or. Berlin).

2) Kurbrandenburg an K. Leopold. Potsdam 13/23. Okt. 1686, (Conc. Berlin.)

3) Kurbrandenb. an Celle und Hannover. Potsdam 17. Okt. 1686. Die Herzoge Georg Wilhelm und Ernst August antworteten aus zur Goerde am 13. Nov., daß auch nach ihrer Ansicht „die Schleswig- und Holsteinische sache, wofern sonst der dabei abgezielte zweck erreicht werden soll, nicht von einander zu trennen, sondern selbige pari passu vorgenommen" werden müsse. (Conc. u. Or. Berlin.)

4) Über den Altonaer Vertrag vom 20. Juni (a. St.?) 1689 vgl. Carlson 5, 392.

Fünftes Kapitel.

Ausgang der Allianz.

Ehe man in Augsburg auseinanderging, war verabredet worden, daß schon Ende Juli auf einem sogleich auszuschreibenden Kreistage zu Nürnberg der Austausch der Ratificationen und die abschließenden Verhandlungen über die pfälzer Hülfe, Bestellung der Generalität und Einrichtung einer Bundeskasse stattfinden sollten. Aber im letzten Augenblicke — der pfälzische Gesandte war bereits nach Nürnberg gereist — verschoben Bamberg und Bayreuth die Eröffnung des Kreistages auf den 16. August, um sich alsbald zu überzeugen, daß auch dieser Termin viel zu früh war.

Wenn wir nur die Fremdenliste des Nürnberger Tages hätten — und wie häufig stehen dem mittelalterlichen Historiker nicht mehr als solche äußere Daten zur Verfügung —, könnte man wohl meinen, daß die Aussichten der Allianz oder zum mindesten das Interesse für dieselbe seit dem 9. Juli bedeutend gestiegen sei. Denn außer den Nürnberger Stammgästen Snoilsky und Wämpl und außer den uns von Augsburg her bekannten Vertretern Spaniens, der Kurpfalz und Holstein Gottorps hatten sich auch Gesandte Kurbrandenburgs und Kursachsens eingefunden. Aber der Auftrag des Sachsen Martini erstreckte sich nicht weiter als dem Naumburgischen Kanzler von Heldburg, wenn er zur Sitzung auf dem Rathhause erscheine, den Stuhl unterm Leibe weg zu ziehen und sich darauf zu setzen, da es dem Kurfürsten mit einemmale beifiel, wegen der bisher von Sachsen-Naumburg anstandslos geführten henneberg-schleusingischen Stimme

die Kreisstandschaft zu beanspruchen[1]). Und der im clevischen Justizwesen angestellte Herr von Burck sollte Ansbach und Bayreuth nur zu einem energischen Protest gegen die Eindrängung Kursachsens in den Kreis ermuntern[2]), vielleicht aber auch den brandenburgischen Häusern einige Zurückhaltung in der pfälzer Frage anempfehlen, damit Frankreich keinen Vorwand erhalte, in den Hamburger Krieg durch einen Einfall in die Rheinlande einzugreifen[3]). Snoilsky und Neuveforge waren diesmal wegen des Ausbleibens der schwedischen und spanischen Ratificationen durch die Entlegenheit beider Königreiche und durch die für deutsche und besonders Wiener Verhältnisse viel zu knapp bemessene Frist von fünf Wochen hinreichend entschuldigt[4]). Als aber auch Wämpl so that, als ob die Einholung der kurfürstlichen Entschließung bei der großen Entfernung Ofens unmöglich gewesen sei[5]), begegnete er überall ungläubigen Gesichtern, weil es sich längst herumgesprochen hatte, daß außer Salzburg keiner der bairischen Kreisstände ein Wort von den Allianzverhandlungen wisse, und die Stärke der in Kurbaiern zurückgebliebenen Truppen auf höchstens 500 Mann veranschlagt wurde[6]). Aber auch den eigentlich hülfsbedürftigen gereichte es nicht zur Empfehlung, daß Herzog Christian Albrecht sich persönlich in Nürnberg einstellte „voll Klagens und Lamentirens" über sein Exil und seine völlige Mittellosigkeit[7])

Je größer indessen angesichts solcher Widerwärtigkeiten, an

1) Kreith an Kurpfalz. Nürnberg 20. Aug. 1686. (Or. München.)

2) Kurbrandenburg an Bayreuth. Potsdam 28. Februar / 10. März 1686. — Dass. an Ansbach 1/11. März: die Eindrängung Kursachsens dürfte „denen übrigen ständen über kurz oder lang allerhand inconvenientien verursachen und ihre in negotiis circuli bisher gehabte autorität nicht wenig afficiren". (Kop. Kreisakten 77, 911 u. 913. Würzburg). — Wämpl an die Regierung in München. Nürnberg 31. Aug. (Or. München.)

3) Wämpl a. a. O. — Kreith an Kurpfalz. Neuburg 18. Okt. 1686. (Or. München.)

4) Erklärung des burgundischen und schwedischen Gesandten. Dictat. Nürnberg 23. Aug. / 2. Sept. 1686. (Kreisakten 77, 595. Würzburg.)

5) Instruktion Wämpls Anhang Nr. XV.

6) Kreith an Kurpfalz. Nürnberg 26. Aug. (Or. München.) — Ostein und Wigand an Würzburg. Ohne dat. Zwischen Aug. 26 u. 28: „also daß dieses werk auf schlechten füßen zu stehen scheinet und ohnmaßgeblich dahin annoch stehet, ob demnach das foedus zu unterschreiben". (Or. Kreisakten 77, 747. Würzburg).

7) Kreith 20. Aug.

denen auch Hohenlohes Überredungskunst scheitern mußte, die allgemeine Niedergeschlagenheit wurde, desto eifriger verbiß man sich in den ärgerlichen Streit über Kursachsens Kreisstandschaft. Würzburg schuldete der Kreiskasse ansehnliche Rückstände, hatte aber schon im Frühjahre die im Devolutionskrieg dem Hochstift zur Last gefallene Verpflegung zweier kaiserlicher Regimenter in Gegenrechnung gebracht. Wie immer in solchen Fällen zog die Würzburgische Forderung ein halbes Dutzend Forderungen anderer ebenfalls im letzten Kriege beschwerter Kreisstände nach sich, und Bischof Marquard Sebastian hatte daher, obwohl er die Berechtigung der Würzburgischen Gegenforderung aus der Zeit seines Vorgängers Peter Philipp wohlwollend anerkannte, seinen Nürnberger Gesandten befohlen, die Abrechnung mit Würzburg nicht übers Knie zu brechen[1]). Zänkereien über das Abrechnungswesen waren so zu sagen das tägliche Brot der Kreisgesandten, ohne daß das gute Einvernehmen der Stände darunter zu leiden pflegte. Diesmal aber nahm der Streit sofort eine ernstere Wendung, weil Johann Gottfried die Gelegenheit ergriff, seinem lange verhaltenen Ingrimm über die angemaßte „Präpotenz" des Ausschreibeamts Luft zu machen. Der alte Ärger, daß er, der mächtigste Kreisstand, nicht an Marquard Sebastians Stelle im Direktorium des Kreises sitze, war durch die Aussicht, auf die Dauer der Allianz seine Truppen dem Kommando des Kreisobersts unterstellen zu müssen, womöglich noch gestiegen[2]), und als das Direktorium auf Betreiben des allezeit ängstlichen Marquard Sebastian den Naumburgischen und den kursächsischen Gesandten vermochte, bis zu kaiserlicher Entscheidung beiderseits auf Sitz und Stimme auf dem Kreistage zu verzichten, tobte Johann Gottfried über die despotische Willkür der Direktoren und suchte seine Mitstände zu einem allgemeinen Protest gegen den ohne vorherige Um-

1) Instruktion. Bamberg 15. Aug. 1686. (Kreisakten. Bamberg.)

2) In den Bemerkungen des Domkapitulars v. Ostein über den Kreistag (ohne Dat. zwischen Sept. 7. u. 20.) heißt es darüber: „das der hochstift bei dieser allianzzeit seiner völker nicht mächtig ist, sondern des directorii und creisobristen befelchen underworfen, welche mit ihrer ziehenden gage und der ihrigen einnehmenden discretionen nicht allein ihr cassa contingent absumiren und bezahlen, sondern auch von denen übrigen statibus, darunter alsodann Würzburg das meiste zahlen muß, annoch die utilität ziehen und das onus gefolglich a potiori demselben heimbweisen, welches, wan zumahlen die vorhabende generalallianzcassa zu Frankfurt in die vorhabende consistenz kommen sollte, jährlich auf viel 1000 anlaufen thete". (Kreisakten 77, 820. Würzburg.)

frage bei den Kreisgesandten vorgeschlagenen Vergleich aufzustacheln[1]. In hellem Unfrieden verließen seine Gesandten am 5. September zwei Tage vor Schluß der Sitzungen Nürnberg, nachdem sie erklärt hatten, daß der Bischof mit dem Kreise nichts mehr zu thun haben wolle[2].

Wenn es von Johann Gottfried eigens auf die Hintertreibung der Augsburger Allianz abgesehen gewesen wäre, hätte er es kaum zweckmäßiger anfangen können. Und dennoch lag gerade ihm die Ausführung der Allianz sehr am Herzen, seitdem sich dem Vernehmen nach ein Frankfurter Bankier erboten hatte, der Krone Spanien für die Anwerbung und den Unterhalt von 6000 Mann Geld vorzuschießen, und er hätte gern einen Theil des burgundischen Allianzcontingentes übernommen, um dadurch „selbige Mittel und Consumption ins Land zu bringen“[3]. Auch fand Kurpfalz in ihm einen eifrigen Fürsprech, und unter thätiger Mitwirkung seiner Gesandten wurde einstimmig die Ratification der beiden in Augsburg von Kreiswegen unterzeichneten Allianzen beschlossen. Aber solange das Kreisbudget gewissermaßen in der Luft schwebte, waren den Kreisständen die Hände gebunden, und die endgültige Vertheilung der 4000 Mann Bundestruppen mußte zur Beruhigung der meisten auf den nächsten Kreistag verschoben werden[4]. Da jedoch der Kreistag erst nach Austausch der Ratificationen stattfinden sollte, war es von vornherein sehr fraglich, ob auch bei dem besten Willen der fränkischen Kreisstände der vorläufig auf den 10. November angesetzte Eröffnungstermin eingehalten werden könne. Die in Augsburg ernannten Generale blieben nach wie vor ohne Bestallung und ohne Armee, und der zum Kassierer der Allianz vorgeschlagene Frankfurter Bankier Peter Neufville brauchte sich einstweilen über die sichere Verwahrung und Verwaltung der ihm anvertrauten

1) Johann Gottfried an Ostein u. Wigand. Gerolzhofen 24. Aug. — Dies. an dens. Nürnberg 29. Aug. — Ders. an dies. Würzburg 1. Sept. 1686. (Orr. Kreisakten 77, 771. 763 u. 787 Würzburg). — Die Ausbachischen Räthe Wolfsteel, Heßberg, Beutz, Sinold und Förster an Kurbrandenburg. 13/23. Sept. 1686. (Or. Berlin.)

2) Kreith an Kurpfalz. Nürnberg 6. Sept. 1686. (Or. München.)

3) Osteins Bemerkungen. Ferner Protokoll einer Conferenz zu Würzburg am 20. Sept. praesentibus: Bischof, der Domdechant v. Wildberg, die Kapitulare Specht, v. Elther, v. Ostein, Kanzler Papius, Vicekanzler Dr. Reibold u. Ambling. (Kreisakten 77, 841 Würzburg.)

4) Kreisabschied vom 28. Aug. / 7. Sept. 1686 bei Moser 1, 603 ff.

Bundesgelder noch keine grauen Haare wachsen zu lassen. Eine Bereicherung durch ein mit Händen greifbares Resultat in Gestalt der Gottorpischen und pfälzischen Beitrittsurkunde [1]) erfuhr wiederum nur das Bundesarchiv, — und das hatte man leider einzurichten vergessen.

Über die schleswig-holsteinische Frage hatten sich bisher die oberdeutschen Stände keine Gedanken gemacht, und in Augsburg glaubte man wohl, den Gottorper abgeschüttelt zu haben, indem man ihn mit seinem Gesuche an den Kaiser verwies. Aber man hatte dabei die klettenhafte Zähigkeit Christian Albrechts ebensowenig als die Kurzsichtigkeit der Wiener Staatsmänner in Rechnung gezogen. Denn obwohl die Nachrichten aus dem Norden immer bedrohlicher lauteten, und Südwestdeutschland jedenfalls genug mit seiner eigenen Sicherung zu thun hatte, erhielt Hohenlohe unterm 21. August den Befehl, die sofort nach Schluß des Augsburger Tages nachgesuchte Aufnahme des Herzogs in Nürnberg zu befördern [2]). Ein andrer würde selbst auf diesen Befehl hin, sobald er die trübselige Stimmung der Nürnberger Versammlung bemerkt hätte, sich gefragt haben, ob nicht die Hereinziehung der baltischen Händel der in den letzten Zügen liegenden Allianz den Todesstoß versetzen werde. Aber für Hohenlohe genügte es, daß Christian Albrecht mit Schwedens Hülfe 1000 Mann Fußknechte aufzustellen versprach, und der holsteinische Gesandte Nachelius empfing auf eine Erklärung, welche der Allianz nicht weniger als den Schutz und die Garantie der Herzogthümer zumuthete, aus der Hand des kaiserlichen Gesandten den Revers über die Aufnahme des Herzogs ohne Land.

Unter den in Nürnberg versammelten Diplomaten war doch ein sehr lebhaftes Gefühl dafür vorhanden, daß sich der Beitritt Christian Albrechts mit dem Charakter eines Defensivbündnisses ganz und gar nicht vertrage, weil man sich nur gegen neue Angriffe gegenseitigen Schutz versprochen hatte, Einmischung in schwebende Streitigkeiten aber grundsätzlich vermieden werden sollte. Weit besser, als nach allem bisherigen zu vermuthen war, zeigte man sich mit einemmale in der nordischen Frage bewandert und entdeckte, daß dem Herzoge nur ein beschränktes von Dänemarks jedesmaliger Zu-

1) Vom 7. u. 3 (nicht 2.) September bei Du Mont VII 2, 138 fg.
2) Dictat. Nürnberg 21/31. Aug. (Kreisakten 77, 571 Würzburg.)

stimmung abhängiges Bündnißrecht zustehe [1]). Und daß Schweden für einen anderen eintrat, bevor es sich wegen seiner eigenen Leistungen erklärt hatte, nützte dem Gottorper weniger als es dem schon sehr gesunkenen Vertrauen auf Snoilskys Versprechungen Einbuße that [2]). Trotzdem ließ man Hohenlohe gewähren und tröstete sich damit, daß das Papier geduldig sei.

Um so größeren Schwierigkeiten begegnete dagegen die Aufnahme des in Augsburg zum Beitritt aufgeforderten pfälzer Kurfürsten. Schon in der Erklärung Philipp Wilhelms mußte auf den Rath Hohenlohes, Neuveforges und Snoilskys die namentliche Benennung der in die Allianz einbegriffenen pfälzer und Neuburger Lande unterbleiben; denn Simmern und Lautern gehörten zu den von dem Herzoge von Orléans beanspruchten Gebietstheilen, und Ludwig XIV. würde daher voraussichtlich an einer solchen Specialgarantie Anstoß genommen haben [3]). Aber auch die in Augsburg in Aussicht gestellten 1000 Mann Festungstruppen schrumpften auf die Hälfte zusammen, weil sich Wämpl seiner Instruktion gemäß über die Betheiligung Kurbaierns beharrlich ausschwieg, und nachdem der fränkische Kreis sich anfänglich geweigert hatte, seine 200 Mann abmarschieren zu lassen, ehe die anderen Contingente abgeschickt wären, wurde am 7. September von Kreith, um nur nicht ganz der fränkischen Hülfe verlustig zu gehen, ein Vergleich unterzeichnet, wonach am 29. September 200 Mann unter Führung eines Hauptmannes in Boxberg eintreffen sollten, um gegen Verpflegung auf ein Jahr zur Besetzung der rechtsrheinischen pfälzischen Festungen verwendet zu werden. Sofort gab nun auch der hessenkasselsche Geheimrath Goeddaeus die Erklärung ab, daß der Landgraf die oberrheinischen 200 Mann um dieselbe Zeit und unter denselben Bedingungen ab-

---

1) v. Osteins Bemerkungen s. oben S. 98. Anm. 2.

2) Wämpl 31. Aug.: „und gehet nit gar wohl zusammen, für frembde grose sach zu versprechen, da doch erstged. Schwed. gesandte noch zu dato nicht zu vermögen gewesen, wegen seines königs sich zu einem convenablen quanto an der mannschaft zu ercleren“. (Or. München.)

3) Kreith an Kurpfalz. Nürnberg 27. Aug. 1686: „Zum andern würden auch alle übrige alliirte hieran stuzen und durch einrückung solcher specialiteten zu besorgen, daß hierdurch das ganze allianzwerk einen stoß bekommen, wo nicht gar zertrümmert werden möchte, welches dan ein einiger nur etwan kleiner unruhiger stand anzetlen und sogleich ein beifall zu wege bringen könte“. (Or. München.)

schicken werde. Hohenlohe aber versicherte den Kurfürst durch einen besonderen Revers vom 10. September, daß jener Receß mit seinen dem fünften Artikel der Allianz eigentlich zuwiderlaufenden Bedingungen nur „ein Interimswerk" sein solle, „bis die Allianz zu ihrer völligen Consistenz und allseitiger Ratification komme" [1]).

So war man also nach langer Irrfahrt glücklich wieder bei dem Ausgangspunkte der Separatverhandlungen angelangt, nachdem sich die Hohenlohische Allianz gerade in Bezug auf ihre Hauptaufgabe bankerott erklärt und selbst die Anregung Bambergs, Kursachsen und Kurbrandenburg auch durch das Ausschreibeamt des Kreises zum Beitritt einladen zu lassen, bei den entmuthigten Ständen trotz allem Zureden Hohenlohes und der fremden Gesandten keinen Anklang gefunden hatte [2]). Für den Erfolg der Separatverhandlungen aber wurde wieder Kurbrandenburgs Haltung maßgebend, da Kurfürst Friedrich Wilhelm jetzt endlich durch Mandelslohe in Heidelberg 500 Mann aus dem Clevischen zur Verstärkung der Frankenthaler Besatzung versprechen ließ [3]), und Philipp Wilhelm mußte sich, als er den Freiherrn Ferdinand von Degenfeld nach Kassel und Hannover schickte [4]), in Bälde überzeugen, daß er sich vor Ratification und Ausführung des Vergleiches mit Brandenburg außer den 70 Infanteristen, welche ihm der Nürnberger Störenfried Johann Gottfried von Würzburg zur Verfügung stellte [5]), auch nicht der geringsten Unterstützung aus dem Reiche zu erfreuen haben würde.

Wenn wir unsere Aufgabe in engerem Sinne fassen wollten, dürften wir hier abbrechen. Denn seit der ersten für Kaiser und Reich so entscheidungsvollen Septemberwoche konnte die Allianz als gescheitert gelten. Aber nun geschah das Wunderbare, daß sich Frankreich über einen armseligen Fetzen Papier anfangs ernstlich beunruhigte und auch später, als es längst die Grundlosigkeit seiner Besorgniß eingesehen hatte, aus taktischen Gründen statt einer Mücke einen Elephanten zu sehen vorgab, während Oesterreich durch seinen

1) Kreith an Kurpfalz. Nürnberg 30. Aug. 3. 6. u. 10. Sept. (Orr. München.) Ebenda die im Texte genannten Erklärungen und Reverse.

2) In der 4. Sitzung am 12/22. Aug. (Kreisakten 77, 115. Würzburg.)

3) Vergleich vom 13. Sept. bei v. Mörner 492 fg.

4) Degenfeld an Philipp Wilhelm. Einbeck 20. Sept. 1686. (Or. München). Ein Bericht über seine Aufnahme an den Braunschweigischen Höfen liegt nicht vor.

5) Kurpfalz an Kreith. Heidelberg 5. Nov. 1686: Würzburg hätte „sich bisanhero mit dem obtach, ligerstatt, holz, liecht und auf jeden man des tags mit 2 ℔ brot contentiret". (Or. München.)

großen Erfolg in Ungarn aus seiner Lethargie aufgeweckt, jetzt erst einen natürlich völlig aussichtslosen Wiederbelebungsversuch machte.

Man spricht den Franzosen gern die Fähigkeit ab, sich in die Lebensgewohnheiten und Einrichtungen anderer Völker hineinzudenken, weil die nationale Eitelkeit ihnen jeden Nichtfranzosen a priori als halben Barbaren erscheinen lasse, und für die krausen Verhältnisse der seit dem westfälischen Frieden versteinerten deutschen Reichsverfassung haben sie bis auf den heutigen Tag gewiß ein sehr geringes Verständniß entwickelt, insofern man, um sie ganz zu verstehen, ein Deutscher sein muß. Es wäre daher nicht zu verwundern gewesen, wenn die in Nürnberg und Augsburg zu Tage getretene Ohnmacht und Zerfahrenheit der oberdeutschen Kleinstaaterei am Versailler Hofe die ohnehin zur Schau getragene Verachtung deutschen Wesens ins Maßlose gesteigert hätte. Allein gerade das innerste Getriebe der Reichshändel mußte seiner Natur nach den Agenten Ludwigs XIV., so rührig sie auch waren, verborgen bleiben, und was sie mit eigenen Augen sahen, schien durchaus nicht für die Ungefährlichkeit der Allianz zu sprechen. Namentlich Graf Verjus hatte Gelegenheit, alljährlich im Frühjahr und im Herbste sich von der Kriegstüchtigkeit der nach Ungarn bestimmten Kreisregimenter, die gewöhnlich in Regensburg auf der Donau ein- und ausgeschifft wurden, zu überzeugen [1]), und die im kaiserlichen Heere dienenden französischen Volontäre konnten nach Hause berichten, daß auch die Führung jener Kreiscontingente bei Waldeck, Thüngen und dem schwäbischen Generale Markgraf Karl Gustaf von Baden-Durlach in guten Händen sei. Die militärische Leistungsfähigkeit der ehemaligen Laxenburger Alliirten war in den letzten Jahren durch die stete Übung ganz ohne Frage beträchtlich größer geworden. Wenn Frankreich schon 1684, als Kurbrandenburg noch an der Spitze seiner Klientel stand, nicht mehr als einen Waffenstillstand zu erzwingen vermocht hatte, so wurde die Aussicht auf friedliche Erwerbung der Reunionen jetzt nach der sichtlichen Lockerung der

1) Jena u. Schönbeck an Kurbrandenburg. Regensburg 12/22. Nov. 1686. Ein schwäbisches Kavallerieregiment, das hier durchgekommen, sei noch in gutem Zustande, ein schwäb. Infanteriergt. aber wohl das beste gewesen, das man nach einem Rückmarsch hier gesehen habe. — Dies. Regensburg 20/30. Mai 1687. 500 fränk. Rekruten kamen durch, „waren wackere leute." Dies. Regensburg 3/13. Juni 1687. Ebenso über 20 Comp. schwäb. Fußvölker unter Kommando Karl Gustafs. (Orr. Berlin.)

französisch-brandenburgischen Freundschaft durch eine Erneuerung und Erweiterung der Laxenburger Allianz in weite Fernen gerückt, und als nun gar die Eroberung Ofens die Pforte zu Friedensanerbietungen veranlaßte, empfand Ludwigs XIV. grenzenloses Selbstgefühl schon die bloße Möglichkeit, daß er, der bisher immer der Angreifer gewesen war, von den kriegsgewohnten deutschen Heeren am Rheine einmal angegriffen werden könne, als eine beleidigende Herausforderung. Jedenfalls aber war durch den 9. Juli, mochte die Allianz so unfertig sein wie sie wollte, der Beweis geliefert, daß sich Frankreich durch seine bisherige Politik in Deutschland fast allenthalben die früher sorgfältig gepflegten Sympathien verscherzt hatte, und die Gegenmaßregeln gegen das Augsburger Bündniß begannen deshalb zunächst mit einem Versuche, durch Vereinigung der Reste der ehemaligen französischen Klientel einen Mittelpunkt für alle oppositionellen Bestrebungen gegen den Kaiser und seine Verbündeten zu schaffen.

Nur sehr unvollkommen sollte indessen der französischen Politik dieser Versuch glücken. Die vergeblichen Bemühungen des Bischofs von Straßburg, den Kurfürst von Brandenburg auf die Seite der in Frankreichs Interesse vermittelnden Partei herüberzuziehen [1], haben wir schon erwähnt. Was auch der alte Kölner Erzbischof vorbringen mochte, um den Kurfürst zu überzeugen, daß für die Sicherheit des Reiches durch schleunige Annahme der Grenzscheidungsfrage besser gesorgt werde als durch Wiederaufnahme der Regensburger Berathungen über die Reichskriegsverfassung, der Kurfürst blieb dabei, er habe einst sein fürstliches Wort verpfändet, sich sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes die militärische Sicherung des Reiches gegen weitere Schmälerungen seines Umfanges angelegen sein zu lassen, und könne nicht begreifen, warum es dem ringsum von waffenmächtigen Staaten umgebenen deutschen Reiche ganz allein verwehrt sein solle, sich in Verfassung zu setzen [2]. Dem

1) Der Bischof hatte in Wesel nach Urkk. u. Aktenst. 14, 1341 eine Erneuerung der Soester Allianz vorgeschlagen, worunter offenbar Kurkölns Beitritt zu der Allianz zwischen Dänemark, Brandenburg und Münster-Paderborn vom 14. Sept. 1682 (v. Mörner 433 ff. u. 438 fg.) zu verstehen ist.

2) Kurbrandenburg an Kurköln. Cleve 29. Juli / 8. Aug. 1686. Ausgefertigt von Meinders. Das Schreiben erging auf einen Bericht des zu dem Erzbischof geschickten Ravensburgischen Kammerrathes und Landrosts von Busch. Nach einer Randnotiz sollten Kopien davon außer Busch auch dem Gesandten

wohlgesinnten, auf seinem vorgeschobenen Posten jedoch völlig rathlosen Kurfürsten Johann Hugo von Trier aber erklärte er, als der Erzbischof, eingeschüchtert durch die Drohungen des französischen Residenten Gravel an den Regensburger Berathungen über die Frage der Reichssicherheit nicht theilnehmen wollte, daß er Kurtrier bei der ungekränkten Ausübung seiner hohen Rechte wider alle seinem Kurfürstenthum „darüber zustoßende unbillige Gewalt allemal kreftigst zu manuteniren geflissen sein" werde[1]).

Auch auf dem Tag der geistlichen Kurfürsten zu Bonn und in den daran anknüpfenden weiteren Verhandlungen ging es nicht ganz nach Frankreichs Wünschen. Kurköln und Kurmainz brachten wohl in Vorschlag, daß die Wiener Residenten der drei Erzbischöfe die sofortige Inangriffnahme der Grenzscheidung beantragen sollten, weil es Frankreich wegen der verschiedenen Kreisallianzen, Verfassungsconvente und „hin und wieder disseminirten Betrohungen" nicht verargt werden könne, wenn es den Stillstand für gefährdet halte und sich danach bei Zeiten vorsehe. Aber Kurtrier fand doch, daß eine solche Erklärung allzu schroff sei, und wollte sich den begründenden Hinweis auf die bedrohlichen Vorgänge im Reiche nur als Referat der französischen Ansichten gefallen lassen[2]). Und als Maximilian Heinrich von Köln noch von Bonn aus seinem wittelsbachischen Vetter Max Emanuel in der offenkundigen Absicht, Zwietracht zu säen, um Aufklärung bat, warum der kurbairische Gesandte die Augsburger Allianz nach den doch nur für die deutschen Provinzen ihrer Kronen unterzeichnenden Gesandten Spaniens und Schwedens unterschrieben habe, antwortete der Kurfürst nach Vorschlag der Münchener Regierung, jede weitere Controverse abschneidend, daß er seinem Gesandten, wie es in der That geschehen war, bereits in

---

in Wien, von Schmettau, und dem Baron von Fridag zugestellt werden. (Conc. Berlin bei den Reichstagsakten.)

1) Jena u. Schönbeck an den Kurfürst. Regensburg. 9/19. Juli. — Ders. an dies. Cleve 22. Juli / 1. August 1686. Ausgefertigt von Meinders. (Or. u. Conc. Berlin.)

2) Den Mainzisch-Kölnischen Vorschlag, vermuthlich Beilage eines Schreibens von Mainz an Trier vom 25. Aug., und Triers Antwort, Ehrenbreitstein 6. Sept. 1686, schickt Kurpfalz an Fridag. Schwetzingen 13. Sept. 1686. (Or. München.) — Ennen, Frankreich u. der Niederrhein 1, 464 verlegt den Bonner Convent irrig in den August 1685; auch ist wohl kaum, obwohl sich Ennen auf Pariser Archivalien beruft, ein Gegenbündniß unter französischem Protektorate wirklich beschworen worden. Vgl. auch die folg. Anm.

der Instruktion zu dem Nürnberger Tage befohlen habe, seine Versehen wieder gut zu machen, daß sich aber bis jetzt keine Gelegenheit dazu ergeben habe[1]).

Zur Aufklärung der Situation hatten also die Intriguen des Fürstenbergers nicht das mindeste beigetragen.

Ja die Kraft und Unternehmungslust der Gegner Frankreichs mußten in den Augen der französischen Staatsmänner sogar noch größer erscheinen als zuvor, nachdem selbst der von allen der Höhle des Polyphem am nächsten sitzende Kurfürst von Trier sich zu schüchternem Widerspruche ermannt hatte. Louvois hielt es deshalb für angemessen, der diplomatischen eine militärische Rekognoscierung auf dem Fuße folgen zu lassen, und am 20. September wurde auf baden-durlachischem Gebiete unter persönlicher Leitung des elsässischen Intendanten la Grange bei Hüningen der Bau eines Brückenkopfes begonnen.

Noch während des Augsburger Tages hatte Graf Verjus Beschwerde erhoben, daß man sich in Regensburg wegen der Einziehung von Einkünften der Universität Freiburg, wegen widerrechtlicher Ausforstung des Schwarzwaldes und anderer ebenso geringfügiger angeblicher Übertretungen des Stillstandes immer nur dann ereifere, wann in Nürnberg oder Augsburg Dinge verhandelt würden, die nach Reichsrecht vor das Forum des Reichstages gehörten[2]). Allein schon damals hatte ein kaiserliches Kommissionsdekret an die Reichsstände die Befürchtung ausgesprochen, daß Frankreich zum Schutze einer nahezu vollendeten Rheinbrücke bei Hüningen auf dem rechten Ufer des Flusses ein Fort anlegen werde, ohne sich daran zu kehren, daß ein von Frankreich selbst in den Frieden von Münster hineingebrachter Artikel die Anlage von Festungen oder Schanzen auf dem rechten Rheinufer zwischen Basel und Philippsburg untersage[3]). Es

1) Kurköln an Max Emanuel. Bonn 1. Sept. — Die hinterlassenen geh. Conferenzräthe an dens. München 10. Sept. — Ders. an Kurköln. Tolna 23. Sept. 1686: . . „weil ich derjenige nit sein will, der denen churf. praeeminenzien und praerogativen weder in diesem noch einigen andern fälen durch die meinige derogirn zu lassen begere". (Or. u. Conc. München.)

2) 1. Juli dictat. 13/23. Juli. Beilage zu Jenas u. Schönbecks Relation vom 16/26. Juli 1686. (Berlin.) Vgl. Pufendorf lib. 19 § 29 S. 1551.

3) Vom 28. Juni 1686 bei Pachner v. Eggenstorff 2, 586. Frankreich sollte danach bereits mit einem Ingenieur pacliert haben. Der betreffende Art. des westfälischen Friedens lautet: „Nullae ad Rhenum munitiones in

war daher nur eine der gewohnten französischen Intriguen, wenn die neue Contravention als ein Akt der Nothwehr gegen die Augsburger Alliirten dargestellt wurde. Aber der Zeitpunkt der Ausführung jener längst geplanten Vervollständigung des französischen Festungsgürtels war so geschickt gewählt, daß der mit dem Bonner Convent verfehlte Zweck, die Allianz zum Abwerfen der Maske oder zum ewigen Schweigen zu bringen, diesmal über Erwarten gut gelang. Seit der Allarmierung des Reichstages durch den Kaiser und seit der Augsburger Vereinigung zum Schutze der Reichsgrenzen war ein Vierteljahr verflossen, Zeit genug, um auch die Eidgenossenschaft für die Vertheidigung des oberen Rheinlaufes gegen die bevorstehende Vergewaltigung zu gewinnen, aber als la Grange am 20. September mit Soldaten und Handwerkern über die Rheinbrücke zog, trat ihm auf deutschem Boden niemand entgegegen als der aus Lörrach herbeigeeilte badische Amtmann[1]). Was ein kleines in Bereitschaft stehendes Detachement mit Leichtigkeit hätte verhindern können, war jetzt ohne offene Gewalt, die von Frankreich als Kriegserklärung aufgefaßt worden wäre, nicht mehr rückgängig zu machen. Und da von einem Gegner, dem selbst zur Vertheidigung der Muth gefehlt hatte, ein Angriff doch wohl kaum zu befahren war, so wird man spätestens seit dem 20. September in Versailles gewußt haben, woran man mit der Allianz war.

Auf Wegen, wie sie die französische Politik seit 1679 beschritten hatte, giebt es kein Anhalten. Stillstand wäre Rückschritt, und wo, wie es 1684 geschah, eine scheinbare Ruhepause eintritt, ist gesteigerte Unruhe und eine Nervosität, die sich gewöhnlich in neuen Kriegsgewittern entladen wird, die nothwendige Folge. In dem glücklichen Ausfall der Hüninger Rekognoscierung lag daher schon an sich der Keim zu neuen Gewaltthätigkeiten. Aber noch andere Momente trieben dazu.

Frankreich hatte gesehen, was es ungestraft wagen durfte, und hoffte nun endlich die Generalbeichte für sein schlechtes Staatsgewissen in einem seinen Besitzstand sanktionierenden Frieden ertrotzen

---

citeriori ripa extrui poterunt a Basilea usque Philipsburgum neque ullo molimine deflecti aut interverti fluminis cursus ab una alterave parte".

1) Markgraf Friedrich Magnus von Baden-Durlach an den Reichstag. Karlsburg 20/30. Sept. bei Londorp 12, 618. — Der dort erwähnte Bericht des Lörracher Amtmanns vom 11/21. Sept. als Beilage bei Jenas u. Schönbecks Relation vom 8/18. Okt. 1686. (Berlin.)

zu können. Aber es glaubte nicht minder, daß es etwas wagen müsse, um den überlauten Siegesjubel über den Fall Ofens zu dämpfen. Hatte doch das Haus des französischen Gesandten in Madrid während der viertägigen Siegesfeier einer militärischen Bedeckung zum Schutze gegen etwaige Ausschreitungen des freudetrunkenen hauptstädtischen Pöbels bedurft[1]), und in Deutschland erlaubte man sich sogar einen Eingriff in das französische Privileg, auf Unkosten anderer witzig zu sein, indem als Inschrift einer in Nürnberg geprägten Denkmünze auf die kaiserlichen Eroberungen in Ungarn mit nicht mißzuverstehender Anspielung auf die Reunionen des allerchristlichsten Königs die Devise „Reunio justissima" gewählt wurde[2]). Den Spaniern zum Hohn hatte man daher bereits am 23. September in Büchsenschußweite von den Wällen Namurs einige Grenzpfähle mit dem Lilienwappen aufgerichtet, und unweit der Mündung der Moder, nur wenige Meilen von der kurpfälzischen Grenze, entstand auf einer Rheininsel nach Vaubans Plänen in Fort Louis eine neue Zwingburg.[3])

Auch der Erkrankung des Königs an einer Mastdarmfistel wird man in diesem Zusammenhange gedenken müssen. In ihren Anfängen hatte sie wohl den Ausschlag zu Gunsten des Friedens gegeben. Aber schon Ende Mai war der kaiserliche Gesandte der Ansicht, daß sie, da man sie zu verhehlen suche, keine Bürgschaft des Friedens sei[4]). Sie wurde es in der That immer weniger, je mehr sich der Zustand Ludwigs verschlimmerte, und als am 18. November endlich ein operativer Eingriff erfolgte, führte der König mit heldenhafter Anstrengung von seinem Schmerzenslager aus die Zügel der Regierung noch straffer wie sonst, damit die Welt nur ja nicht sein Leiden er-

---

1) Lancier an Kurbaiern. Madrid 26. Sept. 1686. (Or. München.)

2) Rousset, Histoire de Louvois 4, 30.

3) Schon am 12. Nov. beklagte sich Kurfürst Philipp Wilhelm bei K. Leopold wegen der unzulässigen französischen Fortification bei Selz, das unter französischer Oberhoheit bis zur Revolution zu Kurpfalz gehört hat. Denn nach Selz oder nach Giesenheim wurde das Fort anfangs deutscherseits benannt. Nach der Ostern 1687 erschienenen Mäurerschen Meßrelation (Relationis historicae semestralis vernalis continuatio S. 55) wurden die Arbeiten seit dem 28. Nov. von 3200 Mann unter Monclar „fortgeführt." Die Grundsteinlegung fand also nicht erst im Januar 1687 statt, wie Rousset 3, 343 behauptet.

4) Lobkowitz am 27. Mai 1686. O. Klopp, Fall des Hauses Stuart 3, 208.

fahre. Aber sie erfuhr es doch, freilich erst dann, als sich Ludwig längst auf dem Wege der Besserung befand, und in der Hoffnung, daß mit dem Könige auch die kriegerische Aera Frankreichs zu Grabe getragen werde, wünschte man ihm im protestantischen Norden wie im katholischen Süden mit gleicher Inbrunst eine glückliche Reise ins Jenseits [1]).

Und galt es nicht, eine andere noch schlimmere Krankheit zu verhehlen? Auch bei den katholischen Reichsständen überwog die Schadenfreude über Ludwigs selbstmörderischen Bekehrungseifer die Genugthuung über die Herstellung der kirchlichen Einheit Frankreichs [2]). Wenn trotz der Lebensgefahr seines Königs, trotz der Verödung ganzer Provinzen Frankreich den Waffenstillstand brechen sollte, rechnete man ernstlich auf die Bundesgenossenschaft der zwangsweise bekehrten Hugenotten. In dem Kriegsplane des großen Kurfürsten wird von einem allgemeinen Aufstand der französischen Reformierten sowie überhaupt aller unter dem Joche der Tyrannei Ludwigs seufzenden Elemente in Staat und Gesellschaft wie von einer ausgemachten Sache gesprochen. Und so wenig traute man selbst in der Umgebung des Königs dem Bekehrungswerke seiner Dragoner, daß in den Cevennen schon jetzt, sechzehn Jahre vor Ausbruch des Camisardenaufruhres, durch Anlegung von Militärstraßen und Sperrforts die im Herzen protestantisch gebliebene Bevölkerung an die Aussichtslosigkeit jeder Erhebung erinnert wurde [3]).

1) „Il S. Iddio li dii gratia di far un buon passaggio all altra vita". Aviano an K. Leopold. Venedig 3. Jan. 1687 bei C. Klopp, Corrispondenza tra Leopoldo I. ed il P. Marco d'Aviano capuccino 137. — Bischof Marquard Sebastian von Bamberg an Landser. 29. Dez. 1686: „wenigstens möchten sich wenig finden, welche seinen tod im reich bedauern werden, wie ich dan demselben aus christlichem herzen die ewige seligkeit in balten wünsche". (Conc. Bamberg 32, 82.) — Vgl. auch Mercure historique et politique. A Parme chez Juan Batanar. Januar 1687. S. 213: Les ennemis de cette Couronne n'ont jamais conçû tant d'esperance qu'ils font aujourdhui, et ce qui en est cause n'est pas tant la Ligue d'Ausbourg, dont il y a déja tant de temps que l'on parle, que la maladie du Roi tres Chrêtien". Vgl. ebenda 221.

2) Bamberg an Landser. 4. Dez. 1686. (Bamberg 32, 74.) So meint auch die im übrigen ohne Kenntniß der thatsächlichen Verhältnisse geschriebene Flugschrift „Triumphirender Reichs-Adler" (1687), es werde „der Religion halber kein Teutscher Bischof oder Praelat das betrügliche Hahnen-Geschrey weiter attendiren".

3) Ranke Werke, 10, 397.

Zu allen diplomatischen und militärischen Schreckmitteln gesellte sich nun auch die Publicistik, so spöttisch, trotzig und überlegen wie nur je zuvor, am lautesten und frechsten im Machtbereiche des Fürstenbergers in Köln, wo in der beliebten Briefform ein angeblicher Bürger der Stadt Spanien höhnisch mit einem an allen Gliedern gelähmten Mann, dem nur die Sprache geblieben sei, verglich und gegen die Rheinarmee jener Miniaturfürsten, von deren Macht man bisher nicht das mindeste gewußt habe, die Bonner Gegenliga mit 25000 Mann kurkölnischer und 7000 bis 8000 Mann kurmainzischer und kurtrierischer Truppen ins Feld führte[1]. Und wenn auch die Hiebe des Pariser Bürgers, der sich einen Kölner nenne, mehrfach nicht ohne Glück pariert wurden, so hatte der von französischer Seite eröffnete Federkrieg doch die erwünschte Wirkung, daß sich die falsche Werthschätzung der Allianz allenthalben in der öffentlichen Meinung festzusetzen begann, und am 4. November durfte bereits die Utrechter Zeitung ihren Lesern die verwegene Lüge eines französischen Correspondenten auftischen, daß Papst Innocenz dem Kaiser und den Augsburger Alliirten mit Einstellung der bisher für den Kampf gegen die Ungläubigen gezahlten Subsidien und mit dem Bannstrahl gedroht habe, wenn ihm nicht das Original der den Frieden der Christenheit gefährdenden Allianz ausgeliefert werde, um es in Rom von Henkershand verbrennen zu lassen[2].

---

1) Zwiedineck-Südenhorst, Die öffentliche Meinung in Deutschland im Zeitalter Ludwigs XIV. S. 104 gibt die Titel nicht vollständig. Es sind folgende, sämmtlich auf der Münchener Staatsbibliothek vorhandene Flugschriften: 1) Lettre d'un bourgeois de Cologne a un ami sur la prise de Bude et sur les autres affaires presentes. A Cologne chez Pierre Marteau 1686. Datiert vom 14. Sept. 1686. 2) Réponse d'un bourgeois de Treves a la lettre qui lui a été écrite par un bourgeois de Cologne sur la prise de Bude. A Treves ce 25. sept. 1686. 3) Seconde lettre d'un bourgeois de Cologne a son ami sur les affaires presentes. A Cologne chez P. Marteau ce 30. sept. 1686. 4) Deuxieme lettre qui sert de reponse et contient quelques autres réflexions sur la seconde lettre du bourgeois de Cologne. A Liege, chés Paul l'Enclume 1686. 5) Troisiéme lettre du bourgeois de Cologne, servant de reponse au bourgeois de Treves. A Cologne chez P. Marteau 1686 ce 10. novembre (ist Antwort auf Nr. 2). 6) Reponse au trois lettres du bourgeois de Paris, soidisant bourgeois de Cologne, par un homme desinteressé, A Cologne chez P. Marteau 1686. — Bemerkenswerth ist, daß eine der Antworten (Nr. 6) bei dem spekulativen Verleger des Kölner Bürgers erschienen ist.

2) Auch die Amsterdamer Zeitung, der „Raisonneur" brachte diese Nachricht, aber mit dem Zusatze: „ces nouvelles ne s'accordent gueres avec celles

Wie aber, wenn nicht der Papst, dem Frankreich aufs angelegentlichste die Politik des mit protestantischen Fürsten verbündeten Kaisers zu verdächtigen suchte[1]), sondern der Eroberer Ofens von der heiligen Liga zurücktrat, mit der Pforte einen vortheilhaften Frieden abschloß und seine Regimenter zum Schutze der Reichsgrenzen an den Rhein marschieren ließ?

In der Erwägung, daß man Frankreich und der Türkei schwerlich gewachsen sei, glaubten jetzt, nachdem sich die Lage im Westen verschlimmert, im Osten wesentlich gebessert hatte, Kurbrandenburg und Kurpfalz dem Kaiser zum Frieden mit den Osmanen rathen zu dürfen. Philipp Wilhelm meinte, der Kaiser sei vor Gott und der Welt entschuldigt, wenn er als Oberhaupt des Reiches, um dieses vor dem Untergange zu retten, nothgedrungen auf die Fortführung des heiligen Krieges verzichte. Polen, Venedig und selbst der Papst würden sich seinen Gründen nicht verschließen[2]).

In Wien wollte man bemerken, daß diese Vorstellungen auf den Kaiser nicht ohne Eindruck geblieben seien. „Gott inspirire in re tanti momenti Ihrer Majestät das beste" schrieb der Hofkanzler an den pfälzer Kurfürsten[3]). Aber der Kaiser war in Wahrheit längst entschlossen, den Krieg, den er mit der Schwärmerei eines Kreuzfahrers als ein Gott wohlgefälliges Werk ansah, womöglich solange fortzusetzen, bis die Ungläubigen ganz aus Europa hinausgetrieben seien[4]). Nur zwei Momente würden ihn, wie er einmal bekannte, zum Friedensschluß mit der Pforte vermocht haben: völliger Geldmangel oder ein unmittelbarer Angriff von anderer Seite. Die Mißhandlung des Reiches durch Ludwig XIV. zu verhindern, erklärte er sich außer Stand und legte mit echt Habsburgischer Geduld das Schicksal Deutschlands und seines Hauses einstweilen ge-

---

de Vienne, qui marquent, qu'on y a encor reçeu depuis peu une remise de 200000 escus de la part de sa Sainteté, ce qui fait, q'on doute fort de la vérité des premieres". Auszüge, offenbar Beilagen zu Wämpls Berichten, München. St.-A.

1) O. Klopp, Fall des Hauses Stuart 3, 237. 247. 447.

2) Kurpfalz an Stratman. Heidelberg 25. Okt. 1686. (Conc. München.) — Das Schreiben Kurbrandenburgs, auf das sich Philipp Wilhelm bezieht, ist in München nicht mehr vorhanden.

3) Stratman. Wien 10. Nov. 1686. (Or. München.)

4) Vgl. das Schreiben Avianos an den Kaiser von Ende 1686 bei O. Klopp, Corrispondenza 134.

faßten Sinnes in Gottes Hand[1]). Gleichwohl war er nicht gemeint, eine Stellung, ehe er sich von ihrer völligen Unhaltbarkeit überzeug hatte, zu räumen, und ließ seinen Ministern in der zur europäischen Angelegenheit gewordenen Bündnißfrage vorerst noch freie Hand.

Nicht ohne Widerspruch zwischen Regierung und Diplomatik ist dann die Frage zu Gunsten der Hohenlohischen Allianz entschieden worden. Der spanische Gesandte in Wien, Burgomainero, fand auf Grund seiner in Deutschland gesammelten Erfahrungen, daß eine Kreisallianz durch den voraussichtlich fruchtlosen Versuch, Spanien, Schweden und die Generalstaaten hineinzuziehen, nur gestört werde[2]), und Lobkowitz war der Ansicht, daß der Kaiser anstatt der ohnmächtigen, lediglich zur Allarmierung Frankreichs tauglichen Allianz besser in der Stille Bündnisse mit waffenmächtigen Reichsfürsten abgeschlossen habe[3]). Schließlich verhalf doch der Neuburgischen Hofpartei die Rücksicht auf die verbündeten Mächte zum Siege; denn in Madrid hätte man am liebsten die gesammte spanische Monarchie unter die Garantie des Reiches gestellt[4]), und Karl XI. pries die Allianz als das einzig mögliche und zugleich nöthigste Band, um „die Stände zu ihrer eignen Conservation zusammenzubringen“[5]).

Nur eine Rücksicht ließ man außer Acht, die Rücksicht auf Kurbaiern. Fürstliche Antipathien sprechen sich selten unmittelbar in diplomatischen Correspondenzen aus. Dennoch wird man Kurbaierns Zurückhaltung auf dem letzten Nürnberger Kreistage gutentheils auf Max Emanuels Mißgunst gegen den Neuburgischen Vetter, der vielleicht auch ihn, den kinderlosen, zu beerben bestimmt war

---

1) K. Leopold an Aviano. 19. Jan. 1687 a. a. O. 138. Ganz richtig faßt F. Wagner (Historia Leopoldi Magni 2, 67) die Politik des Kaisers in die Worte zusammen: „obfirmatus dissimulare vulnera, ferre omnia et perpeti“.

2) Zwiedineck, Augsb. Allianz 13.

3) Pufendorf, Lib. XIX. §. 32. S. 1555. Lobkowitz machte Spanheim gegenüber Kurpfalz zum Vater des Hohenlohischen Projektes: „per vetus consilium ab ipso semper ingestum de perpetuo milite in Germania alendo ei ansam dedisse, ac ad isthoc promovendum induxisse Stratemannum veterem clientem, cui et Koenigseckius assensus sit ob privatam utilitatem, quod ipse terras in Suevia habeat“.

4) O. Klopp, Fall des Hauses Stuart 3, 213.

5) Karl XI. an Snoilsky 13. Nov. 1686. Beilage zu Wämpls Relation vom 19. Dez. 1686 (München).

zurückführen dürfen. Um so mehr wäre es angebracht gewesen, sich mit den Forderungen des Kurfürsten auseinander zu setzen. Zwar ganz so schlimm, als in Nürnberg behauptet worden war, sah es mit Baiern nicht aus. Noch standen etwa 1400 Mann im Kurfürstenthum[1]), die jedoch durch Abgang von Mannschaften nach Ungarn bis zum Sommer 1688 thatsächlich auf 500 Mann zusammengeschrumpft sind[2]). Doch konnte man schon im Lande zu hören bekommen, der Kurfürst habe für seinen Kriegsruhm genug gethan und lasse sich und seine Armee besser durch andere Reichsfürsten ablösen[3]). Kurbaiern stand an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit, und es war unter diesen Umständen keine übertriebene Forderung, wenn der Kurfürst vor Ratification der Allianz nicht Erhöhung, sondern nur Fortzahlung der seither erhaltenen Subsidien bis Ende 1689 verlangte. Aber am Hofe des Kaisers stieß man sich, möglicherweise unter der Mitwirkung Neuburgischer Eifersucht, fast noch mehr an der Forderung des Generalats, welche die Erinnerung an die Zeiten Maximilians I. und Tillys wach rief, und als im Januar 1687 Anton, Freiherr von Berchem zur Einforderung von 352000 Gulden Subsidienrückständen nach Wien geschickt wurde, war auf die wiederholte Anfrage des Kurfürsten immer noch keine Antwort erfolgt[4]).

Den besten Beweis dafür, daß hier ein schwerer Fehler der kaiserlichen Politik vorlag, wird man darin sehen dürfen, daß Frankreich den Augenblick zur Sprengung der jungen österreichisch-bairischen Allianz für gekommen hielt. Im Januar 1687 wurde Villars als

1) Die Infanterieregimenter Montfort und Schwanenfeldt zu je 600 (8 Komp. à 75) und 4 neuerrichtete Freikomp. zu Pferd zu je 50 Mann. Gütige Mittheilung von Lieutenant Tauer. Vgl. auch Staudinger, Das k. bayr. 2. Inf.-Rgt. Kronprinz 121.

2) Nach Auflösung der obengenannten Regimenter standen ohne Verband in München 214, Ingolstadt und Braunau ungefähr je 150 Mann. Wie oben.

3) Leublfing an Bamberg. München. 29. März. (ps. 3. April) 1687. (Or. Reichscorr. 32, 103. Bamberg.)

4) Die hinterlassenen geh. Conferenzräthe an Max Emanuel, 10. Sept. 1686, mit einem vom 7. Sept. datierten Entwurfe eines kurfürstlichen Handschreibens an K. Leopold. (München). — Protokoll der Conferenz Königsecks und Stratmans mit Berchem vom 17. Januar 1687 bei Zwiedineck 18. — Subsidienabrechnungsreceß vom 8. Februar 1687 bei v. Aretin, Verzeichniß der bayer. Staatsverträge 264.

außerordentlicher Gesandter, um zum Tode der Kaiserin-Mutter zu condolieren, nach Wien geschickt und begab sich von dort, scheinbar nur zu Befriedigung seiner Neugier, nach München, um dem Kurfürsten von nun an auf Schritt und Tritt bis auf die Schlachtfelder Ungarns als Volontär zu folgen[1]). In dem seines Gleichen suchenden Intriguenspiel der nächsten Jahre hat Frankreich, obwohl die fast zu spät in Aktion getretene kaiserliche Politik nach Ausbruch des Krieges den Sieg davontrug, den Grund gelegt zu dem verhängnißvollen französisch-bairischen Bündnisse im spanischen Erbfolgekrieg. Die erste Rückwirkung seiner Versäumniß aber sollte Oesterreich sofort zu empfinden bekommen, als es Oranien für die Allianz zu gewinnen suchte[2]).

Die Generalstaaten hatten seit dem Frühjahre eine ähnliche Entwicklung wie Deutschland durchgemacht. Namentlich die an Kurzsichtigkeit den süddeutschen Kreisständen nichts nachgebenden kaufmännischen Kreise Amsterdams lebten wieder der trügerischen Hoffnung, daß sich der Friede auch ohne kostspielige Rüstungen erhalten lasse, und Oraniens und Fagels Kriegsprophezeiungen wurden von den hochmögenden Herren mit dem überlegenen Lächeln des Besserwissenden angehört. Mit Recht glaubte der kaiserliche Gesandte Kramprich angesichts der Uneinigkeit und Schwäche der vereinigten Provinzen betonen zu müssen, daß das Reich am besten seine Sicherheit in sich selbst suche, aber er irrte, wenn er gleichzeitig empfahl, die auf ihre Unentbehrlichkeit selbstgenügsam pochenden Generalstaaten herankommen zu lassen[3]). Oranien befand sich einem Theile der Provinzen gegenüber so ziemlich in der gleichen Lage wie der Landgraf von Hessen-Kassel gegenüber den Ständen der oberrheinischen Union, und der Bündnißantrag eines militärisch geeinten Deutschland würde seine Stellung innerhalb der Republik fraglos noch mehr befestigt haben. Aber er durfte wohl erwarten, daß man ihm nicht zumuthen werde mit luftigen Projekten vor die mißtrauischen, ängstlichen Börsendiplomaten der Provinzen zu treten.

1) Recueil des instructions. Autriche 114 ff. Bavière 82 ff.

2) Die Zusammenkunft Max Emanuels mit Victor Amadeus von Savoyen während des Karnevals in Venedig im Februar 1687 ist von Rousset und Carutti, wie ich an anderem Ort nachweisen werde, fälschlich mit der Augsburger Allianz in Zusammenhang gebracht worden.

3) O. Klopp, Fall des Hauses Stuart, nach Kramprichs Bericht vom 12. Sept. 1686.

Noch in Cleve hatte er auf die Hohenlohische Allianz große Hoffnungen gesetzt, obwohl er eben dort sich überzeugen mußte, daß Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg nicht danach verlange, seine überaus schwierige Stellung zwischen Schweden-Oesterreich und Dänemark-Frankreich durch seinen Beitritt sich noch mehr zu erschweren, wonicht unhaltbar zu machen. D'Avaux war noch im November fest überzeugt, daß das Dichten und Trachten des Prinzen einzig und allein auf Erweiterung des Augsburger Bundes gerichtet sei, und als verlautete, Zürich und Bern beabsichtigten die Abschickung von Deputirten nach dem Haag, schlug er sofort Allarm[1]).

Der Lärm hatte seinen Höhepunkt erreicht, und Amsterdam schickte sich, von d'Avaux zu einer „chose d'éclat" gedrängt, gerade an, den Staaten von Holland Reformation der Subalternoffiziere und Verringerung der Bezüge der Generale, Waldeck an der Spitze, — alles in allem ein Abstrich von 1,600000 Gulden — vorzuschlagen, als im Haag Graf Kaunitz als außerordentlicher Gesandter des Kaisers erschien, um die Generalstaaten und im Anschluß daran England für die Allianz zu gewinnen.

Schon die Ernennung des bisherigen Gesandten in München zum Botschafter in London war am Versailler Hofe mit Schadenfreude vernommen worden, da man dort ganz genau wußte, daß Max Emanuel als leidenschaftlicher Verehrer der Gräfin die Abberufung ihres Gatten um so übler empfinden würde, als er darin einen stillschweigenden Verweis seines von strengeren Grundsätzen

1) Nov. 22. Négociations 6, 9 fg. Vgl. ebenda 5, 321. — Verhandlungen mit den evangelischen Kantonen wegen Aufnahme der von Savoyen vertriebenen protestantischen Piemontesen haben damals in der That stattgefunden. Auf ein Schreiben der Kantone vom 28. Sept./8. Okt. 1686 äußerten die Generalstaaten am 10./20. Dez. 1686 unter Hinweis auf Sprachverschiedenheit und Klima ihr Bedenken gegen die Aufnahme von Piemontesen, da diese in Holland ihre Subsistenz nicht finden würden. (Or. Zürich.) Ueber Oraniens Verkehr mit der Schweiz habe ich nichts gefunden als ein vom 8. Juni 1686 datiertes Schreiben an Zürich, Bern und Schaffhausen (Or. Zürich), worin er den in eigenen Geschäften nach der Schweiz reisenden Generalquartiermeister H. v. Ivoy empfiehlt. Die Anhänger der Ansicht, daß Oranien, ähnlich wie in unseren Tagen nach den Historikern des Figaro Fürst Bismarck, in allem seine Hand gehabt haben müsse, werden freilich auch in dieser Notiz Nahrung für ihre Phantasien finden.

geleiteten kaiserlichen Schwiegervaters erblicken mußte[1]). Und die von Kaunitz selbst im Verein mit Königseck und Stratman redigierte Instruktion[2]) war vollends nicht geeignet, das, was in München verdorben war, durch diplomatische Erfolge im Haag wieder wett zu machen. Daß auch Schweden, das statt der 10000 Mann jetzt nur noch sein matrikularmäßiges Contingent für Bremen-Verden und Vorpommern stellen wollte, die Generalstaaten aufgefordert hatte, der Allianz beizutreten[3]), gereichte dieser kaum zur Empfehlung, und Oranien fand es unverständlich, daß sich der Kaiser auf den Beitritt Jakobs II. Hoffnung mache, während doch die Allianz, weil nicht einmal Kurbaiern ratificieren wolle, vermuthlich zerfallen werde. Wenn Kurbrandenburg, mit dem er leider in Cleve keine Allianz abgeschlossen habe, und Braunschweig-Lüneburg mit dem Beitritt vorangegangen wären, so hätten sich die Generalstaaten sicher angeschlossen. Jetzt aber könne er nur seine Verwunderung aussprechen, daß man, ohne sich vorher der Genehmigung des Kurfürsten zu versichern, diesen „soviel Rumor und Gelosie" erweckenden Tractat angefangen habe[4]).

Auf diesen Bescheid hin durfte Kaunitz freilich nicht mehr hoffen, am Hofe von Westminster mehr zu erreichen als im Haag. Der staatische Gesandte in London, Citters, brach in ein Gelächter aus, als ihm Kaunitz mittheilte, was man sich in Wien von Jakobs II. Friedensvermittlung verspreche[5]), und die erst im Juni 1687 zu einem unbefriedigenden Abschluß gelangten Verhandlungen über die Garantie des Waffenstillstands[6]) bewiesen nur aufs neue, daß, wie Ranke einmal bemerkt[7]), kein Fürst weniger Sinn für das europäische Gleichgewicht gehabt hat als dieser das erlaubte Maß insularer Beschränktheit überschreitende Stuart.

Unterdessen war auch in Deutschland Oraniens Prophezeiung in Erfüllung gegangen. Weder Hohenlohe noch der burgundische

1) Recueil. Bavière 82. Vgl. auch Heigel, Quellen u. Forschungen. N. F. 100. Anm. 3.

2) Vom 20. Sept. Bei O. Klopp 3, 255.

3) Carlson, Gesch. Schwedens 5, 333.

4) O. Klopp 3, 274 u. 450 nach Kaunitz' Bericht vom 14. Dez. 1686.

5) O. Klopp 3, 286 ff.

6) Londorp, Acta publica 13, 73. Das Schreiben Skeltons an Ludwig XIV. ist vom 8. Juni, nicht Juli 1687.

7) Engl. Gesch. 6 (SW. 19), 160.

Gesandte[1]) hatten verhindern können, daß die Nürnberger Novemberversammlung abgesagt wurde[2]). Stratman und Königseck fanden jetzt selbst, daß es besser sei, wenn vorläufig keine neue Kreisversammlung einberufen werde[3]), und der Kaiser gab dem pfälzer Kurfürsten zu bedenken, ob es für ihn rathsam sei, durch öffentliche Beschwerden über die Anlage von Fort-Louis „Frankreich je länger je mehr gegen sich zu irritiren, ohne daß hierab eine wirkliche zuverlässige Hülfe zu erwarten stehe“[4]). Hohenlohe sollte deshalb bis auf weiteres seine Thätigkeit darauf beschränken, „die willigen Stände in guter Meinung und Disposition zu erhalten“. Der Graf aber hatte nichts eiligeres zu thun, als den fränkischen Kreis wegen der Hüninger Fortificationen zu einer Probemobilmachung seines nur auf dem Papier stehenden Allianzquantums aufzufordern[5]), so daß sich sogar Kurbrandenburg veranlaßt sah, gegen diesen Unfug Einsprache zu erheben[6]). Und als dann Hohenlohe Anfang Dezember von dem Bischof von Bamberg Abschickung der 200 Mann nach der Pfalz, Aushändigung der Ratification und Einberufung eines Kreistages verlangte, versprach ihm der über die Sachlage ziemlich genau orientierte Prälat, um seiner nur „mit Manier loszuwerden“, im Februar oder März 1687 eine Kreisversammlung auszuschreiben mit dem stillen Vorbehalte, auch diese im letzten Augenblicke abzusagen[7]).

---

1) Vgl. Anhang Nr. XVII.

2) Der Eichstättische Hof- und Kammerrath Faber an Kreith. 6. Nov. 1686: der Kreistag finde nicht statt „weilen aniezo der punctus securitatis publicae mit dem p⁰. executionis armistitii et limitum pari passu zue Regenspurg tractieret werden will, wardurch dan ein universalwerck gemachet und die particulierallianzen von selbsten gehoben, folglich auch soviel kostbare craistäge ohnnöthig wurden, als welche ohnedem wie bekant nur ialousio erwecken“. Kreith an Kurpfalz. Neuburg 12. Nov. 1686. (Orr. München).

3) Nach dem in den Okt. oder Nov. gehörenden undatierten Conferenzprotokoll bei Zwiedineck 16.

4) Wien. 5. Dez. 1686. (Or. München.)

5) Hohenlohe an Nürnberg. Frankfurt a/M. 8. Okt. 1686: Erwartet, daß die Stadt „nicht allein das ihrige beitragen, mithin ihr wegen der allianz zu stellen habendes quantum parat halten, sondern auch andere dem Fränk. creise einverleibte reichsstette hierzue animieren werde“. (Kop. München.)

6) An Jena u. Schönbeck. 9/19. Nov. 1686. Anhang Nr. XVI.

7) Bamberg an Eichstätt 20. Nov. u. 8. Dez. (Anhang Nr. XVIII) 1686. An Leublfing 8. Dez. 1686: „Die einzigen, so vorged. extradition also stark und eiferig urgiren, seint Schweden und Burgund; indeme aber bekant, von

Daß Hohenlohe die Erklärung des Bischofs in gutem Glauben dahinnahm[1]), während dieser in Wien gewissermaßen um Schutz gegen den „mehr schädlichen als nützlichen Eifer" des Grafen bat[2]), darf uns nicht weiter Wunder nehmen, da selbst die Erfahrungen der Nürnberger Septemberversammlung spurlos an ihm vorübergegangen waren. Dagegen glaubt man, sich im Datum verlesen zu haben, wenn man findet, daß auf einem Tage der oberrheinischen Union zu Friedberg im Dezember 1686 nicht nur die Ratification beschlossen, sondern auch weitläufig besprochen wurde, ob Bankier Neufville in Frankfurt von allen Alliirten eine gemeinsame Instruktion erhalten solle[3]). Außer der kaiserlichen hatte Graf Windischgrätz schon im September die spanische und im November die schwedische Ratification empfangen[4]), aber er fand keine Abnehmer.

Der schwäbische Kreis vertagte nach Ratification der Tripleallianz die Berathung über den Augsburger Bund auf den nächsten allgemeinen Kreisconvent, um daraufhin nur noch engere Kreistage auszuschreiben[5]), und in Franken glaubte man schließlich, allein auf einem Deputationstage vor der fatalen Heimsuchung durch fremde Gesandte und einer Wiederauferstehung[6]) des „nunmehr völlig assopirten Allianzwerks" sicher zu sein, so daß sich dort bis zum

---

was reflexion beede ort der zeit feint, und daß in übrigen weder kaiserlicher- noch andererseits — vermuthlich Frankreich nicht weiter zu ombragiren — die sach pressirt werde, so stehet man dieser enden billich an, sich allein zu präcipitiren". — An Würzburg 18. Dez. 1686. (Reichscorresp. 32, 68. 73. 78. Bamberg.)

1) An Kurpfalz. Frankfurt 16. Dez. 1686 und an Wämpl. Anhang Nr. XIX. (München).

2) Bamberg an Eichstätt. 22. Dez. 1686. (Reichscorresp. 32, 80. Bamberg.)

3) In der Sitzung vom 2/12. Dez. Der Receß ist vom 13./23. Dez. (Marburg.)

4) Wämpl an Kurbaiern. Regensburg, 19. Sept. — Kreith an Kurpfalz. Neuburg 30. Okt. — Karl XI. an Snoilsky zunächst mit nur einem Exemplar der Ratification 13. Nov. 1686. (Orr. u. Kop. München.)

5) Recesse der engeren Kreisconvente zu Ulm vom 31. Aug. / 10. Sept. und 26. Nov. / 6. Dez. 1686, der letztere sich nur auf die Türkenhülfe beziehend. (Karlsruhe); ferner von 1687 Mai 22 / Juni 1 bei Londorp 13, 110.

6) Bamberg an Eichstätt. 23. u. 29. März 1687: „weilen bei convocirung eines engern craistags gleichergestalt die sorg bleibet, daß sich demselben nebst denen Oberrhein. auch andere frembde gesandtschaften unversehens einmengen". (Conc. Reichscorresp. 32, 102 u. 104. Bamberg). Der Deputationsreceß vom 9/19. April 1687 bei Londorp 160.

Frühjahr 1688 die Stände überhaupt nicht mehr versammelt haben. Kurfürst Philipp Wilhelm aber schrieb schon am 26. November 1686 an Kreith: „Von so vielen und zumahlen mit allerhand Apprehensionen und ombrage angesteckten Köpfen ist nichts anderes zu gewarten, als daß sie sich in dem gegenwärtigen dergestalt vertieft und also verblendet werden, daß sie die pericula notorie imminentia nit sehen, noch begreifen und sich immerdar mit lährer Hoffnung solang lactieren, bis man ihnen beneficio ordinis das dienstbare Joch frembden Dominats an Hals geworfen".

Die meiste Hoffnung hatte sich Philipp Wilhelm auf die Ausführung des Heidelberger Vertrages mit Kurbrandenburg vom 13. September gemacht. Allein auch diese zerrann in nichts, nachdem Fridag monatelang mit Fuchs, Meinders und dem Obermarschall Grumbkow verhandelt hatte. Erst wurde Frankenthal wegen seiner linksrheinischen Lage als Garnison der 500 Mann beanstandet, dann Service gefordert und verweigert, und zuletzt Ende Januar 1687 von Kurbrandenburg in Vorschlag gebracht, die 500 Mann nach Jülich zu verlegen, damit eine ebenso starke Abtheilung der dortigen Garnison für Frankenthal frei werde[1]). Es scheint, daß darauf Kurpfalz die Verhandlungen abgebrochen hat. Jedenfalls aber war Philipp Wilhelms Vertrauen auf die in dem kaiserlich-brandenburgischen Bündnisse zugesagte größere Hilfeleistung merklich erschüttert worden.

Und doch — wer sollte im Ernstfalle helfen, wenn nicht die norddeutschen Reichsfürsten mit ihren größtentheils im Lande befindlichen stehenden Heeren? Das Reich, ohnmächtig und schemenhaft, wie es sich als Ganzes darstellte, gewiß nicht. Auf Kurbrandenburgs Anregung war zwar durch Reichsgutachten vom 26. Oktober 1686 die Frage der Reichssicherheit zugleich mit der Grenzscheidungsfrage in Regensburg wieder einmal auf die Tagesordnung gesetzt worden[2]). Philipp Wilhelm meinte aber, ehe man damit fertig werde, könne der ganze Rheinstrom verloren gehen[3]), und einer

---

1) Fridag an Kurpfalz. 2/12. u. 26. Okt. 2. u. 9. Nov. 7. u. 14/24. Dez. 1686. 21. u. 28. Jan. 1687. Kurpfalz an Fridag 23. Nov. 1686 u. 1. Febr. 1687. (Orr. u. Conc. München).

2) Pachner von Eggenstorff 2, 600. Bestätigt durch kaiserl. Kommissionsdekret vom 4. Dez. a. a. O. 602.

3) An Fridag. Heidelberg, 12. November 1686: „ob aber die benachbarte craise, ja das reich selbsten werde seiden dabei spinnen, dörfte die zeit leider alzufrühe lehren". (Conc. München.)

Denkschrift Gottfrieds von Jena aus dem Sommer 1686 merkt man es an, daß er sich nur verdrossen der undankbaren Aufgabe unterzog, ohne genauere Kenntniß der kurbrandenburgischen Politik und ihrer Ziele im Kurfürsten- und Fürstenrathe leeres Stroh zu dreschen[1]). Und wenn selbst das unterblieb, weil Frankreich bald wieder für eines der beliebten endlosen Reichstagsintermezzos sorgte, so würde man doch in Regensburg in Anknüpfung an die Beschlüsse von 1681 auf die aus Kreiscorps sich zusammensetzende Reichsarmee zurückgekommen sein, und wer hätte sich gerade jetzt dafür erwärmen sollen, nachdem alle Kreisallianzen, zu denen in gewissem Sinne ja auch Hohenlohes totgeborenes Kind gehörte, sich bankerott erklärt, und vor allem die am meisten dabei interessierten Kreise den Glauben an die eigene Sache verloren hatten.

So gewann das verfehlte Experiment des Augsburger Bundes auch in diesem Zusammenhange betrachtet gegen den Willen seiner Stifter, die — man möchte sagen — diagnostische Bedeutung, daß es die bis dahin weniger deutliche Grenzlinie zwischen Macht und Ohnmacht haarscharf zeichnete. Aus dem Gegensatze zwischen „Armierten" und „Nichtarmierten" wurde, seitdem man wußte, wie sehr der einzige süddeutsche Militärstaat, Kurbaiern, das eigne Land zur Zeit von Truppen entblößt hatte, ein noch nie politisch oder gar militärisch so allgemein empfundener Gegensatz von Nord- und Süddeutschland. Diesseits der Mainlinie ein Chaos mehr oder weniger wehrloser Kleinstaaten, jenseits derselben Kurbrandenburg, Kursachsen, Hannover und Hessen-Kassel, dieselben, die dann Ende 1688 Frankreich zuerst entgegen getreten sind.

Und nicht genug damit — dieser norddeutsche Bund war protestantisch, der politisch-militärische Gegensatz fiel mit dem religiösen zusammen. Der quartierlüsterne unbequeme Nachbar konnte es sich eines Tages, die Gunst des Augenblickes benutzend, einfallen lassen, in den zunächst gelegenen Bisthümern für immer Quartier zu beziehen. Münster, Hildesheim, Paderborn und das ohnehin schon der katholischen Kirche halb entrissene Osnabrück schwebten, so schien es, in fortwährender Gefahr, säkularisiert zu werden[2]).

Wo man hinhorcht, vernimmt man seit Ende 1686 die gleichen Klagen und Befürchtungen. Kurköln benutzt sie in der allerdings

1) Am 15. Aug. Anhang Nr. XIV.
2) Vgl. Anhang Nr. XXI b.

eitelen Hoffnung, Max Emanuel vielleicht von dieser Seite beizukommen[1]). Bamberg kann und will es nicht glauben, daß der Kaiser dem Reiche keinen anderen Schutz als die protestantischen Fürsten wisse[2]), und als Kurbrandenburg Ende 1687 seine alten Ansprüche auf Kriegsentschädigung aus der Zeit des letzten Schwedenkrieges erneuert, ist nur Johann Gottfried von Würzburg unbefangen und begehrlich genug, den Annexionsgedanken an sich nicht so ohne weiteres von sich zu weisen, in der stillen Hoffnung vielleicht auch sein Hochstift durch einige Reichsstädtlein abrunden zu können[3]).

Und diese nervöse Angst ergreift keineswegs allein die Kirchenfürsten. Fridag, der kaltblütigste aller österreichischen Diplomaten, dessen Art es sonst am wenigsten ist, aus diplomatischer Wichtigthuerei seine Berichte mit sensationellen Nachrichten auszustaffieren, — auch er glaubt schon im Juni 1686, daß ein Defensivbündniß zwischen sämmtlichen Augsburgischen Confessionsverwandten im Werke sei, ja er nennt schon Meinders als Unterhändler[4]), und als im November der zur französischen Hofpartei gezählte brandenburgische Geheimerath wegen der schleswig-holsteinischen Frage nach Dresden geschickt wird[5]), zweifelt er nicht mehr, daß Kurbrandenburg, Kur-

1) An Kurbaiern. Bonn 8. Dez. 1686: Klagt, daß man den akatholischen Ständen gestatte, ihre Völker auf Kosten anderer Reichsstände zu unterhalten, wodurch sie nicht allein jene an der Türkenhilfe verhinderten, sondern auch „die in diesen orten noch ubrige wenige catholische völlig vertreiben und vertilgen können . . . alles underm **praetexte** einiger dem reich oder J. K. M. leistender diensten, da doch dieselbe gegen den erbfeind nichts als gegen gnugsame belohnung praestiret, noch auch zur befestigung des friedens mit der cron Franckreich contribuiren". In seiner Antwort vom 17. Dez. 1686 bezieht sich Max Emanuel ganz kurz auf die Vota Wämpls gegen die den Reichsconstitutionen zuwiderlaufenden eigenmächtigen Einquartierungen. (Or. u. Conc. München.)

2) An Landsee. 23. Februar 1687. (Reichscorresp. 32, 93. Bamberg.)

3) An Bamberg. Würzburg 4. (praes. 5.) Dez. 1687: Erklärt sich gegen Kurbrandenburgs Entschädigung in Landschaften, „es wäre dan sach, daß die sambtliche reichsfürsten sich in die reichsstätte zu vertheilen und solche zu repartiren hetten, da den für die geistliche fürsten die repartition vortheilhaftiger als die in anno 1648 fallen solte". (Or. a. a. O. 32, 148.)

4) An Kurpfalz. Berlin 25. Mai/4. Juni 1686: „Das project dessen wird von einem hiesigen cuhrf. ministro sorgfaltig abgefasset und weilern derselbe yedesmahlen das Franz. interesse vor augen gehabt, also suechet er alles, was nur einigermaßen diesen religionspunct concerniret, zu seinem negotio zu zihen und neue mißverstandnüs daraus zu erwecken". (Or. München.)

5) Weisung an Meinders. Potsdam 4. Nov. Am 29. Nov. 1686 schreibt

sachsen, Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Kassel ihr Absehen auf die geistlichen Güter gerichtet haben[1]). Und wenn auch Fridags Argwohn nicht vorhält, wenn auch der Wiener Hof, nicht zum wenigsten auf seine beruhigenden Versicherungen hin[2]), den norddeutschen Fürsten die Wacht am Rhein überlassen zu dürfen glaubt, so träumt doch der alte pfälzer Kurfürst noch lange von Religionsallianzen und seine Besorgniß, das Reich zum Spielball der fremden Mächte gemacht zu sehen[3]), wächst durch einen Antrag, womit ihn einer der ehrgeizigsten Fürsten jenes angeblichen norddeutschen Bundes, Herzog Ernst August von Hannover, noch vor Ende des an Projekten und Plänen so reichen Jahres 1686 überrascht.

In einer politischen Monatsschrift jener Zeit, dem in Parma erscheinenden „Mercure historique" heißt es im Februar 1687 (S. 425) von Ernst August: „Alle seine Nachbarn rüsten; er muß dasselbe thun und er verkauft sich dem ersten, der ihn bezahlen kann". Der Publicist will mit diesen Worten keinen Vorwurf erheben, seine Absicht geht nicht weiter, als die Zwangslage des Welfen zu schildern, und seine Schilderung ist in der Hauptsache zutreffend.

Ernst August war nach zweijähriger Abwesenheit aus Italien noch gerade rechtzeitig heimgekehrt, um mit seinem Bruder Georg Wilhelm von Celle und Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg Anstalten zum Entsatze Hamburgs zu treffen, mit welchem Erfolge, haben wir gesehen. Allein das Feuer glimmte unter der Asche fort. Noch war die schleswig-holsteinische Frage unentschieden. Die letzte Abrechnung mit Hamburg war von Dänemark wie von Celle nur vertagt worden, und das gute Einvernehmen der welfischen Brüder mit Kurbrandenburg hatte sich binnen kurzem wieder in die bitterste Feindschaft verwandelt[4]). Ernst August konnte also so

---

der Kurfürst nach Rückkehr seines Gesandten an Celle und Hannover, Kursachsen wolle zur Beilegung der Gottorpischen Sache das seinige beitragen. (Berlin.)

1) Fridag an Kurpfalz. Berlin 20./30. Nov. 1686: Meint, es könnte „sich leichtlich dahin anschicken, daß eben die waffen, welche man zu erhaltung des allgemeinen wesens einzurichten bemühet ist, in ipsa imperii viscera et contra bona ecclesiastica gewendet werden dörften". Ders. Berlin 7. Dez. 1686. (Orr. München.)

2) Vgl. Urkk. u. Aktenst. 14, 1346.

3) An Fridag. Heidelberg. 14. Dez. 1686. (Conc. München.)

4) Fridag an Kurpfalz, Berlin 1686: „daß die diffidens mehr dan ye-

wenig wie seine Nachbarn daran denken, die eben erst bedeutend erhöhte Friedenspräsenzstärke seiner Armee wieder herabzusetzen, und auch ihn beschäftigte in immer steigendem Maße die Frage, wie die Finanzen seines Landes mit dem Militäretat in Gleichgewicht zu halten seien. Ohne Subsidien ließ sich nicht weiter wirthschaften, und wenn in der kriegerischen Epoche von 1689 bis 1714 die norddeutschen Reichsfürsten fast durchgängig aus Subsidienhunger ihre Truppen und einer oder der andere wohl auch seine Politik in den Dienst der Seemächte gestellt haben, so bleibt es doch beachtenswerth, daß sie ihr Glück zunächst innerhalb der Reichsgrenzen versucht haben.

Sehr verschieden fielen jedoch diese Versuche aus. Kurfürst Friedrich Wilhelm wünschte, um die Pfalz, Trier und die Stadt Köln besser bedecken zu können, seine Armee auf 16000 Mann zu verstärken. Wenn ihm der Kaiser insgeheim „per modum conniventiae“ gestattete, sich durch Quartiere innerhalb anderer Territorien in einer seinen Mehrausgaben entsprechenden Weise schadlos zu halten, hätte er gar nichts dagegen gehabt, wenn ihn der Reichshofrath zur Wahrung des Scheines wegen seines verfassungswidrigen Beginnens zur Rechenschaft ziehe[1]). Hessen-Kassel hielt es für das sicherste, sich bei Zeiten vom Kaiser die seinem Direktorium unterstellten Stände der oberrheinischen Union für den Kriegsfall „assignieren“ zu lassen[2]), und obgleich Kursachsen in den Jahren vor dem Kriege nichts von sich hören ließ, haben doch die Ernestiner — wie sich später herausstellte mit Recht — nicht bezweifelt, daß es sich gegebenen Falls, ohne viel nach Kaiser und Reich zu fragen, seine „Assignationen“ auf eigene Faust aussuchen werde[3]). Nur Hannover hat eine Reform der Reichskriegsverfassung in Vorschlag gebracht, und in der Überzeugung, daß man, wie Pufendorf es einmal ausdrückt[4]), die

mahlen schwischen [sic] beiden heusern resussitiret und meine gute officia und vihle bemühung hiermit ziemblichen zu boden ligen“. (Or. München.) Vgl. über diese die Festung Dömitz betreffenden Streitigkeiten auch Urkk. u. Aktenstücke 14, 1321.

1) Fridag an K. Leopold. 10. Februar 1687. Urkk. u. Aktenst. 14, 1345.

2) Vgl. Anhang Nr. XIV.

3) Vgl. oben S. 56, bes. Anm. 3, und Fester, Die armirten Stände S. 86 ff.

4) Am Schlusse eines von Varrentrapp in Sybels hist. Z. 34, 214 ff.

krumme Figur der Reichsverfassung ihrer Verhärtung wegen eher zerbrechen als gerade richten könne, war Ernst August kühn genug, den Kaiser durch Philipp Wilhelm zu einem Umsturz der Verfassung auffordern zu lassen.

Denn auf nichts geringeres lief der Vorschlag hinaus, mit dem der hannöversche Oberhofmarschall Franz Ernst von Platen Ende Dezember vor Kurfürst Philipp Wilhelm trat[1]). Der Gedanke einer Militärconvention zwischen den mächtigeren und schwächeren Reichsständen war nicht neu, aber zum Grundgedanken einer Reform wurde er hier nach einer scharfen Kritik aller bisherigen Reichsflickarbeiten, einschließlich der Augsburger Allianz, zum ersten Male gemacht. Die Reichsarmee sollte sich danach künftig aus neun Armeecorps unter dem Kommando des Kaisers, der Kurfürsten von Baiern, Sachsen, Brandenburg und der Pfalz, der Herzoge von Hannover und Celle, des Landgrafen von Hessen-Kassel und des pfälzischen in Düsseldorf residierenden Kurprinzen Johann Wilhelm zusammensetzen. Als lediglich zahlende Stände wären somit alle übrigen, so sehr es der Entwurf zu bemänteln suchte, der Militärhoheit, des sogenannten jus armorum, völlig entkleidet worden, und nur im Reichskriegscollegium, das dem Kaiser als obersten Kriegsherrn mit sehr unklar formulierten Funktionen zur Seite treten sollte, hätten sie einreißende Mißbräuche und Übergriffe der kommandierenden Fürsten zur Sprache bringen können. Aber auch eine Beschränkung des Bündnißrechtes wurde beantragt, so zwar, daß nicht einmal der Kaiser ohne Vorwissen des Reiches sich mit auswärtigen Mächten verbünden durfte. Und da von den zahlenden Ständen nicht zu erwarten war, daß sie sich aus freien Stücken zu dieser Reform verstehen würden, sollte der Reichstag erst nach vorausgegangener Verständigung zwischen dem Kaiser und den kommandierenden Fürsten mit der vollendeten Thatsache überrascht und nöthigenfalls zu ihrer Anerkennung gezwungen werden.

Man möchte bezweifeln daß in Hannover ein Staatsstreich, wie er hier vorgeschlagen wurde, für ausführbar gehalten worden

---

veröffentlichten Briefes an den Landgrafen von Hessen-Rheinfels vom 1. Nov. 1691.

1) Instruktion vom 2./12. Dez. 1686. Ich habe das merkwürdige Aktenstück mitsammt den pfälzischen Gutachten ungekürzt im Anhang Nr. XX—XXIb zum Abdruck gebracht. Das Recreditiv Philipp Wilhelms für Platen ist vom 31. Dez. 1686 (Cr. Hannover).

ist. Allein der dem Oberhofmarschall mitgegebene umfangreiche statistische Apparat[1]) schlägt alle derartigen Bedenken nieder. Da finden sich Kostenanschläge einer zu zwei Drittel aus Infanterie, zu einem Drittel aus Kavallerie und Dragonern bestehenden Reichsarmee von 52000 Mann, vergleichende Tabellen der alten und neuen Matrikel, ins Detail gehende Angaben über den Ertrag eines Römermonats. Der Beitrag der kommandierenden Fürsten an Mannschaft, der zahlenden Stände an Geld wird je nach verschieden angesetzter Präsenzstärke der Reichsarmee aufs genaueste berechnet und festgestellt, daß zu 52000 Mann die „nicht armierten" Stände jährlich 4, 963 984 Thaler aufzubringen haben, das heißt 881464 Thaler mehr, als die Erhebung von 130 Römermonaten bei ihnen ergeben würde.

Und auch der Grund, weshalb Heidelberg zum Ausgangspunkt von Verhandlungen über diesen Verfassungsentwurf gewählt wird, ist ersichtlich. Man rechnet mit der Nothlage Philipp Wilhelms, der sich ja auch an Hannover hülfeflehend gewandt hatte und bisher immer auf die Rückkehr Ernst Augusts aus Italien vertröstet worden war. Ohne ihn wäre in Wien doch nichts zu erreichen, man versucht also lieber durch ihn die Sache in Fluß zu bringen. Und nichts wird versäumt, ihm den Entwurf mundgerecht zu machen. Der Düsseldorfer Nebenregierung Johann Wilhelms wird ein eignes Armeekommando zugedacht, sodaß Pfalz-Neuburg zwiefach im Kriegsrath vertreten wäre. Der Kurfürst hat es künftig nicht mehr nöthig, um Hilfstruppen zu betteln, zu dem Kommando wird ihm auf Reichskosten zugleich eine Armee geschenkt. Mit Kurbaiern allein theilt er sich in die Vorherrschaft des katholischen Deutschland und erfreut sich größerer Rücksichten als der Kaiser, dem der Verfassungsentwurf zur Unterhaltung seiner Armee außer seinen Erblanden nur den Rest des burgundischen Kreises, die spanischen Niederlande, zuweisen möchte.

Nur in einem versah es der Entwurf gründlich. Den fünf protestantischen entsprachen bloß vier katholische Bundesfeldherrn, den obersten Kriegsherrn miteingerechnet, und das in einem Lande, wo man selbst bei der Ernennung von Brodbäckern und Musterschreibern streng auf konfessionelle Parität zu sehen pflegte.

---

1) Hannover, St.-A. Calemb. Briefs Arch. Des. 24 c. Pfalz 63 fol. 21 ff.

Gleich hier war also ein Stein des Anstoßes, über den der pfälzer Kurfürst unmöglich hinauskommen konnte. Andrerseits glaubte er aus der zuversichtlichen Sprache des hannöverschen Vorschlages herauszuhören, daß der norddeutsche Bund bereits geschlossen sei und, durch die Generalstaaten und die nordischen Kronen verstärkt, die Revision der Reichsverfassung auch gegen den Willen des Kaisers durchzusetzen hoffe. Und wenn auch der einflußreichste der kaiserlichen Staatsmänner, Stratman, nicht so schwarz in die Zukunft sah und vielmehr besorgte, daß die geistlichen Fürsten und Kurfürsten durch die Furcht vor ihren protestantischen Beschützern zu verzweifelten Beschlüssen getrieben würden [1]), so wurde doch Philipp Wilhelms Rath, auf das Reformprojekt scheinbar einzugehen, vom Kaiser gebilligt und Ernst August aufgefordert, seinen Wiener Gesandten zu instruieren oder einen besonderen Unterhändler an den kaiserlichen Hof zu schicken.

Ob darauf von Hannover in Wien weitere Schritte gethan worden sind, kann ich nicht sagen, halte es aber für unwahrscheinlich. Nur soviel steht fest, daß Platen mit dem pfälzischen Kanzler Johann Ferdinand von Yrsch über die Verbesserungsvorschläge, mit denen man ihm in Heidelberg die Taschen vollgestopft hatte, in lebhafter Correspondenz blieb [2]) und daß Hessen-Kassel, von Hannover ins Vertrauen gezogen, im Juni 1687 seine Assignationspolitik als praktischer empfahl [3]), nachdem bereits im April Ernst August in Aachen des Wartens müde mit Frankreich wegen eines Subsidienvertrages angeknüpft hatte [4]).

Wie es dann kam, daß Frankreich trotzdem 1688 Hannover in

---

1) Stratman an Kurpfalz. Wien 16. März 1687: „Wolte godt, daß J. K. M. die mittel hetten, bei wehrendem turckenkrieg den Rhein zu versichern. Nachdem sie aber zu ausfuhrung dieses schweren kriegs neben ihren eigenen auch die Churbeyersche, Schwäbische, Franckische und einige Oberrheinische employrn müssen, so bleibt im reich wenig ubrig als lauter acatholische, welche wan dem Rhein sich allein nähern solten, so ist zu befahren, daß die geistliche chur- und fürsten aus furcht der religion und der stifter gefahr desperate consilia fassen durften". (Or. München.)

2) Eine chiffrierte Stelle in einem Briefe Philipp Wilhelms an Stratman vom 1. März 1687 (Conc. München) über diese geheime Correspondenz wird vermuthlich nicht mehr als eine Erinnerung an den pfälzischen Vorschlag enthalten, worauf Stratmans oben citierter Brief vom 16. März die Antwort ist.

3) Anhang Nr. XXIV.

4) Droysen III 3, 834.

der vordersten Reihe seiner Gegner stand, gehört in die noch sehr der Aufklärung bedürftige Vorgeschichte des Magdeburger Bundes. Für uns erübrigt es, soweit es noch nicht geschehen ist, auf die militärischen Zustände des südlichen und westlichen Deutschlands nach dem Zerfall der Allianz einen Blick zu werfen.

Obgleich sich über das kurpfälzische Militärwesen vor dem Orléansschen Kriege keine Akten erhalten haben, setzen uns vereinzelte Notizen doch in die Lage, uns ein ziemlich deutliches Bild desselben zu machen. Da finden wir nun gleich zu Anfang 1686, also zu einer Zeit, wo der Kurfürst allenthalben um Hilfe wirbt, daß er dem Kurfürsten von Sachsen einen wegen Reduktion seiner Miliz entlassenen Offizier empfiehlt[1]). Ein Jahr später[2]) rückt der vom Reiche verlassene Kurfürst gegen Stratman mit dem Geständniß heraus, daß er seine geringe Miliz, wie tapfere Leute es auch seien, nicht mehr zu verpflegen wisse, obwohl er zur Besetzung seiner Festungen und haltbaren Plätze außer dieser „noch so vil und aber so vil" vonnöthen hätte. Lassen wir ihn selbst seine Gründe angeben. „Wie schwär — schreibt er — es mich ankomme und was für iudicia über mich gehen werden, wenn sich meine Nachbarn erinnern, daß ich sie und andere immerdar umb Assistenz in besagte meine Vöstungen angeruefen und ich aniezo von den meinigen selbsten einige dimittiere, kann der Herr Graf leichtlich erachten. Es ist aber nit zu endern und beraits dahin gekomen, da ich die Miliz nit in etwas erleuchtere, so verlaufen mir meine Underthanen, wan denenselben noch ein größerer Last solte auferladen werden. Unterdessen mueß der liebe Gott meine Vöstungen und Lande bewahren und beschüzen, und ich erwarten, was Frankreich dieser Ends anfangen werde". Er bietet daher dem Kaiser eine (ohne die prima plana) 120 Köpfe starke Kompagnie Dragoner an. Dabei hat es aber keineswegs sein Bewenden; denn nach vierzehn Tagen dringt er auf Antwort wegen der Dragonerkompagnie und — wegen der angebotenen 1200 Mann Infanterie[3]). Und wenigstens die Dragoner scheint er auf diese Weise losgeworden zu sein, da Stratman Befehl erhält, mit dem Präsidenten des Hofkriegsraths,

1) Heidelberg, 30. Januar 1686. (Conc. München.)

2) Heidelberg. 1. März 1687. (Conc. a. a. O.)

3) An Stratman. Heidelberg. 15. März 1687. (Conc. München.)

Markgraf Hermann, wegen provisorischer Zutheilung der Kompagnie zu dem Dragonerregiment Kiesel oder Styrum zu reden[1]).

Was nach diesen Reduktionen noch übrig blieb, wird die Zahl von 3000 Mann schwerlich überschritten haben, weil die Besatzung der Hauptfestung Mannheim bei Beginn der Belagerung nur aus 1050 Mann ohne die aus Maurern, Wiedertäufern und Juden zusammengestoppelten Feuerwehrkompagnien bestand[2]). An einen ernsten Widerstand gegen die Armee des Dauphin war hier also wirklich nicht zu denken. Aber die Disciplinlosigkeit der Truppen, die sofort nach Beginn der Belagerung ausbrechende Meuterei der Mannheimer und Frankenthaler Besatzung ist nicht aus der verzweifelten Lage, noch aus den langen Löhnungsrückständen allein zu erklären. Schon im Mai 1686 weiß der kurbrandenburgische Gesandte von Mandelslohe von einer Revolte in Frankenthal zu berichten, die erst durch Starhembergs energisches Einschreiten gestillt wurde, nachdem die zur Herstellung der Ordnung hingeschickten Dragoner nahezu Schläge bekommen hatten[3]).

Und nicht viel besser sah es in dem nahen kaiserlichem Schutze anvertrauten Philippsburg aus. Im Dezember 1686 hören wir wohl von der Absicht des Kaisers, für die Festung in Vorderösterreich vier neue Kompagnien anwerben zu lassen[4]). Ein Jahr später bitten der Oberkriegskommissär und der Proviantverwalter zu Philippsburg den pfälzer Kurfürst, dem Kaiser, an den sich Graf Starhemberg wiederholt vergeblich gewandt habe, den Nothstand der Festung vorzustellen. Der Proviant reiche nicht mehr für den laufenden Monat, und aus Geldmangel könnten weder die aller Orten einfallenden Festungswerke hergestellt noch die abgehenden Zeugrequisiten ersetzt werden[5]). Bei der Kapitulation am 28. Oktober

1) Stratman an Kurpfalz 16. März. Vgl. oben S. 126 Anm. 1.

2) So nach Trierweiler, Churpfälz. Militäretat von 1772 S. 64 fg. (Handschrift des k. bair. Kriegsarchivs München.) Die 1050 Mann setzten sich folgendermaßen zusammen: Lautiller 200, Püchet 250, Wildhausen 200, Loget 125, Averkamm 125, Piemonteser 150. Auffallend ist die so sehr verschiedene Stärke der Kompagnien. Die Piemontesen waren wohl kaum eine reguläre Truppe, sondern nach Mannheim geflüchtete savoyische Unterthanen.

3) An Kurbrandenburg. Heidelberg. 21/31. Mai 1686. (Or. Berlin.)

4) K. Leopold an Philipp Wilhelm. 6. Dez. 1686.

5) Wolfgang Wilhelm v. Bälckeren u. Wolfgang Stärzer an Kurpfalz 7. Dez. Kurpfalz an K. Leopold 24. Dez. 1687. (München.)

1688 verließen nach Vaubans Bericht[1]) ungefähr 1600 Infanteristen und 80 Artilleristen die Festung, deren Vertheidigung angeblich 300 Mann gekostet hatte[2]). Aber hier hat doch ein kleines Häuflein mit einem tapferen Soldaten an der Spitze genügt, eine ganze Armee mit einem Ingenieur wie Vauban und mit dem besten Belagerungsmaterial der Welt länger als einen Monat vor einer verwahrlosten Festung aufzuhalten.

So bejammernswürdig also auch der greise Kurfürst erscheint, als er im Oktober 1688 Heidelberg auf Nimmerwiedersehn verläßt, laut klagend, daß man seine Prophezeiungen nicht gehört habe[3]), so fehlt doch seinem Lebensabschluß die Tragik des Heldenschicksals, und wenn er kurz vor Einmarsch der Franzosen behauptet hat, daß sein Militär mehr als die Hälfte seiner Landeseinkünfte verschlinge[4]), so brauchen wir ihm das nicht aufs Wort zu glauben. Karl Ludwigs Schwester Sophie von Hannover fühlte sich durch ihn an den Philosophen erinnert, der nach den Sternen sehend in den Graben fiel. Ihr Bruder, meinte sie, habe ungeachtet des Aufwandes für eine Armee von 6000 Mann und für eine stattliche Hofhaltung baares Geld hinterlassen, während Philipp Wilhelm keinen rothen Heller besitze und rein gar nichts gegen die drohende Gefahr gethan habe. In der Familienpolitik Philipp Wilhelms sah sie die einzige Erklärung der räthselhaften pfälzischen Finanzwirthschaft, und Leibniz konnte nicht umhin, ihrem herben Urtheile beizupflichten, nachdem er die näheren Umstände der Kapitulation Mannheims erfahren hatte[5]).

In der That gibt es für das Thun und Treiben des Pfälzers seit 1687 keine andere Erklärung als seine völlige Hingabe an eine

1) Rousset, Histoire de Louvois 4, 138.

2) Die bisher allgemein geglaubte, auf französische Quellen (Rousset 4, 120) zurückgehende Erzählung von Starhembergs völliger Überraschung durch die französische Belagerungsarmee ist eine Fabel. Schon am 14. Sept. 1688 schrieb Starhemberg an Baron Landser, daß er eine Belagerung von Philippsburg zu besorgen habe. Landser an Bamberg. Konstanz 4 (ps. 8. Okt.) 1688 (Cr. Reichscorr. 33, 53. Bamberg). Der Jagdausflug wird also wohl eine Rekognoscierung gewesen sein. Auch Vaubans obengenanntem Bericht merkt man die Absicht an, den Ruhm des Deutschen zu verkleinern.

3) An Stratman. Heidelberg 6. Okt. 1688. (Conc. München.)

4) An denselben. Friedrichsburg. 17. Aug. 1688. (A. a. O.)

5) Sophie an Leibniz. Hannover 4. Nov. Leibniz an Sophie. Wien 28. Nov. 1688. Leibniz, Werke (Ausg. von O. Klopp) 7, 57 ff.

Familienpolitik, deren weitführende Combinationen ihn seine verzweifelte Lage fast vergessen ließen. Vor allem die Krönung seines Enkels Josef wünschte er noch zu erleben, um wie Simeon ausrufen zu können: Herr nun läßt du deinen Diener in Frieden fahren[1]). Seit dem August 1686, vielleicht auch schon früher, dreht sich sein Briefwechsel mit Stratman vornehmlich um „das große Hauptwerk“, doch hat der Kaiser erst nach der Eroberung Ofens dem unermüdlich drängenden gestattet, mit dem Kurerzkanzler des Reiches Verhandlungen einzuleiten[2]). Er aber gab sich damit nicht zufrieden, sondern brachte im Januar 1687 einen allgemeinen Fürstentag in Vorschlag, weil er sich von einer persönlichen Zusammenkunft des Reichsoberhauptes und sämmtlicher Reichsfürsten in Regensburg außer der Wahl Erzherzog Josefs sozusagen die Erfüllung aller reichspatriotischen Wünsche versprach[3]). Allein die Verhandlungen mit Kurmainz stockten nach mehrfacher Unterbrechung sehr bald fast gänzlich[4]), und mit den absagenden Briefen der Kurfürsten[5]) lief die

1) So am 8. Nov. 1687 an Stratman. (Conc. München.) Die erste Erwähnung des Planes finde ich in einer Antwort Stratmans, Wien 15. Aug. 1686 (Or. München), auf eine Mahnung des Kurfürsten. Wahrscheinlich ist jedoch in den chiffrierten, leider nicht aufgelösten vorausgehenden Briefen schon davon die Rede. Wagner (Historia Leopoldi Magni 2, 151) hat in dem Kurfürst und Stratman die Urheber des Krönungsplanes vermuthet, nur verlegte er ihn irrig nach Josefs Krönung zum Könige von Ungarn. Vgl. Pribram, Oesterreich und Brandenburg 1688—70 S. 29 fg.

2) Stratman an Kurpfalz. Wien 10. Nov. 1686. Ders. 29. Nov. 1686: Die letzte Verrichtung des pfälzischen Kanzlers Yrsch in Mainz sei entscheidend. Nach hiesigem Brauch komme jetzt die Sache in Conferenz, wozu er den Reichshofrathspräsidenten von Öttingen vorschlägt. „Mir hat mit heutiger ordinari der kurmainzische Kanzler Bertram geschrieben, dem churfürsten seinem herrn komme die angesetzte zeit etwas zu eng vor und begehre er den aufsaz des kais. ausschreibens an chur- und fursten vorher wohl zu sehen, ehe er abgehen mogte, welches J. K. M. abermalen verdacht macht“. (Orr. München.)

3) Kurpfalz an Stratman. Heidelberg 14. Dez. 1686: „aut nunc aut nunquam, es ligt scepter und kron, auch die conservation oder verlust des reichs daran“. (Or. München.)

4) Kurpfalz an Stratman. Friedrichsburg 24. Mai 1687. (Conc. München.)

5) Kurtrier an Kurpfalz. Ehrenbreitstein 6. Febr. Kurbrandenburg an Kursachsen. Potsdam 19. Febr. (Kop. bei Fridags Berichten.) Dasselbe an Kurpfalz. Potsdam 21. Febr. / 3. März. Kursachsen an dass. Torgau 6/16. März 1687. (Orr. München.)

Nachricht ein, daß Kurmainz das pfälzische Einladungsschreiben nebst seiner Antwort Ludwig XIV. mitgetheilt habe [1]).

Auch seine Kinder, Söhne und Töchter, dachte er mit nichts geringerem als Kronen und Bischofsmützen zu schmücken. Als 1687 Marie Sophie die Gemahlin König Peters von Portugal wird, hofft der Vater, daß sie „mit ihren nocturnis consiliis" ihrem Bruder Karl Philipp zu der Hand der Infantin von Portugal verhelfe [2]). Sollte daraus nichts werden, so hat er bereits eine andere Partie für seinen Sohn in Aussicht genommen. Am 8. April 1687 hat ihm Fridag geschrieben, daß Tags zuvor der jüngste Sohn des großen Kurfürsten, Markgraf Ludwig, nach kurzer kinderloser Ehe mit Luise Charlotte von Radziwill eines plötzlichen Todes gestorben sei. Er hat nicht verfehlt, hinzusetzen, die junge Wittwe sei „von Gestalt und Humor annehmlich und wenigstens von 130000 Thalern Einkommens". Und der Kurfürst versteht diesen Wink des kaiserlichen Gesandten. Sein Bedenken, daß auch ein Ehebund der Radziwillischen Erbin mit seinem Sohne unfruchtbar bleiben könne, wird ihm von Fridag sofort benommen. Auch die Zugehörigkeit Luise Charlottes zur protestantischen Kirche wäre in seinen Augen ein Ehehinderniß. Doch ihn reizt die Aussicht, dem Katholicismus eine Seele [3]), seinem Hause die littauischen Güter der Radziwills, ja vielleicht die polnische Krone, nach der schon er vergebens gestrebt hatte, zu gewinnen. Karl Philipp wird als Heirathskandidat aufgestellt und trägt über mehr als acht Mitbewerber [4]) den Sieg davon nach einem Kampfe, der länger als ein Jahr hinter dem Rücken Kurfürst Friedrich Wilhelms zunächst sogar ohne Wissen des Kaisers und schließlich mit scheinbarer Hintergehung Kurfürst Friedrichs III. geführt worden war [5]).

1) Fridag an Kurpfalz. Berlin 4. März 1687. (Or. München.)

2) Kurpfalz an Stratman. Heidelberg 14. Dez. 1686 (München). Vgl. auch Recueil des instructions III Portugal 147 u. 174.

3) An Fridag. Friedrichsburg 24. Mai 1687: „durch dergleichen alliance könte nit allein wider einer hohen person seele gewonnen, sondern auch durch die succession der schafstall Christi vermehret werden". (Conc. München.)

4) Als solche werden genannt der älteste Sohn aus der zweiten Ehe des großen Kurfürsten, Markgraf Philipp; Herzog Moritz Wilhelm von Sachsen-Zeitz; Maximilian Wilhelm, der dritte Sohn Ernst Augusts von Hannover; der Prinz von Kurland; Prinz Jakob von Polen; ein Fridag nicht näher bekannter sächsischer Fürst; Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden und einige unbestimmte französische Prinzen.

5) Pribram, Der Kampf um eine Braut, in Zwiedineck-Südenhorsts Z.

Ebensowenig übereilt sich der Kurfürst wegen seiner dritten Tochter Maria Anna. Schon 1686 ist von ihrer Verheirathung nach Sachsen-Lauenburg oder nach Parma die Rede. Auch Markgraf Ludwig Wilhelm und der Kurprinz Johann Georg von Sachsen werden als Kandidaten genannt [1]). Aussicht, in die engere Wahl zu kommen, haben sie erst, wenn in Europa kein Krondiadem mehr zu vergeben ist. Denn schon richtet Philipp Wilhelm seine Augen nach Spanien, dessen Königin, wie man hört, unheilbar erkrankt ist.

Seinen Sohn Franz Ludwig, Bischof von Breslau, muß er bei der Kölner Wahl hinter der Bewerbung eines anderen Wittelsbacher, des Prinzen Clemens Josef von Baiern, zurücktreten lassen. Dafür sucht er ihm wenigstens die Nachfolge in dem bis dahin mit Kurköln vereinigten Bisthum Münster zu verschaffen. Einem sechsten Sohne, Friedrich Wilhelm, hat er Konstanz zugedacht. Seine Wahl zum Coadjutor soll hauptsächlich der neuernannte kaiserliche Resident bei der Eidgenossenschaft, Baron Landser, befördern [2]).

Alles das erforderte zur Durchführung Geld und abermals Geld. Fridags unausgesetzte Bemühungen verdienten und fanden sicher fürstliche Belohnung. Um die Kosten der Hochzeit Marie Sophies zu sparen, hatte Stratman vorgeschlagen, daß die königliche Braut nach ihrer Adoption durch König Karl II. von Spanien von dem zum Vicekönig von Galizien ernannten spanischen Botschafter Burgomainero nach Portugal geleitet, und Spanien auf solche Weise stillschweigend zu Tragung der Reisekosten genöthigt werde [3]). Auch eine Schuldforderung an Spanien in der Höhe von 500000 bis 600000 Thalern wurde geltend gemacht. Aber ein nennenswerther Erfolg ist damit schwerlich erreicht worden, und an Burgomaineros Stelle kam ein portugiesischer Gesandter mit einem Gefolge von 160 Personen zur Einholung der Braut nach Heidelberg, so daß einen Monat vor Einmarsch der Franzosen Philipp Wilhelm

---

s. allgem. Gesch. 1, 283 ff. Leider hat Pribram Fridags umfangreichen Briefwechsel mit Philipp Wilhelm und Johann Wilhelm nicht benutzt. Hier ist nicht der Ort, näher darauf einzugehen.

1) An Stratman. 14. Dez. 1686.

2) An Stratman. Heidelberg 26. Aug. u. 8. Nov. 1687. Stratman an Kurpfalz. Wien 28. Aug. 1687. (Conc. u. Or. München.) Vgl. S. 39. Anm. 2.

3) An Kurpfalz. Wien 29. Nov. 1686. (Or. München.)

den getreuen Stratman bitten mußte, ihm den Rest der dem Bischof von Breslau für die erfolglose Kandidatur in Münster vorgeschossenen 100000 Gulden in Wechseln als Darlehen zur Deckung der noch nicht völlig getilgten Hochzeitsschulden zu überlassen[1]).

So gewann das Haus Neuburg, was die Pfalz verlor, und für das Militärwesen fehlte es an Geld, Zeit und Interesse. Von Kaiser Leopold ist der Kurfürst wohl einmal wegen seiner Herrschertugenden „natus ad imperia“ genannt worden, aber es ist das Lob eines nah verwandten, unkriegerischen Mannes. Die Eigenschaften eines „kommandierenden Fürsten“ hat Philipp Wilhelm gewiß nicht besessen, und Vauban durfte spotten, daß die pfälzer Soldaten fern vom Schuß die tapfersten Leute seien.

Wenden wir uns im kurrheinischen Kreise weiter zu den Territorien der drei geistlichen Kurfürsten, so werden wir gut thun, uns von vornherein aller Gedanken an die von der Publicistik genannten Zahlen[2]) zu entschlagen. Ein Reichsverräther wie der Fürstenberger ist der Mainzer Erzbischof Anselm Franz von Ingelnheim wohl kaum gewesen. Durch eine allerdings an das Verrätherische grenzende Unterwürfigkeit gegen Frankreich hat er, solange der Stillstand dauerte, seinem Bisthume am besten zu dienen geglaubt, aber daß er auch nach Bruch des Stillstandes in eine Festung wie Mainz widerstandslos eine französische Besatzung aufgenommen hat, spricht doch dafür, — näheres ist nicht bekannt — daß das kurmainzische Militär ebenso vernachlässigt war wie das kurpfälzische.

Auch Kurköln und die außerhalb des Kreises gelegenen bis zu Maximilian Heinrichs Tode damit vereinigten Bisthümer kamen, in diesem Falle zum Glück für die deutsche Sache, militärisch nicht in Betracht. Nach Erkundigungen, die Kurbrandenburg im Januar 1687 eingezogen hat, sollte von Graf Ferdinand von Fürstenberg ein Infanterieregiment von 800 Mann angeworben werden. Zwei Regimenter hatte Ferdinands Bruder Emanuel 1685 in kaiserliche Dienste geführt. Alle übrige Miliz lag in den Festungen; in Lüttich, wo der Fürstenberger 1688 bei der Bischofswahl unterlag, höchstens 1100, in Bonn 300 Mann Infanterie und die Leibgarde zu Pferd,

---

1) Der in knapp 12000 Gulden bestehende Rest war inzwischen bereits nach Wien zurückgeschickt worden, und der Kurfürst bat daher Stratman, ihm jemand, der Geld gegen Zinsen leihe, vorzuschlagen. Friedrichsburg 24. Aug. 1688. (Conc. München.)

2) Vgl. oben S. 110.

in Köln selbst 300, nicht viel mehr in Kaiserswerth, in Rheinberg 600 bis 700 Mann, in Hildesheim zwei Kompagnien zu Pferd und in den kleinen Städten des Bisthums Münster etwa drei Kompagnien zu Pferd und ebensoviel Dragoner, doch verließ man sich hier am meisten auf den seit Bernhard von Galens Zeiten gut exercierten Ausschuß[1]).

Von keiner Seite sind der morschen Reichsverfassung soviele die staatlichen Grundlagen berührende Fragen gestellt worden wie von der Militärmonarchie Ludwigs XIV. Hier nun kündigte sich schon von weitem die Frage an, ob geistliche Fürsten überhaupt noch zu Grenzwächtern taugten, und wenn sie trotzdem damals, soviel ich sehe, nicht zur Diskussion gekommen ist, so wird man dies in erster Linie der Haltung Kurfürst Johann Hugos von Trier zuschreiben dürfen. Denn die Soldatenehre des Kreises hat er, der schwächste der drei Kirchenfürsten, ganz allein gerettet.

Wie der pfälzer Kurfürst durch Fort Louis fühlte auch er sich durch die im Frühjahr 1687 angefangene kühne Bergfestung Mont Royal unweit Trarbach[2]) noch unmittelbarer als bisher bedroht und auch er lernte den weiten Weg zwischen Versprechen und Erfüllen kennen, als er Kurbrandenburg, Hessen-Kassel, Hannover und Würzburg bat, seine schwachen Garnisonen in Koblenz und Ehrenbreitstein solange zu verstärken, bis er von Reichswegen einige tausend Mann Besatzungstruppen erhalte[3]).

Aber als nun Frankreich seine Armeen ins Reich schickte, um den Frieden zu diktieren, vergaß er, daß er selbst einst für diesen Fall dem Kaiser gerathen hatte, die Reunionen im Interesse des Ganzen zu opfern[4]) und ließ über seine Residenzstadt Koblenz lieber ein verheerendes Bombardement ergehen, als daß er dem

1) Landrost von Busch an Kurbrandenburg. Sparenberg. 5/15. Januar 1687. Beilage zu Fridags Schreiben an Kurpfalz vom 28. Jan. 1687 (Auszug München).

2) „ce poste, qui devoit faire trembler toute l'Allemagne.“ Mémoires de Sourches 2, 52 zum 22. Mai.

3) Hessen-Kassel an Kurbrandenburg 21/31. Juli 1687. Kurbrandenburg an Hessen-Kassel, Kurtrier und Waldeck. Potsdam 31. Juli / 10. Aug. 1687. Beilagen zu Fridags Schreiben an Kurpfalz vom 16. Aug. 1687 (Kop. München). Vgl. auch Urkk. u. Aktenst. 14, 1371 ff. — Kurbrandenburg schlug zuletzt vor 500 Mann in größere Nähe von Koblenz etwa auf den Westerwald mit eigener Verpflegung zu verlegen.

4) Gutachten vom 28. Jan. 1687. Anhang Nr. XXII.

unrühmlichen Beispiele des pfälzer und Mainzer Kurfürsten gefolgt wäre[1]).

Die im September 1688 im Reiche befindlichen schwäbischen, fränkischen und oberrheinischen Truppentheile endlich sind bald genannt: in Schwaben drei Kavallerieregimenter zu 300 Mann, die der Administrator Friedrich Karl von Württemberg soeben für die Generalstaaten angeworben hatte[2]), in Franken das eine Kavallerieregiment des Kreises, im oberrheinischen Kreis die in zwei Kompagnien Infanterie bestehende Besatzung von Hanau — denn Graf Philipp Reinhard gestattete sich den Luxus einer eigenen Festung[3]) — und die hessen-kasselsche Armee, die jedoch nicht mehr so stark wie 1684 gewesen zu sein scheint, weil der Landgraf zum Magdeburger Bund nur 2000 Mann stellte. Mit den angegebenen Ausnahmen also buchstäblich kein Kreissoldat. Denn die Rekruten für die nach Ungarn geschickten Kreisregimenter pflegten erst kurz vor ihrem Abmarsche im Frühjahre einberufen und nothdürftig gedrillt zu werden.

Im allgemeinen war hier also die Wehrlosigkeit noch größer als im kurrheinischen Kreise. In den militärischen Leistungen zeigte sich dagegen ein charakteristischer Unterschied zwischen dem seine eigenen Wege gehenden schwäbischen Kreise und den ehemaligen Laxenburger Alliirten. Schwaben durfte sich 1687 rühmen, daß es sich seit Wiens Befreiung zum fünften Male mit vier Regimentern in einer Stärke von 4000 Mann am Türkenkriege betheilige, während in Franken die Stände Augsburgischer Confession nur ungern auch das zweite Kreisregiment zu Fuß nach Ungarn entließen, weil sie in der wachsenden Macht des Kaisers eine schwere Gefahr für den

1) Der Ruhm Johann Hugos wird auch für den Fall, daß er beim Heranmarsche von Boufflers bereits einige Hilfstruppen in Koblenz hatte, nicht geschmälert. Leider habe ich auch hierüber nichts näheres finden können.

2) Stadlinger, Gesch. des württ. Kriegswesens 337. Auch mit Franken scheint der Administrator unterhandelt zu haben; denn am 4. Dez. 1688 schreibt Bamberg an Meystetter, das württembergische Regiment werde gegen den ausdrücklichen Marschbefehl des Administrators von der vormundschaftlichen Regierung in Stuttgart zurückgehalten. (Reichscorr. 33, 105. Bamberg.)

3) Erklärung des Hanauischen geh. Regierungs- und Kammerpräsidenten Johann Georg Seifert von Edelsheim und des Regierungsrath Dr. Johann Kaspar Schmid. Friedberg 11/21. Dez. 1686. (Marburg.)

Protestantismus zu sehen glaubten[1]). Die oberrheinischen Stände hatten durch den Friedberger Kreisabschied vom 23. Dezember 1686 die Reduktion der Unionskompagnien in alle Welt hinausposaunt. In Franken, wo man aus Scheu vor der Öffentlichkeit so weit nicht gehen mochte, that schließlich jeder, was ihm beliebte. Der eine stellte sein Contingent nach der alten, der andere nach der neuen Matrikel. Für das Kavallerieregiment wurden vielfach schwere, den Strapatzen eines langen Marsches nicht gewachsene Pferde geliefert. Ansbach dankte alle überschüssige Mannschaft ab, Würzburg fand an Venedig für 1000 Mann Infanterie einen mit den so heiß ersehnten Subsidien nicht kargenden Abnehmer[2]), und im Frühjahr 1688 konnten kaum die Rekruten für die beiden auf zwei Drittel ihrer früheren Stärke heruntergekommenen Infanterieregimenter zusammengebracht werden, obwohl sich zu der Musterung an mehr als einem Orte auch Deserteure aus Ungarn eingefunden hatten, um sich von neuem in die Musterrollen eintragen zu lassen[3]).

Erst im Sommer 1688 nach der zwiespältigen Kölner Wahl begann man einzusehen, daß es so doch nicht weiter fortgehen könne. Wenn der Kaiser im Herbste keinen Frieden mit der Pforte machte, war der schwäbische Kreis fest entschlossen, seine Regimenter aus Ungarn zurückzurufen, und in Franken brachte Bamberg Erhöhung der Kreismiliz auf 5000 bis 6000 Mann und Abschluß einer Allianz mit dem Kaiser in Anregung. Aber Eichstätt und Bayreuth meinten, man solle sich nicht in Unkosten stürzen, so lange sich der Kölner Handel nicht gefährlicher anlasse, und Frankreich dem Reiche „durch andere Weg“ zu nahe trete, und Marquard Sebastian gab sich auf Bayreuths Zuspruch leicht zufrieden, weil auch ihm nicht politische Einsicht, sondern nur das dunkle Gerücht einer Allianz zwischen dem Kaiser, Kurbrandenburg und Hessen-Kassel und die herkömmliche Furcht vor Winterquartieren seinen Vorschlag eingegeben hatten[4]).

1) Bamberg an Eichstätt. 18. Mai 1687. (Reichscorr. 32, 115. Bamberg.)

2) Landser an Bamberg. Konstanz 5. Jan. 1688. (Reichscorr. 33, 3. Bamberg.)

3) Bamberg an Landser. Ohne Dat. nach dem 28. März 1688 (A. a. O. 33, 9). Kreisreceß vom 28. März 1688 bei Moser 1, 609.

4) Eichstätt an Bamberg. 5. (ps. 8.) Aug. — Bamberg an Eichstätt 22. Aug. u. 5. Sept. — Würzburg an Bamberg. Gerolzhofen 30. Aug. 1688.

Das weitere ist in der Hauptsache bekannt. Ohne eigentlich von den Ereignissen überrascht zu werden, war man, als französische Detachements schon im Herzen Süddeutschlands standen, noch so unvorbereitet wie nur irgend möglich, und die Kreisstände mußten zusehen, wie sich ihr erster Beschützer, Kursachsen, mit dem Kaiser um den mit den militärischen Ersparnissen der letzten Jahre gefüllten fränkischen Geldbeutel stritt. An die „ehemalige" Augsburger Allianz hätte keiner ihrer „Stifter" gedacht, wenn nicht ein Ernestiner, der als Bewerber um die Generalwachtmeisterscharge der Allianzarmee uns schon bekannte Herzog Albrecht von Sachsen-Koburg, darauf zurückgekommen wäre[1]). Allein in Wien hörten mit dem Erscheinen kaiserlicher Regimenter auf dem Kriegsschauplatze alle bundesfreundlichen Rücksichten auf die „ehemals" verbündeten Kreise auf. Genau so wie die andern „Armierten" trat der Kaiser den Kreisständen Subsidien und Quartiere heischend gegenüber[2]), und der um einen Gemeinplatz nie verlegene Bischof von Bamberg erklärte bedächtig:

(Or. Conc. Or. Reichscorr. 33, 35. 40. 42 Bamberg.) — Das Gerücht ging nicht fehl. Nach der Erbdefensivallianz zwischen Brandenburg und Hessen-Kassel vom 27. Juli / 6. Aug. 1688 (v. Mörner 501 ff. u. 765 ff.) sollte auch der Landgraf u. a. in die kaiserlich-brandenburgische Allianz aufgenommen werden. Kurz darauf reiste der hessen-kasselsche Kammerpräsident von Görtz nach Wien, um auf der Rückreise auch Bamberg zu berühren. Creditif an Bamberg. Kassel 18/28. Aug. (ps. 25. Sept.) 1688. (A. a. O. 33, 36). Die ganze deutsche Vorgeschichte der „glorreichen" englischen Revolution liegt doch noch sehr im Dunkeln.

1) Herzog Albrecht an Bamberg. Koburg 24. Sept. / 4. Okt. (ps. 5. Okt.) 1/11. u. 8/18. Okt. — Bamberg an dens. 5. u. 14. Okt. (Reichscorr. 33, 49. 51. 57. 43. Bamberg.)

2) Vgl. das charakteristische Schreiben des Ende Nov. in Nürnberg angelangten Reichshofrath Meystetter im Anhang Nr. XXV. Seine Correspondenz mit Bamberg würde eine Erweiterung und Vertiefung meiner Darstellung (Die armirten Stände S. 120 ff.) ermöglichen. Hier sei nur zur Ergänzung von Schultes Buch aus einem Briefe Meystetters vom 25. Dez. 1688 angeführt, daß schon damals an die Übertragung des Kommandos im Reiche an Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden gedacht worden ist, „welches ich — schreibt M. — für das allergröste glück des reichs schätze, weilen derselbe ganz unintereſsirt, denen ständen als seinen patrioten ufs beste geneigt, den krieg wohl versteht und denselben mit gröster disciplin führt, und absonderlich uf die conservation des underthanen sihet und zu dem end sich des general Thungens sehr praevaliren würd". (A. a. O. 33, 127.)

„es wäre zu wünschen gewesen, daß man sich allerseits ehender gefast hette“ [1]).

Wie jeder Angreifer hat auch Frankreich in einem Kriegsmanifeste vom 24. September 1688 versucht, sich als den eigentlich angegriffenen Theil hinzustellen. Die Augsburger Allianz wird darin ausdrücklich genannt. Sie ist das Netz, das Frankreich zerriß, ehe es zugezogen wurde. „La guerre de la ligue d'Augsbourg“ heißt in der französischen Litteratur bis auf den heutigen Tag der mit dem Einfall in die Pfalz beginnende neunjährige europäische Krieg. Es kann nichts verkehrteres gedacht werden, wenn man damit, wie es hier geschieht, den Krieg als einen Kampf Frankreichs mit den Augsburger Verbündeten bezeichnen will. Thatenloser ist nie ein Bündniß gewesen. Was jener Benennung dennoch eine gewisse Berechtigung verleiht, sind nicht die Thaten, sondern die Folgen der Allianz, Folgen, die wir kurz berühren müssen, wenn wir ein abschließendes Urtheil über die historische Bedeutung der Allianz gewinnen wollen.

Der nächsten Folge haben wir schon gedacht. An die Stelle der Laxenburger trat die Augsburger Allianz. Als diese zerfiel, wußte man in Frankreich, daß auch jene nicht mehr in Frage kam, und sofort im Januar und Februar 1687 suchte man durch Drohungen in Rom und in Wien den Frieden, das heißt die definitive Abtretung der Reunionen, zu ertrotzen. Der Versuch scheiterte an der unvermutheten Festigkeit des Kaisers und Kurbrandenburgs, und Frankreich beschränkte sich einstweilen darauf, durch neue Festungsbauten an Rhein und Mosel einer Erneuerung seines Versuches vorzuarbeiten.

Unterdessen mehrten sich die Bürgschaften, daß ein zweites Mal Ludwig XIV. seinen Zweck erreichen werde. Mit jedem Tage bestärkten sich die Stände Südwestdeutschlands in dem thörichten Wahne, mit geschlossenen Augen für Frankreich unsichtbar zu sein. Der hannöversche Reformplan und seine Aufnahme in Heidelberg und Wien gelangten schon im Sommer 1687 zur Kenntniß des Versailler Hofes [2]). Wohl geübt in der Kunst, die katholischen und

---

1) An Herzog Albrecht. 31. Okt. 1688. (A. a. O. 33, 65.)

2) D'Avaux 31. Juli 1687. Négoc. 6, 74 ff. Der pfälzische Hofmeister Graf Castel hatte über die oben geschilderten Verhandlungen ausführlich ge-

protestantischen Reichsstände durch sich selbst in Schach zu halten, begann Frankreich das nach Abschluß des paritätischen Augsburger Bundes fast verloren gegebene Spiel von neuem, und ein seltsamer Zufall fügte es, daß ihm der Schöpfer der Allianz, Graf Hohenlohe selbst, dazu die Hand bieten sollte.

Der unselige Mann war, nachdem er die junge Königin von Portugal als Vertreter ihres kaiserlichen Schwagers bis an die Grenze des Reichs geleitet hatte, Ende Juli 1687 auch nach dem Haag gekommen, mit dem Auftrage, den durch Mont Royal bedrohten Kurfürst von Trier Oraniens Schutze zu empfehlen [1]). Am 7. August in Loo trafen sie zusammen, der unbewegliche Holländer und der diplomatische Proteus, der Schöpfer der großen und der Schöpfer der Augsburger Allianz, der größte Schweiger und der größte Schwätzer seiner Zeit. Der Prinz nahm die Gelegenheit wahr, dem Grafen zu entwickeln, daß sich der Kaiser, um Frankreich wirklich gewachsen zu sein, vor allem mit den protestantischen Reichsfürsten verbünden solle. Er eröffnete ihm einen Einblick in seine von einem Hauptgedanken, der Herstellung des europäischen Gleichgewichtes, getragene Politik und verhehlte nicht seinen Zorn über Jakobs II. unheilbare Verblendung. Aber Hohenlohe hörte nur die Verurtheilung des Katholiken durch den Protestanten. Unfähig einen Staatsmann von Gottes Gnaden auch nur zu begreifen, sah er in Oranien nichts als einen zum Religionskriege [2]) entschlossenen

schrieben. D'Avaux erfuhr davon durch einen Freund des kaiserlichen Gesandten.

1) Kramprich an K. Leopold. 31. Juli 1687. (Gütige Mittheilung des Wiener Staatsarchivs.) Hohenlohe sollte hauptsächlich auf Auszahlung der Kurtrier im Haag und in Brüssel geschuldeten Subsidien hinarbeiten. Außerdem schreibt Kramprich, er habe mit Hohenlohe „auch von wegen E. K. M. subsidien geredt, damit er bei occasion, daß er zum prinzen kombt, die sach urgiren könne, daß man mein ubergebenes proiekt anehme". In einem Berichte vom 7. Aug. erwähnte K. Hohenlohes Rückkehr aus Amsterdam und die Audienz. Mehr enthalten seine Berichte über H.'s Mission nicht, und Correspondenzen H.'s sind in Wien nicht vorhanden, so daß für die Audienz selbst D'Avaux zum 14. Aug. (Négoc. 6, 79 ff.) unsere einzige in der Hauptsache doch mit der Situation, H.'s Charakter und den unten citierten Notizen sehr wohl übereinstimmende Quelle ist.

2) Vgl. auch Kurpfalz an Stratman. Schwetzingen 30. Sept. 1687: Empfiehlt Beschleunigung des Hauptwerkes (s. o.), solange nichts dazwischenkommt, zumal der Kaiser aus Hohenlohes Relation, „die er aus dem mund

Fanatiker gewöhnlichen Schlages und erfüllt von dem Glauben, daß die Vorsehung ihn zum Retter der katholischen Kirche ausersehen habe, ließ er dem seinen Ohren kaum trauenden französischen Gesandten antworten, wenn er bisher für einen schlechten Franzosen gegolten habe, solle man ihn künftig ganz anders beurtheilen.

D'Avaux erkannte sofort, wen er vor sich habe. Unverzüglich ließ er dem Grafen antworten, Oranien hoffe, nach Jakobs II. Tode mit Hilfe Englands und der Generalstaaten der erste protestantische Kaiser zu werden, und Hohenlohe erwies sich für diese Enthüllung dankbar, indem er auch nach seiner Abreise d'Avaux von allem, was er über die Pläne Oraniens und der protestantischen Fürsten erfuhr, durch Vermittlung eines Correspondenten im Haag in Kenntniß setzte[1]). Und wenn auch der unermüdliche Franzose sich vergeblich bemühte, Kramprich mit dem Sirenenliede eines Bündnisses der katholischen Häuser Bourbon und Habsburg zu bethören[2]), wenn auch Hohenlohe Ende 1687 betrübten Herzens seinem neuen französischen Freunde berichten mußte, daß keiner der kaiserlichen Minister seiner Meinung sei, so genügte es für Frankreich vollständig, zu erfahren, daß der Kaiser, wenn es wegen der allmählich heranreifenden Pläne Oraniens zum Kriege zwischen Frankreich und den Generalstaaten kommen würde, neutral zu bleiben gedenke[3]).

Da ist es nun von der unermeßlichsten Bedeutung für ganz Europa geworden, daß Ludwig XIV. im letzten Augenblicke Oranien freie Hand lassend den Krieg auf deutschem Boden eröffnete. Zu lange hatte er gezögert, das wehrlose Reich zu überfallen. Die Kölner Wahl, die glorreichen Waffenthaten der kaiserlichen Heere und vor allem die doch keineswegs überhörten unausgesetzten Meldungen d'Avaux' über die holländischen Rüstungen, alles das erinnerte daran, daß man eilen müsse, vor dem Ausbruch des nahen-

des englischen ministri im Haag erstatten wird", ersehen wird, „das eine große apparenz zue einem neuen und schwären krieg vorhanden". (München.)

1) D' Avaux 30. Okt. 1687. Négoc. 6, 106.

2) D'Avaux a. a. O. 83. Er äußert sich über Kramprich „qu'il est très-zélé pour la Religion, et que c'est l'endroit par où il le faut prendre". — Vgl. Stratman an Kurpfalz. Wien. 7. Sept. 1687: „Wegen Frankreich sein J. K. M. alzeit in sorge. Was der d'Avaux im Hage dem Cramprich vor propositiones thut, hat dieser E. Ch. D. berichtet. Wir kommen Ihro gnedigster her dieselbe vor?" (Or. München.)

3) D'Avaux 7. Jan. 1688. Négoc. 6, 120.

den Sturmes, die Ernte der Reunionen zu bergen. Noch schien nichts verloren. Bündnisse, wie das 1687 mit Hannover geschlossene, und Rüstungen für die englische Expedition machten es in hohem Grade wahrscheinlich, daß die norddeutschen protestantischen Reichsfürsten neutral bleiben würden. So entstand eine ganz ähnliche Situation wie 1870, mit dem einzigen Unterschiede, daß 1870 Frankreich auf die Neutralität Süddeutschlands gerechnet hat. Mit der Hälfte des Reiches, und noch dazu einer so wehrlosen Hälfte, wie es Süddeutschland Ende 1688 war, dachte man rasch fertig zu werden. Eine brutale Demonstration, auf die sich Louvois wie kein anderer verstand, sollte den Frieden um den geforderten Preis nicht zu hoch erscheinen lassen. Ein Krieg mit ganz Deutschland stand sowenig im Programm der französischen, wie 1686 der dänischen Politik, aber Starhembergs tapfere Gegenwehr und der Magdeburger Bund hielten Frankreichs Streitkräfte am Rheine fest, und Oranien konnte, während die Pfalz verblutete, unbehelligt seine Truppen einschiffen.

Deutschlands Ohnmacht hatte Frankreich zum Angriff gereizt, Deutschlands unerwarteter Widerstand Frankreich in einen langwierigen Krieg verwickelt. Für das Gelingen der letzten der englischen Revolutionen fiel das eine wie das andere schwer ins Gewicht. Für Deutschland selbst ergab sich daraus nur die von dem wackeren Jesuiten Wagner in seiner Biographie Kaiser Leopolds vierzig Jahre später ausgesprochene Lehre, die dieser Arbeit als Motto vorangestellt ist. Er wußte, als er sie niederschrieb, daß sie in den südwestdeutschen Kreisen kurze Zeit beachtet, dann wieder völlig vergessen worden war.

Archivalischer Anhang.

I.

Herzog Johann Georg von Sachsen-Eisenach an Bischof Marquard Sebastian von Bamberg.

Eisenach, 17/27. Mai (praes. 2. Juni) 1684.

„Was des herrn churfürstens zu Brandenburg geb. schreiben anlanget, haben wir solches mit demjenigen, so sie an hochgedacht ihro Ld. zu Bayern ganz beweglich abgelassen, seiner wichtigkeit nach wohl erwogen und müssen unsers orts bekennen, daß die in beyden tractirte thesis, daß man nemlich einen für augen schwebenden krieg, deme man nicht gewachsen, lieber mit eingehung harter, auch wohl unrechter conditionen abwenden, als das ganze reich in gefahr und auf die spizen sezen solle, ganz richtig und durch den ausgang vieler exempel in denen historien bestätiget. Es komt aber bey unsern izigen zustande eben auf die frage, ob man dann dem von occident anscheinenden kriege nicht gewachsen seie, und an wem es liege, daß Teutschland mit so vielen alliirten potenzen seine kräfte nicht dargegen gebrauchen könne, auch ob ein oder ander potenter reichsstand genugsame ursach gehabt oder noch habe, seine forces zu beruhigung des reichs und erhaltung seiner mitglieder zurück zu halten und nicht mit darzu anzuwenden. Desgleichen scheinet auch obgedachte thesis einen mercklichen abfall darinnen zu haben, wann nemblich die gefahr, so eben durch vermeidung des kriegs uns zuwächset, viel ärger und verderblicher als der krieg an sich selbsten sein mögte. Denn da ist besser, bei einer gerechten sache noth leiden, als schändlich weichen und seine freiheit und alles verlohren sehen. Der höchste gott verleihe nach reifer erwegung dessen allen heilsame consilia und zuförderist gute einigkeit im reich und thätliches verständnüs unter allerseits noch beisammen stehenden hohen alliirten, außer welchen, wie E. Ld. selbst hochvernünftig judiciren, alles umsonst und die gerechteste sache, so man freilich biß anhero durch viele wichtige unternehmungen aus liebe zum vaterland ohne einziges privatabsehen zu unterstüzen gesuchet, menschlichen augen nach unterliegen muß.

Die Niedersächsische motus haben des herrn churfürsten zu Sachsen Ld. gar sehr zu gemüthe gezogen und mit uns vielfältig daraus communiciret. Daß aber von ihro K. M. dieselbe mit Churbrandenburg und Dennemark

zu rumpiren solten animiret worden sein[1]), darvon ist uns das geringste nicht wissend, vielmehr aber, daß man allerseits dafür gehalten, es seie ratione des hauses Braunschweig und Lüneburg auch gar kein casus foederis vorhanden, und daß man quovis modo bemühet sein solle, zu verhindern, daß in dem Niedersächsischen creise um so einer geringen prätendirten geldsumme willen es zu keiner thätlichkeit kommen und hernachmals andere mitalliirte oder benachbarte creyse mit darein verwickelt werden mögten. Zu welchem ende dann höchstgebacht des herrn churfürstens zu Sachsen Ld. eine besondere abschickung an des herrn churfürstens zu Brandenburg Gn. gethan, und alle officia hierunter anwenden lassen; gestalt dann auch von zusammenziehung der Chursächs. trouppen uns noch zur zeit nichts bewust".

Or. Bamberg. Kreisarchiv. Reichscorresp. 27, 30.

II.

Bischof Marquard Sebastian von Bamberg an Bischof Emmerich von Wien.

Bamberg. 18. Juni 1684.

Die Conjuncturen sind durch den Fall Luxemburgs geändert. „Nachdem nun solche hierdurch in einem vil gefährlicherem stand gerathen, und nunmehr auf die quaestion anlaufet, ob man sich dannoch, da Frankreich durch disen considerabln ort sowohl am obern als undern Rhein in mehrer Sicherheit und formidabilität, zumahlen aber auch in solcher vortheilhaftiger macht und postur stehet, dem reich, wann es nur will bey dessen iezigen fataln constitutionen, und ehe man sich de mediis, modo et capite militandi vergleichet, bis in das innerste einzutringen, durch eine particular coniungir- und anmarchirung einiger allianz-trouppen an und über den Rhein diser cron würklich entgegen und damit alles auf einmal in die gefährliche extremität und ungewißheit des kriegs sezen solle, so seind zwar einige, welche davor halten wollen, ob seye under einen auf gott und die gerechte sach gestelten vertrauen ein hazard zu thun und der eventus davon dem glück zu committirn. Ich lasse solche sentiment meines teils an sein ort gestelt seyn, gebe aber E. L. hocherleuchtem judicio darbei anheimbs, ob sowohl aus erst angezogenen considerandis als auch zu der zeit, da ihre K. M. durch die im weg stehende erbfeindliche große macht notorie gehindert, das reich mit einer wohl formirten armee zu bedecken, vor sich auch ungewiß seind, ob man nicht bey ohngefährer erreichung eines unglücklichen streichs, welchen doch gott gnädiglich verhüten wolle, der anderweiten reichshilf vonnöthen haben dörfte, dessen stände hingegen nicht nur dergestalt mit Frankreich, wo nicht gar in einen innerlichen krieg verwicklet, sondern auch under sich selbsten durch allerhand interesse und respecten getrennet, räthig seyn könne, mit einer einzigen zu-

---

1) Wie Bamberg am 21. Mai an Johann Georg geschrieben hatte.

mahlen aber ohne gelt, magazin und reserva, einfolglich uf den fall eines einzigen unglücks in ihrem aigenen ruin stehende armee dergleichen weit aussehendes werck zu undernehmen.

Daß es nicht hart und schmerzlich falle, Frankreichs unbilligen procedurn dermahlen nachzugeben, braucht meines erachtens bey denen wohlgesinnten keine persuasion. Gleichwie aber dises creyses wenige mannschaft nebst deme, was etwan Churbayerns Ld. darzu stoßen möchte, aus mangel der großen underhalt- und künftigen recroudirungscosten, zumahlen auch ohne allgemeine reichs oder kays. zuthun und einführung einer commandirenden haubtarmee von dem zulänglichen nachtruck allein nicht ist, solches zu verhindern und zugleich dem hiedurch erweckenden innerlichen übel gewachsen zu seyn, zu geschweigen wann Frankreich bey diser völker würklicher movirung sich selbigen mit hinderlassung eines detachements gegen Holand durch einen geschwinden freyen march ohnversehens opponiren und zu einer zeit nur ein corpo von 12 bis 14000 mann aus denen Elsässischen quartiren in diese lande anrücken und sowohl nach dero als der übrigen nechst vor- und anliegenden craysen unverhinderlicher devastirung bis in die kays. erbländer mit feur und schwert forttringen, man also utrinque geschlossen, und wie bereits besorglich angeführt, von seinen aigenen reichsmitständen sub spe conservandae pacis villeicht mit infestirt werden solte, wie disem und mehr andern daraus erfolgenden landsverderblichen übel von allianzwegen allein, da Holand in sich noch uneinig, Spanien aber mit seiner macht viler orten distrahirt, Chursachsen hingegen nebst fürstl. haus Braunschweig Lüneburg von Dennemark, Churcöln und Brandenburg sein genugsambe einhalt findet, Schweden aber annoch über der see und villeicht vor heuer ebensowenig als ferntigen jahrs seinen transport effectuiren dörfte, gesteuret werden könne, als wäre ich meines orts der ohnvorgreiflichen meinung, es seye zu vorkommung eines noch größern christl. blutbads bey so fataln coniuncturn, worinnen nebst der ganzen christenheit insonderheit auch die eversio des ganzen teutschen reichs in summitate praecipitii stehet, vor einem zwar bald angefangenen, nach der hand aber in des ungewisen glücks ausgang dependirenden schweren krig denen zu Regenspurg noch offen stehenden stillstandstractaten der weg zu lassen, und sich darmit wenigstens bis zu einer solchen zeit, da J. M. denen betrangten reichsständen mit einer formidablen macht werden succuriren können, sicher zu stellen. Hette man vor zwey oder . . .[1]) monat denen iezigen betrübten zeiten in etwas nachgeben und sich dem gemeinen wesen zu lieb überwunden, wäre es meines erachtens zu diser extremität nicht kommen, und Luxenburg noch in salvo. Solchergestalt aber und wann man alles auf einen bloßen hazard noch weiter ankommen lassen wolte, kann ich meines theils nicht anderster dann eine höchst beiämmerliche reichsverwüstung vorsehen. Was alsdann J. K. M. und dero hohen erzhaus damit gedienet, das lasset sich gleich erachten.

Ich melde dises alles weder aus unzeitiger forcht noch aus einer interessirten praeoccupation, vil weniger auch zu dem end, ob wolte ich

1) Lücke.

meiner J. M. und dem reich schuldiger devotion zu entgegen Frankreich hierunder zu favorisiren suchen, wessentwegen ich dann zum höchsten contestirt haben will, sondern weilen ich und mit mir vil andere hohe stände gänzlich persuadirt seynd, Frankreich werde durch unsern anmarch so wenig intimidirt als vilmehr provocirt und mit gehlinger aufhebung der bisherigen stillstandshandlung in das mitterste des reichs gezogen, unsere wenige macht wo nicht vor der zeit dissipirt, vermuthlich iedoch in der enge mit ihrem ruin gehalten, die erz= und stifter aber nebst der cathol. religion in die eußerste gefahr gesezt, J. K. M. mit all den ihrigen auf allen und verhoffenden fall (wie es dann gar leicht ferntigen jahrs, da man gleichergestalt auf eine würkl. zusammenzieh= und postirung an den Rhein bedacht war, zu der ganzen christenheit höchsten schaden hette seyn können) hilflos gelassen und entlich nach vielen jämerlichen morden, brennen und blutvergießen ex parte Galliae conditio pacis schwerer gemacht werde. Aus puren und reinen antrieb meiner J. M. und dem vaterland schuldigen treuen pflichten habe auch derentwegen zu E. L. als einen geistlichen fridsamben fürsten und hohen kays. ministro mit voller ausgießung des innersten meines herzens die einzige und höchste confidenz in disem schweren frangenti hiemit nehmen und dieselbe sehr angelegentlich ersuchen wollen, E. L. geruhen all dises ihrem hocherleuchten verstand nach ohnschwer wohl zu erwegen, und wie ich an dero beystimmung nicht zweifle, J. K. M. sodann das werck reiflich vorzustellen und durch ihre hohe vermögenheit dieselbe dahin zu disponiren, damit das unter hand stehende armistitium ohne weiters undernehmen mit Frankreich fürder geschlossen und also einerseits die einsweilige ruhe verschaffet, mithin J. M. selbst die operation gegen den grausamben erbfeind desto freymüthiger gemacht, alles übrige aber bis uf bessere zeiten und auf die noch unverloschene teutsche tapferkeit ausgestellet werden möge. E. L. sistiren hiedurch einen sonst ohnfehlbar folgenten torrentem des edlen christenbluts, welches dermahlen mit größerer glori und zu vermehrung der kays. macht und hoheit gegen die barbarische grausambkeit des entsezlichen erz= und christenfeind angewendet werden könte, und werden sich damit nebst allen derzeit höchst periclitirenden hoch= erz= und stiftern die gesambte christenheit unendlich obligiren".

Kopie. Würzburg. Kreisarchiv. Kreisakten. 76, 649.

III.

Kaiser Leopold an Kurfürst Max Emanuel von Baiern.

Linz 28. Juni 1684.

Antwortet auf ein Schreiben des Kurfürsten vom 16. Juni und auf einen von dem Geheimsekretär Corbinian Pewermayer überbrachten Brief, er sei mit Kurbaiern und andern um Rath gefragten Kurfürsten und Fürsten einverstanden, „daß dem h. Röm. reich dermahlen bei dem allenthalben sehr vertrenneten zustand die annehmung eines armistitii, wie schwer auch die conditiones darab fallen möchten, einzurathen seie, wan es sonsten

also, daß ein wahrer ruhestand darab zu hoffen, beschaffen, verfolglich universal und vermittelst einer realguarantie versichert sei. Ich habe eben solches Euer und Churbrandenburgs Ld. noch jüngst durch eigenen courrier, wie nicht weniger dem reichsconvent zu Regenspurg durch meine dasige commission schriftlich vorstellen lassen, ist auch gleichsam eine versicherte hoffnung obhanden, der könig in Spanien werde uf meine gethane representation aus seiner tragenden begirde, der christenheit bestes wider den türken zu befürdern, dahin einwilligen, daß Lüzenbürg under wehrendem armistitio denen Franzosen gelassen, und dessen restitutio bis auf die künftige tractatus pacis verschoben werde, so ich dannoch Euer Ld. in vertrauen melde, also daß die cron Frankreich diejenige conditiones, welche sie zue eingehung des armistitii dem reich und der cron Spanien gleichsamb vorgeschrieben in effectu haben kan, wan es anderst derselben ernst ist, vor sich und ihre alliirte ein universal armistitium mit dem reich, der cron Spanien, in norden, denen potentien in Italien und generaliter mit allen, die darin verlangen möchten begriffen zu werden, bestendig einzugehen. Ich werde es aber auch auf die zeit der zehen jahre, wiewohl ich sonsten nachricht gehabt, daß Frankreich damit zufrieden sein würde, endlich nicht anstoßen lassen, daß also keine frag dieseiz mehr ist, ob ein universal armistitium quomodo et quamdiu mit der cron Frankreich zu machen, sondern wie man sich dessen bestens von Frankreich versichern könne.

Es erhellet leider aus allen umbständen mehr als zu viel, daß diese in der ambition und gewinsucht vertiefte cron vor eingehung des armistitii, wan ihr kein anderer wiederstand geschieht, noch mehr örter vom reich wecktreißen und allenfals derselben gleichwohl dannoch zu obged. universalruhestand kein rechter und aufrichtiger ernst sein werde. Der comte d'Avaux hat im Haag durch sein überreichtes memorial die universalität des armistitii bereit gar dubios gesezt, und hat man sonsten die nachricht, daß Frankreich sein vorhaben dahin gerichtet, nach gemachtem stillstand mit dem reich und der cron Spanien, Genua anzugreifen und sich Mantua zu bemächtigen, welches leztere, wie es kundbarlich ein reichslehen, das erste mit Spanien so eng verbunden ist, an beiden das keys. (?) Italien und absonderlich von Milan mithin von Tyrol und folgentlich Euer Ld. daran schließender eigener chur und länder hänget, so ist vernünftig zu erachten, wie wenig sich die christenheit eines solchen, wiewohl teuer erkauften armistitii von Frankreich würde zu erfreuen haben, indeme nur das theatrum belli verändert und aus Niederland zwarn, aber an einen andern ort, daran mir und E. Ld. vieleicht eben soviel gelegen, und zu dessen rettung dannoch Holland und andere sich weniger interessiren und concurriren dorften, transferirt würde. So würd auch an seiten Frankreich das geringste von denen händeln in norden gedacht, welche man sie also verbleiben, dabeneben Italia und die darin gelegene reichslehen angegriffen werden solten, das armistitium und ruhestand im reich wohl nicht lange beharren und der geringste vorschub oder beistand wider den erbfeind hieraus zu erwarten sein wurd.

Es ist manniglichen ganz frisch vor augen, wie ungleich die cron Frankreich die tractaten und noch jüngst das Nimwegische exequirt; dan sobald die alliirte die waffen zuruck gezogen und sich von einander getrennet, mithin der cron zügel und zaum gelassen, dieselbe nach belieben ohne wiederstand gehauset. Was kan man vernunftig von derselben iezt anderst erwarten, wan man sogar ehe und bevor das armistitium einmal errichtet, sich bloß in der cron discretion exponiren solte. Dieses gehet mir zu herzen, warumb ich mich E. Ld. so generos gegen den erbfeind in Hungern anerbietender und anderer reichshülf, wie hoch derselben sonst vonnöten hette, nicht gebrauchen darf, und warumb ich daneben mein eigenes kriegsheer mit hinaufschickung der bewusten regimenter verschwäche, zumalen nechst gott allein durch darstellung genugsamer gegenmacht und defensionsmittel die cron Frankreich zu einem wahren ruhestand zu disponiren sein wurd.

Bei welcher beschaffenheit ich dan annoch aus mir tief zu herzen gehenden vetterlicher sorge nicht anderst einraten kan, als daß Ew. Ld., wan man sonsten sich vor Frankreich wider ferneren einbruch in einige sicherheit sezen und ein universal armistitium erhalten will, ihre völker mit der associirte crausen in bereitschaft stehender manschaft unverlengt conjungiren, zumalen die craise auch solches wohl erkennen und dahero, wie Ihro der graf Sereni immittelst mündlich referirt haben würd, ihre volcker an der grainzen und nach erreignung gewisser casuum gar nach dem Rhein zu moviren, wan anderst E. Ld. dergleichen thuen wollen, geschlossen haben; wobei umb so viel desto weniger iezt lenger anzustehen sein würd, weilen dem bericht nach der marechal de Crequi nach eroberung Lüzenburg bereit die churf. residenzstatt Trier aigenmächtig vollig demantelirt und jetzt auf Coblenz grad vieleicht folgents weiter auf Cöln im weg begriffen sein solle, welchenfals das röm. reich ja in offentlichen kriegsflammen stehen würde, wie ich dan mit wiederholten curriren diese dem vaterland von neuem zustoßende gefahr einigen chur- und fürsten nochmahlen representiren und dieselbe zu beobachtung des vaterlands beweglich excitiren, solches auch an die reichsversamlung zu Regenspurg gelangen lasse.

Ich bestehe also annoch in meiner vorigen gefasten resolution, und bleibe(n) zu solchem end nicht allein meine daroben stehende 4 regimenter zu fueß an E. Ld. nach dero verlangen bestendig angewiesen, sondern habe auch die versprochene 3 regimenter zu pferth, benantlich Caraffa sampt dessen aigener person und Chiourelle bereits soweit herauswarts avanciren lassen, daß sie neben dem Erbewillischen, welches ich onerwartet der zwei andern regimentern fortzusezen befelicht habe, nunmehro in Boheimb stehen werden. Ich thue hierauf auf das getreueste contestiren, daß ich hierdurch keineswegs die continuation eines schädlichen kriegs intendire, mit E. Ld. wohl erkennend, daß dermahlen dem geliebten vaterland, ja der gesambten christenheit nichts vortraglichers sein kan als ein durchgehender stillstand der waffen. Weilen aber aus obangezogenen mir zu gemüth gehenden motiven und mehr andern umbstanden billig sehr zu zweifeln, ob von der cron Frankreich iezt anscheinender gelegenheit und dero vornehmender proceduren,

wan die alliirte von einander gehen und keinen gegenstand zeigen solten, derselben und zumahlen ein universalitet zu erhalten sein werde, so lebe zu E. Ld. der freundvetterlichen und ganzlichen zuversicht, sie werden eben zu erhaltung des so eiferig eingerathenen general armistitii die hierzue nothwendige zusammensezung der waffen noch ferner belieben, des Französischen crays gemachtem schluß heilsamblich beitreten und durch dieses einzige mittel negst gott dem reich und der gesambten christenheit ewigen ruhestand erhalten helfen, wazue auch die Generalstaaten und andere alliirte hoffentlich in allem cooperiren, und gott allenfalls als in einer so gerechten sach seinen seegen und beistand verleihen würd.

Was sonsten Churbrand. Ld. dem doctori Karch gleichsamb in vertrauen vermeldet, daß auf dero vermittlung die cron Frankreich erbietig seie, außer Straßburg und Keylerschanz dem reich zu restituiren, was sie seit dero gesandten abreis nach Frankfurt dem reich entzogen, ist wohl nichts neues noch ein anders, als was eben diese gesandten den meinigen und seithero alzeit die Französische ministri angetragen und warin der Franzosen proposition bloshin bestanden ist. Es haben sie von zeit zu zeit noch wohl zu verstehen geben, daß ihr könig dieselbe mitlen [sic! miltere?], wan es zum tractat käme. Deme sei aber wie ihm wolle, so werde ich wegen der conditionen und der zeit mich von dem armistitio nicht separiren, wan dasselbe nur universal und vermittelst einer solchen realquarantie, als ich mit E. Ld. hier concertiren lassen, versichert sein würd".

Kopie. Beilage zu einem Schreiben Hohenlohes an Bamberg vom 21. Juli. Bamberg. Kreisarchiv. Reichscorresp. 30, 85.

IV.

Fürst Georg Friedrich von Waldeck an Herzog Johann Georg von Sachsen-Eisenach.

18/28. Oktober 1685.

... „was die marchen der zurück gehenden volker betrifft, so hoffe, daß E. L. vergangenen winter und vorjahr die effecten meiner sorgfalt, die winterquartier abzuhalten und die marchen zu reguliren, werden empfunden haben, wie dan auch erschienen, wie kräftig des h. landgrafen zu Cassel Ld. sich der sache angenommen. Weil aber die praestationes der unionsarticuln und continuation einer moderaten verfassung auf den fues des Laxenburgischen recesses kaiser und alle bindet und unsere gegenwehr autorisiret, und allen negotiationen und consiliis kraft giebet, so möchte wünschen, daß E. Ld., wo sie es vermögen, zu beybehaltunge solchen fundaments dero kräftige officia anwendeten, alsdan kann ich meine güte intention und fleißes würkung auch spüren lassen. Ich will nicht zweifeln, die Westerweldische werden mit den Oberreinischen wegen zurücklassunge der zwei abgeschikten regimenter diesen winter in den erblanden sich conformiren, weilen es den frieden befordern und uns vor allen quartier-

und marchmachinationen besser sicher stellen kann. Ich arbeite als ein esclave, unsere sicherheit und jura zu mainteniren, andere aber hindern, was ich bauwe. In hofnung en passant mit E. L. mich zu besprechen verbleibe ich

E. L. . . Georg Friedrich
fürst zu Waldeck.

Kopie. Meiningen. Hausarch. Corresp. Herzog Ernsts von Sachsen-Gotha-Hildburghausen mit seinem Schwiegervater Waldeck.

V.

Reichshofrath Hermann Meystetter an Bischof Marquard Sebastian von Bamberg.

Wien 24. (praes. Bamberg 29.) Januar 1686.

Stratman hat am 21. mit ihm geredet. Der Kaiser ist zwar entschlossen, Kurpfalz auf alle Weise im Fall eines Angriffs zu unterstützen; „daß aber der h. churfürst einige 500 man vom creis begehrte, solches were noch zur zeit ihres ermessens weder de tempore weder auch verträglich, zumalen daß es uf die art geschehen solle, daß der creis oder auch ein stand in particulari solches nur bloß aus einer freundschaft absque alio fortiori vinculo hergeben solte, sondern wan es je geschehen solte, so müste es in ein andere form gegossen und hierzu eine formbliche alliance, darin sich einer gegen den andern reciproce verbinde, tractirt und ufgenommen werden; ehe solches geschehen und richtig gemacht seie, würde nichts zu thun sein. Er, von Strattman, vermeinte also, weilen schon, veranlaßt seye, daß künftigen Martii gewisse creis under sich und auch Ihro M. pro defensione mutua einige abred thun und sich gegen einander verbinden wolten, so müste Churpfalz miteingenommen werden und Ihre M. darüber instructionspuncta für ihren gesandten, den sie dazu abschicken würden, fürderist bedenken lassen; dieselbe instruction müste zeigen, wie es Ihre M. vorhetten.

Interim hette man des königs in Frankreich intention schon soweit ausgenommen, daß derselbe selbst schon sehe, daß er mit seinen prätensionen wider Churpfalz nit werde reussiren, und daher seine gedanken auch eben dahin nit collimiren, daß er Churpfalz etwas abnehmen wolte, sondern er wolte den h. churfürsten zu dem ende nur in der angst halten, und so mittelst ihn dahin zu zwingen verhoffte, daß geb. herr churfürst, als einer der bei Ihro K. M. und in dem reich viel vermögte, solte den rath und antrieb darzu geben, daß mit dem könig ein ewiger fried, welchen der könig anitzo vorhabe, geschlossen und dardurch ihme die occupirte plätz irrevocabiliter gelassen werden; allein es fenden weder Ihre K. M. weder der h. churfürst einige sicherheit dabei, weilen durch den schluß eines solchen fridens vile ständ wirden veranlast werden, ihre armatur, die sie haben, zergehen zu lassen, andere, die schon disponirt und entschlossen sein,

werbung zu thun, dieselbe wiederumb einzustellen, und das reich, so anitzo mehr als jemahlen under sich einig und die gefährlichkeit des königs apprehendirte, widerumb auseinander zu gehen, womit also die harmonie, so itzo under ständen seie, erlöschen und das tempo aus handen gehen dörfte, hingegen uber 3 oder 4 jahr der könig widerumb neue praetensiones könte vorbringen, und ehe die ständ widerumb zusammen kämen und sich wegen der assistenz vereinigten, ins reich einbrechen und ganze status uber ein haufen werfen.

Es hatt zwar der h. graf von Hohenlohe zu hof ein großes wesen mit dem machen wollen, obwan der könig in Frankreich albereit, was der churfürst uber Rhein hat, hette eingezogen und allen underthanen verboten, dem h. churfürsten nit mehr zu gehorsamen, under dem vorwand, obwan dasselbe alle ihme vi armistitii et reunionis gebührte, deswegen der h. churfürst würklich zu Regenspurg ein memorial eingeben und umb assistence angesucht hette. Weilen aber weder der h. churfürst weder die keis. gesandtschaft zu Regenspurg davon nichts berichtet, so hat man es nit glauben wollen. Doch höre ich, seie under der hand gewesen, das ganze haus Pfalz, darunter auch Schweden gemeint ist, solte sich des werks hautement annehmen und samentlich zu Regenspurg die sach anbringen und die guarantie vom reich begehren, so hette aber der h. churfürst Ihrer M. intention nit recht eingenommen und ehender, als die andere vom haus was anbracht hetten, ein memorial zu dem end beim churf. collegio eingegeben, würd also der h. graf aus mangel der wahren information sich hierin abusirt haben . . . . . . Der gute h. graf steckt hier mächtig, indeme seine negotia nit wollen applaudiret werden".

Or. Reichscorresp. 82, 11. Bamberg. Kreisarchiv.

VI.

Der würtembergische Obermarschall Forstner von Dambenoy an Verjus de Crecy.

5. März (a. St.?) 1686.

Je vous ay dit dans ma precedente, qu'on n'entrera pas dans un engagement plus fort que celuy, dans lequel nous sommes par l'alliance, qu'on a faite il y a deux ans et que mon Maitre a tousjours les mesmes sentimens. Je ne puis pas croire, qu'on pouisse trouver à redire à cela, puisqu'on n'a pas esté mal satisfait de la premiere, qui n'est gueres plus que rien entre nous, et qui cependant nous fait regarder d'un autre oeil, qu'on ne feroit, si nous l'avions entierement decliné. Nous sçavons aussy faire distinction des alliances entre nos cercles et avec d'autres puissances, dont une partie semble vouloir s'appuyer, et à mon petit sentiment, s'est trop s'engager que d'entrer en celles, ou l'on n'est pas socius belli et pacis, sed tantum appendix.

Si l'on en croit mon Maistre, nos engagements n'iront jamais qu'a s'entendre avec nos pareils, et ou nous ayons autant à dire que d'autres, pour ne pas faire les Gibeonites aupres du peuple d'Israel, desquels on se servoit à porter de l'eau et a d'autres vils offices. Nous tacherons mesme à nous mettre en particulier sur un meilleur pied".

Kopie. Kreisakten 76, 673. Würzburg. Kreisarchiv.

VII.

Gottfried von Jena an Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg.

Regensburg 5/15. März 1686.

„Herr graf Ludwig Gustav von Hohenloh, J. K. M. gesandter im reich, wie er sich anmelden lassen, kam den 28. Februar st. vet. von Wien mit der post alhie an und besuchte noch selbiges tages abends spaat den Churbrandenburgischen in seinem hause und ginge des folgenden tags früh auf Nürnberg, woselbst, als er sagte, vorizo eben nichts mehrers geschehen würde, als das man die instructiones zu den bevorstehenden convent der alliirten oberkreise und stände einrichte, welcher wohl zu Augsburg gehalten werden dürfte, zumahln es C(hur)beyern D. verlangten. Und demnach alles dasjenige, so S. Ch. Dl. zu Brandenburg in der Laxenburgischen allianz misfallig gewesen, aus der izigen von neuen projectirten ausgelassen sey, als lebe man am kayserl. hof und anderwärtig der hofnung, höchstgedachte S. Ch. Dl. zu Brandenburg würden solche vertrauliche correspondenz und verbündnüß nicht nur gut heißen, sondern auch selbst darin zu treten nicht ungeneigt sein, zumahln dieselbe dero höchsterleuchtesten verstande längst begrieffen, auch davor gehalten, das eine einmühtige zusammensezung im reich zu dessen conservation hochnötig sey, und wan S. Ch. Dl. zu Brandenburg mit in diese allianz sich begeben, wurde deroselben männiglich nachfolgen, und das werde zu des vaterlandes sicherheit und merklichen besten gereichen. Auf den reichstag, wie man wisse, lasse es sich aus allerhand ursachen nicht so füglich thun als in denen kreisen und vermittels der kreise. So were auch alles blos zur defension und zu keines beleidigung angesehen. J. K. M. suchten hierunter nichts anders oder mehrers, als was dero keys. ambt mit sich brächte, nemlich die conservation des reichs, welches bisher mit unterdrückung vieler stände sehr beleidigt und geringert worden. So viel were es, daß eine einigkeit und mutuelle hülfsleistung höchstnötig, zumahln ein kreis oder stand zu abhaltn oder wiederstehung einer großen feindlichen macht nicht bastant sey, und diejenige, welche zwischen einem keyser und den ständen oder zwischen diesen einig mistrauen und trennung zu stiefften oder die algemeine correspondenz und verfassung im reich zu verhindern, sich hin und wieder bemüheten, suchten gar nicht des reichs oder stände interesse,

sondern derer schaden und ruin und ihre eigenen nuz oder länder zu ergrößern, welches viel jahr lang also practirt sey, wie männiglich begrieffen habe und noch begreife, aber mit nachdruck noch zur zeit nicht remedirt worden.

Ferner erwehnte der herr graf von Hohenloh, daß die Eydgenossen, und zwar, wie man es verstunde, die evangelische, das ihnen vor etlichen jahren angebottene, aber ausgeschlagene bündnüß mit J. K. M. und dem reich numehr bey J. K. M. von selbst gesucht, welche dero resolution darauf dahin ertheilt, daß sie zwar ihres orts dazu geneigt und die Schweiz nicht ohne hülfe lassen würden, es were aber nötig, daß churfürsten und stände mit schlössen, auch beyder religionsverwandte Eydgenossene das bündnüß mit dem reich einrichteten. Es scheinet, das es dem reich erspriesslich gewesen, wan es anderen nationen hierin gefolgt und mit denselben bündnüß gemacht hätte oder noch machte, und lieber mit andern conjunctim in krieg trete als allein krieg führte. Es ist eine alte gemeine maxime, bündnüsse zwischen denen potentaten zu hindern und möglichst es dahin zu spielen, das ein mächtiger nur einen feind habe, und solange er mit demselben in krieg begrieffen, denen andern süße wort gebe, viel verspreche und alle beständige freundschaft so lange versichere und halte, bis er gelegenheit erlange, mit einem andern zu brechen. Im reich ist es übel, das ist niemahln in und mit sich selbst einig, und dan hat es keine alliirten. Das bündnüß mit der Schweiz were wohl zu befördern, in betrachtung es der orten noch ein stück von der vormauer, wie vordem die Spanische Niederlande, die Franchecomté und Lothringen gewesen, so alle verloren sein mit großer incommoditet und schaden des reichs. Und wan ia krieg sein muß, ist solcher ungleich besser an oder über die gränzen außer des reichsboden als darauf zu führen, wie leider so lange jahr continuirlich geschehen, welches daher rühret, das so viel köpfe oder stimmen sich in zeiten nicht resolviren und vergleichen können. Vermittels der kreise, da das reich auf wenig reducirt würd, ließe sich vielleicht eher und besser etwas entschlüssen.

Der herr graf von Hohenloh hat auch der Pfalz. succession erwehnet, und daß man am keys. hof gerne sehe, wan C(hur)pfalz Dl. alles auf güte und glimpf richtete, wie man dan zu Wien der rede nach auf die päpstliche oder andere mediation zimlich reflectiren sol; und lasset man sich verlauten, das J. K. M., wofern es zur thätlichkeit ausschlage, wegen des türkenkriegs nicht im stande sey, J. Ch. Dl. zu Pfalz nötige assistenz zu leisten. S. Ch. Dl. zu Brandenburg haben dero gedanken in dieser sache denen churf. gesandten alhie zu verstehen geben lassen, welche hochvernünftig geschäzt und gerühmet worden. Die churf. gesandten alle haben davor gehalten, ihre gnädigste herrn principaln würden sich ohne zweifel damit conformiren, als welche dem reich sowohl als C(hur)pfalz Dl. zum besten und sicherheit gereichen, und ist auf alle weise und wege sorgfaltig zu verhüten, damit Franckreich keinen anlaß bekomme, den herzog von Orleans in die possession von Simmern und Lautern zu sezen. Von wem und wan würde solche zu recupiren sein: hiezu, nemlich die prise der possession zu verhüten, dürfte viel dienen, es ohne verzug dahin zu vermitteln, damit einige tractaten vor die hand

genommen, oder die sache zur mediation oder unpartheyischen arbitrio veranlasset würde, zumahln Franckreich den keyser pro iudice nicht erkennen wil und als schwiegervatern[1]) recusirt, und J. K. M. werden dem reich die macht zu judiciren schwerlich nachgeben; so hat auch das reich eben keine jurisdiction oder gericht als das reich, und alle urthel in camera und iudicio aulico werden in des keysers namen abgefast und publicirt; dannenhero wohl auf ein arbitrium, auf eine mediation oder austräge würd reflexion zu machen sein. Dieses so obiter und anlaß zu geben, etwas zureichendes und bequemers zu ersinnen.

Aus der Schweiz bekam vor etlichen tagen briefe, welche aber den 13/23 Februar datirt und fast alt sein, unter anderen lauten selbige: Helvetia nostra hucusque pacata. Basilea quidem a vicinia multum patitur, sed vim nondum sentit, excubias agit intra et extra urbem perpetuas, omnia ad sui defensionem parata habet. Geneva credit blandis verbis, nec apparent iam subitae invasionis indicia. Valles Pedemontanae milite Gallo et Sabaudo valde numeroso cinctae sunt, ut adigantur ad papismam; hactenus autem militem in valles non admiserant. Defendunt se pactis suis et juribus. Dicitur Sabaudus ad hanc expeditionem invitus cogi. Missi illuc sunt Tiguro et Berna legati rogaturi ducem ad observationem promissorum in transactione anno 1655. Incolae extrema tentabunt et armata potius morientur manu, quam ut esse velint praeda militis rabiosi. Hodie comitia Badensia pacate finita. Omnem papistae promittunt patriae defensionem juxsta foedera. Rhaetia quoque suam literis offert opem vi foederum. Legatus Gallicanus non nisi blanda visus loqui offert regis amicitiam. Hortatur ad concordiam. Spondet regis cum antiquissimis confoederatis fidem.

Der herr graf von Hohenloh würd von Nürnberg an die Rheinische herrn c(hur)fürsten gehen, sol aber der rede nach bey C(hur)meinz, C(hur)trier und C(hur)cöln eben nichts reales, sondern noch zur zeit bloß in commissis haben, gleichsam ein compliment abzulegen und zu contestiren, das J. K. M. mit ihrer bisherigen conduite ganz vergnügt weren ꝛc. Theils wollen mütmaßen, der herr graf habe diese commission selbst ausgewürckt. Den C(hur)brand. hat er ersucht, das er obiges referire, dabey S. Ch. Dl. zu Brandenburg er sich zu gnaden und hulden unterthänigst recommendirte".

Eigenhändig. Berlin. Geh. Staatsarchiv. Auszug bei Pufendorf, De rebus gestis Friderici Wilhelmi. S. 1553. Lib. 19. § 31.

VIII.

Hofkanzler Stratman an Kurfürst Philipp Wilhelm von der Pfalz.

Wien 18. März 1686.

Der Kaiser hat dem Kardinalnuntius (Bonvisi) bedeuten lassen, er unterwerfe am liebsten alle seine Streitigkeiten dem päpstlichen Schiedsspruche. „In der Pfälzischen sach aber, dabey das reich und so viele hohe agnaten

1) Sic statt schwiegersohn.

allerhand religionen interessiret weren, kunten sie vor sich allein das denen parteien competirendes forum nicht verendern; gleiche bewandnuß habe es mit der mediation. Indem aber E. Ch. D. keine allodialia, die frau herzogin von Orleans hingegen keine reichslehen praetendiren kunte, so wurde J. K. M. lieb sein, wan vermittelst ihrer päpstlichen heiligkeit vaterlicher mediation der könig von Frankreich desto capace gemacht und von eigenmächtiger thätligkeit abgehalten wurde. J. K. M. haben vermeint hierdurch nichts zu vergeben, beim pabste und menniglichem den glimpf beizubehalten, Franckreich in torto zu setzen, zeit zu gewinn und senuo tempore gleichwol meister der sache zu sein".

Dem Kardinal wurde demgemäß aus der Reichskanzlei eine Antwort ertheilt. „Der Spanheim versichert, der könig von Franckreich werde in dieser sach ietz nichts de facto vornehmen, und vermeint Churbrandenburg, daß alslang das reformationswerk in Franckreich nicht ganz beentiget ist, man alda keinen ausländisch krieg sich auf den hals werde ziehen wollen. Das sicherste ist aber, sich darauf nicht zu verlassen, sondern soviel thunlich auf seiner hut zu sein, zumahlen man villeicht an seiten Franckreich uns in schlaf und mit der besten macht von Teutzland erst gegen den turcken ins feld zu bringen suchen und demnechst ein oder andern orts loszubrechen gemeint sein mag".

Or. München. Geh. Staatsarchiv.

IX.

Kurfürst Philipp Wilhelm von der Pfalz an den Hofkanzler Stratman.

Heidelberg. 29. März 1686.

Einige meinen freilich, Ludwig XIV. werde in diesem Jahre nichts unternehmen. Doch sollte man „endlich schon genuegsam gewiziget sein, den französischen parolen sich nit zu vertrauen, sintemahlen die Franzosen selbsten den Teutschen für ein vitium anschreiben, das sie vermeinen, was versprochen werde, miesse man ihnen auch halten. Ich stehe derowegen auf meiner wacht, so vill mir menschmöglich. Das ich aber die hierobige vormaur des reichs, welche sonderbar in meinen beeden vöstungen Franckenthal, Manheimb und Friedrichsburg bestehet, andere meine haltbare plätze und berghäuser zue geschweigen, allein verwahren könne, ist die offenbare impossibilitet, und wurden, so gott verhüte, nach meiner vergwaltigung andere crayse und stände das genossene beneficium ordinis allzuespat bereuen.

Ich wüßte in der warheit nit, wie mich gegen Franckreich mündund schriftlich in höflichern und respectuosern terminis gubernieren und den könig contra imperii et meum proprium respectum mehrers venerieren oder gar adorieren könte. Er nimbt mir und andern ständen eines nach

dem andern. Ich und sie leiden und schweigen und klagen allein unserem allergnädigsten oberhaupt die noth und weitere gefahr". Ohne den Respect, den er vor Ludwig XIV. hat, hätte er Morels impertinentes Betragen nicht geduldet.

Conc. München. Geh. Staatsarch. K. bl. 14/14.

X.

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg an seine Gesandten in Kopenhagen, Friedrich von Brandt und Johann von Hoverbeck.

Potsdam 28. Mai / 7. Juni 1686.

Bleibt dabei, daß es mit dem schwedischen Transport noch nicht soweit sei, um sich zu beunruhigen. Dänemarks starke Rüstung könnte im Gegentheil mit mehr Recht von Schweden als causa belli angesehen werden, „weiln der transport der Schwedischen troupen in Teutschland nicht eben eine solche sache ist, woraus einig habendes dessein wider Denemarck necessario erfolgt, da hergegen Denemarcks eigenem vorgeben nach die zu Copenhagen vornehmende armatur uf behinderung mehrgedachten transports, so ohne eine manifeste aggression, wie gesaget, nicht geschehen kan, angesehen ist". Sie sollen dies bei Gelegenheit dem Großkanzler und andern vorstellen.

„Soviel aber die sogenante Hohenlohische allianz, wovon der graf Reventlaw gegen euch erwehnung gethan, anbelanget, da ist nicht ohne, daß weil es zu Regensburg mit ausmachung des puncti securitatis publicae so gar langsam daher gehet, einige des reichs crayse auf die gedanken gerahten, zu ihrer benötigten sicherheit sich etwas näher mit einander zu setzen. Gleichwie aber dieses ganze werk, soweit wir davon nachricht haben, bloßerdings die nach allen rechten wollerlaubte prospicirung einer mutueller defension zum endzweck hat und zu niemandes beleidigung und offension angesehen, auch denen constitutionibus imperii und der executionsordnung allerdings gemes eingerichtet werden soll, so können wir nicht sehen, daß man auch deswegen sich zu ombragiren ursach habe, es sei denn, das man den ständen im reich ihr jura foederum et armorum streitig machen oder sie in die deplorable condition setzen wolte, das sie zu behaubtung ihres standes und hergebrachten libertät keine Mittel solten ergreifen oder in communi causa sich mit einander setzen dürften, worauf hernach nichts anders erfolgen müste, als das das alte: dum singuli pugnant etc. mit ihnen gespilt und einer nach dem andern über haufen geworfen werden dörfte.

Das auch J. K. M. in Schweden vigore solcher Hohenlohischen allianz eine macht von 10000 mann auf des reichs boden zu halten schuldig sein solte, solches ist uns nicht wissend. Zwar ist nicht ohne, das in dem von solcher allianz bisher debitirten project eine gewisse anzahl, welche selbige cron eveniente casu stellen solte, erwehnt wird; es ist aber des-

wegen unsers wissens noch nichts geschlossen, und wie schon oben erwehnt, wird das ganze werk ad nudos terminos defensionis, welche niemand verwehrt werden kan, reducirt, wozu auch die cron Schweden ihrer in Teutschland habender ansehnlicher provincien halber mit fug concurriren kan".

Auch in Kopenhagen werden die Contraventionen Frankreichs in den sogenannten reunierten Landen in ecclesiasticis et politicis wohl bekannt sein. Die Vorstellungen des Kurfürsten in Paris und Regensburg hatten keinen anderen Erfolg, als daß man ihm vorwarf, er stelle sich „jedesmal a la teste derjenigen, so mit Frankreich mecontent zu sein bezeigten". Angesichts der französischen Reunionen und Übergriffe dürfe er sich aber durch sein Bündniß mit Frankreich von seinen Pflichten gegen das Reich nicht soweit entfernen lassen, daß er Frankreich in seinen Maßnahmen bestärke. Da die dänischen Minister selbst der Garantie Erwähnung gethan hätten, sollen sie auch mit ihm in Paris gemeinsame Vorstellungen machen, daß Ludwig XIV. den Reichsständen keine weitere Ursache zur Beschwerde gebe, was für Dänemark um so unbedenklicher sei, als der Fortbestand des Bündnisses zwischen Frankreich, Dänemark und Brandenburg eben die Abstellung obengenannter Beschwerden voraussetze.

Conc. Berlin. Geh. Staatsarchiv. Rep. XI. 67.

XI.

Gutachten Johann Friedrichs von Seilern über den Beitritt der Kurpfalz zur Allianz.

(Beilage zu einem Schreiben Kreiths an Kurfürst Philipp Wilhelm vom 24. Juni 1686.)

„Die ursachen, warumb in der churfürstl. instruction erstlich allein die 1000 mann begehrt und zweitens so große behutsambkeit wegen der beitrettung bezeugt wird, bestehen meines wissens darin, daß sothane gegenwertige hülf noch zur zeit nötig erachtet und darzue vormals von einigen ständen des Fränkischen creys nit geringe hoffnung gemacht, hingegen bei der suechenden völligen einnehmung in die allianz besorgt worden, es möchte nit nur solche wegen der schon uberall erschollenen französischen unrechtmäßigen anspruch und dannenhero leicht zu erwarten habender kriegsgefahr nit gleich zu erhalten sein, mithin Frankreich erst dahero anlaß nehmen, weilen es J. Ch. Dl. von einem guten theil des reichs gleichsamb offentlich verlassen sehete und eines gleichmäßigen von denen meisten ubrigen ohne zweifel vermuthen würde, dieselbe mit gewalt anzuegreifen, sondern wan auch schon endlich nach vieler bemühung J. Ch. Dl. eingenomen werden solten, deroselben solche gegenpraestanda zuegemuthet werden, die ihr zue ubernehmen, noch mehrers aber zu leisten unmöglich wäre, zu geschweigen, daß man nit gewust, ob diese gemeinsambe zusammensezung einmal zum stand kommen, solchenfals aber auch J. Ch. Dl. bei Frankreich schlechten

vortheil bringen wurde, da Frankreich sehen solte, daß J. Ch. Dl. ihre beste und geschwindeste rettung auf ein ding gebauet, welches in der geburt erstickt".

Jetzt aber steht die Sache so, daß die fränkischen, sächsischen und der kurbairische Gesandte sich nicht eher zu der verlangten Volkshülfe verstehen wollen, bis sie wissen, ob Kurpfalz beitritt und ein reciprocum leistet. Zu einem Contingent zur Allianz kann sich Kurpfalz unbedenklich verpflichten. Denn in Wirklichkeit bleibt dasselbe, da jeder Krieg mit Frankreich auch die Pfalz bedrohen wird, im Lande stehen, und Kurpfalz muß zur eignen Sicherheit ohnedies mehr als das allianzmäßige Contingent fertig halten. Auch der Geldbeitrag ist nur scheinbar, insofern die Beiträge der andern Alliirten in Wahrheit nur der Kurpfalz zu gute kommen.

München. Geh. Staatsarchiv. K. bl. 136 / 12.

XII.

Georg Friedrich von Snoilsky an seinen Sekretär in Regensburg.

(Augsburg. 28. Juni 1686.)

Monsieur.

Demselben kan ex confidentia eine unverhoffte begegnuß, welche hiesige versamblung zimlich divertirt, nicht verhalten. Dann als ich vor einigen tagen in beisein einer großen compagnie ein neues extractschreiben aus Regenspurg, welches den speciosen titul führte „Copia des königl. Französischen plenipotentiarii Mr. le comte de Crecy schreiben an den königl. Schwedischen envoye", nacher Augspurg zugeschickt bekommen, welches ohne zweifel zu geb. Regenspurg der löblichen praxi gemäß unter der hand im höchsten vertrauen, aber doch allen vom Jacoberthor an über die Hayd bis an das Osterthor communicirt und solchergestalt unter die fameusen reichstagsbeylagen enregistrirt worden, muß ich bekennen, daß mir gleich die idea zu sinn gekommen desjenigen, so vor einiger zeit der königl. Französische plenipotentiarius selbst von den weltbekanten Regenspurg. extractschreibens sentiret, nämblichen daß ein neuer Machiavellus abermahl aufkommen, der unter supponirten namen de la derniere politique et finosse zu sein geglaubt, denen zu Augspurg versamleten reichscreisen die gefährligkeit einiger 10000 Schweden, wie damals dem Fränk. creis wegen 10000 Franzosen beschehen, vorzustellen. Ich hatte umb so viel mehr ursach, dergleichen gedanken zu haben, als ich nicht allein damals keinen buchstaben von des königl. Französischen herrn plenipotentiarii hand empfangen hatte, sondern auch mich nicht zuruck erinnern kunte, iemals vorhero mit dergleichen vertraulichen communicationen were gewürdiget worden, dahero sich der herr secretarius leicht selbsten praefiguriren kan, was fur unterschiedliche sentiments darüber vorgefallen, indem ich sonderlich dasselbe aus obbemeldten ursachen nicht anders als vor supponirt halten können. Nachdem ich aber gestern

mittels erhaltung des originalis mich ganz desabusirt befinde und in der that der acuminosen wohlredenheit des herrn comte de Crecy, deren er sich bei vielen jahren gegen vornehme ministros gebraucht, auch gewürdigt sehe, habe ich bei diesen werk aniezo keine größere displicenz, als daß die sonst dem h. comte de Crecy beiwohnende force d'esprit dißmahl sein gebührendes applaudissement bei allen nicht befunden, weilen ich diejenige passages, die gewißlich hin und wieder eine plaisante galanterie surpassiren, zu seiner avantage nicht verhölen können, wie ich gethan hette, dafern sie nicht — ob es aus freundschaft oder dessein geschehen, laß ich dahin gestellet sein — in der welt weren ausgebreitet worden.

Es enthält solches schreiben, wie der h. secretarius eher als ich aus der Regenspurg. communication hab sehen können, deswegen ich auch dißmahl keine copiam mitschicke, allerhand erfundene artige tours und ausbreitungen, großer könige desseinen, darüber vor diesen ein alter ehrlicher l'Isola materie genug sich zu dilatiren hette haben können. Weiln mich aber einiger scharfsinniger plaiesanterien gar nicht piquire, mich zumahln nicht gerne engagiren will, railleries auf den grad zu erhöhen, daß dadurch der gekrönten häupter schuldigsten veneration zu nahe getreten werden möchte, wie man insensiblement dahin kommen würde, wenn man der cron Franckreich allmächtigkeit und stärke der cuirassen mit der impenetrabilität der Liffländischen und Laponischen gränzen compariren solte, wie er solches alles in seinen schreiben anführet, obwohln mit dem königl. Französischen h. plenipotentiario gar gern der meinung verbleibe, daß man nicht vonnöthen habe, allezeit in unserer herren affairen sour (sic) son serieux zu sein, — als finde sowohl unnöthig als unräthlich, auf die specialiteten gedachten schreibens mich auszulassen, zumahln ich billich davor halten muß, daß sowohl der schönen zeit als guten compagnie und wackern ort, darin ich mich befinde, ein großer tort geschehe, wann ich mich deren gebrauch entziehen und auf erfindung schöner coursen in worten und hyperbolitätischen expressionen aniezo appliciren solte; diesemnach ersuche den h. secretarium freundlichst obged. königl. Französischen plenipotentiario meinetwegen über alles dieses ein compliment und excuse zu machen, zuförderist aber vor die gute zuneigung und erinnerung meiner person wie auch der vertraulichen communication halber dessen, so zwischen der königl. commission und ihme passiret, dienstlich dank zu erstatten und dabei zu vermelden, daß gleichwie ich theils aus oft gedachten schreiben selbst, theils aus dessen voreilender communication leichtlich abnehmen können, daß ermeltes schreiben seines mehrern inhalts nach mehr an andere und damit dieselbe dessen kraft und saft daraus haben mögen, als an mich gerichtet, also mehrgedachter h. plenipotentiarius von andern orten her den effect sowohl als die antwort besser als von mir werde zu gewarten haben.

Kopie. Gotha. Staatsarchiv.

XIII.

Bischof Johann Gottfried von Würzburg an Bischof Marquard Sebastian von Bamberg.

Schloß Rimpar 10. (praes. 13.) Juli 1686.

Hohenlohe hat mitgetheilt, daß der schwäbische Kreis dabei bleibe, nur mit Franken und Kurbaiern in Association zu treten, dagegen wäre nicht mehr am Beitritt Kursachsens und Kurbrandenburgs zu zweifeln, „außer welchen sonsten wie bereits des herrn landgrafens zu Hessen-Cassel L. uns durch den baron von Görz ehevorn schon eröffnen lassen, nach Euer L. nicht unzeitig führender hoher beisorg wegen vermuthlicher hinterbleiblicher verfassung ein oder andern associantens man sich anderster nichts als einer inconsiderablen mannschaft zu getrösten haben wird, inmassen dan gleichfals ohne association dieser beeder churhäuser die auf den tapet und in vorschlag gekommene aufrichtung einer gemeinsamer cassae gar zu sumptuos sein würde". Obwohl man Kurpfalz alle mögliche Hilfe versprochen hat, so ist doch nicht einzusehen, warum ein Associant mehr als der andere leisten, und warum die 1000 Mann Succurs von dem fränkischen Kreise allein statt von allen zusammen aufgebracht werden sollen.

Or. Reichscorresp. 82, 51. Bamberg. Kreisarchiv.

XIV.

Gottfried von Jena an Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg.

Regensburg 5/15. August 1686.

Rescript vom 22. Juli / 1. August hat er am 3/13. August erhalten. Der kurtrierische Gesandte nahm es ad referendum und dankte namens seines Herrn für die kurfürstliche Entschließung, seinen Herrn in der Übung seiner Rechte schirmen zu wollen.

„Anreichent den punctum securitatis publicae, so ist dessen feststellung E. Ch. D. hochsterleuchtestem iudicio nach nicht nur ganz nötig und eine in der natürlichen vernunft und in der völcker recht sehr fundirte sache, sondern es ist auch sothane vor 20 jahren bey dem annoch wehrenden reichsconvent in berathschlagung kommen und darin bis auf diese stunde geblieben. Und gleichwie einem iedem reiche, potentaten oder republic frey stehet, sich nach eignen gutbefinden in verfassung zu stellen und auf seine beschüzung bedacht zu sein, also ist auch der teutschen nation oder dem rom. reich mit keinem fug zu verargen, wenn es seine sicherheit und conservirung durch zureichende mittel sucht, bevorab es aus der erfahrung leider mehr und zuviel mit dem grösten schaden erlernet, wie es bald diesem bald ienem reichsstand unglücklich und zwar darumb ergangen, weiln man nicht in bereitschaft gestanden, denselben sofort zu retten, und der potentat oder der staat hätte in der weld das arbitrium und alzeit gewonnen spiel,

welcher allein das privilegium oder recht behaupten könte, daß er allein gewaffnet und zum kriegs operationen gefast stehen dürfte, andere aber keine miliz auf den beinen halten, sondern ohne defension und widerstand des armati invasionen und passionen exponirt sein müsten. Und wan man alsdan erst auf die gegenwehr denken wil, wan der bruch oder ansal geschehen, ist es zu lange gewartet, vornemlich im röm. reich, da so viel köpfe so viel interesse, particularia und inclinationes concurriren, welche und was dergleichen mehr verursacht, das alles schwer, langsam und nicht in zeiten resolvirt, weniger zur execution befördert würd, und ist bey solcher forma reipublicae mit sorgfalt darauf zu studiren, wie diesen difficulteten und verzögerungen abgeholfen werde. Im übrigen machen sich diejenige verdächtig, welche immerhin zum kriege sich rüsten und nichts verabsaumen, was defensive und offensive dazu gehöret oder dienlich, und übel ausdeuten, wan andere eben das, was sie thun und ihnen recht und vergönnet ist, auch thun wollen, ob sie gleich mehr ursache dazu also ein anderer, der sich vor einen krieg und feindlichen angriff so leicht nicht zu fürchten, wiewohl er vorwendet, daß anderer, potentaten oder des reichs armatur auf einen bruch gerichtet sey. Summa, man hat an diesen seinen ort soviel hievon mit glimpf discouri(r)t, daß es zu lang und zu verdrüßlich zu schreiben und zu lesen.

Im übrigen würd der punctus securitatis publicae alhie gar nicht mehr also wie vor etlichen monaten urgirt, und mag vieleicht auf die zu Nürnberg und Augsburg gepflogene conferenzen oder associationstractaten reflectirt werden; allein es scheint ein werk, so den intendirten effect nicht, auch die maturitet nicht bald erlangen dürfte, so ist es auch particular und kan schwerlich oder gar nicht universal werden, weiln alle kreyse oder alle stände nicht darin treten und sich deshalben leicht entschuldigen können. Bey der allgemeinen reichsverfassung aber mag sich keiner eximiren, und es war mit dem puncto securitatis vordem soweit gekommen, daß an dessen perfection ein weniges mangelte, und man hätte gänzlich geschlossen, wan nicht etliche im fürstlichen collegio solches dadurch gehindert, das sie mangelung befehls allegirten, welche hernach das werk gerne in richtigkeit gesehen, dahin es aber, weiln die gelegenheit vorbey, die umbstände und theils concilia sich geändert, nicht zu bringen sein wolte.

Der almächtige, welcher der vornehmen potentaten und herren herzen in seiner hand, lenke sie in Teutschland dahin, daß sie mit J. K. M. und diese mit ihnen wie auch churfürsten, fürsten und stände in einigkeit und guten vertrauen leben und ohne neid und passiones auch mit hindansezung des zuweilen geringen privaten interesse ihre und des publici beschüz- und erhaltung ingesambt suchen und behaupten, welches man, da es geschehen werde, gewiß und ohne scrupul zu glauben. S. Ch. D., welche vermittels gottlicher vorsehung und durch dero unvergleichliche in der ganzen welt berühmte thaten in der großesten reputation sich gesezt haben, können durch dero autoritet und consideration ein ungleich mehrers ferner zu des vaterlandes beste als andere contribuiren. An denen vornehmen höfen ist das werk zu reguliren, da die herschaft die geheime ministros, und diese

die herrschaft vernehmen können; abwesende und von ihren gnädigsten herrn entfernete diener, und welche das glück und die gnade nicht haben, ihrer gnädigsten herrn intention und worte zu hören und mündlich ihre gedancken mit unterthänigsten respect zu eröfnen, können unmöglich so dienen, als sie gerne wollten. Es lässet sich nicht alles schreiben, was mancher sagen kan, und dan wachsen auch die discourse, wan selbige mit umbständen und rationen vorgestelt werden sollen, dergestalt an, daß sothane wegen der länge im ersten ansehen verdrüßlich scheinen, und dan ist einem abwesenden benommen, dasjenige, so er schreibet, wie nötig zu erlautern oder die entstehende dubia zu solviren.

Der reichsritterschaft bekandtes suchen würd sonder zweifel so viel obstacula wie vordem also izo finden, daß es nicht zu erhalten. Man wil dennoch selbiges fleißig observiren und bey allen gelegenheiten dawieder laboriren, wozu überflüssige rationes vorhanden, welche angeführt werden können. Ein einziger scrupul ist verhanden, das nemlich die der reichsritterschaft nahe anverwandte churfürsten und bischöfe in dero favor etwas zu thun, nicht ungeneigt sein möchten. Wegen der überhand nehmenden creirung der neuen reichsfürsten und, was noch mehr, derer einführung ad sessionem et votum tragen die meisten alte fürstl. hauser wie vordem also izo sorge, und man ist im werck begrieffen, dagegen zu wachen und zu negotiiren. In dem erzherzogthum Oesterreich, wie auch in Beyern ist, so viel man weiß, fast kein edelman, alles ist freyherr oder graf, und freyherr ist auch nicht mehr genug, sondern es soll und muß graf sein, wie gering auch zuweilen das vermogen und einkünfte. Dan wollen die grafen, welche mittelmäßige renten, nicht grafen bleiben, sondern ambiren den fürstenstand, und das thut dan einer dem andern nach, wie mancher guter edelman in diesen ländern gleichsam genötigt würt, wen er nicht erniedrigt sein wil, seinen stand zu endern, den er und andere dennoch nicht digne führen kan. Und es ist fast nicht zu glauben, wie wenig mancher von neuen grafen und herrenstandt einzunehmen hat, und wie schlecht er und die seinige leben müssen, sonderlich wan man die alte reichsgrafen considerirt. So nehmen jene auch solche dienste an, welche mit dem gräflichen und herren stand vordem nicht compatible gewesen".

Eigenhändig. Berlin. Geh. Staatsarchiv. Rep. X. 49.

XV.

Die kurbairischen geheimen Räthe an Dr. Johann Rudolf Wämpl.

München 25. August 1686.

Soll ebenfalls nach Nürnberg reisen, auf die fränkischen proponenda sich nicht weiter herauslassen, das negotium des kursächsischen und kurbrandenburgischen Gesandten beobachten, in der Hauptsache aber mit dem kaiserlichen Gesandten dahin arbeiten, „das dises werk von andern nit ungleich interpretirt und ain oder der ander irr gemacht werde, allermassen

du in deinem vorherigen bericht von Churbrandenburg die erwehnung gethan hast“.

Nur Artikel I und II der Allianz berühren Baiern. „Wann du yber den ersten puncten umb unsere ratification des Augspurg. receßs befraget wirdest, hastu die antwort in generalibus dahin abzugeben, daß du den ganzen lauf der sachen deiner empfangnen instruction gemeß an unsere zu München hinderlassene geheimbe conferenzrät und volgends dise an uns, sovil dir bewußt, alsobalden zu berichten nit underlassen hetten. Es were dir aber darüber unsere resolution theils, wie du dir einbilden köndest, wegen weite des umbwegs, vornemblich aber wegen der in Ungarn der zeit mehr als iemals vorgehenden gefehrlichen actionen, welche andere wichtige deliberationes nit wol zuelassen noch zumalen nit zuekommen, du zweifelst aber nit, wür werden uns dem bishero vilfeltig in der that erwisenen patriotischen eifer gemeß zu J. K. M. und anderer hohen alliirten satisfaction erclern, und yber dise generalia hastu dich eben darumben nit hinauszulassen, weil deinem vorschreiben noch die Fränk. ständ selbsten mit irer ratification auch zuruckhalten und erst des Schwäb. craiß schluß erwarten wollen.

Welches auch von dem zweiten propositionspuncten der von Churpfalz verlangten volkhilf und deswegen verfaßten nebenreceß zu verstehen. Und obzwar diser punct vorneimblich von deme noch dependirt, wasgestalten sich Churpfalzs Ld. ratione accesionis, quanti und anders halber bei gegenwertigem convent, wohin die sach von Augspurg verwisen worden, noch erclären werden, so hastu ihme doch auf das in eventum uns angesetzte quantum der 500 mann positive keine hoffnung zu machen, sondern vilmehr mit gueter manier an die hand zu geben, das er seiner ersten instruction gemeß dise volkhilf allein von dem Fränk. als nächners entlegnem crais suechen möchte, so der executionsordnung und andern reichsconstitutionen ohnedeme änlicher were, doch erwartest du die aigentliche resolution wessen wür uns erclern werden, demnegsten zu vernemen“.

Auch soll Wämpl den Fehler wegen der Unterschrift redressieren. Den XVII. Artikel von Aufnahme fremder Mächte, den Wämpl ganz übergangen hat, als ob den Reichsständen allein der Beitritt erlaubt wäre, soll er näher erläutern. Wenn andere sich wegen der Ratification mit Kurbaierns Beispiel entschuldigen wollen, soll Wämpl den großen Unterschied vorstellen, da der Kurfürst vor Ofen liege, die andern Fürsten aber in loco seien.

Kopie München. Geh. Staatsarchiv. K. schw. 140/14.

XVI.

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg an Gottfried von Jena und Schönbeck.

Potsdam 9/19. November 1686.

„Es wird euch außer zweifel wissend sein, welchergestalt der graf von Hohenloh bey denen sambtlichen ständen des Frankischen crayses die erinnerung

gethan, daß dieselbe nicht allein zu Regensburg wegen des auf dem Baden-Durlachischen territorio gegen der Hüninger brücken von Frankreich angelegten fortificationsbaus alles was zu einstellung dieses praejudicirlichen vorhabens dinsam beobachten, sondern auch zu solchem ende das einem jeden stande in gedachtem crayse zukommende allianzquantum parat halten mögten. Nun seind euch zuforderst unsere des gedachten Hüningischen vestungsbaus halber führende gedanken genugsam bekant, und können wir auch gar nicht davor halten, daß Frankreich solchen bau als eine zugelassene praecaution gegen die Augsburgische allianz zu justificiren vermöge, zumahlen solche allianz und alle übrige in denen dortigen craysen eine zeithero gemachete anstalten eine in denen völkerrechten, des reichs satzungen und dem jure naturae selbsten woll erlaubete defension zum zweck und fundament haben, wovon niemand als nur derjenige, welcher eine aggression im sinn hat ombrage schöpfen kann; da hingegen alle welt es vor einen fridbruch und invasion erkennen wird, daß Frankreich mit etzliche tausend mann in das Durlachische gebiet gefallen und unter derselben faveur oberwehnte Hüningische schanze daselbst zu bauen angefangen.

Wie aber dem allen und obschon das reich nach allen rechten diese gewalt mit gewalt zurücktreiben könte, sonderlich da auch fast schlechte hofnung vorhanden, dieserwegen einige redressirung durch die güte zu erhalten, so wird doch ein jeder vernünftiger mit uns der meinung sein, daß die prudenz und vorsichtigkeit, ohne welche auch ex justissimis causis kein krieg angefangen werden mus, schwerlich zulasse, bey noch wehrendem türkenkriege diese und anderer wider Frankreich habender gravaminum halber das ressentiment soweit gehen zu lassen, daß man dadurch in eine öffentliche ruptur verfallen solte, gestalt den nicht unzeitig zu besorgen, das gleichwie an einer seite die cron Frankreich notorie in dem stande ist, das reich mit einer sehr großen macht zu überfallen, das reich aber an der anderen seine forces nicht ungesaumbt derselben entgegen sezen kan, sondern diselbe größerntheils noch in Ungarn wider den erbfeind zu employiren genötiget sein würde, alsdan gar leicht geschehen könte, das anstat man sich des jetzo erleidenden unrechts entbürden will, noch mehreres herbeygezogen, ja woll gar ganze provincien und städte von neuem verlohren gehen mögten. Wir befehlen euch auch hiemit in gnaden, bey gelegenheit dieses alles aldort gebührend vorzustellen, jedoch solcher behutsamkeit euch dabey zu gebrauchen, das die keyserl. ministri und andere wohlgesinnete darob keine rechtmäßige ombrage schöpfen, noch es den schein habe, als ob wir Frankreich das wort reden oder die zu des reichs sicherheit gerichtete consilia zu affaibliren gemeint weren".

Conc. Berlin. Geh. Staatsarchiv. Auszug bei Pufendorf, De rebus gestis Friderici Wilhelmi 1555.

XVII.

Der burgundische Reichstagsgesandte Ludwig de la Neuveforge an den Neuburgischen Hofrathspräsidenten Johann Friedrich von Kreith.

Regensburg 19. November 1686.

Stang hat gelegentlich der Absage des fränkischen Kreistages dem kurbairischen Gesandten (Wämpl) nur geschrieben, „daß die ursachen dieser veränderung von solcher importanz weren, welche der feder nicht zu vertrauen, und am besten sein würde, noch auf eine zeitlang allen begebenheiten vorzubiegen, welche J. K. M. in fortsetzung ihrer victorien verhinderlich sein mögen. . . . Das allianzwesen dependiret aber nicht allein von dem creis; was noch darvon auszumachen, mueß auf solche weis und von denen geschehen, welche zue dem Augspurgischen convent und receß authoriziret gewesen. Die zeitung(en) geben zwar allerhand anlaß zu vielfaltigen coniecturen, worumb diese versamblung seinen (sic) fortgang nicht haben solte, und sonderlich als solte Frankreich sich zu Rome beklagen, daß diese unschuldige allianz unserer religion zuwider eingerichtet seie, welches das rechte mittel ist, ungegründete, dannoch nachdenklige diffidenzen einzuführen. Es werden aber verhoffentlich J. K. M. diesem schon zu begegnen wissen. Solte dieses heilsame wohl angefangene werk ins stecken gerathen, so würden noch viel gefährliche consequenzen daraus entstehen“.

München. Geh. Staatsarchiv. K. bl. 136/12.

XVIII.

Bischof Marquard Sebastian von Bamberg an Bischof Johann Eucharius von Eichstätt.

8. Dezember 1686.

Vor acht Tagen war Graf Ludwig Gustav von Hohenlohe in Bamberg und hat „unter vorstellung allerhand schwerer gefährlichkeiten nicht allein die maturirung eines craisconvents, sondern auch die fürderliche auswechslung der Augspurgischen allianzratification und dan die abschickung der churpfalz. assistenz sehr eifrig urgirt. Nun hat man sich zwar durch den jüngern craisabschied dieser volkhülf halber auf gewisse conditiones verbintlich gemacht. Nachdem aber theils davon annoch churfürstlicherseits zu adimpliren, andererseits aber andeme noch stehet, ob auch die übrigen alliirte, in specie Oberrhein und Sachsen, wovon doch nicht das allergeringste vernommen wird, das ihrige pro nunc abschicken werden, also haben wir uns auch gegen ihn vernehmen lassen, daß wir nicht sehen könten, wie Churpfalz Ld. mit diesen 200 mann ein mehrers gedienet werden könte, dan das wir desto ehender in die gefährlichkeit mitgezogen und zu unglükligen sociis malorum gemacht werden dörften. Wir vernehmen zwar, daß ein oder ander dieses löbl. craises stand sein contingent dahin würklig abgeschickt habe. So wenig wir aber finden können, was selbige

denen churpfälz. landen profitiren werde, ebensowenig können wir auch begreifen, warumb doch mit der ratificationsauswechslung in diesem crais allein so hart getrungen werde.

Das interesse, so sich beede cronen Spanien und Schweden darburch etwan promittiren, könte zwar ihnen, weilen sie der reichshülf am meisten und allein vonnöthen haben, zum vortheil gedeihen, wie aber unterdessen uns und andern geholfen sein werde, das ist leicht zu erachten, und scheinet nicht ohne nachdenken zu sein, daß sich sogar der kais. hof hierin retirad bezeiget, welches, wie es vermuthlig, darumb geschihet, umb die cron Frankreich in seiner hierüber allbereit gefaster ombrage nicht weiter zu irritiren, und sich selbsten in seinen herrlichen progressen wieder den erbfeind vor der zeit hinterlich zu sein. Also nehmen wir auch nicht wenig zu gemüth, daß Churbayern Ld., wie wir von gutem ort in vertrauen versichert werden, geb. extradition de facto difficultire und, welches das unglückseligste vor das christliche und gemeine wesen were, mit dem kais. hof in aine mißverständnus verfallen sein solle. Wir haben aber entlich besagten grafen von Hohenlohe, umb seiner nur mit manier bei zeit loszuwerden, mit deme abgefertiget, daß wir über so ein als andere mit ihrer Ld. zu Bayreuth und andern hohen ständen daraus communiciren und uns von dem gemeinen gutbefinden keineswegs separiren, den craisconvent aber darumb nicht wohl ehender, dan gegen den künftigen Februarium, wo nicht gar Martium ausschreiben würden und könten, weilen man doch ohnedem gegen selbige zeit ohngefehr wegen der Ungar. volkhülf und anderer sachen halber wieder würde zusammenkommen müssen, da dan eines mit dem andern auf einmal und ohne doppelte costen debattirt werden könte".

Conc. Bamberg. Kreisarchiv. Reichscorresp. 32, 75.

XIX.

Graf Ludwig Gustaf von Hohenlohe an den kurbairischen Reichstagsgesandten Dr. Johann Rudolf Wämpl.

(Ohne Dat. praesent. 9. Dez. 1686).

„Nachdem die h. Franken aus forcht vor denen Juden, wie im evangelio stehet, nit haben wollen in materia der allianz zusammenkommen, als bin ich veranlasset worden, selbst zu beiden ausschreibfürsten mich zu verfügen und remonstranter zu remonstriren, darauf sie resolvirt, die ratification in forma ehistens nacher Regenspurg in die hände ihrer gesandten einzuschicken, damit, wan die andere einkommen, sie veraccordirter massen ohne fernerem verzueg könten ausgewechselt werden, als haben sie mich ersucht, daran zu sein, das ex parte der ybrigen hohen alliirten die ratificationes auch also möchten yberschicket und dem so mächtig als nötigem werk der effect gegeben werden". Bittet daher, die kurbairische Ratification auszuwirken. „Wegen ausmachung der ybrigen puncten hab einen anderen

modum vorgeschlagen, der still, verschwigen, geschwind und ohne ombrage ist, darvon nechstens vertreuliche communication thue".

P. S. „Wie stehet es in bewuster sach zu München, und glaubt man noch nicht, das die Franzosen etwas groses im sinn haben, deswegen das allianzwerk höchstnötig. Brevi aliquid experiemur".

Auszug. München. Geh. Staatsarchiv. K. schw. 140/14.

XX.

Instruktion Herzog Ernst Augusts von Hannover für seinen nach Heidelberg geschickten Oberhofmarschall Franz Ernst, Freiherr von Platen.

Hannover 2/12. Dez. 1686.

„Nachdemahlen wir uns den gegenwertigen betrengten und unglücklichen zustand unsers geliebten vaterlandes mehrmahlen sorgfältig zu gemüthe gehen lassen und darbei insonderheit in erwegung genommen, wie dessen vorhin bei denen auswertigen puissancen gehabtes ansehen, hoheit und gloire dergestalt immer mehr und mehr in abnahm und decadence gerathen, daß da sonsten die teutsche macht und das reich andern formidabel gewesen, selbiges jetzo hingegen der benachbarten ambition gleichsam nach willen offen stehet und demselben so viel ansehnliche länder und provincien nicht allein in kurzer zeit entrücket worden, sondern auch noch täglich durch allerhand nichtige und ungegründete prätexten theils auch offenbare thätligkeiten demselben mehr und mehr zugesetzet wird, absonderlich aber, welches das beschwerligste, der innerliche zustand desselben und dessen jetzige constitution und verfassung solchergestalt beschaffen, daß vielmehr und eher eine weitere dimembrirung zu besorgen als eine rechtschaffene gegenwehr und repoussirung fernern feindlichen vor- und einbruchs, am allerwenigsten aber die herbeibringung der dem reich entzogenen ansehnlichen länder und provincien zu hoffen, und wir demnach des Curfürsten zu Pfalz Ld. unsere hiebei führende gedanken durch unsern geheimbden rath und oberhofmarschall Franz Ernst, frei- und edlen herrn von Platen in näherem und innersten vertrauen zu eröffnen vor gut befunden, als wird derselbe seine sache so einrichten, damit er baldmögligst am curpfälz. hofe anlangen möge".

Damit seine Reise kein Aufsehen errege, „zumal aber keine schädliche unterbauung oder mesures dagegen veranlasset werden mögen", soll Platen seine Privatangelegenheiten zum Vorwand nehmen, in Heidelberg von jedem Ceremoniell absehen und dem Kurfürsten in einer Audienz eröffnen:

„Nachdemahlen S. Ld. denen dem reich anscheinenden gefährligkeiten am negsten mit exponirt und wir denoselben vor andern nach bestem unserm vermögen beizutreten begierig weren, im übrigen auch bei der allgemeinen reichsversamblung letzthin der punctus securitatis publicae von neuem in proposition kommen, und es also nicht weniger die nothwendigkeit erforderte, als die jetzige gelegenheit anlaß gebe, dem werke etwas

näher nachzudenken und selbiges womöglich auf solchen fues zu setzen, wovon ein gedeilicher erfolg und etwas würkliches zu hoffen.

Was es mit denen reichsgesetzen und verordnungen das kriegsverfassungswerk anlangent vor eine bewantniß habe, solches sei genugsamb bekant und mehr als zu viel am tage. Die reichscreise, welchen sonsten die sorge der gemeinen sicherheit und beruhigung ihrer stände und mitglieder und der nachbarschaft, mithin des ganzen creises oblege, weren nicht allein mehrentheils außer aller verfassung und sogar in dem mehrern theil derselben die creisämter streitig und onbesetzt, sondern auch darin sowoll als sonsten die bei dem Westphäl. frieden auch vorhin und nachher so nötig befundene redintegrirung der creise eine wo nicht ganz desperate, doch jetzo nicht zu erhebende sache. Auf die particulierverfassung eines und andern standes aber sei umb so weniger rechte zuverlässigkeit zu nehmen, weilen den meisten es an mitteln ermangelte, andere ohnedem wegen erforderter rücksprache mit ihren landständen und deren renitenz dazu nicht gelangen könten, verschiedene wegen der jalousie ihrer benachbarten nicht armiren dörften, sehr wenige auch, wie von uns bishero geschehen were, mit hindansetzung ihrer privatconvenienz ihre finanzen, land und leute vor das gemeine beste beschwehren und angreifen wolten, zumahlen aber wir so wenig als sonsten jemand solches in die länge aufhalten könten, wie es dann anbenebst auch und insonderheit an erforderter union derer stände, so noch in verfassung stünden, fehlete, und die meisten derselben mehr zu ihrem privatinteresse und absehen als zu des publici dienst sich gebraucheten, einfolglich dergleichen particulierverfassungen mehr zur trennung und division als zu rett- und beschützung des vaterlandes gereicheten.

Und wie nun solches die bedaurliche erfahrung mehr als zu viel wahr machte, man auch zwar sowoll auf öffentlichen reichsversamblungen als durch verschiedene particularbündnissen und associationes dem werk zu remediren getrachtet, so weren doch die deswegen ins mittel gekommene vorschläge so wenig als ein und andere darunter würklich genommene entschließung bekanntermassen zulänglich, sondern vielmehr ohn alle wirkligkeit und erforderten effect gewesen, wie unter andern solches noch die neuligsten exempel als die letztern reichsschlüsse wegen der reichsverfassung zu resp. 40000 und 60000 mann, die also genante Laxenburg. und andere im reich gemachte viele particulierallianceen 2c. überflüssig zeigeten. Was die also genante Augsburg. association betreffe, so hette dieselbe bekanntermaßen bei ihrer unvollkommenheit, und da es noch nicht einsten darunter zu völliger ausmachung derselben kommen, bereits mehr schädliches als gutes gewirket und würde allem begründeten vermuthen nach darunter so viel weniger etwas bessers noch ein gedeilicher effect zu hoffen sein, je weiter ein theil der hohen herren associirten von einander nicht allein entsessen weren, einfolglich die erforderte communication und hülfsschickung sehr langsam daher gehen, sondern auch bei ein und andern der vornembsten mitglieder solcher association die stellung des in vorschlag gebrachten und in den associationsreceß eingerückten hülfsquanti sehr zweifelhaft und gestalten sachen nach fast ohnmöglich aufzubringen sein würde.

Was den auf noch wehrendem reichstag reaßumirenden punctum securitatis an sich betrifft, so besterketen die vorige zeiten und bisherige erfahrung mehr als zu viel, daß von denen derobehuf anstellenden deliberationen ein mehres nicht zu gewarten, als daß abermals die zeit mit vielem wortgezänk und sonst vergeblich zugebracht, auch wenn es ja endlich zu einigem reichsschluß darunter nach vieler mühe kommen solte, selbiger dannoch nicht weniger wie die vorigen ohne rechten nachtruck und würklichen erfolg bleiben, zum wenigsten dem reich und gemeinem wesen damit wenig oder nichts gedienet sein würde, in mehrer erwegung, daß wann, gleichwie doch gar nicht zu hoffen, ein ieder stand die erforderte mannschaft nach seinem matricularanschlage oder dem erfolgenden gemeinen reichsschluß in puncto securitatis publicae würklich erwerben und unterhalten wolte und würde, umb selbige denen reichssatzungen nach auf erfordertem nothfall zur creis- oder reichsarmee zu stellen, so würde dennoch unter so vielerlei und von einigen der geringern stände und städte fast eintzelen zusammengeführten mannschaft und gleichsam zusammengestückten trouppen, welche weder auf einerlei weise discipliniret, noch in denen kriegsexercitien geübet, nichts als unordnung, diffidenz, heimblicher haß und aemulation zumal unter so viel herschaftlichen officirern zu besorgen, einfolglich keine vigoureuse operation und was rechtschaffenes davon zu hoffen sein.

Bei welcher bewantniß dann, wann sonst dem publico und dem agonisirenden vaterlande recht gerathen und dasselbe gleichsam von dem gegenwertigen praecipitio des untergangs gerettet werden solte, auf eine solche verfassung zu gedenken sein würde, welche gewiß, sicher, beständig, zu des reichs sicherheit und herstellung, dessen würde, hoheit und ansehens, auch der sämtlichen particulierstände rett- und beschützung angesehen were und solcher gestalt vom gesamten reich ihre autorität und dependenz hette, daß sie ohne jalousie und untertrückung eines oder andern nebenstandes auf alle schleunige fälle ohnfehlbar parat und im stande sein könne, wohin die noth und der innerliche ruhestand sowoll als die außerliche gefahr es erfordert, sich zu wenden und pro publico zu operiren. Hiezu nun zu gelangen, schiene unsers ermessens kein bessers mittel zu sein, als daß eine gewisse und zulängliche anzahl an mannschaft gesetzet, was dieselbe an werb- und unterhaltskosten erfordern würde, nach einer gewissen und nach beschaffenheit jeden orts soviel immer möglich im reich durchgehends einführenden verpflegungsordonanz ausgerechnet und solches unter alle und jede stände, welche wie hernach gemeldet keines von denen reichskriegscorporibus commandiren, nach dem bisherigen anschlage oder matricul (bis zu deren rectification zu gelangen) eingetheilt, die anwerb- und commandirung solcher truppen aber reichswegen gewissen ständen mittelst diensamen verwahrungen und unter behufiger verordnung untergeben und aufgetragen würde. Das quantum der ganzen reichsarmee könnte etwan auf 52000 mann und zwar $^2/_3$ an infanterie und $^1/_3$ an cavallerie inclusive der dragoner gerichtet werden. Die eintheilung aber desselben in neun corpora oder portiones solcher gestalt geschehen, daß nebst J. K. M. als dem höchsten oberhaupte aus jedem der beeden höhern collegiorum vier commandirende haupter zu nehmen, mithin auch und insonderheit auf die paritatem religionis, ferner

auf die situation der lande, imgleichen auf der stände eigenes vermögen, zumal auch auf die bisher vor das publicum erwiesene zele und in dessen égard geführte und noch führende rechtschaffene intention zu reflectiren und etwan ohngefehr folgendermassen die eintheilung geschehen können, daß höchstbesagter J. K. M. von solchem corpore der 52000 mann zu untergeben 12000

Curbeyerns Ld.	6000
Cursachsens Ld. gleichfals	6000
Curbrandenburgs Ld. wegen ihrer weitleufigen lande	8000
Curpfalz	4000
Unserm gesamthause, weilen selbiges wegen seiner fermeté bei dem reich und der gemeinen sache sich viel wiederwertige gemacht und vielen gefährligkeiten unterworfen und damit selbiges zum theil am Rhein, zum theil gegen norden auf erforderten nothfall agiren könne	8000
als Braunschweig Zell 4000 und uns 4000	
Hessen Cassels Ld.	4000
Neuburg Düsseldorfs Ld.	4000
Summa	52000

Wir haben zwar anfangs auf Baden-Baden unsern gedanken anstatt Curpfalz Ld. sohns des curprincen und regierenden fürsten zu Düsseldorf Ld. dahin gerichtet, weilen aber das cur- und fürstl. haus Pfalz und Neuburg beedes am Ober- und Unterrheine interessiret, wir auch Curpfalz Ld. und dero hohen hause vor andern gern alle mögligste avantage gönnen, als wird unser oberhofmarschall, was S. Ld. darunter vor sentiments und intention führen, vernehmen. Wann aber demnegst die cur- und die Pfalzneuburg-Düsseldorfische regierung combiniret werden solten, so würden alsdann von solchen beden corporibus der 8000 mann ca. 2000 mann abgenommen und selbige etwa Curbeyern zugeleget werden können. Gestalten dann, wann nach gottes willen die beeden regierungen unsers hauses, nemblich Celle und Calenberg consolidiret und also das dem fürstl. hause zugetheilte quantum unter ein haupt kommen solte, es damit auf gleiche weise gehalten und etwa das Cursächs. und Hessische quantum erhöhet werden könte.

Zu anwerb- und unterhaltung jeden corporis würden jedem commandirenden haupt gewisse stände zu assigniren, über das assignirte quantum aber nicht das geringste, es habe namen wie es wolle und wovon hierunten mehrere erwehnung geschehen, zu erzwingen sein, jedoch hingegen mit dem beitrag richtig und zu rechter zeit sub poena executionis, welche jedem corpori wider die ihm assignirte seumige stände zu verstatten, eingehalten werden". Dagegen sind natürlich die kommandierenden Fürsten von dem Geldbeitrage zur Unterhaltung der Reichsarmee befreit. Die Werbegelder können sie zur Beförderung des Werks allein auf sich nehmen. Vom Kommando sollen die geistlichen Fürsten nicht völlig ausgeschlossen werden, sondern bei Bestellung des Kriegsraths mit zugezogen werden.

„Auf was weise die nordischen cronen, welche vermuthlich ihrer reichslande halber sich entweder von commandirung eines gewissen corporis nicht gern würden excludiren lassen, oder aber zum geltbeitrag mitzuconcurriren woll einige difficultet machen dörsten, durch gütliche wege herbeizubringen, solches wird zwar weiter zu überlegen, allenfals aber es darunter woll nicht anders als mit andern ständen, so sich zu conformiren etwa difficultät machen mögten, gehalten werden können. Sonsten würden auch J. K. M. oder einem andern von diesen heuptern frei und anheimb zu geben sein, mit einem oder andern von denen übrigen vorbenanten heuptern, welche etwa das ihnen assignirte corpus nicht selber stellen wollen, deswegen zu tractiren, nur daß die würkliche verfassung dardurch nicht zweifelhaft zu machen oder zu verhindern, auch die paritas religionis darunter nicht außer acht zu lassen.

Wann ein oder ander von denen benanten hohen häuptern in der zeit, so zu continuirung dieser reichsverfassung wird beliebet werden, durch todesfall abgehen solte, käme zwar die discretion des von dem verstorbenen directore oder oberhaupte commandirten corporis dem cur- und fürstl. hause und successori an der regierung, da aber etwa wegen beibehaltung der religionsparität oder sonsten aus erhebligen und tristigen ursachen eine anderung zu machen, des reichs dienst und beste ohnumbgänglich erfordern würde, bliebe solches J. K. M. und gesamten reich billig frei und bevor. Von dem oberwehntermaßen jedem commandirenden haupte assignirenden geltbeitrage würde die völlige unterhaltung der trouppen zu beschaffen, imgleichen nötige anstalt zur kleidung, proviant und magazin wie auch der täglichen munition davon zu machen sein, weniger nicht die recruten gestanden werden müssen, hingegen aber auch die verpflegung und derobehuf assignirendes quantum allezeit gleichsein und ohne abkürtzung oder reflexion auf die dann und wann abgehende mannschaft seinen fortgang haben, auch so eingerichtet werden müssen, daß obige ausgaben insgesamt nebst denen recruten davon bestritten werden könten, wobei gleichwoll jedem commandirenden haupte nicht allein die werb- und recrutirung in der ihm assignirten stände landen anzustellen freistehen, sondern auch demselben jedenorts darunter, jedoch ohne ihre beschwehrung, mögligste handbietung gethan werden müste.

Die kleine feldartillerie müste ein ieder bei seinem corpo stellen, das grobe geschütz und die munition behuf der belagerungen und feltschlachten aber von denen benachbarten gegen genugsame versicherunge billiger erstattunge ex publico hergegeben werden, gestalt dann dazu wie auch zu andern gemeinen und nötigen extraordinarspesen eine cassa zu machen, wozu die operanten sowoll als andere stände das ihrige beizutragen.

Mit marchen, quartieren und stillagern müste niemand ohne nothwendigkeit und erfordernde kriegsraison beschwehret werden, zumahl aber der stand, welchen solches betrifft, auf keine weise mit einigem beitrag oder exactionen graviret werden, sondern wie das corpo vorbedeutetermaßen von denen gemeinen beitragsgeldern völlig zu unterhalten, also würde von demjenigen stande, bei welchem die trouppen der kriegsraison nach stehen und

einquartieret sein, weiter nichts als etwa behufige anweisung bequemer örter zu magazinen, krankenheusern, backöfen, mühlen und einige handbietung zu billigem einkauf der frucht und freiheit von zöllen und auflagen beizutragen sein. Dafern aber ein oder ander stand durch feindlichen einfall derogestalt mitgenommen und zu grunde gerichtet werden solte, daß er seine quote nicht beizutragen und aufzubringen vermögte, müsten die übrigen stände dessen antheil interimsweise übernehmen und mittelst einer neuen repartition nach dem matricularanschlage solche quote unter die gesamte übrige reichsstände eingetheilet werden.

Die casus operationis in genere würden nach denen reichsconstitutionen zu reguliren sein, wann nemblich im namen des ganzen reichs ein krieg zu declariren oder auch wann auf eine auswertige oder innerliche vergewaltigunge, vermöge der reichsexecutionsordnung der creisobrister eine requisition an ein oder ander corpus und dessen commandirendes haupt abgehen lasse oder auch von dem opprimirten oder vergewaltigten stande die hülfe immediate gesuchet werden oder auch die eigene sicherheit sich zu moviren erfordern solte. Zu welchem ende dann ferner ein jeder von denen commandirenden hauptern das ihm zugetheilte quantum in seinen landen und in der nähe beisammenzuhalten, einem jeden corpori aber ein gewisser post, zumahl was die ausländische feindseligkeiten und deren abwendung betrifft, zu assigniren sein würde als etwa J. K. M., Curbeyern und Curpfalz samt und sonders der Oberrhein bis nach Mainz, unserm hause mit der helfte des ihm anvertrauten corporis nebst Hessen die defension des Rheins von Mainz bis nach Cöln. Neuburg-Düsseldorf und einem theil des Curbrandenb. corporis wegen Jülich, Cleve und Berg die reichsgrenzen am Unterrhein von Cöln bis an die Maas, fürters Cursachsen und der übrigen helfte der Curbrandenb. wie auch unsers hauses corporum die sicherheit der reichsgrenzen gegen norden anzuvertrauen und anzuweisen sein. Gestalt dann auf den fall, wann es die notturft erfordert, daß eines oder mehr oder auch die gesamten corpora an die destinirte örter marchiren zu lassen, zuforders darauf das absehen mitzuhaben, daß soviel immer möglich ein jedes corpus bei denen ständen, welche zu dessen verpfleg- und unterhaltung assigniert sein, postiret werden möge, damit nicht allein berührte stände vor den unterhalt des assignirten corpo von demselben zu ihrer sicherheit erspriesliche dienste zu genießen haben, sondern auch deren unterthanen und lande soviel besser zu weiteren beitrag conserviret werden mögen, wie dann auch im übrigen auf eine billige taxam, wornach die nötige provision von mann und roß jeden orts zu bezahlen, zu gedenken und deswegen gewisse abrede zu nehmen sein wird.

Die particularia wegen des commando würden sich ohne sonderbare difficultäten woll ergeben und es sich von selbsten verstehen, daß J. K. M. bei coniunction der gesamten oder einiger corporum, wann sie selbst in höchster person zugegen, das obercommando zu untergeben, im übrigen aber, und wann sie selber nicht zugegen, würde sich ohnschwer ein annehmlicher modus und zureichiges expediens darunter finden und etwa zum exempel dienen

können, wie es bei dem entsatz der statt Wien, bei belagerung der festung Ofen und sonst in Ungarn zwischen denen keiserl., Curbeyer. und andern trouppen gehalten worden; gestalt dann im übrigen und sonsten dem eingeführten gebrauch nach das particularcommando und die justiz, imgleichen die mediatdirection bei denen würklichen kriegsexpeditionen dem haupt eines jedweden corporis zu lassen, und kein corpus von dem andern einige dependenz zu haben, inzwischen aber würde unter denen semtlichen heuptern wegen der vornehmenden kriegoperationen eine genaue correspondenz und vertrauliches vernehmen zu unterhalten sein.

Die obliegenheit der commandirenden heupter würde vornemblich darin bestehen, daß sie des unterhabenden corpo zu untertrück- oder befehdung ihres nebenstandes in keine wege sich zu gebrauchen, sondern insgemein alles zu des reichs ruhe- und wolstand und betrengten hülfe und rettung ohne particulierabsehen und interesse zu dirigiren und zu lencken, zu dessen mehrer versicherung dann und zu verhütung alles mißtrauens die commandirende heupter samt und sonders sich dazu mittelst cörperl. eides zu verbinden.

Wie denn auch umb mehrer ordnung willen gut und nötig sein würde, zumahlen es mit denen resolutionen auf reichstägen weitleuftig und langsamb hergehet, auch nicht allezeit ein reichstag ist, daß reichswegen ein gewisses und beständiges reichskriegscollegium angeordnet würde, bei dem die gravirten hülfe suchen und welches darauf in schleunigen fällen, welche keinen verzug leiden, ein oder ander corpo, so dem gravato am negsten oder nach befinden die ganze verfassung aufforderu und zur hülfsleistung zu requiriren, zugleich aber an das ganze reich davon zu weiterer anordnung part zu geben. Und wie dann unter andern auch dem reichskriegscollegio die ordonnirung der musterung zu untergeben und zwar dieselbe wenigstens alle jahr einmahl bei allen und jeden corporibus vorzunehmen, auch sonsten weiter zu überlegen sein wird, ob solch collegium bei der keiserl. hofstatt oder aber in einer mehr dem reich und in dessen mitte gelegenen reichsstatt anzuordnen und mittelst einer rechten verordnung zu fassen und was weiter dazu gehören mögte, also würde etwa die anzahl der reichskriegsräthe ohne die von I. K. M. dazu verordnende commission etwa in acht personen in gleicher anzahl von beederseits religionen bestehen können und die wahl derselben vom ganzen reich per majora geschehen müssen, auch dabei zwar fürstl. cadets und andere nicht regierende standespersonen mit admittiret werden können, zuforderst aber und mehr auf die capacitet, erfahrung in kriegssachen und andere gute qualitäten als auf den stand und die naissance zu reflectiren sein.

Die contributiones ex hostico blieben dem, der sie aquiriret, iedoch daß selbige zu unterhaltung der vom feinde acquirirten örter zum theil anzuwenden, wie dann im übrigen es sich von selbsten verstehet, daß die denen vergewaltigten ständen abgenommene örter denenselben zu restituiren und ihnen von dem gravante möglichste satisfaction zu verschaffen.

Die jura statuum in particulari ut et totius imperii müsten überall in salvo et integro bleiben und zu des reichs fundamentalgesetze, außer

was gegenwertige kriegsverfassung und den statum militarem betrifft und nothwendig zu ändern, ihren völligen effect und wirkung behalten, wie dann insonderheit die macht, den krieg reichswegen zu declariren wie auch friede und stillstand zu machen, beim keiser und ganzem reiche zu verbleiben, sodann auch kein stand den andern sub poena fractae pacis et banni (weshalber die ausmachung eines gewissen modi beim reichsconvent zu befordern) zu befeden oder zu bekriegen, gestalt dann, wann etwa unter commandirenden heuptern selbst oder auch zwischen ein und andern derselben und übrigen mitständen einige irrungen sich hervorthun solten, keinesweges via facti zu verfahren, sondern die sache entweder per viam amicabilis compositionis gänzlich auszumachen oder ad viam juris zu verweisen, und der, so sich solchem wiedersetzen würde, pro hoste imperii et turbatore quietis publicae zu halten und zu declariren.

Damit aber auch die auswertige sich in reichshändel umb soweniger einzumischen gelegenheit haben könten, stünde weiter zu überlegen, ob das jus foederum des keisers und der stände in particulari solchergestalt in etwan zu beschrenken, daß niemant mit auswertigen puissancen ohne vorwissen des reichs bündnissen zu machen; inzwischen bliebe insonderheit das jus armorum und die macht, eigene trouppen zu werben und zu unterhalten statibus nicht allein frei, sondern es müsten dieselben auch ihre vestungen und haltbaren plätze mit soldaten und proviant, auch übrigem unterhalt nach notturft selbst versehen. Diese reichsverfassungsart müste wenigstens auf zehen jahr vorerst determiniret und etwa ein oder zwei jahre vorhero von deren weiterer extension abrede und mesures genommen werden.

Rationi modi, wie dieser wolgemeinte vorschlag zum effect zu bringen, würde zwar wol das beste sein, wann solches auf allgemeinem reichstage geschehen könte, weilen aber solches nicht allein nicht zu hoffen, sondern hingegen zu besorgen, daß solches in und außerhalb reichs fast unüberwindliche obstacula erwecken würde, so gehen unsere ohnmaßgebige gedanken dahin, daß wann des curfürsten zu Pfalz Ld. mit uns hierunter im hauptwerk einig, dieselbe K. M. davon parte zu geben, welche wann dieselbe es approbirten, es an die übrigen commandirenden haupter, jedoch nicht zugleich, sondern nach und nach zu bringen und das werk durch mitwirkung S. Ld. und unsers hauses (mit welchem wir zu solchem ende nach eingeholten sentiments von Curpfalz Ld. ohnverweilt zu communiciren nicht ermangeln würden) mögligst zu beforbern sein.

Und wie sodann das werk conjunctim unter J. K. M. und denen commandirenden häuptern auf rechten und gewissen fues zu setzen, ein jeder auch derselben sein zugetheiltes quantum an volk würklich aufzubringen, dann ferner und insonderheit auch die repartition der einem jeden assignirenden stände unter höchstbesagter J. K. M. und denen mit derselben bei der reichsverfassung concurrirenden häuptern sofort recht zu reguliren, also würde wann solches also geschehen und alles recht praepariret worden, dem reichsconvent davon part zu geben, und dessen approbation und bestetigung zu verlangen, alenfals aber und wann es gleich daran ermangeln

und über alle anwendende sorgfalt die verlangte approbation entstehen solte, sofort dem werke nichtsdestoweniger der effect zu geben und der geltbeitrag nach der verglichenen repartition beizutreiben, hingegen aber auch mit dem beisammen habenden corpore die gemeine reichssicherheit mit rechtschaffenem nachtruck zu befordern sein".

Platen soll auch mit den vertrautesten pfälzischen Ministern conferieren „zugleich auch den verlaß nehmen, ob darüber beederseits durch schreiben oder, welches wir wol vor das beste hielten, durch beeder orten haltende ministros zu communiciren".

Conc. u. Or. Hannover. Staatsarchiv. Calenb. Brieff. Arch. Pfalz Nr. 63. Def. 24c.

XXI.

Kurfürst Philipp Wilhelm von der Pfalz an den Hofkanzler Stratman.

Heidelberg 11. Januar 1687.

Weshalb er die Beilage an den Kaiser abgeschickt hat und Stratman empfiehlt, wird dieser aus dem Inhalte ersehen. Graf Platen hat darauf gedrungen, daß niemand als der Kaiser und Stratman davon erfahre. „So hab ich auch neben deme die beede beilagen, so einestheils ettliche motiva in negativam in sich begreifen und anderentheils, ex quibus causis die proposition nit gleich ganz und gar abschlagen, sondern darin etwas temporisieren möchte, in geb. meinem underth. bericht deshalb mit angezogen, damit sie nur zue einiger geringer erleuterung dienen und meinem haubtbericht beigelegt oder davon gelassen werden könen". Empfiehlt nochmals, daß nichts in andere Hände kommt.

XXI a.

Unvorgreifliche anmerckungen über die bei dem vorschlag der 70000 man besorgende difficulteten.

Erstlichen scheinet, daß unter der religions= und waffenparitet etwas anderst und ettwo andere sequelen zue suchen, die ex instrumento pacis keine paritet erforderen, verborgen sein, zumahlen doch auch die paritet sich in disem vorschlag nit befindet, dan J. K. M. in keine paritet zue ziehen, sondern pro supremo et communi capite imperii, obschon die membra verschiedener religionen seind, zu consideriren; und noch weniger will sich gebühren, J. K. M. vor zwei catholische particularstände, wie andererseits in discursu gemeldet worden, anzueschlagen, consequenter ermanglete noch ein catholischer confoederirter. Es ist auch die vermeinte gleichheit in repartitione armorum, wie aus dem schemate zue sehen, sehr ungleich. Zum anderen fallet sehr

bedenklich, das die zue solcher confoederation gleichsamb determinierte chur- und fürsten mit forderist J. K. M. die reichswaffen allein führen und die ubrige sehr vile und considerable geistliche churfürsten, sodan alle andere geist- und weltliche fürsten und stände des reichs davon excludiert sein sollen, welche vermuetlich sich nimmermehr darzue verstehen werden, und eben darumben anstatt der höchstnötigen einigkeit **consiliorum et armorum** eine neue weit größere confusion, gefährlichste trennung und irreconciliables mistrauen als iemahlen gewesen, daraus entstehen möchte.

Drittens mueß man sehr anstehen, ob rathsamb sein wurde, die association so starker armatur mit praeterierung des **puncti securitatis publicae** und ausschließung aller anderer churfürsten und ständen, **cui** [1]) **iura belli et pacis, armorum et foedorum, eodem modo competunt**, auf so vil jahr hinaus zue erstreken.

Zum 4ten ist nit wohl zue glauben, das die stände iemahlen zue einwilligung jährlicher 130 römermonat **et ad tot annos** zue disponieren sein werden, bevorab da sie opponiren möchten, **quod in puncto collectarum non dentur maiora**. Dabei auch zue beförchten, das vil derselben es zue praestieren nit vermögten, deren land und leute darüber zue grund gehen, und sie, stände, endlichen gar an ihrer unentpörlichen subsistenz nothleiben wurden.

Zum fünften wäre zue befahren, das alle übrige excludierte stände **parium iurium** sich zue resolvieren nit gesinnet sein dörften, geb. confoederirten **tributarios** oder contributions- und quartiersstände abzuegeben und zue verstatten, weilen solchenfals, wan sie allein mit dem geldbeitrag der 130 römermonaten concurrierende und, warauf man intendiert, zuer bezahlung assignierte stände nit zuehalten könten, dieselbe **circa executionem** ihrer anderer armierter mitständen discretion und disposition uber ihre land und leute undergeben und **sub praetext** der restierender römermonat gegen sie nach willen verfahren und zue allerhand occassionen, ein oder andern **ex alio respectu vel affectu** zue trucken oder gar zue undertrucken, die thür eröffnet und darab unfehlbar erfolgen wurde, das anstatt einer gueten harmonie eine völlige verwirrung und gemeiner aufstand erwecket, und das einer hier, der ander dort von J. K. M. und dem reich abgehe und, seine und der seinigen rettung möglichst zue suechen und zue finden sich bei andern **exteris potentioribus** anhenken verursachet und mithin das ohnedem aufm **praecipitio** eußerster gefahr stehendes reich gar in den abgrund totaler subversion gestürzet werden möchte.

Welche größte gefahren zum 6ten sich schier allerdings etwas nähers herfür thuen, nachdemahlen die gedanken dahin abzihlen wollen, sobald J. K. M. mit den designierten chur- und fürsten solcher großer alliance halber in höchster geheimb und stille, allermaßen under allen confoederirten niemand als der principal und einer dessen vertrautesten ministren allein davon wissen solle, einig und verglichen, das alsdan erst die proposition **huius foederis** auf dem noch fürwehrenden reichstag zue Regenspurg den ständen eröffnet,

---

1) **sic**

und da sie sich nit darzue einverstehen wolten, ihnen endlichen bedeutet werden solle, daß J. K. M. und sie armierte und confoederierte chur- und fürsten die defension des reichs auf solche weis alberait vestgestellet hetten, und es dahero nit mehr anderst sein könte. Die sequelen wird ein ieder bei sich leicht begreifen und wäre es auch ein weg, die reichs-executionsordnung wo nit gar aufzuheben, iedoch wenigst mittlerzeit dergestalt zue mortificieren, das sie sich nach und nach selbsten verlieren mießte. Mehr andere schwäre difficulteten, davon man kaum gedenken und gar nit davon sprechen solle, dermahlen zue geschweigen".

XXI b.

Rationes warumben der vorschlag ad 70000 mann, obwohlen derselbe auf weg und weis, wie er proponiret worden, schwärlich einzuegehen, nit sogleich in limine ganz zue verwerfen, sondern darin mit ettwelcher incaminierung scheinbarer tractaten etwas zue temporisieren.

1°. das einer villeicht nit fählen solte, wan er glaubte, diser proponierter vorschlag, weilen sogar auch die cron Schweden, welche doch so stark armieret ist, mit ihren 3 reichsprovincien von concurrenz der waffen ausgeschlossen, seie unter denen vier chur- und fürsten der anderen religion alberait stabilieret und geschehe die jetzige proposition nur zuem schein, wohl wissend, das J. K. M. und alle übrige geist- und weltliche reichsstände in dergleichen schwärwichtiges foedus nimmer mehr consentieren werden, welchenfals sie confoederierte alsdan die schon in starker armatur begriffenen und die nur unter sich allein selbsten mehr als 50000 man mit aller zuegehör zuesamenstoßen und socieren können, und da man sich zuem andern ex parte imperii billich dargegen sezte, sie confoederierte noch beneben die aniezo villeicht nur pro forma excludierte, und hingegen ad alium finem heimblich reservierte beede cronen Schweden und Dennemarck, auch die Generalstaaden hernach an sich ziehen und ihre armaturen dergestalt verstärken möchten, das sie mit ihrer zuesamengesezter macht J. K. M. und den andern excludierten reichsständen weit uberlegen sein wurden.

Drittens ist bekant, wie gefährlich die vier hochstifter Hildesheimb, Münster, Paderborn und Osnabruggen in den aldasigen quartieren gelegen, und das ihrethalber schon öfters schwäre tentationes obhanden gewesen, welche abermahlen herfür scheinen wollen. Solte nun, so gott verhuete, durch alle obgemelte groẞe potenzen ein religionskrieg entstehen, so wären nit nur erstbesagte 4 hochstifter, sondern auch mehr andere catholische stände, ia das reich in manifesto periculo, und dises dürfte alsdan zuem vierten capabl sein, in extremis extremam quoque resolutionem, licet non minus periculosam zue fassen, das man nemblich genöttiget seie, sich ebenmäßig mit andern auswärtigen cronen und potenzen zue sezen und sie in defensionem beizueziehen, umb sich und die religion bestmöglichst zue retten.

Obwohlen fünftens aus dergleichen extremitet unfehlbar eine division im reich erfolgen und der sedes belli ex utraque parte principaliter darein gesezet wurde, das also das remedium so schwär als das malum werden und nebst dem gemeinen verderben verursachen dörfte, das J. K. M. necessitiert wurden, von ihren glücklichen progressen gegen dem türcken zue resistieren und friden zue machen; dan vile glauben, da obwohlen ohne ursach J. K. M. wachsende macht apprehendiert und nit aller orten gern gesehen werde, das durch recuperierung des königreichs Ungarn die andern religionen noth leiden solten.

Wan dan zuem sechsten alles besorgendes unheil zeitlich zue praecavieren und das under dem aschen gloschende feur, ehe es aufflammet, gleich anfangs zue dämpfen, so könte wohl nit schädlich sein, das man die propositon dergestalt respicierte, darauf man billich sonderbar zue reflectieren hette, bevorab aber, das man das werk mit gehörigem bedacht wohl erwegen und auf solche mittel gedenken wolle, wie dererley defensionstractaten fruchtbarlich zue incaminieren, und zue einem hailsamben zweck nuzlich zue bringen sein möchten, warzu villeicht gar vorträglich sein könte, wan ein ieder aus denen 4 chur- und fürsten der andern religionen einen vertrautesten ministrum oder alle insgesambt einen allein zue J. K. M. abschickten, und zue diser commission wäre der von Platen der rechte man. Hierdurch gewinnete man die zeit, in welchen ged. armierte mit ihrem intent ettwo fortzuefahren aufgehalten, sie durch J. K. M. höchsterleuchteste consilia wo nit gar von dem proposito ab, iedoch zue bessern gedanken gebracht wurden, und unterdessen hette man campum zue Regenspurg auf den punctum securitatis publicae mit allem eifer und ernst zue treiben. Vermittelst dessen könte man das reich in den stand setzen, das offterwehnte confoederierte selbsten sehen und erkennen miessen, bei der allgemeinen verfassung seie nit mehr nötig, das particulierstände sich pro toto imperio allein in ihren landen und leuten mit so überaus schwären armatur incommodieren".

Conc. u. Kopie. München. Geh. Staatsarchiv. K. bl. 14/14.

XXII.

Kurfürst Johann Hugo von Trier an Kaiser Leopold.

Ehrenbreitstein 28. Januar 1687.

Antwortet auf ein von Max von Starhemberg eingeschicktes Schreiben des Kaisers vom 21. Dezember 1686, das die Besorgniß einer französischen Ruptur enthielt, daß es bei Frankreichs Kriegsbereitschaft schwer sei, zu rathen, was zu thun oder zu lassen sei. Meint jedoch, die Entschließung sei nicht so schwer, wenn das Reich, natürlich nur gegen Garantie, daß auch Frankreich den Stillstand pünktlich halte, „umb friedliebenheit und gemeines ruhestands willen den auf des reichs gutachten von E. K. M. sonst concomitanter vorzunehmen resolvirten punctum securitatis publicae zurück und die Augsburgische allianz nicht fortzusetzen, sondern der limitentractaten,

und was zu execution des armistitii mehrers erfordert wird, vorzunehmen hette". Wenn aber Frankreich den Frieden erzwingen will, bleiben nur zwei Wege, Frieden oder Kriegsbereitschaft, worüber beiliegendes Memorial handelt.

XXII a.

Kurtrierisches Memorial.

(Beilage zu Nr. XXII.)

Führt aus, daß Frankreich in der Vornahme des puncti securitatis publicae und der Augsburger Allianz nur Vorbereitungen zum Bruche zu sehen vorgebe. Soviel steht fest, „daß die cron Franckreich nicht allein ein völlige ausgeruhete zum besten disciplinirte kriegsmacht auf den beinen, alle darzu behörige ersinnliche notturft in vorrath und bereitschaft, darzu die gränze nunmehr überall von Basel bis an und über die Maas gegen das reich mit stattlichen vestungen verwahrt, sondern auch diesen vortheil annebst vor sich habe, daß sowohl zu wasser, nemblich Rhein, Mosell und Maas, als zu land aus denen durch die reunionen und erfolgtes armistiz einhabenden landen nun noch mit weit mehrerm nachtruck, vortheil und geschwindigkeit dan vorhin in wenigen tagen sich an den Rhein sezen und alle dem reich noch übrige ienseits fast alle gelegene herrliche und nahrhafte städte als Speyer, Franckenthal, Wormbs, Oppenheim, Mainz, Bingen, Wesel, Boppard, Coblenz, Andernach, Bonn, Cölln, Zons, Neuß und mehr andere zwar in dem stand, worinnen all solche orte als mit gar keiner oder doch ganz geringer und nichts zu achten stehender besazung versehen, sich gegenwertiglich befinden, ohne einigen aufenthalt und widerstand beziehen, occupirn oder doch derselben sich versichern können.

Wie nun nicht zu zweiflen, daß wann die cron Franckreich zu neuen thätlichkeiten wider das reich unter obgeb. vorwand resolvirn solte, selbige von allem demjenigen, was ihro zum vortheil gereichen und sie einiger weise bewürken mag, nichts underlassen werde, also liget vor augen, daß solchensfals das reich zwar, wann es bis tempo versaumen und sich hierunter von Franckreich wurde praeveniiren lassen, nachgehends aber mit hundert und mehr tausend mann sich dem Rhein gleich sehr nähern könte und wolte, dannoch wider Franckreich darmit wenig ausrichten, den Rhein schwärlich eins passirn, sondern sich selbst, wie stärcker sie sein möchten ie ehender, durch abgang nöthiger lebensmitteln (als welche aus denen meist mageren und bergichten disseits Rhein gelegenen landen auf der ax ohnmöglich in die weite beigeführt, den Main und Rhein herunter aber gleichfals nicht würden beigebracht werden können) selbst ruiniren, mithin sich vom feind, der anderseits Rhein an lebensmitteln keinen mangel zu besorgen, dahin baldet genöthigt sehen dörfte, daß nach desselben belieben einen ganz schädlichen frieden eingehen und darinnen nicht allein dasjenige, was Franckreich per tractatus armistitii iezo einhat, sonderen noch ein weit mehrers, ia vielleicht gar ienseitige Rheni ripam nachgeben und hinterlassen müste".

Dies zu vermeiden, giebt es zwei Wege und zwar 1) den Frieden, den Frankreich wünscht, weil es in dem Stillstand keine Sicherheit sieht und fest glaubt, „daß man ex parte Caesaris nur zeit zu gewinnen sueche, bis durch mehrere obsiegung der erbfeind zu einem K. M. macht ergrößerenden frieden gezwungen, alsdann die kais. Waffen auf einmal gegen sie gewendet, mithin die der cron Franckreich bisher erschienene favorable conjunctum und höchstbeglückte regierung des königs durch dessen etwan sich immittels begebenden todsfall verrückt, underbrochen und geändert werden möchten". Schließt man aber Frieden, so werden Straßburg und die Reunionen geopfert werden müssen.

Der 2. Weg wäre Rüstung, Instandsetzung der noch gebliebenen Grenzfestungen u. s. w. Dies müßte, „obwohl es aller apparenz nach gar hart darmit halten und ohne beschwärlichkeit nicht abgehen dörfte, durch die im reich armirte stände nothwendig geschehen". Dazu könnte man auch die zum Türkenkrieg bestimmten kaiserlichen Rekruten im Reiche gebrauchen und unter diesem Vorwand neue Regimenter formieren. Bruch mit Ludwig XIV. ist aber nur dann möglich, wenn die kais. Hauptarmee in Ungarn durch Frieden mit den Türken verfügbar wird. „Dann obwohl man darfür halten möchte, daß wann K. M. ein corpo von 16000 mann hergeben theten, diese mit andern chur- und fürstl. völkern zu ausführung dieses werks bastant sein möchten, so würde doch vieler, wichtiger ursachen und darunter vorfallender großer bedenklichkeiten halber darauf kein genugsamber verlaß zu machen sein".

Würde Frankreich die Anstalten von Kaiser und Reich zur Sicherung der Grenzen nicht zugeben, so wäre es nöthig, daß Kaiser und Reich „mit andern potentien, sonderlich denen Schweizern (als welche besonders die reformirte cantons sowohl wegen der zu Höningen neuerlich angelegter fortification als verfolgung ihrer religionsgenossen ohnedas sehr animirt und jaloux seind, und darumb uf fleißige werbung sich iezo ehender darzue verstehen mögten), sodann mit denen Generalstaaten, als die einestheils den Nimwegischen frieden mit zu guarantiren schuldig, andern theils ihr interesse, so sie an conservation des Rheinstrombs haben, wohl erkennen werden, in näheren allianzien und verbündnussen sich einlassen theten, wormit diese so der cron Franckreich besser beikommen können, gegen selbige die waffen mit ergreifen und aller orten her besagte cron mögte angegriffen, zuvorderist aber der vielen tausend Schweizern, so sie bisher in diensten hat, entsezt werden.

Gleichnun bei unverhoffter entstehung dieser allianzien und da selbige wenigst bey einem theil der Schweizern oder uniirten provinzien nicht solte erhalten werden, abereins sehr sorglich und mißlich fallen wurde, ob der cron Franckreich (als welche die allzu große und bekante vortheile wider das reich hat, und denen nach nun hin und wider zur perfection gebrachten gränzvestungen, eingenomenen stätten, Straßburg und Luxenburg, demantelirter stadt Trier, durch Trarbach, Dinant und Charlemont abgeschnittenen Mosel- und Maasstromb über die maßen beschwärlich, sonderlich mit fortbringung der artiglerie und schwären batteriegeschüzes, ohne welches gleichwohl einige

belägerung nicht mag vorgenommen werden, beizukommen ist) mit den waffen was mögte abgenommen werden, also wurde wohl zu überlegen sein, ob nicht auf iezterwähnten fal K. M. und dem reich besser gerathen sein wurde, durch mittel des friedens dem noch übrigen Rheinstromb nicht allein, sondern auch ein theil von denen ienseit Rheins albereits occupirten landen nach möglichkeit zu salviren und den krieg wider den erbfeind fortzusezen, als durch neue kriegsangehung sich in gefahr fernerer verderblichkeiten, auch land und leuten verlust zu sezen.

Welches zwar drittens umb so mehr zu besorgen sein wurde, wann des reichs mächtigere stände die geringere nach gutdüncken mit quartiren belegen, in marchen und remarchen mit stilliger und sonst trucken, und man in summa keine andere und bessere kriegsdisciplin dann bei nechst vorigen kriege gesehen worden, einführen und halten, noch den so schädlichen luxum und überfluß, den die officirer in haltung unnöthiger diener und pferden verübet, abschaffen und allen diesen unrath durch heilsambe wohl und genau observirende reichsordnungen und sazungen bei zeiten nicht vorkommen und steurn würde".

Kop. München. Geh. Staatsarchiv. K. bl. 47/5.

XXIII.

Kurfürst Philipp Wilhelm von der Pfalz an den Hofkanzler Stratman.

Heidelberg 31. Januar 1687.

Klagt über Verzögerung der Antwort aus Wien, die Confusion in Regensburg und die große Gefahr. Eigenhändiger Zusatz (im Or.): „Angustiae mihi sunt undique, tam in publicis quam privatis et quo me vertam nescio. Dan alles ist aus meiner hand und habe alles J. M. zu fuesen gelegt. Man läst mich aber ohne antwort, überall tariert man mich, daß ich nit antworte. Der pabst meinet, ich traue ihme nit und wolle krieg haben, Franckreich legt die schuld auf mein stillschweigen und nimbt es vor einen mespris. Interim sein mir hände, mund und federn gebunden; dan J. M. haben meine blanchetten in handen, und ich kan nit wissen, ob und wie sie sich deren bedienen. In publicis ligt alles auf dem anfang der limitenhandlung, zu Regensburg hat selbige der graf von Windischgrätz proponirt, die österreichische gesandtschaft hindert es, J. K. M. haben sich darzue erklährt und die churfürsten verlangens. Franckreich gibt denen morae die schuld seiner so schädlichen praecautionen, und doch bleibet alles stecken. Gott helfe uns".

Kopie. München. Geh. Staatsarchiv. K. bl. 14/14.

XXIV.

Baron Friedrich Wilhelm von Görtz an Herzog Ernst August von Hannover.

Assenburg 15/25. Juni 1687.

Sein Bruder [1]) hat ihm hinterbracht, daß der Landgraf (von Hessen-Kassel) für Mittheilung des (hannöverschen) Projectes durch Platen danken lasse. Der Landgraf habe dabei folgende Bedenken 1) „daß durch Churpfalz schwerlich das project applausum zu Wien bekommen würde, weil man am kais. hof mit der churpfälz. conduite nicht content seie, indem die sachen an solchem hofe in so schlechtem stand, daß dahero gar keine vigueur zu hoffen, indem man ohnlengst nach Cassel endbieten lassen, wann nicht die in die Pfalz. vestungen verlangte 500 man auch mit proviant von Cassel aus versehen würden, solche nicht erhalten werden könnten. Man erhielte zu Wien allein aus natürlichem engagement die affection vor Churpfalz und seie bedacht, wie dieselbe von andern ständen erhalten werden mögten, und promittire sich daher keine assistenz. Die pfälz. negotia gingen insonderheit durch den grafen von Starenbergk, welcher als ein Österreicher alle dasjenige mehr hindern als fördern würde, was dem reichs und dessen vornehmster stände interesse wie dises project vorträglich were.

2) würde man am kaiserlichen hof vor ereignung einer würklichen gefahr schwerlich conditionen annehmen, welche J. K. M. nicht sonderliche autoritet, direction und quartiere zueigneten. Es habe der kaiser dermahlen aus Ungern, Behmen und allen seinen österreich. und andern landen wenig oder nichts zu erheben, und des burgundischen creises zustand seie bekant, daß der kaiser sich damit schwerlich ab und gänzlich aus dem reich weisen lassen würde.

3) sein die 130 römermonate dem zustand der mehrsten stände noch uber ein jahrlang aufzubringen unmüglich, in sonderheit aber in der matricul so große ungleichheit, daß exempli gratia ein stand, dem Würzburg mit 130 römermonaten assigniret were, besser damit als bei Churmenz mit 200 fahren würde.

Es seien daher die fürstl. hessische obgemelte particularerinnerungen bei dem proiect diese. 1) daß Churpfalz und andere leichtlich die J. D. dem h. landgrafen wohlgelegene Wetterauische und Oberrheinische stände wegnehmen und Sie uber den Rhein an ort, wo nichts zu holen, weisen würde, und 2) seie Hessen-Cassel in der reichsmatricul dergestalt gravirt, daß J. D. 1400 fl. und dem gesamten fürstl. haus Braunschweig Lüneburg inclusive Osnabrüg und alle seine lande nur 2070 fl. angesetzt seien, wodurch Hessen wenig quartier zufallen und das mehrest auf seinem eigenen contingent beruhen würde. Es hetten disem allen nach des h. landgrafen Dl. E. Dl. in höchstem vertrauen eröffnen lassen wollen, daß Sie bereits von J. K. M. ein schriftliche versicherung erhalten, die mit

---

1) Johann, der in dieser Arbeit mehrfach genannte hessen-kasselsche Kammerpräsident.

ihm bishero in union gewesene stände in casum der ruptur an niemand anderes zu uberlassen und zu assigniren und sein J. Dl. in fernere tractaten darüber mit dem kaiserl. hof sich einzulassen willig, dahero E. Dl. Sie unmaßgeblich anheimb geben, ob Ihro gefällig sein mögte, mit dem kaiserlichen hof durch tractaten sich gleichfals zu sezen, umb der assignationen in eventum der ermelten ruptur sich zu versichern, weil der kaiser sich sonst mit Churbaiern und Brandenburg engagiren und vielleicht solche conditiones stipuliren mögte, so dem fürstl. hause alsdann abgehen und dasselbe um einen avantagiosen tractat praeludiren könnte. Die intention am kais. hof seie, wie gewisse nachricht vorhanden, vor sich den Schwäb. crais, von Churbaiern und Brandenburg den Fränkischen, vor Chursachsen die fürstl. hauser Sachsen und Schwarzburg, vor das fürstl. haus das Westfählingische (welches die formalia sein sollen) und vor Hessen die mit ihm unirte Reinische stände zu assigniren, umb deren bei ereigender ruptur sich zu gebrauchen. J. Dl. der h. landgraf halten davor, wann solche engagement mit J. K. M. genommen, würden sich die extensiones und die quartier in flagranti besser finden und alsdann das von E. Dl. vorgeschlagene sehr gute proiect erhalten werden können".

Er hat übernommen, nach seiner Rückkehr dies alles dem Herzog zu referieren, und dagegen vorgestellt, daß ohne eine solche „vigoureuse zusammensezung", wie sie in dem Projekt enthalten sei, Frankreich das Reich überraschen könne, und die Assignationen alsdann zu spät kämen. „Mein bruder hat mich sonst versichert, daß die obgemelte dispositiones und das verlangen des kais. hofes mit dem fürstl. haus sich zu engagiren und in eventum der quartier sich zu vergleichen, ihm von dem von Strattmann zu kommen seien, dem ich wieder zuzuschreiben und zu erinnern gebeten, daß man am kais. hof ursache helte E. Dl. mit mehrer realitet und reconnaissance als bisher zu begegnen und die grose kosten subleviren zu helfen, welche E. Dl. pro publico nicht allein vielfaltig vorhero, sondern insonderheit bei dem letzten armistitio, der expedition in Ungarn und vor Hamburg angewendet hetten".

Eigenhändig. Hannover. Staatsarchiv. Calenb. Brieff. Arch. Des. 24c. Pfalz Nr. 63a.

XXV.

Reichshofrath Hermann Meystetter an Bischof Marquard Sebastian von Bamberg.

Nürnberg 28. Dezember 1688.

Auch der Markgraf von Bayreuth ist zur Allianz (mit dem Kaiser) geneigt und will einen Gesandten nach Wien schicken. Ob Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden sobald hier sein werde, ist unsicher. Der Bischof von Würzburg hat bedauerlicherweise durch Baron von Au in

Wien erklären lassen, daß er mit dem Kreise, der übel gegen ihn gehandelt habe, nichts zu thun haben, sondern sich allein mit dem Kaiser setzen wolle. Meystetter besorgt, daß das ganze Werk, wenn Au nicht vorsichtiger ist, über den Haufen geworfen werde. Er hielte es wegen des Skandals und der vielen bösen Folgen für besser, wenn der Zwist beider Hochstifter verborgen bliebe; auch könnten beide äußerlich mit dem Kaiser in einer Allianz stehen und ihre onera so abtheilen, daß man deßwegen nichts miteinander zu thun habe. Er sucht Würzburg zu besseren Gedanken zu bringen, bisweilen auch anscheinend mit Erfolg, „weilen aber dero gemüth gar zu sehr mit allerhand widerwillen praeoccupirt, so ziehet es bald wiederumb den vorigen bösen geschmack an sich..

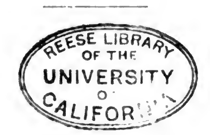
. . . . Mit denen vorigen Laxenburg. und Augsburg. alliancen, auch welche mit Sachsen vorgewesen, vermeine ich nit, daß die intention bey hof erreigt würde, weilen ich selbe mehr vor eine abgeredete correspondence als alliance, die einen vor winterquartir garantiren könte, ansehe. Solche ist zwar in denen reichsconstitutionen fundirt. S. Hochf. Gd. aber werden kein exempel zeigen können, daß selbe in huiusmodi subitaneis mutationibus jemals mit nutzen practicirt worden; und scheinet, solche dinge habe der kays. hof ab antiquo abhorrirt, weilen bekant ist, daß die reichsstände bei einrichtung der executionsordnung den hauptscopum vor sich gehabt, damit die waffen dem oberhaupt aus den händen und an sich zu ziehen, weilen sie sich vor der macht des Caroli 5ti sehr gesörcht, hingegen dieser listige kayser ihnen zwar domit deferirt, aber alles uf ein solche weis eingerichtet, daß sie das in die händ bekommene messer nimmer haben mit nutzen gebrauchen können, sondern die kayser immer mit einer großen macht darzwischen kommen und alle anstalten der stände vernichtet; daher der hof noch die maximen hat, daß wenn er mit weniger manschaft sich mit den ständen conjungirt, welche wenige manschaft sein reichscontingent ist, er selbe nit underhalten könne; kombt er aber mit einer großen armee ins reich, so könne er selbe erhalten, weilen nemblich durch solche alle reichscontingente zu boden geschlagen und an sich gezogen werden können. Und dieses ist mein hauptfundament allezeit gewesen, die hochstifter in eine extraordinarie alliance mit J. M. anzulaiten.

Ich bitte S. Hochf. Gd. wollen dieses principium bey sich wohl uberlegen und sich eben nit so gar sehr nach denen gemeinen reichssatzungen als vielmehr nach den gegenwertigen zeiten und conjuncturen fassen, damit sie nit ihres scopi verfehlen, maßen es auch andere potentiores so machen und damit anderen geringern weisen, was man thun müsse und solle. Ein ieder armirt sich fast uber sein vermögen und uf ander leut beutel, welches aber nit gut ist und unsern handel verderben kan. Umb so mehr haben S. Hochf. Gd. ursach uf ihrer hut zu sein, und weilen sie vor sich zu schwach, so scheint ein necessitet zu sein, daß sie sich an einen höhern mächtigern anhengen, und es also mit selbem wagen. Es hat ja bey vorigem krieg der kays. hof diesem creys selbst an die hand gegeben, die nach denen reichsconstitutionen geworbene manschaftscontingentia widerumb zu dimittiren und hingegen seine leut zu bequartiren. Was damals ge-

schehen, dörfte wieder geschehen, und daher umb so mehr nötig, daß man sich modo aliquo extraordinario davon praecavire".

Württemberg übernimmt jetzt alle kaiserlichen Regimenter. Meystetter besorgt, daß der Kreis nach Abzug der Sachsen wieder unbedeckt sei und hätte daher für gut gehalten, daß der Kreis 2 kaiserliche Kavallerie-regimenter übernehme.

Or. Bamberg. Kreisarch. Reichscorresp. 33, 129.



Benutzte Archivalien.

I. Bamberg. Kreisarchiv. Reichscorrespondenz 1684—1688. Tom. 27. 29. 30. 32. 33.

II. Berlin. Geh. Haus- u. Staatsarchiv.

1) Acta betr. die Augsb. Allianz. Rep. XI. Fränk. Kreis Nr. 2 E.
2) Acta betr. die Convente zu Nürnberg u. Augsburg. Rep. 44. NNN 1.
3) Pfälz. Successionssache (Enthält die Correspondenz mit Mandelslohe und die einschlägigen Berichte Spanheims.) Jan. bis Juli 1686. Rep. 40. 9. Vol. I—III.
4) Correspondenz mit den Regensburger Gesandten Jena und Schönbeck. Nov. 1685 bis Juli 1687. Rep. X 48. 49. 50.
5) Correspondenz mit den Kopenhagener Gesandten Brandt und Hoverbeck. 1685 Nov. bis 1686 Dez. Rep. XI 67.
6) Streitigkeiten zwischen Dänemark und Holstein Gottorp. 1686. Rep. XI 67.

III. Frankfurt. Stadtarchiv. Creißacta 1685.

IV. Gotha. Haus- u. Staatsarchiv.

1) Correspondenz Herzog Friedrichs mit Baron J. F. von Burckersrode. Privatsachen, in specie Corresp. 1676—86. E. XI. 34. 35.
2) Acta den Augsb. Correspondenztag betreffend. A III 1a.

V. Hannover. Staatsarchiv. Abschickung des Oberhofmarschalls von Platen nach Heidelberg 1686/87. Calenb. Briefs-Arch. Des. 24c. Pfalz 63 u. 63a.

VI. Karlsruhe. Generallandesarchiv. Baden-Durlachische Kreisakten 1686. Conv. 613.

VII. Marburg. Staatsarchiv. Hanauische Kreisakten 1685—86.

VIII. Meiningen. Hausarchiv. Correspondenz Herzog Ernsts von Sachsen-Gotha-Hildburghausen mit seinem Schwiegervater-Waldeck.

IX. München. Geh. Staatsarchiv.

A. Pfälzer Akten.

1) Correspondenzen die Kreisconvente zu Nürnberg und Augsburg betr. (enthält die Corresp. mit Kreith). Kasten blau 136/12.

2) Corresp. mit Kaiser Leopold 1685—87. K. bl. 44/2.
3) Corresp. mit Stratman. 1686—88. K. bl. 14/14.
4) Corresp. mit Kurbrandenburg 1685—87. K. bl. 47/15.
5) Corresp. mit Fridag 1685—87. K. bl. 84/12.
6) Corresp. mit Kurtrier. 1687. K. bl. 47/5.

B. Kurbairische Akten.

1) Fränkische Kreissachen 1685 ff. (Enthält die Corresp. mit Wämpl.) Kasten schwarz 140/14.
2) Congreß zu Grafenhaag 1683—85. (Enthält Kramprichs Berichte.) K. schw. 262/2.
3) Berichte Kramprichs aus dem Haag 1686. K. schw. 262/13.
4) Corresp. mit Kurköln. 1686. K. schw. 45/14.
5) Negotiation des J. B. de Lancier in Spanien. K. schw. 293/18.

X. Würzburg. Kreisarchiv. Kreisakten 1684—86. Tom. 73—77.

XI. Zürich. Staatsarchiv. Corresp. der evang. Orte mit Kurbrandenburg und Oranien. 1686—87.

Berichtigungen.

S. 61 Z. 7 v. o.	lies Suvilsky	statt	Suvilsky
S. 88 Z. 15 v. u.	„ noch	„	uoch
S. 112 Z. 11 v. o.	„ ohn=	„	ohne.

Druck von J. P. Himmer in Augsburg.


DC125
F4
156536



